Donnerstag, 25. September 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 223 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Agnelli: Ohne Libyen sind wir frei für andere Allianzen

Er macht wieder Schlagzeilen, Giovanni Agnelli, Chef des Fiat-Konzerns mit seinen 224 000 Beschäftigten. In den siebziger Jahren noch wurde sein Imperium zu den Verlierern im internationalen Geschäft gerechnet. Gestern legte er einen Halbjahresbericht vor, der den Wiederaufstieg dokumentiert. Dieser glänzende Auftritt des 65jährigen, der „Bühne" braucht, ist nach Agnelli-Art getimt. Zur gleichen Zeit verkündet er den Rückkauf eines Fiat-Aktienpaketes von Libyen – nicht nur ein industriepolitisches Meisterstück. Die WELT sprach mit Agnelli (Seite 6) und berichtet über Fiat (Seite 14).

Strauß: Prag verschleiert die Vorgänge an der Grenze

CSU-Chef spricht von „Leichenfledderei" / Fall Dick Thema im Kabinett

lz./gba. Bonn

Die Bundesregierung hat ihre erheblichen Zweifel an der bisher von der CSSR gegebenen Darstellung des Grenzzwischenfalls vom Donnerstag vergangener Woche durch eine erneute Einbestellung des tschechoslowakischen Botschafters Dusan Spacil ins Auswärtige Amt am Mittwochmorgen untermauert. Von Spacil wurde bei dieser dritten Einbestellung seit Samstag „in aller Schärfe" rückhaltlose und schnelle Aufklärung des Vorfalls verlangt, bei dem ein pensionierter Oberstleutnant der Bundeswehr bei einer Wanderung im Grenzgebiet von CSSR-Grenztruppen erschossen worden war.

Den Unmut der Regierung über die schleppende Information durch die CSSR formulierte in der Kabinettssitzung auch Bundeskanzler Helmut Kohl. Er bezeichnete den Zwischenfall als „ungewöhnlich ernst". Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte mit seinem tschechoslowakischen Kollegen Chnoupek für 17.15 Uhr Ortszeit (23.15 MEZ) in New York ein Treffen am Rande der UNO-Vollversammlung vereinbart, um dort genaue Auskunft zu verlangen. Für eine Begegnung des Grenzbeauftragten im Bundesinnenministerium mit einem CSSR-Bevollmächtigten am Mittwochabend an einem bayerisch-tschechischen Grenzübergang hatte Prag die Übergabe weiterer Details über den Tathergang angekündigt.

Die bisher gegebene Darstellung der CSSR ließ nur den Schluß zu, daß der Tod von Oberstleutnant Dick im

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

Zusammenhang mit einem Fluchtversuch zweier junger Polen aus der CSSR nach Bayern gestanden habe. Die deutschen Sicherheitsbehörden hegen inzwischen „erhebliche Zweifel" an dieser Version. Die Zweifel werden damit begründet, daß trotz eines Bauchschusses, an dem Dick laut Obduktionsbefund gestorben ist, auch bei intensiver Suche mit Hunden auf deutscher Seite der Grenze keinerlei Blutspuren gefunden worden sind. Auch wird der örtliche und zeitliche Zusammenhang mit dem Fluchtversuch der beiden Polen in Frage gestellt. Sie wurden am Donnerstagmittag vergangener Woche um etwa 13.00 Uhr beschossen. Dafür gibt es einen Ohrenzeugen und die Aussage des geflüchteten Polen, der den Fluchtort mit drei Kiloemter südlich der Ortschaft Mähring angab. Im größeren Umfeld dieser Stelle wurden auch Patronenhülsen tschechischer Sturmgewehre gefunden.

Inzwischen hat nach Informationen der WELT jedoch ein weiterer Zeuge angegeben, er habe Oberstleutnant Dick noch 40 Minuten nach diesen bei Mähring gehörten Schüssen unverletzt gesehen – in einer Entfernung von etwa 7,5 Kiloemetern von der Fluchtstelle. Der Zeuge hat den Offizier auf Fotos einwandfrei identifiziert. Diese Stelle liegt auch in der Nähe des von Dick geparkten Autos.

CSU-Chef Franz Josef Strauß nannte es einen „Skandal", daß an der Leiche Dicks „bedeutsame" Teile fehlten. Diese „Leichenfledderei" lasse darauf schließen, daß die Tschechen den wahren Tathergang verschleiern wollten.

DER KOMMENTAR

Ballast abgeworfen

JÜRGEN LIMINSKI

Es hat lange gedauert, bis die zwei Libyer im Aufsichtsrat des Fiat-Konzerns das Handtuch warfen. Sie waren lästig geworden, einschlägige Ereignisse belasteten ihre Mitgliedschaft in diesem Gremium. Tripolis sträubte sich, die bequemen und politisch bedeutsamen Sessel am Steuer des Unternehmens zu räumen. Nun hat Agnelli es geschafft. Libyen verkauft. Das Ereignis hat politischen Charakter und politische Folgen.

Für Fiat und Italien ist ein Hindernis auf dem Weg zur praktischen Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative aus dem Weltraum (SDI) beseitigt. Immer wieder stießen die Fiat-Manager im Pentagon auf diese hausgemachte Sperre. Sie mußten zusehen, wie andere europäische Firmen lukrative Aufträge erhielten. Ein Grund für diese Präferenz war eben die politische Solidarität ihrer Regierungen im Kampf gegen den Terroristen-Mäzen Khadhafi. London zum Beispiel unterhält keine Beziehungen zu Tripolis. Paris forderte alle Mineralöl-Gesellschaften auf, weder direkt noch auf Umwegen Öl aus Libyen zu kaufen. Diese Haltung zahlte sich aus. Jetzt hofft Fiat auf freie Bahn.

Für Tripolis ist der Ausstieg aus dem italienischen Konzern ein weiterer Schritt in die politische Isolierung. London, Paris und Rom stehen an der Seite Washingtons – und der besseren Bilanzen. Man hat keine Angst mehr vor Khadhafi. Auch in Afrika, vielleicht sogar in Libyen selbst nicht mehr. Die Embargo-und Strafmaßnahmen-Politik der USA zeigt Wirkung.

Khadhafi selbst wird sich dadurch kaum eines Besseren belehren lassen. Was hat er nun vor ? Treffend haben die Bestseller-Autoren Collins und Lapierre die Persönlichkeit und die globale Terror-Funktion Khadhafis beschrieben. Für sie ist der Ex-Nomade der „Fünfte Reiter der Apokalypse". Was der Reiter auch tun mag, ihm geht die Luft aus.

Breit stellt Frage nach „Strohmann"

SPD betroffen über Rolle des DGB beim Verkauf der Neuen Heimat / Strauß im WELT-Interview

DIETHART GOOS, Bonn

DGB-Chef Ernst Breit hat gestern im Fall des Verkaufs der Neuen Heimat für eine überraschende Wende gesorgt. Gegenüber der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" erklärte Breit, er werde dem Aufsichtsrat der Neuen Heimat die Zustimmung zum Verkauf des Unternehmens an den Brotfabrikanten Schiesser so lange nicht empfehlen, wie unklar sei „ob der Käufer obskure Hintermänner hat". Auf seiner heute nach Hamburg einberufenen Sitzung sollte der NH-Aufsichtsrat der Transaktion zustimmen.

Breit begründete seinen Standpunkt mit Vermutungen, wonach Schiesser nur Strohmann für finanzkräftige Wohnungsspekulanten sein soll. So habe der Käufer angeblich enge Verbindungen zu einem Berliner Immobilienmakler, der in der Branche als „Wohnungsverwerter zu Lasten von sozialschwachen Mietern gilt". Die Frage, ob es sich bei Schiesser um einen Strohmann handelt, stellte in einem WELT-Interview auch CSU-Chef Franz Josef Strauß.

Nach Informationen der DGB-Zeitung ist im Kaufvertrag zwischen der DGB-Finanzierungsgesellschaft BGAG und Schiesser vorgesehen, daß dieser bis zu einer Milliarde Mark als Zuschuß oder Kredit von der BGAG erhält. Außerdem soll der Verkäufer der Neuen Heimat die Kosten für Sozialpläne und Abfindungen von Mitarbeitern der NH in einer

SEITEN 4 UND 10:
Weitere Beiträge

Gesamthöhe von 55 Millionen Mark übernehmen.

Der Verkauf hat die Gewerkschaftsmitglieder tief erschüttert. Knapp die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder (49 Prozent) hat kein Vertrauen mehr in die DGB-Spitze. 68 Prozent glauben den Versicherungen nicht, die Mieter der Neuen Heimat hätten keine Mieterhöhungen oder Kündigungen zu befürchten. Dies sind Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung für die „Bild"-Zeitung.

Die Rolle des DGB bei dem Verkauf der Neuen Heimat verschlechtert offenbar die Chancen der SPD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hamburg, ja selbst bei der Bundestagswahl. Dies befürchten führende SPD-Politiker. Der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi sagte im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl am 9. November: „Das Thema Neue Heimat wird uns im Wahlkampf nicht helfen."

In seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der Neuen Heimat erklärte gestern Hermann Rappe, Chef der IG Chemie und SPD-Bundestagsabgeordneter, der neue NH-Eigentümer Schiesser werde möglicherweise in einigen Jahren „mit Gewinn aus der Sache herauskommen, was uns versagt war". Rappe sagte im Deutschlandfunk, die Gläubigerbanken der Neuen Heimat hätten dem Verkauf zugestimmt. Im Verlauf des Gesprächs relativierte Rappe seine Äußerung und meinte, die Unterschrift Schiessers unter den Kaufvertrag liege vor und die Zustimmung der Banken „wird geschehen sein".

Asyl: Steht die Zusage der „DDR" auf tönernen Füßen?

Unstimmigkeiten im Politbüro der SED / Vorstoß Axens

DIETHART GOOS, Bonn

In Bonner Regierungskreisen hat sich der Eindruck von Unstimmigkeiten im SED-Politbüro über das jüngste Ostberliner Entgegenkommen in der Asylantenfrage verstärkt. Zuständigen Bonner Stellen soll signalisiert worden sein, SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen sei nicht autorisiert gewesen, seinen SPD-Gesprächspartner Egon Bahr am Mittwoch vergangener Woche und damit einen Tag vor der Bundesregierung über die neue Regelung zu informieren.

Axen gehört zur Gruppe der „Falken" im Politbüro, die einen unnachgiebigen Kurs gegenüber der Bundesregierung befürworten. Nachdem Axen sich damit in der SED-Führung nicht durchsetzen konnte, hat er nach Bonner Interpretation die Flucht nach vorn angetreten, um wenigstens der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Rau einen Gefallen zu tun.

Vor diesem Hintergrund wird auch das Verhalten von SED-Chef Honecker verständlich, der kurzfristig das für den vergangenen Freitag geplante Gespräch mit der FDP-Bundestagsdelegation unter Leitung von Fraktionschef Mischnick absagte. Daraufhin hatte Mischnick auf die Fahrt nach Ost-Berlin verzichtet. Mischnick sagte gestern, von „DDR"-Seite habe man sich offiziell bei ihm entschuldigt und bedauert, daß es aus „technischen Gründen" nicht zu der Begegnung mit Honecker habe kommen können. Der FDP-Fraktionsvorsitzende sagte, für ihn sei dies keine Prestigefrage. Doch nachdem das angekündigte Treffen mit Honecker ausfiel, habe er nicht fahren können.

Unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl beraten heute abend die Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie die Partei- und Fraktionsvorsitzenden über notwendige zusätzliche Maßnahmen der Länder zur Eindämmung des Asylantenstroms. Wegen ihrer ständigen Angriffe auf die Bundesregierung wurden die Grünen nicht eingeladen.

Aus der FDP-Fraktion wurde die Erwartung geäußert, daß die CSU nach der bayerischen Landtagswahl den Streit um das Asylthema nicht in der bisherigen Schärfe fortsetzen werde.

Seite 12: Bayern

POLITIK

Afghanistan: Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hat den Abzug der sowjetischen Truppen als Voraussetzung für eine politische Lösung des Afghanistan-Problems bezeichnet. Pekings Standpunkt in dieser Frage werde sich nicht ändern.

Interessen: US-Verteidigungsminister Weinberger plant „zur Förderung der Sicherheitsinteressen der USA" nächste Woche eine Reise nach China, Indien und Pakistan. Er wird eine Botschaft von Präsident Reagan überbringen.

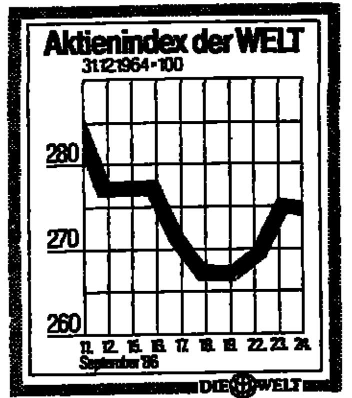
Flucht: Drei Einwohnern der „DDR" ist die Flucht in den Westen Berlins gelungen. Sie schwammen durch den Teltow-Kanal. Die Flüchtenden waren zwar von „DDR"-Grenzposten bemerkt worden, doch wurde auf sie kein Schuß abgegeben.

Roboter: Innerhalb von zwölf Monaten, bis Februar 1986, sind mehr als 125 000 Arbeitsplätze in jenen Industriebranchen geschaffen worden, in denen 90 Prozent aller in der Bundesrepublik vorhandenen Roboter installiert sind.

WIRTSCHAFT

WELT-Report: Die Wirtschaft Lörrachs im Südwesten der Bundesrepublik entfaltet Dynamik; sogar schweizerische und französische Unternehmen siedeln sich mit Tochtergesellschaften hier an, schaffen Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote liegt unter Landesdurchschnitt. (S. 21 bis 23)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten kam es gestern nach freundlicher Eröffnung zu abbröckelnden Kursen. Am Rentenmarkt konnten sich die Kurse öffentlicher Anleihen gut behaupten. WELT-Akienindex 275,36 (275,77). BHF-Rentenindex 107,095 (107,068). BHF-Performance-Index 107,150 (107,094). Dollarmittelkurs 2,0430 (2,0461) Mark. Goldpreis je Feinunze 431,50 (435,15) Dollar.



KULTUR

Amsterdam: Mit der feierlichen Premiere der Oper „Ithaka" von Otto Kettwig ist die neue Amsterdamer Oper eingeweiht worden. Auftakt mit schlimmer Fortsetzung, zu der sich das Nationalballett hergeben mußte. (S. 25)

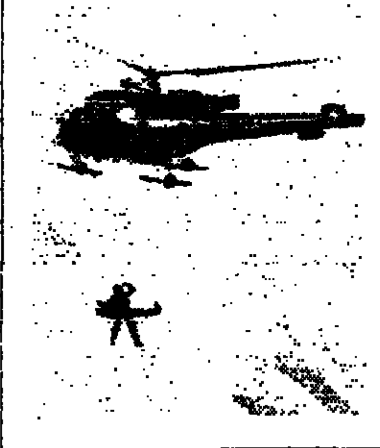
Kulturforum: Die französische und die deutsche Regierung hatten nach Paris gebeten, die Künstler kamen. Es ging um Vorschläge für das Treffen beider Regierungen im Oktober in Frankfurt, das Kultur zum Thema hat. (S. 25)

SPORT

Fußball: Horst Köppel, DFB-Trainer und Assistent von Franz Beckenbauer, ist bereit, seinen Vertrag bis zur WM 1990 zu verlängern. Als Assistent aber nur unter Beckenbauer. (S. 11)

Tennis: Die Finalisten der Deutschen Meisterschaften sind in Barcelona bereits in der 1. Runde ausgeschieden. Leconte unterlag Ronald Agenor (Haiti), Mecir seinem Landsmann Marian Vajda.

AUS ALLER WELT



Gefahr: Mangel an alpiner Erfahrung, Selbstüberschätzung und unzureichende Sicherung sind nach den Ermittlungen des Deutschen Alpenvereins zu 57 Prozent die Ursache der sich häufenden Bergunfälle (Foto) – nicht nur am berühmten Montblanc. (S. 26)

Tastsinn: Im Rheinischen Freilichtmuseum in Kommern kann man die Geschichte rheinischer Lebensweise hautnah miterleben und nachvollziehen. Das soll auch Blinden möglich werden: Tasttafeln geben Auskunft. (S. 26)

Koschnick: Auch politische Niederlage

SPD-Politiker begründet Mißerfolg bei Präsidiumswahl / „Entspannung nur mit dem Bündnis"

fac. Bonn

Der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick mißt seinem Scheitern bei den Wahlen zum SPD-Präsidium auch eine politische Bedeutung zu. In einem Interview des Ersten Deutschen Fernsehens rückte Koschnick von der bisherigen Argumentationslinie ab, die Niederlage ausschließlich dem Bemühen der Partei zuzuschreiben, mehr Frauen in das oberste Führungsgremium zu bringen.

Als „politisches Signal" wertete Koschnick allerdings nicht so sehr die Präsidiumswahl, sondern die Wahl auf dem Parteitag in Nürnberg. „Meine Position zur Sicherheitspolitik und zur Entspannungspolitik ist nicht deckungsgleich mit der Position der Mehrheit der Partei", präzisierte der Vorsitzende der Internationalen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

„Ich glaube nämlich, daß wir den nächsten Schritt zur Entspannungspolitik nur mit dem Bündnis gemeinsam leisten können, wie damals Brandt seinen Schritt auch nur mit dem Bündnis machen konnte. Und in der SPD gibt es ja die Hoffnung, es sei auch möglich ohne das Bündnis. Dies ist eine differenzierte Position, und dafür muß man, wenn man keine Mehrheit hat, auch hinnehmen können, daß die Gewichte sich in den

SEITE 2:
Ohne das Bündnis

Parteivorständen verschieben. Das ist legitim."

Der Interviewer hakte nach: „Wollen Sie damit sagen, daß, wer für Bündnis und Bundeswehr ist, im Präsidium nicht mehr ankommt?" Koschnicks Antwort: „Nein, das ist falsch. Es geht nicht um Bündnis und Bundeswehr, es geht um die Frage, ob dieses Bündnis eine Grundbedingung ist für den zweiten Schritt der Entspannungspolitik, oder ob es andere Formen gibt. Nur darum geht es."

Allerdings räumte der SPD-Politiker ein, daß es unter seinen Parteifreunden „eine ganze Menge, insbesondere auch in der Bremer SPD" gebe, die der Meinung seien, „daß die Bündnisfrage nicht die zentrale Frage ist für den zweiten Schritt, sondern daß man einen solchen Schritt auch gehen kann unter Umständen, wenn das Bündnis nicht mitzieht".

Bei den Wahlen zum elf Mitglieder zählenden SPD-Präsidium hatte sich am Montag der Trend zu mehr Frauen in der Parteiführung forgesetzt. Neben der Abgeordneten Hertha Däubler-Gmelin rückte mit Anke Fuchs eine weitere stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion in die Parteispitze auf. Hans Koschnick erhielt nicht die erforderliche Stimmenzahl. Neu im Präsidium ist außerdem die Europa-Abgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul.

SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement kommentierte den Wahlausgang am Montag mit den Worten, es sei kein Votum gegen Koschnick, sondern eine Entscheidung für die Frauen gefällt worden.

Renten steigen um drei Prozent

HH, Bonn

Die Renten werden am 1. Juli 1987 um etwa 3,7 Prozent steigen. Das sieht der gestern vom Kabinett beschlossene Entwurf des Rentenanpassungsgesetzes 1987 vor. Der Satz gilt auch für die gesetzliche Unfallversicherung und die Altershilfe für Landwirte. Da die Eigenbeteiligung der Rentner zum Krankenversicherungsbeitrag am 1. Juli 1987 letztmalig um 0,7 Prozentpunkte auf dann 5,9 Prozent erhöht wird, bleibt es netto bei rund drei Prozent.

Seite 2: Stabilität

Moskau lehnt Schadensersatz ab

aj, Wien

Moskau hat bei der Konferenz der Atom-Energie-Organisation in Wien die von der Bundesrepublik geforderte Vereinheitlichung der Sicherheitsstandards von Atomkraftwerken begrüßt, doch zur Frage der Überprüfung erklärt, dies könne nur auf freiwilliger Basis geschehen. Auch nach Tschernobyl wollen die Sowjets den Ausbau der Kernenergie vorantreiben. Einen Ausgleich für Schäden nach dem Reaktor-Unfall lehnt Moskau ab.

Seite 12: Strahlen

Waffenschieber in Hamburg aufgeflogen

DIETER SALZMANN, Hamburg

Zwei Waffenschiebereien in Milliardenhöhe hat die Polizei in Hamburg aufgedeckt. Die Lieferungen, Kampfhubschrauber, Panzer und Düsentriebwerke, waren für Iran und Irak bestimmt. Gestern wurden in der Hansestadt die Wohnungen und Geschäftsräume von fünf Verdächtigen durchsucht. Es handelt sich dabei um einen 43jährigen Kaufmann aus Hamburg, zwei ehemalige Bundeswehroffiziere, eine Züricher Unternehmerin, einen Kaufmann aus Gifhorn und einen 40jährigen Hamburger Anwalt. Ein Polizeisprecher wollte weder bestätigen noch dementieren, daß die Beschuldigten festgenommen worden sind. Bei der Durchsuchung wurden geradezu Berge von Beweismaterial beschlagnahmt.

Auf die Spur der Waffenschieber kamen die Behörden durch einen Hinweis, wonach US-Kampfhubschrauber der Firma Bell-Textron vom Typ „Cobra" im Wert von 150 Millionen Dollar durch Vermittlung einer Hamburger Gruppe direkt aus den USA in die Golfregion geliefert werden sollten. Die Ermittlungen führten zu der fünfköpfigen Gruppe, die sich – so die Staatsanwaltschaft – „sehr intensiv mit der ungenehmigten Vermittlung von Kriegswaffen befaßt" haben soll. Dies erfülle nach dem Kriegswaffen-Kontrollgesetz den Tatbestand eines Verbrechens. Für die illegale Tätigkeit nutzen die Geschäftsleute ihre legalen Handelsbeziehungen.

Aus den beschlagnahmten Unterlagen geht hervor, daß weitere Waffen im Wert von 900 Millionen Mark bereits vermittelt wurden oder werden sollten. Unter anderem werden in Geschäftspapieren 100 Strahltriebwerke des russischen Jagdbombers MiG 23, 900 Panzerabwehrraketen, 1500 Geschützrohre verschiedenen Kalibers, 30 000 Panzerfäuste, 1000 Panzerfaust-Abschußgeräte, rund 1000 Maschinenpistolen, mehr als zehn Millionen Schuß Munition jeglichen Kalibers sowie eine unbekannte Zahl von Raketen und Panzern vom Typ „M 113" genannt. Deutsche Waffen sollen sich nicht darunter befinden.

In einem ähnlichen Fall ermittelt die Hamburger Polizei seit Ende April gegen neun Personen, von denen sechs festgenommen worden sind. Hier war geplant, 30 amerikanische Kampfhubschrauber des Typs „Cobra-Bell AH S", 5000 Panzerabwehrraketen „TOW-BGM 71", 250 Sidewinder-Raketen, 30 Kampfpanzer „M 48" und darüber hinaus Haubitzen, Flammenwerfer und Panzermotoren im Wert von insgesamt 1,6 Milliarden Mark nach Iran zu verschieben. Die Waffen sollen sich in England, Belgien und Italien befinden oder dort hergestellt werden.

In beiden Verfahren stehen die Ermittlungen noch am Anfang. Zur Zeit werden die beschlagnahmten Firmenunterlagen und die Aussagen der Beschuldigten überprüft. Die Verdächtigen hätten ihre legalen Handelsbeziehungen für die Waffengeschäfte mißbraucht, hieß es.

Im Streit um die Förderstufe haben Richter das letzte Wort

Verhandlung vor Hessischem Staatsgerichtshof eröffnet

Nea. Frankfurt

Im Schwurgerichtssaal des Frankfurter Landgerichts begann der Hessische Staatsgerichtshof seine Verhandlung über das umstrittene Abschlußgesetz zur obligatorischen und flächendeckenden Einführung der integrierten Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr. Mit einer sogenannten Volksklage haben rund 200 000 hessische Bürger durch ihre Unterschrift beantragt, das Gesetz in zahlreichen Punkten als verfassungswidrig und damit für nichtig zu erklären. Verletzt seien unter anderem das in der Landesverfassung verankerte Elternrecht, das Gleichheitsprinzip und das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Mit ähnlichen Argumenten hat auch die CDU-Landtagsfraktion ein Normenkontrollverfahren in Gang gebracht.

Die Gegner der Förderstufe wollen in dem Prozeß auch die Absicht Wiesbadens anprangern, die bisher noch widerstrebenden Schulträger – wie etwa die Stadt Frankfurt – durch Zwangsmaßnahmen dazu zu bringen, gegen eigene Mehrheitsentscheidungen spätestens bis zum 1. August 1987 die Zwangsförderstufe einzuführen.

Seine Brisanz erhält das Verfahren durch die Tatsache, daß der Staatsgerichtshof in zwei früheren Urteilen die Förderstufe zwar grundsätzlich als mit der Verfassung vereinbar erklärt hat, dies aber 1984 mit einer dezidierten Forderung ergänzte. Die Förderstufe, so wurde hinzugefügt, müsse als „unverkennbares Bindeglied" in allen Fächern ohne Verzögerung den Leistungsanschluß an die jeweils gewünschte weiterführende Schule, also Hauptschule, Realschule oder Gymnasium, sichern.

In einem ersten Sachverständigen-Statement des Bremer Verfassungsrechtlers Professor Alfred Rinken ließ die Gegenseite (Landesregierung und SPD-Fraktion) ihre Prozeßstrategie erkennen: Dem Gericht soll die Kompetenz bestritten werden, über pädagogische Einzelfragen zu urteilen. Der den Weisungen der Regierung nicht unterworfene Landesanwalt hat sich in wesentlichen Punkten den Klägern angeschlossen.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ohne das Bündnis

Von Enno v. Loewenstern

Es ist, wie Hans Koschnick hervorhob, „auch ein politisches Signal“, daß er mit seiner Kandidatur für das SPD-Präsidium scheiterte: „Meine Position ist nicht deckungsgleich mit der Position der Mehrheit der Partei.“

Er glaubt „nämlich, daß wir den nächsten Schritt zur Entspannungspolitik nur mit dem Bündnis gemeinsam leisten können, wie damals Brandt seinen Schritt auch nur mit dem Bündnis machen konnte“. Dafür aber habe er „keine Mehrheit“ mehr in der SPD: „Es gibt eine ganze Menge, insbesondere auch in der Bremer SPD, die der Meinung sind, daß die Bündnisfrage nicht die zentrale Frage ist für den zweiten Schritt, sondern daß man einen solchen Schritt auch gehen kann unter Umständen, wenn das Bündnis nicht mitzieht.“

Nun hört „Schritt in der Entspannungspolitik“ sich ungeheuer harmlos an. Dahinter aber stehen konkrete Vorhaben, die zum Teil schon in der Nebenaußenpolitik der SPD eingeleitet wurden, wie etwa im Alleingang zu schließende Verträge über chemische Abrüstung; andere Dinge wurden angekündigt wie etwa ein einseitiger Abbau aller Mittelstreckenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik – kurz: die Schritte der SPD würden uns aus der NATO herausführen.

Was nicht mit dem Bündnis geschieht, geschieht gegen das Bündnis. Wer die SPD wählt, der riskiert einen Konflikt mit den Verbündeten, der äußerst gefährlich werden kann. Wenn Neuseeland aus dem ANZUS-Pakt fliegt, weil es atomgetriebene Schiffe nicht in den Hafen läßt, was wird aus unserem Bündnis, wenn wir uns im Alleingang wehrlos machen?

Bleibt die Frage, warum die SPD ihre Absicht nicht offen erklärt. Das ist ganz einfach zu beantworten. Die haushohe Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik lehnt Anti-NATO-Parolen ab. Eine Partei, die damit antritt, hat bei der Wahl keine Chance. Deshalb müssen die Bürger mit Floskeln à la „zweiter Entspannungsschritt“ getäuscht werden, damit man sie vor vollendete Tatsachen stellen kann. Koschnick, einst als Schmidt-Nachfolger in der SPD gehandelt und heute Schmidts Nachfolger ins Aus, hat leise gewarnt. Aber die Warnung ist unmißverständlich.

Stabilität und Rentenwert

Von Heinz Heck

Alle Jahre wieder werden die Renten erhöht, offiziell: „angepaßt“. Zur Zeit stimmen aber die Meldungen von der Rentenfront hoffnungsvoller als noch vor wenigen Jahren, als zeitweise täglich über Kassendefizite und Maßnahmen zu ihrer Deckung berichtet wurde. Oder als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der Bundestagswahl 1976 von einem „Problemchen“ in der Rentenversicherung sprach, das sich nach dem Wahltag unversehens als dicker Brocken entpuppte.

Arbeitsminister Norbert Blüm konnte gestern bei der Vorlage des Rentenanpassungsgesetzes und des -berichts des Sozialbeirats darauf hinweisen, daß die Rentner 1986 den höchsten realen Zuwachs seit 1978 verzeichnen. Auch bei nominal relativ niedrigen Steigerungssätzen gibt es noch Realzunahmen. Die segensreichen Wirkungen der heute herrschenden Preisstabilität sind gerade für Rentner voll spürbar.

Zum Vergleich kann man die Jahre 1980 und 1981 heranziehen, als es Rentensteigerungen von jeweils vier Prozent gab, die die Preissteigerungen von 5,4 und 6,1 Prozent jedoch nicht einmal ausgleichen konnten: Von „Anpassung“ also keine Rede. Auch 1987 wird die effektive Rentenerhöhung wieder deutlich über der zu erwartenden Preissteigerung liegen.

Blüm kündigte zum 1. Juli 1987 eine Rentenerhöhung von voraussichtlich 3,7 Prozent an; laut Sozialbeirat rechnen viele Sachverständige „sogar mit einem leicht höheren Satz“. Zum letzten Mal wird die Eigenbeteiligung der Rentner an ihrem Krankenversicherungsbeitrag um 0,7 Prozentpunkte auf dann insgesamt 5,9 Prozent erhöht, so daß den Rentnern netto rund drei Prozent Erhöhung verbleiben werden. In den Folgejahren dürfte die Entwicklung netto sogar noch günstiger verlaufen, da Blüm über 5,9 Prozent nicht hinausgehen will.

Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund eines allmählich wieder zunehmenden „Sicherheitspolsters“, also der Schwankungsreserve. Ungeachtet der jeder Schätzung innewohnenden Unsicherheit ist das mit Blick auf die in der nächsten Legislatur anzupackende Rentenreform „ohne Stoppuhr“ (Blüm) eine frohe Botschaft.

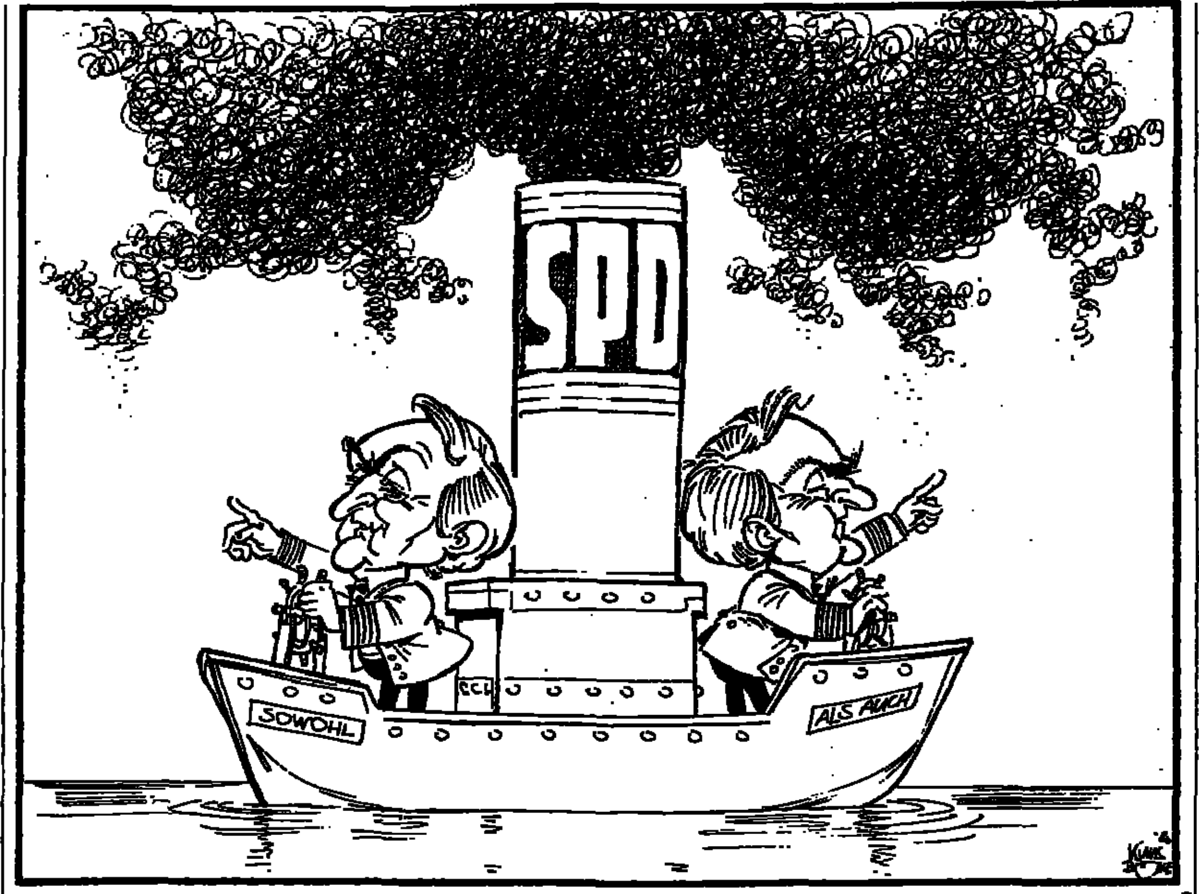
Die Union zaudert wieder

Von Helmut Breuer

Der Begriff Elternwille verwirrt in Nordrhein-Westfalen Eltern. Beim Volksbegehren 1978 gegen die „Koop-Schule“ erlitt die SPD eine fürchterliche Niederlage, als sie den Elternwillen als reaktionär diffamierte. Jetzt setzt sie ihn gegen die Eltern ein. Das geht so: im Namen „der Eltern“ gründet sie eine Gesamtschule nach der anderen, bisher 82, was wegen der stark rückläufigen Schülerzahlen das Ende vieler Hauptschulen, Gymnasien und Realschulen bedeutete und langfristig die Existenz des bewährten dreigliedrigen Systems bedroht.

Die CDU wiederum, die sich gern als Partei des Elternwillens bezeichnet, tut sich schwer bei der Frage, ob sie die wiedererwachte Bürgeraktion Schule, die Trägerin des vor acht Jahren erfolgreichen Volksbegehrens, unterstützen soll. Der Trick der SPD besteht darin, daß man 112 Eltern animiert, ihre Kinder zur Gesamtschule anzumelden, und dann bestehende Schulen, hinter denen viel mehr Eltern stehen, schließt oder austrocknet. Im Gegensatz zur SPD-Schulpolitik, die es einer Minderheit von Eltern erlaubt, einer Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen, will die Bürgeraktion dieser schweigenden Mehrheit ermöglichen, ihren Willen zu artikulieren.

Die CDU ist wieder einmal gespalten, wie 1978; vor allem Biedenkopf und Pützhofen zögern – dahinter steht erkennbar die Angst, diejenigen Wähler zu verprellen, die nun einmal Gesamtschulen bevorzugt haben und nun vielleicht nicht hören wollen, daß ihre Kinder Klippschüler sind. Die unteren Parteichargen dagegen zeigen sich großenteils sehr kämpferisch, ganz entgegen der in Bonn verbreiteten Parole, die Landespartei sei nach zwanzig Jahren der Niederlagen müde geworden. Sie fühlen, wie gefährlich es wäre, wenn der Verdacht umginge, daß die CDU ängstlich ist und die Eltern im Stich läßt. Ein interessanter Ansatz ist übrigens die Forderung der FDP nach einem Zentralabitur. Denn das pädagogische Lieblingskind der SPD ist wirklich in Gefahr, wenn man seine Leistungsversprechen konkret mit den Leistungen der anderen Schulen vergleicht. Schließlich wollen auch Gesamtschuleltern für ihre Kinder keine Benachteiligung, sondern Chancengerechtigkeit.



„Volle Kraft voraus!“ KLAUS BÖHLE

Der verlagerte Schießbefehl

Von Carl Gustaf Ströhm

An der Grenze von der Tschechoslowakei zum Westen gab es in den letzten Tagen eine Kette von Zwischenfällen. Zuletzt gelang zwei Deutschen aus der „DDR“ im Kugelhagel von CSSR-Grenzposten die Flucht in die Bundesrepublik. Vorher mußte ein pensionierter Bundeswehr-Offizier einen Spazierganz in Grenznähe mit seinem Leben bezahlen, weil CSSR-Grenzwachen ohne Rücksicht auf Verluste das Feuer auf zwei flüchtende Polen eröffneten und dabei einen völlig Unbeteiligten töteten.

In Österreich hatten es CSSR-Grenzpolizisten auf einen Pilze sammelnden Rentner abgesehen, der sich 35 Meter tief im eigenen Land befand. Die Tschechen hetzten ihren Schäferhund auf ihn und verschleppten den Mann zum Zweck eines siebenstündigen Verhörs über die Grenze. Schließlich wurde noch ein prominenter Wiener Gelehrter, der Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, Prof. Richard Plaschka, anläßlich einer Prag-Reise von CSSR-Grenzpolizisten angehalten und an der Weiterreise gehindert – obwohl oder vielleicht auch weil er auf dem Wege war, ein Abkommen über Zusammenarbeit und Austausch zwischen der Wiener Universität und der Prager Universität zu unterzeichnen.

Diese jüngste Aktivität und Schießwut tschechoslowakischer Grenzorgane steht in seltsamem Gegensatz zu anderen Grenzen des „realen Sozialismus“ in Mitteleuropa. So halten sich die „DDR“-Grenzer in letzter Zeit mit dem Schießen offenkundig zurück. Der Schießbefehl ist sozusagen von der innerdeutschen Demarkationslinie nach Süden verlegt worden.

Eine der Ursachen dafür könnte natürlich die Tatsache sein, daß die „DDR“ ihre „technischen Grenzsicherungen“ inzwischen (manche sagen: mit Hilfe des aus Bonn zufließenden Geldes) derart perfekt ausgebaut hat, daß es im unmittelbaren Grenzbereich nicht mehr zu Schießereien kommen muß. Die Flüchtlinge werden bereits im Hinterland abgefangen. Das aber ist nur ein Teil der Wahrheit, denn in Berlin ist erst vor zwei Tagen wieder eine Flucht durch den Teltow-Kanal gelungen, wobei die „DDR“-Grenzer offenkundig nicht geschossen haben. Auch beim jüngsten Lkw-Durchbruch am Checkpoint Charlie schoß die „DDR“-Grenzpolizei daneben. Offenbar gibt es für dieses Verhalten Ost-Berlins ein weiteres Motiv: Das „DDR“-Regime bemüht sich, seinen Ruf aufzupolieren. Es will nicht vor aller Welt als schießwütig und unberechenbar dastehen, weil dies der Kreditwürdigkeit nicht zuträglich sein kann.

Allerdings wird auch der Eiserne Vorhang von Eger bis vor die Tore von Preßburg gut bewacht. Bei manchen Fluchtwilligen in Osteuropa scheint sich allerdings herumgesprochen zu haben, daß hier immer noch eine gewisse Chance zum Durchkommen besteht. So ergibt sich die groteske Situation, daß die CSSR schwere Grenzzwischenfälle sowie die Ermordung Unbeteiligter riskiert – nicht etwa, um ihre Grenzen gegen Eindringlinge zu schützen, sondern um Menschen, die mit der Tschechoslowakei gar nichts zu tun haben, am „Verbrechen“ der Auswanderung zu hindern.

In Österreich ist bekannt, daß die CSSR-Grenzwachen deshalb auch vor der offenkundig absurden und sinnlosen Entführung eines Pilzesammlers nicht zurückschrecken, weil den jungen Polizisten für jeden gelungenen Fang eines Flüchtlings eine Prämie samt Urlaub winkt. Die Ausrede, daß untergeordnete Instanzen da eigenmächtig gehandelt hätten, kann in einem Staat Moskauer Prägung nicht gelten. Hier handelt die Grenzpolizei streng nach Befehl – und wenn Prag die Weisung erteilen würde, keinesfalls die Grenzen der Nachbarländer zu verletzen, würden sich die Grenzsoldaten zweifellos daran halten. An der österreichisch-ungarischen Grenze hat es solche Zwischenfälle seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben.



Energische Warnung nötig: Chnoupek, Genscher FOTO: AP

Das CSSR-Regime erweist sich ja nicht nur bei solchen Grenzüberschreitungen als besonders intransigent. Man gebärdet sich hier auch sonst, wenn möglich, noch sowjetischer als die Sowjets. Mit Polen sind die Beziehungen besonders seit der „Solidaritäts“-Ära 1980 schlecht. Die sowjettreue Prager Führung wirft dem Regime Jaruzelski vor, die Lage nicht so unter Kontrolle gebracht zu haben, wie das nach 1968 in der CSSR geschah (allerdings mit Hilfe der Besatzungsmächte aus den anderen Staaten des Warschauer Paktes).

Die ungarischen Kommunisten gelten im Hradschin als verkappte Revisionisten, deren gutes Verhältnis zum Westen verdächtig ist. Und auch die „DDR“ findet keine besondere Gnade vor tschechisch-kommunistischen Augen. So fühlt sich das Prager Regime in gewisser Weise eingekreist. Das mag zu Nervosität und zu Überreaktionen beitragen. Schließlich sind achtzehn Jahre vergangen seit dem Experiment Dubceks, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ einzuführen. Jetzt sieht das sozialistische Antlitz der CSSR ganz anders aus.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber diesem Nachbarn im Osten muß aus alledem ihre Konsequenzen ziehen. Phrasen über die angeblich so herrliche Normalität der Beziehungen sollten sich von selbst verbieten. Außenminister Genscher muß bei seinen in New York bevorstehenden Gesprächen mit seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Chnoupek energisch darlegen, daß der von Prag eingeschlagene Weg nur zu einer totalen Isolierung der CSSR führen kann. Selbst wenn man Ideologie, Menschenrechte und viele andere Streitpunkte außer acht lassen wollte – das Prager Verhalten widerspricht den einfachsten Regeln des Anstands, wie sie zwischen benachbarten Staaten gelten sollten.

IM GESPRÄCH Carolina I. de Barco

Ungewöhnliche First Lady

Von Günter Friedländer

Wohl noch nie hat eine nach Aussehen, Namen und Herkunft so untypische Frau als „erste Dame“ den Palast der kolumbianischen Landespräsidenten bezogen wie Virgilio Barcos blonde, schlanke Gattin, Doña Carolina Isackson de Barco. Als die Fotografen das Paar beim Einzug erwarteten und es baten, sich für die erste Aufnahme zu küssen, nahm er ihr die Antwort mit einem schneidenden Satz ab: „Wir schätzen solches Theater nicht.“

Doña Carolina wurde in den USA als Tochter eines Erdölingenieurs geboren. Der Beruf des Vaters führte sie in frühester Kindheit nach Mexiko, später nach Argentiniens Patagonien und schließlich nach Kolumbien, wo sie in Cucuta lebte, einer kleinen Grenzstadt Nordsantanders, wo die Barcos seit mehr als einem Jahrhundert ansässig waren. Virgilio und Carolina kannten sich von Kindheit an, ohne daß der junge Student trotz des Interesses, das er ihr zeigte, sie sonderlich beeindruckte. Er war ihr noch zu ernst und introvertiert. Wie in einer altmodischen Romanze lernte sie ihn erst lieben, als er in den USA studierte und in Briefen um sie warb.

1950 heirateten sie. Vorübergehend ging das Paar in die USA, als Kolumbiens Demokratie unter der Regierung Laureano Gomez wankte. Sie kehrten nach seinem Sturz nach Kolumbien zurück.

Lateinamerikanische Politiker sind im allgemeinen stolz auf ihre Kunst des Improvisierens. Nicht so Virgilio Barco, der nicht einmal seine politischen Reden frei hält, sondern es vorzieht, sie zu lesen; und nicht so Doña Carolina, die ihre Beständigkeit und ihr systematisches Arbeiten selbst in ihrem Hobby verrät: Klassiker am Klavier zu interpretieren. Sie ist die ideale Ergänzung ihres Mannes: Beide hassen Situationen, auf die sie sich nicht vorbereiten können, beide erwarten absolute Treue eines Menschen zu den Prinzipien, die er vertritt, beide sind bereit, zur einmal übernommenen Verantwortung zu stehen. Sie erwarten das aber auch von allen, die sie umgeben. Und beide sind Perfektionisten.



Kosmopolitismus bester Art: Carolina Isackson de Barco mit ihrem Ehemann FOTO: AP

Da ihr Mann sein ganzes Leben der Politik widmete, trug Carolina einen großen Teil der Verantwortung für die Erziehung ihrer vier Kinder: Die älteste Tochter Carolina studierte in Harvard Urbanistik. Julia wurde im Filmwesen ausgebildet und lebt in Mexiko. Diana ist Architektin und übt ihren Beruf in New York aus. Der Jüngste, der Sohn Virgilio, studiert Wirtschaftskunde in Harvard.

Doña Carolina kennt das Land gut, in dem sie zwar nicht geboren wurde, aber aufwuchs. In einem Interview mit einer Tageszeitung in Bogotá warnt sie jeden davor, ihr vorzuwerfen, daß sie nicht in Kolumbien geboren wurde. Solche Dinge aber gehören zum politischen Leben. Es sollte sie nicht berühren. Die Barcos vertreten einen Kosmopolitismus bester Art, der typisch für das Jahrhundert ist, dessen Fortschritte ihr Mann versprochen hat, allen Kolumbianern zugänglich zu machen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt merkt zum Waldsterben an:

Dringlicher wäre mehr Druck auf unsere französischen Nachbarn. Wirkungsvolle Filter für die Petrochemie im südlichen Elsaß etwa würden ein echter Anlaß zum Aufatmen im gegenüberliegenden Schwarzwald. Auf diesem Gebiet sollte sich Europapolitiker Lothar Späth auch einmal profilieren.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zum SPD-Wahlprogramm:

Rau hat sozusagen nur Formulierungshilfe geleistet, wo er vertraute Positionen seiner Genossen verbal so nicht vertreten will. Auch reicherte er das Ganze um typische Schlagworte von der Art des „Bruder Johannes“ an: Vom „Versöhnen statt Spalten“ bis hin zu „Zukunft für alle“. Wenn Rau „Umdenken und Umsteuern“ sagt, dann verbirgt sich dahinter im wahrsten Sinne des Wortes auch die Umverteilung durch Verlagerung von Steuern und Einführung neuer Abgaben.

Lübecker Nachrichten

Sie schreibt zum NH-Verkauf:

Der Sturm der Entrüstung über die Nacht-und-Nebel-Aktion des deutschen Gewerkschaftsbundes beim Verkauf der Neuen Heimat nimmt noch zu. Dabei geht es nicht allein um die Veräußerung von 190 000 Sozialwohnungen an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser, sondern noch mehr um die notorische Weigerung des Gewerkschaftsbundes, Fakten und Zahlen auf den Tisch zu legen ... Die Neue Heimat hat zum Bau ihrer Wohnungen immerhin drei Milliarden Mark öffentlicher Mittel, also Steuergelder, erhalten.

Frankfurter Neue Presse

Sie meint zur hessischen Regierung:

Sie muß sich fragen lassen, ob 300 Millionen Mark für 30 000 hessische NH-Wohnungen angemessen sind, wenn Schiesser für 190 000 nur 50 Millionen Mark bezahlen mußte ... So darf man eigentlich nicht mit Steuermitteln umgehen.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit der Liberalen Partei:

Die Liberale Partei hat sich auf ihrem Parteitag für eine Verteidigungspolitik ohne Atomwaffen ausgesprochen. Dies wurde gestern abend in Eastbourne für Parteiführer David Steel als beschämend bezeichnet ... In Wirklichkeit war es jedoch mehr. Es war ein schwerer Schlag gegen die Autorität des Parteiführers der Liberalen und wird auf das Allianz-Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten schwerwiegende Auswirkungen haben.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung lobt Peres:

Selten hat man in Israel gesehen, daß ein Premierminister in diesem Maße und in derart kurzer Zeit das Image seines Landes auf der internationalen Szene ändert. Innerhalb von zwei Jahren ist es Shimon Peres gelungen, die israelische Diplomatie aus der gefährlichen Isolation herauszuführen, zu der sie seine Likud-Vorgänger verdammt hatten.

Katze im Sack oder Karten auf den Tisch

Schiesser muß den Banken beweisen, daß er ein guter Schuldner ist / Von Claus Dertinger

Nichts von alledem, was bisher zum Eigentümerwechsel bei der Neuen Heimat gesagt wurde, schafft Klarheit, ob der Zusammenbruch des Bauriesen zu vermeiden ist. Die Situation ist mit dem Verkauf des Unternehmens an den Berliner Großbäcker Horst Schiesser nur noch unübersichtlicher geworden. Vorher bestand immerhin noch eine ganz gute Chance, die Neue Heimat wenigstens bis über die Bundestagswahl hinweg zu retten, vorausgesetzt, die gewerkschaftliche Beteiligungsholding hätte den eigenen Sanierungsbeitrag zugesichert, den die Banken gefordert haben.

Auch künftig wird die Neue Heimat nicht ohne den finanziellen Flankenschutz der Banken existieren können. Ob der neue Eigentümer damit rechnen kann, steht noch in den Sternen. Mit seiner Behauptung, die Banken hätten dem Besitzwechsel der Neuen Heimat zugestimmt, führt der IG-Chemie-Vorsitzende die Öffentlichkeit in die Irre. Eine derartige Zustimmung gab es nicht, und sie ist, juristisch gesehen, auch gar nicht erforderlich. Der Gewerkschaftsboß wollte mit seiner Äußerung wohl nur den Eindruck erwecken, nun sei alles auf einen guten Weg gebracht.

Der neue Eigentümer muß den Beweis erbringen, daß dieser Weg keine Sackgasse ist. Er muß die Karten auf den Tisch legen, muß sich in die Bücher gucken lassen – was die Gewerkschaften kategorisch abgelehnt hatten, sei es, weil sie den Blick in die Streikkasse nicht zulassen wollten, sei es, daß sie sich scheuten, die finanzielle Misere der Neuen Heimat vor der Öffentlichkeit auszubreiten.

Offenbaren muß sich Schiesser dem Bundeswohnungsbauminister, wenn er von dessen Angebot einer „flankierenden Hilfe ohne Einsatz von Steuermitteln“ Gebrauch machen will, was damit auch immer gemeint sein mag. Die Bundesregierung scheint jedenfalls ein politisches Interesse daran zu haben, einen Konkurs vor den Wahlen zu vermeiden; denn auch Mieter der Neuen Heimat sind Wähler der CDU, und die Regierungspartei hat ein Interesse daran, ihnen guten Willen zu zeigen. Vor allem aber muß Schiesser seine Karten vor den Banken auf den Tisch legen, bei denen er mit der Neuen Heimat nun so hoch verschuldet ist, daß ihm keiner zutraut, mit seinem kleinen Vermögen die Riesenprobleme packen zu können.

Die Bankiers, auf dessen Hilfe Schiesser rechnet, fragen sich zu recht, warum er das nicht schon getan hat, bevor er sich auf den Deal mit den Gewerkschaften eingelassen hat. Will man einmal die Vermutung ausschließen, daß Schiesser so leichtsinnig ist, mit der Neuen Heimat die Katze im Sack zu kaufen – oder auch den Verdacht, er sei von den Gewerkschaften „gekauft“ worden, um für sie den Konkurs abzuwickeln, wobei die Banken allerdings nicht mitspielen würden –, so bleiben nur andere Spekulationen übrig, die auch in Bankkreisen angestellt werden.

Hat Schiesser von den Gewerkschaften und ihrer Holding finanzielle Zusagen zum Stopfen der riesigen Verlustlöcher bekommen? Wird er außerdem mit einigen hundert Millionen ausgerüstet, die auch die Liquidität der Neuen Heimat sicherstellen? Das wäre schließlich eine wichtige Voraussetzung dafür, daß ihn die Gläubigerbanken nicht fallenlassen.

Eine weitere Spekulation hält für möglich, daß die maroden Teile der Neuen Heimat in Hamburg und Bremen nach dem Muster Nordrhein-Westfalen und Hessen ausgegliedert werden – Hamburgs Bürgermeister hat eine solche Bereitschaft bereits signalisiert –; dann wäre ein Teil der schlimmsten Risiken auf Kosten der Steuerzahler sozialisiert. Schiesser wäre einige Sorgen los, und der Restbestand der Neuen Heimat böte ihm die Chance, beim Ausschlachten wenigstens ohne Verlust über die Runden zu kommen.

Wenn alle diese Spekulationen zutreffen, bleibt freilich die Frage offen, was die Gewerkschaften mit dieser „Privatisierung“ im Sinn haben, die sie nach verbreiteter Meinung teurer zu stehen kommt als die Lösung, die sich vorher mit den Banken abzeichnete. Geht es ihnen nur darum, sich die Neue Heimat endlich vom Halse zu schaffen, um nicht mit dem Makel behaftet zu sein, eine Sanierung des Unternehmens auf Kosten der Mieter zu betreiben? Diese allzu simple Rechnung würde wohl kaum aufgehen.

Schiesser jedenfalls hat sich den Schwarzen Peter geben lassen; nun muß er die Verträge auf den Tisch legen, die er mit der Gewerkschaftsholding BGAG geschlossen hat. Wenn daraus hervorgeht, daß die BGAG genügend Geld einschießt, hat er bei den Banken vielleicht eine Chance. Andernfalls bleibt nur der Schluß übrig, daß die Gewerkschaften versuchen, den Banken die Schuld am Konkurs der Neuen Heimat in die Schuhe zu schieben.

Die „kühne Wacht“ mit Panzern, Damen und Kuchen

65 000 NATO-Soldaten sind zur „kühnen Wacht“ ausgezogen. Das Manöver „Bold Guard“ ist nicht nur eine strategische Übung, es ist auch der Versuch, Soldaten aus fünf befreundeten Nationen gemeinsam kämpfen zu lassen.

Von GEORG BAUER

Mit der Sprache ist das so eine Sache. Die nicht englischsprachigen Offiziere in den Hauptquartieren der NATO bedienen sich des Englischen, als seien sie von Kindheit an mit ihm aufgewachsen. Doch auf der Ebene der Mannschaften sieht das anders aus. Diese Erfahrungen machten auch Pioniere der Bundeswehr und der US-Armee, als sie bei der NATO-Übung „Bold Guard“ (kühne Wacht) mit ihrem tonnenschweren Gerät eine Brücke über die Schlei in Schleswig-Holstein schlagen sollten.

Eine deutsch-amerikanische Premiere mit Hindernissen. Wichtiger noch als die Brückenteile war das Wörterbuch, mit dessen Hilfe sich die Soldaten verständlich machten. Recht unmilitärisch riefen sich die Pioniere bei schwierigen Passagen die Befehle und Anordnungen nicht zu, sondern verwiesen mit dem Zeigefinger auf eine entsprechende Stelle des Wörterbuches. Dennoch gelang das Experiment, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. Nach gut sieben Stunden war die Schlei überbrückt und die Tragfähigkeit der Pontons mit jetzt rund 70 Tonnen mehr als verdoppelt.

Ihre liebe Not mit der fremden Umgebung hatten auch Soldaten aus dem Vereinigten Königreich, insbesondere die Fahrer der rund 13 000 Mann starken Truppe. Gewohnt, ihre Panzer und schweren Lkw auf der Insel auf der linken Seite der Straße zu steuern, konnten sie sich nur schwer auf den Rechtsverkehr in der Bundesrepublik Deutschland umstellen. Für die Militärs war es daher nicht überraschend, daß in jeden zweiten Unfall ein Engländer verwikkelt war.

Das Manöver mit seinen rund 65 000 Soldaten aus den USA, England, Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik war bis ins Detail vorbereitet worden. So wurden Taschenkalender ausgeteilt, auf denen nicht nur zehn Regeln zum Vermeiden von Unfällen und Übungsschäden notiert waren, sondern auch Grundregeln zum Verhalten bei Störungen. Die Militärs, die sich auf Proteste eingestellt hatten, gaben unter anderem den Mannschaften den Rat, bei friedlichen Aktionen das Gespräch anzunehmen, sofern der Auftrag es zulasse. Bei Tätlichkeiten oder Angriffen solle man sich ruhig und besonnen verhalten, sich allerdings entschlossen zur Wehr setzen. Schließlich sei man zur Notwehr und Nothilfe berechtigt.

Der Taschenkalender erwies sich als überflüssig dank der Sympathie in der Bevölkerung. Die Freundlichkeit der Schleswig-Holsteiner gegenüber der Bundeswehr kommentierte Udo Schwegmann, Hauptmann bei der 9. Panzergrenadierdivision, so: „Ich habe noch nie ein so angenehmes Klima erlebt.“



Teilnehmerinnen am NATO-Manöver „Bold Guard“ in Schleswig-Holstein sind auch diese vier dänischen Soldatinnen mit ihrem Panzer FOTO: DPA

Auf Sympathie stießen auch die Streitkräfte aus Übersee. Bei Kaffee und Kuchen legten Amerikaner in Privathäusern eine Manöverpause ein. Und die Soldaten revanchierten sich auf ihre Weise. Für die Manöverzeitung ließ sich Hauptmann Gerhard Jahnel photographieren, ein Kalb auf den Armen. Der Offizier hatte tatkräftig bei der Geburt des Tieres geholfen.

Auch bei der technischen Hilfe nahmen es die Truppen nicht so genau mit den Vorschriften. Offiziell ist es zwar verboten, das bundeseigene Gerät für zivile Zwecke einzusetzen, doch trägt die Hilfe durchaus zur Symphatiewerbung bei. So wußte es Volker Biß, ein junger Bauer aus dem Dorf Klein-Amerika im Kreis Rendsburg-Eckernförde, durchaus zu schätzen, als Soldaten der Bundeswehr dank ihrer technischen Möglichkeiten seinen Mähdrescher wieder flott machten.

Um aufkeimendem Unmut von vornherein zu begegnen, waren die Bauern bereits Monate vorher bei Informationsveranstaltungen auf die Großübung eingestimmt worden. Die Frage nach Manöverschäden und ihrer unbürokratischen Regelung stand dabei mit im Vordergrund. Schäden bis zu 500 Mark regelten die eingesetzten Offiziere bereits an Ort und Stelle. Und auch das in Kiel eingerichtete Bürgertelefon, Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden, erwies sich als Segen. Wie aus dem Beschwerde-Hauptquartier zu hören war, machten die Bürger nur selten ihrem Ärger über Lärmbelästigungen rasselnder Panzerketten oder donnernder Düsen der Jagdflugzeuge Luft. Die Fragen beschränkten sich meist auf Informationen über den Ablauf des Manövers.

Für die Truppe hieß es daher: Wechsel des Standorts möglichst vor Beginn der Dunkelheit. Mit einer Besonderheit warteten die Dänen der Jütland-Division unter Führung von Generalmajor Holger Dencker auf. Während für die Angehörigen der Bundeswehr offiziell Bierverbot erteilt worden war, gestattete Dencker den Genuß des Gerstensaftes. Ein Däne meinte dazu knapp: „Wir nennen das Freiheit in eigener Verantwortung.“ Zur Freude der Soldaten, die in heimischen Gefilden bedeutend mehr für diese Genüsse des Lebens bezahlen müssen.



Britische und holländische Soldaten landen im Morgengrauen an der Ostseeküste bei Eckernförde FOTO: AP

Die Dänen waren es auch, die für einen in deutschen Augen ungewöhnlichen Anblick sorgten. Sie hatten rund 300 Soldatinnen mitgebracht, die in der Jütland-Division als Fernmelder, Telefonisten, Stabssoldaten und Artilleriesoldaten Dienst tun. Und aus dem Mund von Dencker kam Lob für die feminine Streitmacht: „Die Frauen sind sehr gut. Es gibt aber Arbeiten, die können sie nicht tun.“ Die Soldatinnen, die im Rahmen eines Experiments der dänischen Truppen auch in Panzerkompanien und Batterien der Artillerie eingesetzt werden, seien zwar sehr gut im Fahren und beim Feuern, doch schwach beim Munitionstransport, sagte der Generalmajor.

Zufrieden mit ihrer Berufswahl äußerte sich die 26jährige Helle Kjor im Rang einer Obergefreitin. Nein, es gebe keine Probleme mit ihren männlichen Kollegen. Alles sei ganz normal, versicherte sie nachdrücklich. Und ein dänischer Offizier ergänzt, schließlich sei der Dienst in der Armee ein Arbeitsplatz wie jeder andere auch. Auch Aktfotos an den Innenwänden eines Funkwagens, die von allzu menschlichen Gedanken bei ihren maskulinen Mitkämpfern zeugten, konnten diese Einschätzung nicht trüben.

Etwas züchtiger, zumindest offiziell, gab sich hingegen die Bundeswehr. Offenbar in einer Anwandlung von Übermut hatte das psychologische Bataillon 800 mit Standort in Clausthal-Zellerfeld Plakate für die „kühne Wacht“ drucken lassen, auf denen Frauen mit entblößtem Oberkörper abgebildet waren. Die Plakate seien nicht verboten worden, doch würden sie nicht gern gesehen, so ein Angehöriger der Truppe.

Für leichte Unruhe im Offizierskorps hatte hingegen der frühere General Kießling gesorgt, als er sich in einem Zeitungsbeitrag kritisch zum Sinn von Großmanövern äußerte. Der Befehlshaber für die Ostseezugänge, Generalleutnant Rye Andersen, ließ keinen Zweifel daran, daß weitere Großübungen im Rahmen von „Bold Guard“, die im Vier-Jahres-Rhythmus über die Bühne gehen, notwendig seien.

Sie haben wenig zu lachen, aber immer Zeit zu lächeln

In früheren Jahrzehnten nannte man es die Schweiz Südamerikas. Wegen seiner demokratischen Traditionen, aber auch wegen seiner wirtschaftlichen und sozialen Leistungen. Inzwischen ist der Existenzkampf in Uruguay, einem der kleinsten Staaten des Kontinents, rauher geworden.

Von HANS-J.MAHNKE

In einer der vielen Einkaufspassagen an der Straße Gorlero hält eine dralle, ungewöhnlich groß gewachsene Indiofrau in roter Wolljacke, buntem langen Rock und mit unförmiger wollener Kopfbedeckung gleich beide Hände auf und sagt forsch ihren Spruch auf. Sie bettelt. Sie ist die einzige Bettlerin auf der Hauptstraße von Punta del Este, wo Banken, Boutiquen, Bildergalerien und dazwischen immer wieder Immobilienbüros anzutreffen sind, wo die Grundstückspreise zu den höchsten in Lateinamerika gehören.

Sie hat keinen festen Platz. Sie eilt an den Geschäften vorbei und spricht die Fremden mehr zufällig an. Auch während der Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) ist der Badeort kein Platz für Bettler. Es ist kalt, selbst an einem Sonnentag. Aber auch in der Hochsaison seien es nur wenige, sagt ein Deutscher, der aus beruflichen Gründen seit 45 Jahren zwischen Uruguay und Argentinien pendelt.

In Montevideo, wo 1,3 der 2,9 Millionen Uruguayer wohnen, sei das anders. Dort habe die Bettelei in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ein Zeichen für den wirtschaftlichen Niedergang Uruguays, das früher, nicht nur wegen seiner demokratischen Tradition, die Schweiz Südamerikas genannt wurde. Früher sei hier alles besser gewesen, sagt er immer wieder – nicht in einer Art, wie ältere Leute über die Vergangenheit reden, mehr analysierend. Allen geht es schlechter und damit auch den Randgruppen, den Habenichtsen, die früher durch Almosen mitversorgt worden seien.

Fleisch und Wolle – der Reichtum Uruguays

Die Bettlerin verwundert ihn nicht, nur ihre Abstammung, obwohl es auch in diesem südamerikanischen Land keine Rassenprobleme gibt. Aber Indios gebe es in Uruguay nicht. 90 Prozent der Bevölkerung seien direkte Nachkommen von Spaniern und Italienern, der Rest habe auch europäisches Blut in den Adern.

Uruguay ging es immer dann gut, wenn es anderen schlecht ging. Zuletzt während des Zweiten Weltkrieges und während des Korea-Konflikts 1950–1953. Dann konnten die Uruguayer das verkaufen, was sie im Überfluß haben, nämlich Fleisch und Wolle, und zwar zu guten Preisen. Dann ging es allen gut, nicht nur den Landbesitzern. Staatspräsident José Batlle baute in den zwanziger Jahren einen Sozialstaat auf, von dessen Leistung damals die Gewerkschaften in Europa nur träumen konnten: 8-Stunden-Tag beispielsweise, Pensionierung unter Umständen schon mit 35 Jahren, ein hervorragendes Gesundheitssystem – finanziert aus dem natürlichen Reichtum des Landes.

Inzwischen wurden die Sozialleistungen zur Last, und das, obwohl sie wegen der Inflation nicht mehr das sind, was sie einmal waren. „Du kannst alles machen, dich erschießen oder aufhängen, nur in die Krankenhäuser darfst du nicht gehen, das ist grausam“, sagt ein Kenner des Landes. Wer es sich leisten könne, gehe in eine Privatklinik, aber das seien nicht sehr viele.

Denn der wirtschaftliche Niedergang hat seine Spuren hinterlassen. Gründe gibt es viele. Die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Agrarpolitik ist einer. Durch die Abschottung der EG-Märkte verloren die Uruguayer in den sechziger Jahren wichtige Absatzgebiete. Mehr noch: Durch die subventionierten Exporte drängte die EG nicht nur Uruguay aus Märkten heraus, sondern sie drückte auch noch die Weltmarktpreise nach unten.

Noch folgenschwerer wirkten sich zwischen 1968 und 1972 die Tupamaros aus: Sie bestimmten das Geschehen in dem zweitkleinsten Land Südamerikas mit der ältesten Demokratie auf dem Kontinent, das vor gut 150 Jahren unter dem Einfluß der Briten als Pufferstaat zwischen Brasilien und Argentinien entstanden war, damit kein Land die Alleinherrschaft über die Mündung des Rio de la Plata erringen konnte. Mit der Stadtguerrilla wurde die Regierung fertig: Das Militär übernahm die Macht bis zum März vergangenen Jahres. Wirtschaftlich waren die Folgen: In- und ausländische Investoren wurden verschreckt, Kapital wurde aus dem Land abgezogen, die Industrie veralterte immer mehr. Und die EG-Agrarpolitik führte dazu, daß die Landbesitzer auch noch ihre Viehbestände reduzierten.

Die neue, demokratisch gewählte Regierung mußte im vergangenen Jahr wahrlich „eine Erblast“ übernehmen, stellt Horst Schirmer fest, der deutsche Botschafter in Montevideo. Wenn er von Staatspräsident Sanguinetti oder von Außenminister Iglesias redet, gerät er fast ins Schwärmen: Topleute. Iglesias beispielsweise wird für fast alle freiwerdenden Posten auf hohem internationalen Parkett immer wieder gehandelt. Auch ein Grund, warum die Gatt-Konferenz jetzt in Uruguay stattfand.

„Und darunter?“ fragt ein Uruguay-Kenner und gibt selbst die Antwort: „Nichts“. Die Korruption sei nicht besonders ausgeprägt, viel geringer als in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten. Entscheidungen, die in einem deutschen Ministerium ein Ministerialrat trifft, bedürften in Montevideo der Unterschrift des Ministers, häufig sogar des Staatspräsidenten.

Die Beamten in Uruguay sind schlecht bezahlt. Aber: Jeder zehnte Uruguayer steht in Staatsdiensten – rund 260 000, hinzu kommen 600 000 Rentner, die den Staatssäckel belasten. Ein Problem ist auch der Sozialkonflikt. Die Unternehmer orientieren sich allein an ihrem Besitz, sie wagen nichts und treiben nicht die Wirtschaft voran. Die Gewerkschaften sind kommunistisch unterwandert. Gestreikt wird ständig irgendwo. In den vergangenen anderthalb Jahren gab es drei Generalstreiks.

Der Mindestlohn von umgerechnet 150 Mark im Monat reicht nicht. Selbst Spitzenbeamte haben einen zweiten Job, was leicht verkraftbar ist bei 29 Wochenstunden. Morgens mit wenig Engagement auf dem Beamtenschemel hocken, nachmittags als Notar und Rechtsanwalt sein Geld verdienen – so kann die Familie über die Runden gebracht werden. In der Regel gibt es allerdings mehr als einen Verdiener. Die Kinder ziehen erst dann aus, wenn sie heiraten.

Ein Nebenberuf gehört einfach dazu

Große Sprünge kann sich mit dem Mindestlohn niemand leisten. Und trotzdem: Die Uruguayer wirken zufrieden. Die Kellnerin in dem renommierten Fischrestaurant „Taberna Mariskonea“, direkt am Atlantik, lächelt ständig. Man ist schlicht freundlich, ja geradezu herzlich gegenüber Fremden, mit denen man sich nicht verständigen kann. Der Diener im Hotel „Castilla“ überschlägt sich, wenn man ihn um etwas bittet. Nicht nur um ein Trinkgeld zu erheischen – damit wird stillschweigend gerechnet, aber so, daß der Empfänger es offiziell nicht zur Kenntnis nehmen muß. Das Wort eines Uruguayers über die Effektivität der Europäer kennzeichnet die Situation: „Euch fehlt die Zeit zum Lächeln.“

Und das können die Uruguayer, auch wenn es ihnen schlechter geht als früher, obwohl die Wirtschaft in den vergangenen anderthalb Jahren unter der demokratischen Regierung wieder etwas vorangekommen ist. Doch die Arbeitslosenquote liegt offiziell immer noch zwischen zehn und zwölf Prozent, mit der verdeckten Arbeitslosigkeit sind es sogar 25 Prozent. Die Inflationsrate hat wieder rund 80 Prozent erreicht. Der Peso wurde gegenüber der D-Mark innerhalb eines Jahres um rund 90 Prozent abgewertet. Die Realeinkommen liegen heute rund 50 Prozent niedriger als 1970.

„Gut dran“ sind vergleichsweise die Arbeitslosen mit einem deutschen Paß. Der ist begehrt. Manche, die kein Wort Deutsch sprechen, besinnen sich wieder auf ihre Vorfahren. Denn ihnen steht Sozialhilfe aus der Bundesrepublik zu. An rund 200 Personen zahlt der Botschafter. Verständlich das Interesse. Denn das, was ihnen nach deutschem Recht zusteht, ist doppelt so hoch wie der Mindestlohn für Uruguayer.

Immer mehr gehen betteln. Die Indiofrau ist stadtbekannt. Einer, der sie schon länger kennt, weiß: „Eigentlich will sie kein Geld, sondern Drogen. Dieses Problem nimmt selbst hier immer mehr zu.“ Flucht aus der Realität – auch in Uruguay?

Widerstand gegen die Gesamtschule wächst

„Bürgeraktion Schule" rechnet mit Hilfe von CDU und FDP

CHRISTIAN GEYER, **Düsseldorf**

Im nordrhein-westfälischen Schulstreit sammelt die „Bürgeraktion Schule" jetzt Munition für ein neues Gefecht. Der Zusammenschluß von Eltern- und Lehrerverbänden mobilisiert „zur Rettung des gegliederten Schulsystems" eine landesweite Unterschriftenaktion. Diese „Bürgerpetition" soll die Landesregierung bewegen, das Schulverwaltungs-Gesetz zu ändern. Anderenfalls erwägt die Bürgeraktion ein Volksbegehren.

Nachdem der CDU-Landesvorstand bereits einstimmig beschlossen hat, die Petition zu unterstützen, hat nun auch die FDP ihre Zustimmung signalisiert. „Ich gehe davon aus, daß wir die Unterschriften-Aktion mittragen werden", sagte FDP-Fraktionschef Achim Rohde der WELT. Bis zu einer endgültigen Entscheidung am 10. Oktober stehe aber noch eine „inhaltliche Abstimmung" mit den Forderungen der Bürgeraktion an. Es müsse klar bleiben, daß die FDP nicht etwa prinzipiell gegen Gesamtschulen sei, sich aber wohl aktiv für den Erhalt des gegliederten Schulsystems einsetze.

Die CDU-Landtagsfraktion schlägt härtere Töne an. Sie versteht den Flankenschutz für die Bürgeraktion zugleich als Plädoyer für das von ihr geforderte „Gesamtschul-Moratorium". Die Landesregierung solle solange auf die Gründung von Gesamtschulen verzichten, bis die zahlenmäßige „Entwicklung der Schülerzahlen, Schulen und ihrer Standorte" bekannt sei. Erst wenn diese Daten auf dem Tisch liegen, könnten die Auswirkungen der Gesamtschulgründungen auf das bestehende gegliederte Schulsystem realistisch eingeschätzt werden. Vorher sei jede neue Gesamtschule „verantwortungslos" und fördere ein „Zwei-Klassen-Elternrecht".

Die Speerspitze der „Bürgeraktion" richtet sich gegen den Anmeldemodus für Gesamtschulen. Angesichts sinkender Schülerzahlen bedeute die Einführung einer einzigen Gesamtschule nämlich zugleich auch „das Aus für mindestens zwei blühende Schulen des gegliederten Systems in der Nachbarschaft", sagte Sprecher Peter Heesen. Viele hundert Eltern müßten tatenlos zusehen, wie ihre Gymnasien, Haupt- oder Realschulen sterben, weil eine Minderheit von 112 Eltern die Gesamtschule wünsche. Wegen der veränderten demographischen Entwicklung könnten die Rechte der Minderheiten auf Errichtung einer Gesamtschule aber nicht mehr in demselben Maß berücksichtigt werden, wie das früher der Fall gewesen sei.

Die Bürgeraktion fordert außerdem die Streichung des „skandalösen Ermächtigungs-Paragraphen". Die Bestimmung, daß der *Kultusminister* die Kommune auch gegen deren Willen zur Errichtung einer Gesamtschule zwingen kann, sei „verfassungsrechtlich unzumutbar".

1,3 Milliarden für Opfer des Krieges

dpa, **Frankfurt**

Die Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge haben 1985 rund 1,3 Milliarden Mark betragen. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 52 Millionen Mark oder vier Prozent mehr als 1984. Wie das Amt gestern mitteilte, wurden 902 Millionen Mark (70 Prozent) für Hilfen in besonderen Lebenslagen aufgewendet; darunter allein 782 Millionen Mark für Unterstützungen zur Pflege. Für ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt wurden 207 Millionen (16 Prozent) und für Erziehungsbeihilfen 77 Millionen Mark (sechs Prozent) ausgegeben.

Verlieren acht Grüne ihre Immunität?

AP, **Bonn**

Der Deutsche Bundestag soll noch in dieser Woche die Immunität von acht Abgeordneten der Grünen aufheben, gegen die Strafverfahren angestrebt werden. Dabei geht es um Verstöße im Zusammenhang mit Demonstrationen und Sitzblockaden. Wie aus gestern in Bonn veröffentlichten Bundestagsunterlagen hervorgeht, hat der zuständige Bundestagsausschuß die Aufhebung der Immunität folgender Abgeordneter *empfohlen: Annemarie Borgmann,* Norbert Mann, Heidemarie Dann, Heinz Suhr, Hans-Chrisitan Ströbele, Joachim Müller, Stefan Schulte und Axel Vogel.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich auf unabsehbare Zeit blamiert"

WELT-Interview mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß

Nach dem Verkauf der „Neuen Heimat" an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser hat sich nach Einschätzung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auf der Basis der bisher bekannten Fakten die Gefahr eines Konkurses des Unternehmens „nicht vermindert, sondern eher erhöht". In einem WELT-Interview erklärte Strauß gestern: „Vielleicht ist Herr Schiesser auch lediglich ein Strohmann der Gewerkschaften, der den spektakulärsten Konkurs in der deutschen Nachkriegsgeschichte auf seine Kappe nimmt ...". Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: Wie bewerten Sie die Hintergründe und Ziele der Verkaufsaktion der „Neuen Heimat"?

Strauß: Die Hintergründe der Verkaufsaktion liegen bis zur Stunde völlig im dunkeln. Sowohl die Neue-Heimat-Führung als auch der DGB weigern sich, die Karten dieser merkwürdigen Verkaufsaktion auf den Tisch zu legen. Dadurch werden einmal mehr Hunderttausende Sozialmieter der „Neuen Heimat" in Ungewißheit und Sorge versetzt.

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß der größte soziale Wohnungsbaukonzern Europas, der unter lupenreinem sozialistischen Management und voller gewerkschaftlicher Aufsicht steht, an einen der kapitalistischen Gewinnmaximierung verpflichteten Brotfabrikanten verscherbelt wird. Es ist das gute wirtschaftliche Recht des Herrn Schiesser, aus dem übernommenen Wohnungsbestand möglichst viel Gewinn zu ziehen. Ich kenne bislang kein Argument, das den drittklassigen Ausstieg des DGB aus seiner Verantwortung für die „Neue Heimat" und für Hunderttausende Sozialmieter rechtfertigen würde.

WELT: Es wurde der Verdacht geäußert, mit der Aktion soll der Konkurs „verlagert" werden. Teilen Sie diese Einschätzung?

Strauß: Bis zum Verkauf an Herrn Schiesser hat ein Stillhalteabkommen der Banken einen Konkurs der „Neuen Heimat" verhindert. Die „Neue Heimat" hat sich bisher ausgeschwiegen, wie die Banken zu ihren Zins- und Tilgungsforderungen kommen werden. Die Gefahr eines Konkurses hat sich daher nach dem bisherigen Informationsstand der Öffentlichkeit nicht vermindert, sondern eher erhöht.

Vielleicht ist Herr Schiesser auch lediglich ein Strohmann der Gewerkschaften, der den spektakulärsten Konkurs in der deutschen Nachkriegsgeschichte auf seine Kappe nimmt, damit die Crème de la crème des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht als größter Bankrotteur in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingehen muß, der obendrein noch sowohl den so gepriesenen Gedanken der Gemeinschaft und die soziale Bedeutung der Mitbestimmung in der eigenen Praxis skrupellos lächerlich gemacht und diskreditiert hat.

Ich kann mir jedenfalls keinen Reim darauf machen, daß der Verkäufer dem Käufer auch noch mit großzügigen Darlehen finanziell unter die Arme greift, um die „Neue Heimat" loszuwerden. Die Regionalgesellschaften in Nordrhein-Westfalen und Hessen werden wohl ausgeklammert, weil für diese Probleme die dort regierenden SPD-Genossen einen Sanierungsbeitrag aus Steuermitteln leisten sollen – aber sicher erst nach den Wahlen.

WELT: Wie beurteilen Sie die Haltung der DGB-Führung, die offensichtlich glaubt, mit dieser Aktion zugleich auch die Verantwortung für die „Neue Heimat" los zu sein?

Strauß: Der DGB hat sich mit seiner Gemeinwirtschaftsphilosophie und seinem Mitbestimmungs-Fanatismus auf unabsehbare Zeit blamiert. Die „Neue Heimat" galt doch über Jahrzehnte als Perle der Gemeinwirtschaft. Die führenden DGB-Funktionäre in den Aufsichtsräten der „Neuen Heimat" sind nicht nur ihrer unternehmerischen, gemeinwirtschaftlichen Verantwortung nicht gerecht geworden, einige von ihnen haben auch Geschäfte mit der „Neuen Heimat" in die eigene Tasche gemacht.

Der DGB hat mit dem obskursten Wohnungsverkauf, den wir je hatten, den letzten Rest an Glaubwürdigkeit in der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen verspielt. Ich habe dieser Tage im Magazin „Spiegel" gelesen: „Der moralmiefende Kapitalismus der Gewerkschaften unterscheidet sich von dem gewöhnlichen nur durch sein Ausmaß an Heuchelei." Dieser Beurteilung ist nichts hinzuzufügen.

WELT: Wie stellt sich für Sie die Situation der „Neuen Heimat" in Bayern dar?

Strauß: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, da die „Neue Heimat Bayern" Teil dieses obskuren Verkaufsgeschäftes ist. Die „Neue Heimat Bayern" hätte zweifellos eine sicherere und seriösere Zukunft gehabt, wenn die führenden Herren der „Neuen Heimat" unsere Vermittlungsdienste weiter in Anspruch genommen hätten. Wir waren in Gesprächen mit der „Neuen Heimat". Für Bayern lag ein Gutachten vor, das Grundlage unserer Vermittlungsbemühungen sein sollte. Die Tatsache, daß die verantwortlichen Gesprächspartner in Bayern von dem Coup der „Neuen Heimat" ebenso überrascht wurden wie die gesamte Öffentlichkeit, beweist, von welchem Zuschnitt gemeinwirtschaftliche Führungskräfte sind und wieviel ihnen am Schicksal von Hunderttausenden Sozialmietern liegt: Offensichtlich nichts. Und diese Funktionäre haben die Unverfrorenheit, uns „Wahlprüfsteine" vorzulegen und uns vor ihr Tribunal zu laden, damit wir Rechenschaft über unsere Einstellung zu den Arbeitnehmern und unsere Haltung zur Mitbestimmung ablegen sollen. Dieser Skandal stinkt zum Himmel.

Abtreibung auf Krankenschein ist nicht rechtswidrig

AP, **Kassel**

Der Rechtsstreit um die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen ist vorerst zu Ende. Das Bundessozialgericht in Kassel hat gestern die Klage der 37jährigen Redakteurin Ursula Zöller gegen die Barmer Ersatzkasse als unzulässig abgelehnt.

Die bei einer christlichen Wochenzeitung tätige Journalistin wollte erreichen, daß Krankenkassen keine Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Not, nach Vergewaltigungen oder wegen drohender Mißbildungen des Kindes bezahlen dürfen.

Besondere Bedeutung wurde der höchstrichterlichen Entscheidung beigemessen, weil durch ein Verbot der Kassenfinanzierung die praktische Durchsetzbarkeit der Indikationsregelung des Schwangerschaftsparagraphen 218 im Strafgesetzbuch berührt wäre, der in derartigen Fällen Abtreibungen unter bestimmten Voraussetzungen zuläßt. Ohne die Bezahlung der Abtreibungen könnten sich viele Frauen den Abbruch finanziell nicht leisten, argumentierten die Gegner der Klage.

Der Vorsitzende Richter am Bundessozialgericht, Artur May, begründete die Entscheidung damit, eine solche Unterlassungsklage könne nur jemand erheben, der in seinen Rechten beinträchtigt sei. Dies treffe in diesem Fall aber nicht zu. Eine Beeinträchtigung der individuellen Rechtssphäre von Frau Zöller durch die Kassenfinanzierung von Abtreibungen sei nicht erkennbar. May fügte hinzu, es sei auch nicht die Angelegenheit eines einzelnen Kassenmitglieds, die Krankenkasse zu rechtmäßigem Verhalten anzuleiten.

Die Klägerin hatte argumentiert, sie wolle nicht Beiträge an eine „Abtreibungskasse" zahlen müssen, die „ungeprüft Hunderttausende von Abtreibungen im Jahr finanziert".

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte bereits im Juli 1984 eine Klage der Frau als unzulässig abgewiesen. Es begründete seine Entscheidung damals ähnlich wie jetzt das Bundessozialgericht: Soweit eine Maßnahme mit dem Glauben oder dem Gewissen eines Bürgers unvereinbar sei, könne er nicht verlangen, daß seine Überzeugung zum Maßstab der Gültigkeit für die Rechtsnormen aller werde.

(Aktenzeichen: Bundessozialgericht 8 RK 8/85).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Minister Krumsiek räumt Fehler ein. Lecki: Ich habe Bewacher betäubt

Keine Bedrohung durch Waffe? / Polizeigewerkschaft fordert „Konsequenzen im Justizapparat"

HELMUT BREUER, **Düsseldorf**

Die Affäre um den zum vierten mal aus der Haft entflohenen Polizistenmörder Alfred Lecki hat gestern eine überraschende Wende genommen. Der Bankräuber meldete sich bei einer Kölner Tageszeitung und teilte brieflich mit, er habe entgegen den bisherigen Darstellungen keine Waffe benutzt, um erneut auszubrechen. Vielmehr habe er den einzigen ihn bewachenden Justizbeamten durch Schlaftropfen im Tee eingeschläfert und anschließend gefesselt. Er habe seinen Bewacher aber nicht verletzt. Zum Beweis legte der Kriminelle dem Schreiben, das mit dem Satz „Mit freundlichen Grüßen Lecki" endete, Teile der Pistole und Patronen bei, die er offenbar seinem Bewacher abgenommen hatte. Die Sendung war am Dienstag in Aachen aufgegeben worden.

Bereits am Montag war im Düsseldorfer Justizministerium angezweifelt worden, ob Lecki tatsächlich den Beamten mit einer in die Universitätsklinik eingeschmuggelten Pistole bedroht oder ob der Beamte dies lediglich zur Rechtfertigung seines Versagens behauptet habe. Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) überraschte gestern den Rechtsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags mit der Mitteilung, nur einer der acht zur Bewachung Leckis eingesetzten Vollzugsbeamten aus der Haftanstalt Rheinbach hätte die Weisungen ihres Vorgesetzten korrekt erfüllt. Der inzwischen suspendierte Rheinbacher Anstaltsleiter Breitkreuz hatte angeordnet, nur Besucher mit schriftlicher Genehmigung ans Bett von Lecki zu lassen, deren Per*sonalien zu überprüfen und sie auf* Waffen zu untersuchen. Tatsächlich ging es nach Schilderung mehrerer Zeugen im Krankenzimmer Leckis aber „wie in einem Taubenschlag" zu; die Schlaftropfen hätten mühelos eingeschmuggelt werden können.

Mit großer Verwunderung haben gestern zahlreiche Abgeordnete des Rechtsausschußes auf den Appell des rechtspolitischen SPD-Abgeordneten Klütsch reagiert, der um „Verständnis" für Lecki warb, weil dieser schließlich von einem „manisch-psychopathischen Freiheitswillen" beseelt sei. Im übrigen würden alle Gefangenen von Rheinbach wegen ihrer hohen Freizeitstrafen „seelisch gequält". Klütsch appellierte an den Düsseldorfer Justizminister, den Fall Lecki nicht zum Anlaß zu nehmen, Maßnahmen zu ergreifen, die zu Lasten aller anderen Inhaftierten gingen. Schließlich müßten sie alle resozialisiert werden.

Kriminalhauptkommissar Steffenhagen, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), nannte gestern gegenüber der WELT den Fall Lecki eine Folge „unverantwortlicher Schlamperei der Justiz". Lecki sei schließlich bereits dreimal ausgebrochen und habe öffentlich diese Absicht angekündigt. Trotzdem sei lediglich ein einzelner, älterer Beamter zur Bewachung eingesetzt worden. „Ein größerer Leichtsinn ist nicht denkbar", sagte Steffenhagen, der „Konsequenzen im Justizapparat" forderte. Die Polizeibeamten in- und außerhalb Nordrhein-Westfalens, die jetzt erneut nach einem Kollegenmörder fahnden müßten, hätten keinerlei Verständnis mehr für diesen erneuten Aufwand und diese erneute Gefährdung.

Nach Meinung des Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Polizeihauptkommissar Thiemann, stellt der Fall Lecki nur ein weiteres Glied in einer Entwicklungskette dar, die seine Gewerkschaft seit Jahren beklage. Vor allem die Landesregierungen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen postulierten ständig den liberalen Strafvollzug und verunsicherten damit die Justizbeamten.

Schossen CSSR-Grenzer gezielt auf Dick?

Neue Spuren 7,5 Kilometer vom Fluchtort der beiden Polen gefunden / Zweifel an Zufalls-Darstellung Prags

P. SCHMALZ/G. BADING, **Bonn**

Knapp eine Woche nach dem Grenzzwischenfall an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, bei dem ein pensionierter Oberstleutnant der Bundeswehr von CSSR-Grenzern erschossen wurde, herrscht bei den deutschen *Behörden immer noch* Unklarheit über den wahren Tathergang. Ein größeres Polizeiaufgebot untersuchte am Mittwoch das Waldgebiet, in dem am Donnerstag vergangener Woche der Oberstleutnant Johann Dick von tschechischen Grenzsoldaten erschossen wurde. Nachdem die CSSR-Behörden nähere Angaben über den Hergang des blutigen Zwischenfalls verweigern, erhoffen sich die Ermittlungsbehörden als Ergebnis der Suche zumindest nähere Angaben über den Tatort. Die örtliche Kriminalpolizei hält es für möglich, daß die tödlichen Schüsse etwa 7,5 Kilometer weiter südlich der Stelle abgegeben wurden, an der dem 19jährigen Polen Majko Marek die Flucht über den Eisernen Vorhang gelungen war. Das Schicksal des zweiten Polen, der von den CSSR-Soldaten festgenommen worden war, ist unbekannt.

Untersuchungen an der Leiche des 59jährigen Offiziers, die inzwischen von der CSSR freigegeben und nach Bayern überführt wurde, ergaben einen Bauchdurchschuß aus einer Waffe mit langem Lauf – also keiner Pistole – als Todesursache. Auch Dicks Rucksack wurde von einer Kugel durchschlagen, außerdem wurden Hinweise auf einen zweiten Schuß festgestellt. Die Untersuchung ist sehr schwierig, weil tschechische Be*hörden bereits eine Obduktion vorge*nommen hatten. Die deutschen Behörden gehen davon aus, daß Dick von hinten angeschossen wurde und verblutet ist.

Für die deutschen Sicherheitsbehörden stellt sich die Frage, ob es überhaupt einen örtlichen und zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Fluchtversuch der beiden jungen polnischen Handwerker und dem Tod des Oberstleutnants gegeben hat.

Keine Ortsangabe

Die tschechischen Behörden hatten in ihrem Bericht über den Zwischenfall von der „Verfolgung einer ausländischen Flüchtlingsgruppe" gesprochen, ohne jedoch einen genauen Ort anzugeben. Sie hatten dabei auch zugegeben, daß ihre Grenzsoldaten bei der Verfolgung auf deutsches Gebiet vorgedrungen seien. Tatsächlich wurden in einer Entfernung von 70 Metern von der Grenzlinie Patronenhülsen für Schnellfeuergewehre des von den CSSR-Grenzern benutzten Typs sowie ein Pistolen-Magazin und Fußspuren gefunden. „Offen ist jedoch bisher, ob von dieser Stelle aus auf den polnischen Flüchtling geschossen worden ist", heißt es im Bericht der mit den Ermittlungen beauftragten Behörden. Ebenfalls „offen" sei bisher, an welcher Stelle auf Dick geschossen worden sei, „und wo die tschechoslowakischen Grenzer sich befanden, als sie die Schüsse abgaben."

Zweifel an der tschechischen Darstellung, daß Dick im Zusammenhang mit dieser Flucht getötet wurde, sind bei den Ermittlern insbesondere aufgetaucht, weil – auch bei der Suche mit Hunden – auf deutscher Seite keine Blutspuren gefunden worden sind. Bei einer derartigen Schußverletzung hätte man allerdings solche Spuren finden müssen, heißt es. Auch die Entfernung zu der Fluchtstelle, die von dem jungen Polen bei einer Rekonstruktion des Fluchtverlaufs noch am Donnerstag vergangener Woche vorgenommen wurde – also bevor das Verschwinden Dicks noch von dessen Familie gemeldet worden war – hatten zu Zweifeln geführt, da sie von der Stelle, an der Dick angeblich versehentlich erschossen wurde, 700 bis 800 Meter entfernt liegt. Der Fluchtversuch wurde etwa 3000 Meter südlich des Ortes Mähring im Landkreis Tirschenreuth unternommen. Der geflüchtete Pole hatte in seiner Vernehmung keinerlei Angaben zur Person Dicks machen können. Er gab an, bei seiner Flucht keine weitere Person gesehen zu haben. Er habe Johann Dick weder gekannt, noch habe er ihn gesehen.

Neuer Zeuge

In der Zwischenzeit hat sich ein neuer Zeuge gemeldet, der angab, Dick 40 Minuten nach dem Schußwechsel 7,5 Kilometer entfernt in der Nähe des Autos von Dick gesehen zu haben. Dieser Zeuge hat Dick auch auf ihm vorgelegten Fotos zweifelsfrei erkannt. Um 16.30 Uhr wurden von anderen Zeugen in der Nähe dieser Stelle mehrere Feuerstöße gehört. Die tschechoslowakischen Behörden hatten angeben, daß auf Dick um 13.30 Uhr geschossen worden sei, man ihn in ein tschechisches Krankenhaus gebracht habe. Dort sei er „am Abend" gestorben.

Als eine erste Maßnahme hat das Bundesinnenministerium eine verstärkte Streifentätigkeit in diesem Grenzabschnitt angeordnet. Auch wurde die Zahl der Hubschrauber-Kontrollflüge erhöht. Die Grenze zwischen der CSSR und Bayern ist 356 Kilometer lang.

Britische Liberale geben den Atomgegnern nach

Für eine nicht-nukleare Verteidigung / Niederlage für Steel

R. GATERMANN, **Eastbourne**

Die Kernwaffengegner in der britischen Liberalen Partei haben die verteidigungspolitische Brücke zu ihrem sozialdemokratischen Allianzpartner (SDP) einstürzen lassen. Auf ihrem Parteitag im südenglischen Seebad Eastbourne setzten sie mit knapper Mehrheit eine Entschließung durch, mit der sie die Parteiführung auffordern, in verteidigungspolitischen Verhandlungen sowohl mit der SDP als auch mit europäischen NATO-Partnern nur von einer nicht-nuklearen Lösung auszugehen.

Die beiden „alten" Parteien, Tories und Labour, werden diesen Beschluß nur zu gern als weitere Bestätigung ihrer bisherigen Argumentation einsetzen, daß die Allianz als dritte politische Kraft aufgrund mangelnder Einigkeit unglaubwürdig sei.

In der fast zweistündigen, teilweise stark emotional geführten Debatte ging es hauptsächlich um einen Zusatz zum letzten Punkt des vom Spitzengremium der Partei vorgelegten Entschließungsantrages. Darin hieß es, der Kongreß begrüße eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und seinen westeuropäischen Partnern in Fragen der Verteidigungspolitik und militärischen Ausrüstung, um damit einen effektiveren britischen Beitrag im europäischen NATO-Bereich zu erzielen. Dies sollte mit den Worten „vorausgesetzt, diese Verteidigung ist nicht nuklear" ergänzt werden.

Die Grundversion war bereits vor einer Woche vom SDP-Parteitag gutgeheißen worden. Den Führern beider Parteien sollte damit die Möglichkeit gegeben werden, ihre Idee von einer gemeinsam mit Frankreich zu bildenden „atomaren Minimalabschreckung" des europäischen NATO-Pfeilers weiterzuentwickeln. So hoffen sie, einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden zu haben, was aus der „unabhängigen britischen Atomstreitmacht" werden soll, wenn die Lebensdauer der Poseidon-Raketen Mitte der 90er Jahre ausläuft.

Falls bis dahin die Supermächte keine entscheidenden Fortschritte bei ihrer nuklearen Abrüstung erreicht haben, sollte die anglo-französische „Europa-Bombe" möglicherweise auch atomar als europäische Abschreckung installiert werden. Im kommenden Wahkampf sollte dies als „einzige glaubwürdige Alternative" zu der „nuklearen Aufrüstung der Tories", die mit neuen Trident-Raketen die bisherige Schlagkraft verzehnfachen wollen, eingesetzt werden, ferner auch zu den „Anti-NATO- und anti-amerikanischen Vorstellungen der Labour Party". Sie will die eigene Atomstreitmacht aufgeben und fordert den Abzug sämtlicher amerikanischer Sprengköpfe.

Die atomare Alternative wird in erster Linie von SDP-Führer David Owen verfochten. Nachdem er sich auf seinem Parteikongreß nach liberaler Auffassung nicht eindeutig genug für eine Abrüstung ausgesprochen hatte, holte er dies in Eastbourne nach.

Mit dem Liberalen-Führer David Steel forderte er jedoch die Beibehaltung der nuklearen Option in künftigen multilateralen Abrüstungsverhandlungen. Die Gegner einer solchen Lösung sahen darin jedoch den Aufbau einer europäischen atomaren Supermacht und einen „Ausverkauf unserer liberalen Seele".

Mit ihrem Beschluß haben die Liberalen nicht nur die Glaubwürdigkeit der Allianz untergraben, sondern auch ihrem Oberhaupt David Steel den Stuhl angesägt. Dieser versuchte sein Gesicht mit der Erklärung zu wahren, er werde mit der Niederlage leben können und nächste Woche nach Bonn reisen, um dort nach Brüssel und Paris die „europäische Minimalabschreckung" mit Bundesaußenminister Genscher zu beraten.

Widerstand in Angola verliert an Boden

M. GERMANI, **Johannesburg**

Kurz vor Beginn der Regenzeit, die in Mittelangola bereits eingesetzt hat und naturgemäß die Guerrillatätigkeit der Unita begünstigt, ist es trotz vielseitiger Erwartungen nicht zu einer Entscheidungsschlacht zwischen Savimbis Rebellen und der Regierungsarmee gekommen, die von sowjetischen Offizieren und mehreren zehntausend Kubanern geführt wird. Das hat zwei Ursachen: Zwar ist Militärhilfe aus den USA für Savimbi eingetroffen, aber in so geringem Umfang, daß sie gerade zum Überleben ausreicht, einen Sieg über Luanda jedoch nicht ermöglicht. Auf der anderen Seite üben die Präsenz und der Führungsstil der Sowjets und Ostblock-Berater eine demoralisierende Wirkung auf die Luanda-Armee aus.

Im Gegensatz zu den disziplinierten Unita-Soldaten, die hauptsächlich aus dem Ovimbundu-Volk Savimbis stammen, stehen die zum Großteil zwangsrekrutierten Regierungssoldaten entweder ethnisch im Gegensatz zu der Regierung in Luanda oder sie sind durch die Kriegsbedingungen, die schlechte Versorgung und die Erfolge der Unita demoralisiert.

Inzwischen hat der Druck der Unita nachgelassen. Regierungstruppen haben Geländegewinne gemacht, den Lunguebongu-Fluß überquert und stoßen weiter gegen die prowestliche Unita vor. Beobachter sehen darin allerdings nicht die erwartete Entscheidungsschlacht gegen Savimbi, sondern deuten die Bewegungen eher als eine Vorsichtsmaßnahme gegen Angriffe der Unita aus dem Hinterland.

Fest steht jedoch, daß Savimbi seinen Geburtsort Mengue, einen der Knotenpunkte der Benguela-Eisenbahn, die jedoch auf weiten Strecken zerstört ist, nicht mehr kontrolliert. Savimbis Truppen sind zwar nicht ernsthaft bedroht, doch sind sich Beobachter einig, daß er im Gegensatz zum Beginn des Jahres 1985, als er sowohl den Südosten, den gesamten Ostteil des Landes sowie einen Großteil des Nordostens völlig unter Kontrolle hatte, heute nur noch den südöstlichen Zipfel des Landes, sein Ovimbundu-Gebiet, wirklich beherrscht.

In den anderen Gebieten hat er inzwischen zu seiner alten Guerrillataktik zurückkehren müssen. Das ermöglicht ihm immerhin noch die Nutzung der Diamantminen im Nordosten. Auch die Ölenklave Cabinda liegt im Bereich seiner Guerrillatätigkeit.

Aus dieser Sicht ist die Bereitschaft der Regierung Dos Santos gestiegen, sich mit der Unita an den Verhandlungstisch zu setzen. Es gab in den letzten Jahren zwei Treffen, die jedoch von den Beteiligten bisher immer geleugnet werden. So ist auch das Signal des angolanischen Präsidenten an die US-Regierung zu erklären, diplomatische Beziehungen mit Washington aufzunehmen.

Oslo verweigert sich der Solidarität in der NATO. Belastung für das Bündnis

Keine Nuklearschiffe mehr in norwegischen Häfen / Sorge in Brüssel und Washington

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Mit zwei politischen Entscheidungen während der NATO-Herbstübung „Northern Wedding" hat die sozialistische norwegische Regierung unter Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland Spannungen in der NATO hervorgerufen und die Vereinigten Staaten verärgert.

Wie von informierter Seite in der NATO verlautete, hat die norwegische Regierung unter Anlehnung an die Haltung Neuseelands von den Vereinigten Staaten praktisch die Erklärung verlangt, keine Schiffe mit Nuklearwaffen an Bord in norwegischen Häfen festmachen zu lassen. Außerdem verweigerte die Regierung in Oslo amerikanischen Schwenkflügel-Bombern des Typs F-111 bei konventionellen Übungseinsätzen die Landerechte.

Politisches Nachspiel

In der NATO wird angenommen, daß der als eigenwillig bekannte norwegische Verteidigungsminister Johan Holst mit Billigung von Ministerpräsidentin Brundtland die Anordnungen gegen die Vereinigten Staaten erließ. Diplomaten werteten sie als Affront der Vereinigten Staaten und Belastung der Bündnissolidarität. In diplomatischen Kreisen hieß es, die Zwischenfälle könnten zu einem Nachspiel in den politischen NATO-Gremien führen und womöglich den NATO-Ministerrat beschäftigen.

Die Verteidigung der Nordflanke der Allianz werde berührt, heißt es weiter. Militärkreise wiesen darauf hin, daß die NATO-Nordflanke Einfluß auf die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland besitze. Norwegen verlasse sich bei der Abschreckung im übrigen auf die Entsendung der Allied Mobile Force (AMF) genannten NATO-Eingreiftruppe sowie auf Verstärkungen aus den USA und Kanada.

Wie verlautet wurde den Kommandanten von NATO-Kriegschiffen während des Manövers nach dem Einlaufen in einen norwegischen Hafen ein Formular zur Unterschrift vorgelegt, in dem es hieß, die norwegischen Behörden gingen davor aus, daß sich an Bord des fremden Kriegsschiffes keine Kernwaffen befänden.

Die Vereinigten Staaten lehnten es ab, die norwegische Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. Sie weigern sich prinzipiell, zwischen nuklear bewaffneten und nicht nuklear bewaffneten Schiffen zu unterscheiden. Anfragen in dieser Hinsicht werden von den USA stereotyp mit "kein Kommentar" beschieden. Neuseeland, das eine feste Zusage Washingtons wünschte, keine Schiffe mit Atomwaffen in neuseeländische Häfen zu entsenden, wurde von den USA wegen dieses Vorgehens praktisch aus dem ANZUS-Verteidigungspakt ausgeschlossen.

Im zweiten Fall war vorgesehen, daß die USA in England stationierte F-111-Bomber nach Norwegen verlegen und von dort aus Übungseinsätze im Rahmen eines Manövers fliegen.

Flexibilität erforderlich

Norwegen ließ F-111-Flüge über seinem Territorium zwar zu, verweigerte aber Zwischenladungen, es sei denn, die Besatzung erkläre einen Notfall. Die Regierung begründete die Maßnahme damit, zur Verteidigung Norwegens seien F-111-Einsätze von seinem Territorium aus nicht vorgesehen.

Von NATO-Militärs wurde die norwegische Einlassung zurückgewiesen. Im Ernstfall müsse Flexibilität vorhanden sein. Die Weigerung Oslos erschwere die konventionelle Verteidigung der Nordflanke. Der Ausschluß bestimmter Flugzeugtypen müsse zukünftige Manöverplanungen erschweren. NATO-Führungsstäbe würden energisch auf die Rücknahme beider Anordnungen dringen. (SAD)

„Austauschpaket" im Fall Daniloff?

Diplomaten setzen die Gespräche der Außenminister Shultz und Schewardnadse fort

BERNT CONRAD, **New York**

Hinter den Kulissen der UNO-Vollversammlung in New York haben sich die Bemühungen zur Lösung des Falles Daniloff und damit zur Verabredung eines zweiten Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow verstärkt.

Nach mehreren kurzfristig anberaumten Gesprächen mit US-Außenminister Shultz erklärte sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse: „Es gibt gute Chancen, das Problem zu lösen. Ich habe alle meine Vorschläge gemacht, und wir führen ernsthafte Diskussionen darüber." Schewardnadses Pressesprecher Gerassimow versicherte, er beurteile die Aussichten für einen Gipfel „Tag für Tag, seit ich in New York bin, optimistischer".

Optimismus

Amerikanische Diplomaten hielten sich zwar mit Kommentaren zurück, ließen aber keinen Zweifel daran, daß die Dinge in Bewegung geraten sind. Darauf deutet schon die Tatsache hin, daß sich Shultz am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch insgesamt dreimal mit dem sowjetischen Außenminister getroffen hat. Nach den Gesprächen in Washington am Wochenende hatte er noch betont, er sehe in weiteren Begegnungen in New York nur dann einen Sinn, wenn Substantielles zu besprechen sei.

Diese Substanz hat Schewardnadse eingebracht, indem er Shultz Vorschläge überbrachte, die offenbar ein größeres „Austauschpaket" umfassen. Danach sollen zusammen mit dem in Moskau unter Spionageanklage stehenden amerikanischen Journalisten Daniloff anscheinend auch sowjetische Dissidenten ausreisen dürfen.

Voraussetzung ist jedoch offenbar, daß der als Spion in New York verhaftete sowjetische UNO-Diplomat Sacharow die Vereinigten Staaten verlassen darf und möglicherweise auch die Ausweisung von 25 sowjetischen UNO-Diplomaten rückgängig gemacht wird. Über die Einzelheiten verhandeln nun sowjetische und amerikanische Diplomaten.

Die von Schewardnadse und auch in Moskau geübte Kritik an der Rede, die Reagan vor der UNO gehalten hat, vermindert die Aussichten auf einen „Durchbruch" in der Daniloff-Affäre offensichtlich nicht. Amerikanische Experten halten die Polemik eher für Propagandaroutine zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit. Tatsächlich bemühen sich sowjetische Diplomaten in New York, jede weitere Abkühlung der Atmosphäre zu vermeiden.

Auch auf amerikanischer Seite wird mehr Wert auf die sich anbahnenden Arrangements im Abrüstungsbereich als auf den rhetorischen Schlagabtausch gelegt.

Gerichtstermin auf Eis

So stellte der US-Abrüstungsdirektor Adelmann gestern fest, Washington und Moskau hätten in letzter Zeit bei ihren Abrüstungsverhandlungen wirkliche Fortschritte erzielt. Allerdings könnten diese erst realisiert werden und zu konkreten Erfolgen bei einer zweiten Begegnung von US-Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow führen, wenn die Daniloff-Affäre aus der Welt sei.

Währenddessen scheint die Gerichtsverhandlung gegen den Sowjetdiplomaten Sacharow zunächst einmal auf Eis gelegt worden zu sein. Denn entgegen den Erwartungen hat der zuständige Bundesrichter in Brooklyn noch keinen Verhandlungstermin festgelegt. Er beschränkte sich zunächst darauf, eine Sicherung geheimer Unterlagen der Regierung anzuordnen.

Hardthöhe für NATO-Schritte gegen „Speznas"

DW. Bonn

Die Bundesregierung verfügt über Erkenntnisse, daß die Sowjetunion und andere Länder des Warschauer Paktes weiterhin Soldaten für einen „verdeckten Kampf" ausbilden. Wie der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach vom Bundesverteidigungsministerium gestern im Bundestag auf Fragen des CDU-Abgeordneten Bernd Wilz erklärte, sollen diese „Speznas"-Einheiten im Bedarfsfall zu Sabotagehandlungen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen NATO-Staaten eingesetzt werden.

Die Zahl der besonders geschulten Soldaten in der Sowjetunion werde auf rund 8000 geschätzt, berichtete Würzbach. Hinzu kämen noch Einheiten aus der „DDR", Polen, der Tschechoslowakei und anderen Staaten des Warschauer Paktes. Man müsse davon ausgehen, daß 400 bis 600 Aktionsgruppen in NATO-Staaten eingesetzt werden könnten. Der Bundesregierung lägen Hinweise vor, daß diese Operationen auch auf deutschem Gebiet erfolgen würden.

Die Bundesregierung bemüht sich, so Würzbach, daß die Spezialausbildung für Truppen des Warschauer Paktes eingestellt wird. Das Problem müsse jedoch auf NATO-Ebene angegangen werden, da sich die sowjetischen Absichten gegen das gesamte westliche Verteidigungsbündnis richteten. Hauptansprechpartner sei die Sowjetunion. Die Soldaten im Ostblock unterstünden eindeutig dem sowjetischen Kommando. Würzbach verneinte die Frage, ob die NATO-Staaten auch Sondereinheiten nach sowjetischem Muster für den „verdeckten Kampf" ausbildeten.

Gespräch über neue „Räte" in Polen

DW. Warschau

Auf ihrer ersten Sitzung nach der Freilassung zahlreicher politischer Gefangener in Polen hat die gemeinsame Kommisssion von Staat und katholischer Kirche darüber diskutiert, ob und wie neue rechtlich-institutionelle Formen öffentlicher Betätigung geschaffen werden könnten. Dies berichtete gestern die polnische Nachrichtenagentur PAP. Die Teilnehmer griffen damit einen Vorschlag von Staatschef Jaruzelski auf, „Gesellschaftliche Räte" zu berufen, in denen auch katholische Laien ein Mitspracherecht haben sollten. Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hat ihre Mitarbeit davon abhängig gemacht, daß diese Gremien nicht beim Staatsrat angesiedelt würden.

Auftrieb für Dengs Gegner

AFP, Peking

Bei dem in Peking anstehenden ZK-Plenum der chinesischen KP, auf dem die Nachfolge des Reformpolitikers Deng Xiaoping vorbereitet werden sollte, werden die Würfel voraussichtlich noch nicht fallen. Aus gut unterrichteten Kreisen in der Hauptstadt verlautete, der politische Spielraum der Befürworter einer weiteren Öffnung der Volksrepublik sei durch die schlechten Wirtschaftsergebnisse seit Jahresbeginn stark eingeschränkt worden. Die konservativen Führungskreise in Peking haben dadurch einiges Oberwasser bekommen und werden vermutlich eine Verlangsamung der Reformbewegung oder zumindest die Erhaltung des Status quo durchsetzen.

Ob er als Held auf der Bühne der Wirtschaft agiert, auf seiner Yacht die sportliche Attitüde pflegt oder ob er hinter der politischen Kulisse Regie führt, was immer er tut, es hat Sinn – und regelmäßig spektakulären Hauch. Das galt für die Zeit des Glanzes seines Hauses ebenso wie für die kritische Phase des Niedergangs in den siebziger Jahren, als an den Kapitalmärkten nur noch über das Datum diskutiert wurde, zu dem man mit dem Aus für den Playboy von Turin rechnen müsse. Doch in der Corso Marconi wurden die Ärmel aufgekrempelt, neue Strukturen geschaffen und das Unheil abgewendet. Natürlich war es Giovanni Agnelli, der die Abwehrschlacht gewann, ebenso wie er jetzt politisch geschickt den Fiat-Anteil aus Libyen zurückholte und weltweit streuen ließ. Mit Agnelli sprach Günther Depas.

Agnelli: Ohne Engagement der Libyer sind wir frei für andere Allianzen

WELT: Herr Agnelli, zwei Ereignisse kennzeichnen den Fiat-Konzern in diesen Tagen: die Verdoppelung des Konzerngewinns und der Austritt der Libyen Arab Foreign Investment Company als Aktionär. Sind hier Zusammenhänge zu sehen?

Agnelli: Es gibt da keinen Zusammenhang. Die Gewinnverdoppelung ist eine Überraschung fürs Publikum. Nicht für uns indessen, da wir die Entwicklung verfolgen und schon lange wußten, daß sich die Situation des Konzerns weiter wesentlich verbessert hat. Freilich muß ich da gleich eine Einschränkung machen, da diese Steigerung sich schwerlich mehr wiederholen dürfte.

Das Jahr 1986 muß als außergewöhnlich angesehen werden und das Jahr 1987 muß nicht unbedingt auf der gleichen Höhe abschließen. Was unseren bisherigen libyschen Partner anbelangt, der den jetzt verkauften 15,9-Prozent-Anteil vor zehn Jahren erwarb, so hat er uns damals, als niemand eine Lira in die italienische Industrie zu stecken bereit war, in schwieriger Situation geholfen.

Dabei muß daran erinnert werden, daß die Libyer die Beteiligung damals zu einem Aktienpreis übernahmen, der dreimal so hoch war wie der seinerzeitige Börsenkurs. In all diesen Jahren waren sie Weggefährte ohne Tadel. Nie in diesen zehn Jahren stellten sie irgendeine Forderung an uns als ganz normaler Aktionäre. Allerdings muß betont werden, daß sie uns auch keine besondere Unterstützung zukommen ließen, etwa zur Öffnung neuer Märkte. Was die Libyen Arab Foreign Investment Company dazu bewogen hat, uns am 17. August dieses Jahres das Rückkaufangebot zu machen, kann ich mit dem besten Willen nicht sagen. Wirtschaftliche Engpässe der Libyer, Folgen der amerikanischen Bomben auf Tripolis? – keine Ahnung.

WELT: Wie kommt es, daß sie bei dieser Operation gerade die Deutsche Bank eingeschaltet haben?

Agnelli: Die Deutsche Bank ist das Institut, das in diesem internationalen Kredit- und Wertpapiergeschäft das größte Gewicht, die höchste Autorität besitzt. Und dann wollten wir uns schließlich einer europäischen Bank anvertrauen. Die Deutsche Bank hatte nicht nur bereits Erfahrungen unter anderem mit dem Flick-Paket, sondern hat mit uns auch im US-Geschäft zusammengearbeitet.

Mit der Rückkaufoperation, die uns selbst etwa 1 Milliarde Dollar kostet, behalten wir ein Drittel des bisherigen gesamten Libyen-Anteils am Kapital von Fiat bzw. die Hälfte der von der Libyen Arab Foreign Investment Company bislang gehaltenen Stammaktien. Dadurch steigt der Anteil der Familienholdings IFI und IFIL an den Stammaktien von bisher 32,6 auf 40,1 Prozent.

WELT: Was geschieht letztlich mit dem zurückgegebenen Libyen-Anteil?

Agnelli: Die Anteile, die wir ins Portefeuille nehmen, bleiben bei uns. Hier ist daran zu erinnern, daß in der Geschichte des Konzerns der Kontrollanteil der Familie an Fiat von einem Viertel bis zur Hälfte des Kapitals schwankte und sogar einmal 70 Prozent erreichte. Was die übrigen zwei Drittel anbelangt, so ist damit zu rechnen, daß drei Viertel davon in Europa plaziert werden dürften. Der italienische Markt wird wahrscheinlich 20 bis 25 Prozent übernehmen. Endabnehmer dieser Anteile werden teils institutionelle Anleger sein, Investmentfonds vor allem, teils private.

***WELT:** Der Austritt der Libyer ist* sicher im richtigen Augenblick erfolgt, nachdem von US-Seite diese Beteiligung schon seit langem ungern gesehen wurde?

Agnelli: Mit den Amerikanern hatten wir ein Problem, das zutage trat, als es darum ging, einige Schaufelbagger unserer Tochter Fiat-Allis an das Pentagon zu verkaufen. Die US-Einwände gegen diesen Liefervertrag richteten sich darauf, daß der Erlös daraus nicht mit einem Partner geteilt werden sollte, der von den USA als ideologischer Feind betrachtet wird. Darüber wurde verhandelt und auch gestritten. Zuletzt haben die Amerikaner den Vertrag aber anerkannt, worauf wir anschließend darauf verzichteten und etwas anderes an seine Stelle setzten.

Die ganze Geschichte wurde etwas hochgespielt, was die Tatsache beweist, daß das vor wenigen Tagen zwischen Rom und Washington abgeschlossene Abkommen über die italienische Beteiligung an dem SDI-Programm auch die Fiat-Gruppe als potentiellen Industrie- und Entwicklungspartner einbezieht. Natürlich erleichtert der Austritt der Libyer jetzt viele Dinge, da uns jetzt niemand mehr vorwerfen kann, einen peinlichen Partner zu haben.

WELT: Dieser Austritt wird sicher auch die Politik der Fiat-Allianzen erleichtern?

Agnelli: Fiat ist mit dem US-Konzern United Technologies verbunden. Seit langem bauen wir Flugzeugmotoren zusammen, und wir kooperieren auch in der Beteiligung an dem britischen Hubschrauberhersteller Westland. Das sind High-Tech-Bereiche, die auch an den Verteidigungsprogrammen des Pentagon beteiligt sind, so daß die in Washington sicher froh sind, inzwischen mit einem Partner zu tun zu haben, der keine Libyer mehr unter den Aktionären hat. Das wird sicher unsere Politik der Allianzen in Zukunft erleichtern.

WELT: Das Auto schien, zumindest in Italien in den 70er Jahren einer schweren Krise entgegenzusteuern. Die Tatsachen haben später das Gegenteil bewiesen. Fest steht aber, daß, wenn schon das Auto eine Zukunft hat, das selbe aber nicht unbedingt für eine ganze Reihe von Produkten gilt. Sie selbst haben immer wieder die Notwendigkeit von Kooperationen betont. Wie sehen Sie den Automobilmarkt des Jahres 2000?

Agnelli: Der Automobilbereich ist ständig in Bewegung. Ich lese gerade, daß auch Chrysler nach Europa kommen will. Wir selbst haben in den 50er Jahren Simca an Chrysler verkauft, die dann in der Folge Roots in Großbritannien erwarb und anschließend alles wieder an Peugeot/Citroen abstieß.

Wir haben heute sechs europäische Hersteller, von denen jeder rund 12 Prozent des europäischen Marktes in Händen hält. Hier müssen in Zukunft unbedingt Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Sicher steckt in jedem die Arroganz, herrschen zu wollen. Das ist aber so lächerlich wie in Westeuropa auf die Dauer 10 Parlamente oder 10 Zentralbanken unterhalten zu wollen. Eine Änderung wird sich hier zwangsläufig ergeben, wenn der Druck von außen zunimmt, wirtschaftliche Krisensituationen entstehen und sich auch in der Öffentlichkeit die Furcht vor der Zukunft breitmacht.

WELT: Wohin richten sich die Diversifizierungsabsichten des Konzerns.

Agnelli: Mit der Diversifizierung hat Italien schon sehr früh begonnen, was vor allem mit der Tatsache zusammenhängt, daß Italien sehr spät in die Phase der Industrialisierung getreten ist und damals die Unternehmen nicht nur einen Bereich bearbeiteten. Schon am Ausgang des Zweiten Weltkriegs waren wir nicht nur im Automobilbau präsent, sondern auch in der Stahlindustrie und im Zubehörbereich.

Ich persönlich bin der Meinung, daß die Diversifizierung den Automobilbau keinen Nutzen bringt. Dagegen bin ich der festen Überzeugung, daß es nützlich ist, zu diversifizieren um der Holding größere Elastizität und eine stärkere Finanzbasis zu verschaffen. Nach der Operation, die durch den Rückkauf des Libyen-Anteils in Gang gebracht wurde und mit der unsere Finanzholdings einen der Kreditgeber Beteiligungen als Bürgschaft gegeben hat, wird Fiat in die Lage, versetzt sich im Bereich der Versicherungen, der Finanzen und des Immobilienwesens wieder zu behaupten.

WELT: Was bedeutet dies für die Kooperationspolitik des Konzerns?

Agnelli: Wie jeder weiß haben wir den ersten Versuch einer internationalen Zusammenarbeit schon in den 60er Jahren mit der französischen Citroen gestartet, der leider mißlungen ist. Nicht gelungen ist es uns auch mit Ford Europe zu einer Vereinbarung der Kooperation beziehungsweise der Fusion im Automobilbereich zu gelangen. Auch dieser Versuch scheiterte, weil keiner der potentiellen Partner bereit war, auf den Führungsanspruch zu verzichten. Der einzige Weg, der uns im Augenblick geblieben ist, ist daher der von Kooperationen in Teilbereichen. Ein Beispiel dafür ist die Vereinbarung, die wir vor kurzem mit der französischen Matra auf dem Gebiet des Automobilzubehörs getroffen haben.

WELT: Welche möglichen Formen der Zusammenarbeit zeichnen sich im Falle des Staatsunternehmens Alfa Romeo ab, das gegenwärtig mit Ford Kooperationsverhandlungen führt?

Agnelli: Alfa Romeo ist auf dem richtigen Weg. Das Unternehmen hat eingesehen, daß es allein nicht mehr überleben kann. Wir als Fiat haben uns vorbehalten, Vorschläge zur Sanierung von Alfa Romeo zu unterbreiten, sobald das Staatsunternehmen und sein Gesprächspartner Ford die Ergebnisse ihrer Verhandlungen bekanntgeben. Schon jetzt kann ich aber sagen, daß diese Vorschläge besser sein werden als die von Ford.

Worauf es uns ankommt ist Alfa Romeo in eine neue Zukunft zu führen, natürlich mit uns zusammen. Nicht interessiert sind wir jedenfalls an der Liquidierung dieses Unternehmens. Dabei hätten wir auch nichts dagegen, wenn sich andere Partner an dieser Operation beteiligen würden. Eins ist sicher, wenn wir mit Alfa Romeo zusammenarbeiten, wird der Break Even Point schon sehr bald erreicht sein.

WELT: In der Alfa Romeo-Betriebszeitung erschien kürzlich eine Karikatur, mit der die Antwort darauf erteilt wurde, warum die Alfa Romeo-Leute Ford als Partner vorziehen: „Mit Ford ist immer Fiesta, mit Fiat ist immer Ritmo".

Agnelli: Nun, dazu kann ich sagen, daß bei Fiat sicher immer Ritmo ist, bei Ford aber nicht nur Fiesta.

WELT: Sie haben in letzter Zeit bei mehreren Gelegenheiten betont, daß die Strategie der europäischen Unternehmen global sein muß. Was bedeutet dies für Fiat?

Agnelli: Fiat ist heute sicherlich ausgesprochen eurozentrisch. Von unserem Umsatz machen wir die Hälfte in Italien, vom Rest Neunzehntel in Europa. Unsere ganze Produktion besteht aus Erzeugnissen, die für den Weltmarkt konzipiert sind. Wir werden daher nicht darum herumkommen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Wir werden das aber nicht durch den Bau von Fiat-Fabriken im Ausland tun, sondern durch Allianzen mit internationalen Partnern.

WELT: Der kulturelle Reifeprozeß und die neue Rolle, die heute die Unternehmen in Italiens Gesellschaft spielen, haben die Bedeutung des Wirtschaftsführers als Mäzen in eine andere Dimension gestellt. Könnte dies nicht überhaupt eine neue Funktion des Unternehmers und des Unternehmens sein?

Agnelli: Die erste Funktion des Unternehmens ist es, etwas zu produzieren, seine Kunden zufriedenzustellen und damit einen Gewinn zu erzielen. Sicher hat das Unternehmen heute auch ein Image und die Aufgabe, dieses Image zu pflegen. Dazu gehören auch Formen modernen Mäzenatentums und der Sponsorisierung kultureller Ereignisse und Objekte. In Italien haben wir da ein großes Feld vor uns. Sicher mehr als anderswo.

WELT: Die Familie Agnelli kontrolliert den Konzern über die Finanzholdings IFI und IFIL die jetzt nach dem Austritt der Libyer ihren Anteil an Fiat von rund einem Drittel auf knapp über 40 Prozent erhöht haben. Bestehen Pläne oder Absichten weitere Mitglieder Familie, die Repräsentanten der Nachfolgegeneration vor allem in den Konzern zu holen?

Agnelli: Die Agnellis haben nicht die Gewohnheit, Mitglieder der Familie ins Management einzubauen. Wir als Anteilseigner und Kontrollaktionäre sind voll im Unternehmen engagiert, wir unterstützen den Konzern strategisch und finanziell. Die Eigentümer haben aber kein Anrecht auf das Management sondern nur das Recht das Management auszuwählen.

WELT: Sie werden international als heimlicher und wirklicher Herrscher Italiens angesehen. Stimmt dies und schmeichelt Sie das?

Agnelli: Dazu kann ich nur antworten, daß mein Großvater, der genau *so hieß wie ich, zu seiner Zeit eine* weit größere Rolle spielte und ein wesentlich größeres Image hatte als ich heute. Sicher, die Leute sind gewohnt, mich seit 40 Jahren auf der Bühne agieren zu sehen. Die modernen Kommunikationsmittel, die Medien, erzeugen heute das Image eines Menschen in ganz anderer Weise wie, sagen wir mal, in den zwanziger oder dreißiger Jahren. Macht und Ausübung der Macht ist aber eine andere Sache. Und die meines Großvaters waren damals unendlich viel größer als die meine heute. Was mein Großvater damals verkörperte können Sie daran ablesen, daß das erste Interview – und so viel ich auch weiß das letzte, das er in seinem Leben gegeben hat – das war das in der Nummer eins der Zeitschrift „Fortune" im Jahre 1935.

Welt: Der Fiat-Konzern, den sie repräsentieren, ist in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des internationalen Interesses getreten, nicht zuletzt auf Grund der Dynamik mit der sich Fiat aus der Krise der siebziger Jahre befreit hat. Insofern steht Fiat da als Symbol für die gesamte italienische Wirtschaft. Welche Faktoren haben zu dieser betrieblichen und volkswirtschaftlichen Sanierung beigetragen.

Agnelli: In den siebziger Jahren gab es in Italien eine gewerkschaftliche Übermacht und einen starken Einfluß der Linksparteien. Das hatte nicht nur Unordnung in den sozialpartnerschaftlichen Beziehungen sondern auch Unordnung im Leben der Betriebe und sogar Terrorismus in den Fabriken zur Folge. Diese gewerkschaftlichen und politischen Kräfte übten einen negativen Einfluß auf die Pressefreiheit aus, auf die Führung der Betriebe, auf die Politik. Wie stets und überall wurde nach diesen Exzessen schließlich jedoch die Sättigung erreicht.

Erlösender Faktor dazu war unser Beschluß im Dezember 1979, die Terroristen in unseren Betrieben zu entlassen, worauf im Oktober des Jahres 1980 der inzwischen berühmt gewordene „Marsch der 40 000" durch die Straßen Turins erfolgte, mit dem die Beschäftigten von Fiat und die Bevölkerung unserer Stadt die Rückkehr zu normalen Betriebsverhältnissen forderte. Dieses Fanal hat die gesamte italienische Wirtschaft nach vorne gerissen und die Gewerkschaften geschwächt. Wenn Italien in den siebziger Jahren ein Risikoland war, so ist heute nach der wiederhergestellten Ordnung Italien ein Wachstumsland.



Giovanni Agnelli bei einer Gala mit Baronin von Thyssen FOTO: PANDIS

Wo er dirigiert, da ist Musik

Fiat-Präsident Giovanni Agnelli ist seit 1966 Konzernchef. In Italien genießt er als Grandseigneur der Wirtschaft besondere Reverenz nicht nur in Kollegenkreisen, sondern auch bei Gewerkschaften, Parteien und Regierung.

Diese besondere Behandlung kommt ihm sowohl kraft seiner Hausmacht zu, des größten italienischen Privatkonzerns als auch dank seiner Persönlichkeit und seines Charisma als großer weltoffener sowie sprach- und wortgewandter Unternehmer.

Sein Ja oder Nein zu entscheidenden wirischaftspolitischen Fragen hat in Rom ebensolches Gewicht wie seine Zustimmung oder Ablehnung zu Vorschlägen des Fiat-Vorstands. Keine strategische Entscheidung, die in der Vorstandsetage des Corso Marconi Nr. 10 in Turin gefällt wird, geht ohne sein Plazed über den Tisch.

Das Firmenengagement des Mannes, der in seinen jungen Jahren als Playboy hohen Ranges den internationalen Jet-Set bereicherte, ist total. Sein Einsatz gilt nicht nur der Familie und ihrer Position als Hauptaktionär, sondern der Zukunft des Konzerns in einem weltweit immer härter werdenden Wettbewerbskampf.

Seine 65 Jahre trägt er mit höchster Gelassenheit. Wie eh und je macht er seine halsbrecherischen Skiabfahrten auf den Pisten von Sankt Moritz oder im heimatlichen Sestriere.

So fest wie das Steuer des Konzerns hat er auch das Ruder seiner Segelyacht in der Hand. Die italienische Wirtschaft hat in den letzten Jahren viele dynamische und international erfolgreiche Unternehmerfiguren hervorgebracht. Doch paaren sich Energie mit Wissen, Einsicht in die eigenen Grenzen mit dem Bewußtsein der Macht zu einer humanen Dimension nur bei Giovanni Agnelli.

Dabei hat es seine Bedeutung, daß der von ihm geführte Konzern nach stürmischer Aufwärtsentwicklung in den siebziger Jahren nahe daran war, in eine schwere Krise zu stürzen. Diese Lehre ist nicht spurlos am Konzernchef und am Management vorübergegangen.

In Turin weiß man, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und ein Augenblick des Verschlafens genügt, um Jahre schwerer Arbeit zunichte zu machen. Das ist auch der Grund, weshalb die Zukunft für Fiat und Giovanni Agnelli nicht Alleingang sondern Kooperation mit soliden in- und ausländischen Partnern bedeutet. (G. D.)

Chiles Christdemokraten orientieren sich neu

Angst, zwischen extremen Kräften zerrieben zu werden

WERNER THOMAS, Santiago

Andres Zaldivar prophezeit „zwei dramatische Jahre". Sie seien nicht nur für Chile entscheidend, sondern auch für seine Partei, die Christdemokraten. Die Partido Democracia Cristiana (PDC) müsse während dieser kritischen Phase eine „realistische Strategie" verfolgen. „Taktische Fehler können verhängnisvoll sein."

Der 50jährige Anwalt und Ex-Minister, der kaum einssechzig mißt, spielt eine Schlüsselrolle im chilenischen Drama. Viele Beobachter glauben, daß Zaldivar, bis vor wenigen Monaten noch Präsident der Christlich-Demokratischen Internationale, nächstes Jahr seine alte Position als Führer der einst größten Partei des Landes zurückerobern wird.

Dann müßte allerdings der derzeitige Amtsinhaber, Gabriel Valdes, ausgebootet werden. Zaldivar will die Frage nach seinen persönlichen Ambitionen nicht beantworten. „Wichtiger ist das Programm", sagt er der WELT, „da sind wir uns einiger denn je."

Das war nicht immer so. Die PDC, die von 1964 bis 1970 die Regierung und den Staatschef (Eduardo Frei) stellte, kann auf eine turbulente Geschichte der Konflikte und Spaltungen zurückblicken.

Sie verhalf einst mit ihren Stimmen bei einem Kongreßvotum dem Sozialisten Salvador Allende zur Präsidentschaft und steuerte bald einen Oppositionskurs gegen Allendes Volksfront. Sie drängte zur Intervention und ging nach dem Militärputsch auf einen Konfrontationskurs, als sich eine lange Herrschaft des machthungrigen Generals Augusto Pinochet abzeichnete.

Nicht nur konservative Politiker, auch linke Parteiführer beklagen einen Mangel an Zuverlässigkeit und Vertrauen. Christdemokraten, die dem in der gemäßigten Mitte verankerten Zaldivar-Lager nahestehen, kritisieren heute die Strategie der letzten Jahre gegen das Pinochet-Regime.

Taktische Fehler begangen

Die Kritik gilt Gabriel Valdes. „Don Gabriel", (67) einst Außenminister der Frei-Regierung, dann lange einer der stellvertretenden Generalsekretäre der Vereinten Nationen, ist der kontroverseste Politiker Chiles. Er tendiert zum linken Flügel der Partei.

Viele Christdemokraten räumen jetzt ein, daß sie 1983 taktische Fehler begangen haben. Die führenden Politiker, allen voran Gabriel Valdes, hatten damals beim Dialog mit der Regierung den sofortigen Rücktritt des angeschlagenen Militärpräsidenten gefordert. Pinochet verwies jedoch auf die Verfassung, die ihm eine Amtszeit bis 1989 garantiert.

Die Militärs verschafften ihm Rükkendeckung. Die Gespräche über die Möglichkeit einer politischen Öffnung scheiterten schnell. Pinochet startete eine propagandistische Gegenoffensive, die sich auf die verwundbarste Stelle der Christdemokraten konzentrierte: das Verhältnis zu den Kommunisten.

KP als Machtfaktor

Gabriel Valdes zählt zu jenen Politikern, die eine Bündnis-Strategie mit den Marxisten zur Machtübernahme nie kategorisch abgelehnt haben. Christdemokraten und Kommunisten gewannen in den letzten Jahren mit gemeinsamen Listen Universitäts- und Gewerkschaftswahlen. Immer wieder kursierten Berichte über Kontakte zwischen Valdes und den Kommunisten. Valdes dementierte sie stets. Die Kommunisten bestätigten sie oft.

Der spektakuläre Attentatsversuch auf Pinochet vor zwei Wochen – gestern wurden drei Personen festgenommen, die verdächtigt werden, an dem Attentatsversuch beteiligt gewesen zu sein – hat auch die Christdemokraten schockiert.

Dieses Ereignis *offenbarte deutlicher* denn je, daß die Kommunistische Partei (PC) heute ein wichtigerer Machtfaktor ist als die nichtmarxistischen Parteien: Sie verfügt über eine rasch wachsende Untergrundarmee, die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR). Zaldivar schätzt sie auf etwa 3000 Mann. Er bangt um die Existenz der PDC: „Wir laufen Gefahr, zwischen den extremen Kräften zerrieben zu werden."

Selbst Gabriel Valdes betont plötzlich, mit den Kommunisten sei unter diesen Umständen keine Zusammenarbeit möglich: „Die PC muß ihre Position im Hinblick auf die Gewalt und den Terrorismus definieren, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten." Erst jetzt erkennen führende Christdemokraten die zweigleisige Strategie der Kommunisten.

Während sich die PC um gemeinsame politische Aktionen mit den nichtmarxistischen Parteien bemühte, rüstete sie sich für den bewaffneten Kampf gegen das Militärregime.

„Wir müssen uns nicht nur klar gegenüber den Kommunisten abgrenzen, sondern auch darauf achten, daß wir während des Belagerungszustandes (90 Tage) nicht die Initiative verlieren", sagt Zaldivar. Die gewaltlosen Protestaktionen müßten fortgesetzt werden. „Wir müssen auf die Straße. Wenn sie (die Sicherheitskräfte) uns festnehmen wollen, sollen sie uns festnehmen." Der Demokratisierungs-Druck dürfe nicht nachlassen.

Dem „Boom auf Pump" folgt „Wachstum in Austerität"

Die chilenische Wirtschaft floriert / Hohe Wachstumsrate

WERNER THOMAS, Santiago

Die turbulenten politischen Ereignisse in Chile erregen internationales Aufsehen, dagegen findet eine andere Entwicklung kaum Beachtung: Die Wirtschaft floriert. Viele Beobachter glauben sogar, daß dieser Staat über die stabilsten wirtschaftlichen Strukturen der Region verfügt und die besten Zukunftsaussichten hat.

Die Vier-Millionen-Metropole Santiago vermittelt auch flüchtigen Besuchern einen Eindruck dieses Phänomens. Die Geschäfte und das Warenangebot erreichen oft europäischen Standard. Nirgendwo sonst in Lateinamerikas Hauptstädten gibt es exklusivere Einkaufszentren. Eine moderne Untergrundbahn, die einen Gewinn abwirft, verbindet das pulsierende Zentrum mit den Vororten. Die Stadt wirkt sauber, die meisten Menschen sind gut gekleidet. Die Armut ist nicht so erdrückend wie andernorts. Die Beispiele: Mexiko-Stadt und Lima. Auch das fällt auf: Südlich von Santiago wachsen riesige Obstplantagen, die erst in den letzten Jahren entstanden.

Die Wirtschaftsstrategen des Militärregimes, ausschließlich Zivilisten, präsentieren *stolz* ihre Statistiken. Chile verbuchte 1984 mit 6,8 Prozent die höchste Wachstumsrate Lateinamerikas. In diesem Jahr werden fünf Prozent erwartet, obgleich man die überhitzte Konjunktur gebremst hatte. Der Handelsbilanzüberschuß betrug 1985 fast 900 Millionen Dollar, eine Ziffer, die bereits in diesem Jahr übertroffen wurde. Die Inflation: ungefähr 15 Prozent in diesem Jahr. Die Arbeitslosigkeit: elf Prozent nach offiziellen Schätzungen. Das Land leistet pünktliche Schuldendienste.

Ein Experimentierfeld

Chile war seit der Machtübernahme der Militärs vor 13 Jahren gelegentlich ein wirtschaftliches Experimentierfeld. Nach der dreijährigen Volksfront-Herrschaft, die den Staat nicht nur ins politische, sondern auch ins wirtschaftliche Chaos stürzte, boten die Generale ein radikales Kontrastprogramm. Die „Chicago Boys" der Friedman-Schule hatten von 1974 bis 1982 freie Hand. Sie verschafften der Nation neben einem dynamischen Wachstum eine gewaltige Verschuldung. „Boom auf Pump", nennen die Kritiker heute diese Periode.

Beeinflußt von der weltweiten Konjunkturflaute und den drastisch gesunkenen Kupferpreisen kam 1982 ein tiefer Einbruch. Das Bruttosozialprodukt schrumpfte um 14,1 Prozent. Die „Chicago Boys" mußten abtreten. Ihre Nachfolger experimentierten mit einem populistischeren Kurs, der aber nicht lange anhielt.

Bitterer Ausleseprozeß

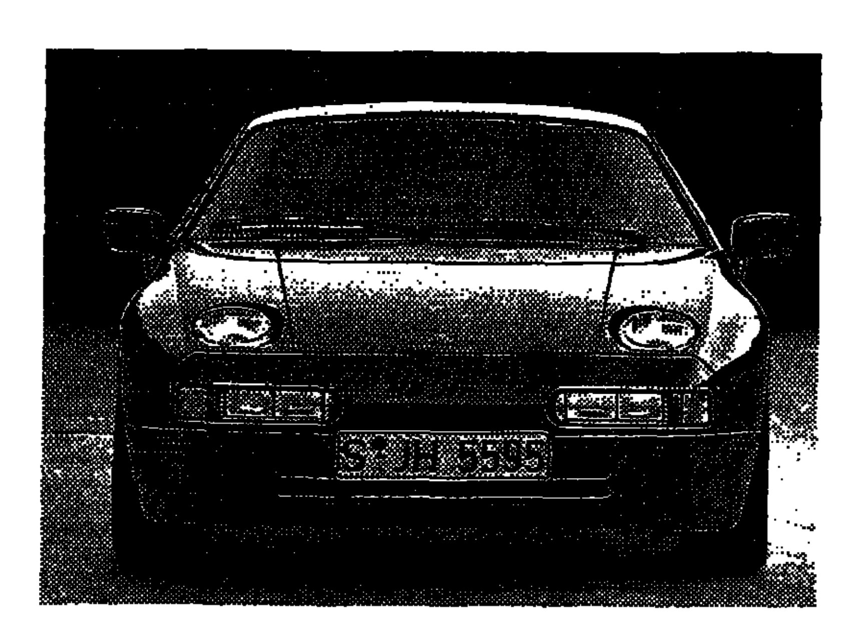
Nach zwei Jahren der Unsicherheit übernahm der studierte Bergbauingenieur Hernan Buechi das Ruder. Der Sproß schweizer Einwanderer ist bis heute Chiles Wirtschaftslenker geblieben. Unter der Führung des Finanzministers kehrte das Land zu einer weniger radikal angewandten Marktwirtschaft zurück. „Weder Marx noch Friedman", erläuterte der ehemalige Wirtschaftsminister Modesto Collados diesen Weg. Buechi spricht gern von „Wachstum in Austerität".

Analytiker glauben, daß Chile die Früchte des bitteren Ausleseprozesses der siebziger Jahre erntet. Alle Unternehmen, die den harten Kampf mit den ausländischen Produkten – die Zölle betragen nur 20 Prozent – überlebt hätten, seien heute gesund und konkurrenzfähig. Daher die Exporterfolge. Zudem zahle sich die Politik der Diversifizierung aus.

Kupfer bringt heute lediglich 50 Prozent der Devisen, 1973 waren es 80 Prozent. Landwirtschaftliche Güter und Meeresfrüchte rückten an die zweite Stelle der Exportskala, gefolgt von Holzprodukten. Während fast alle lateinamerikanischen Länder eine negative Agrar-Handelsbilanz registrieren, wird Chile in diesem Jahr einen Überschuß von etwa 500 Millionen Dollar erzielen. Der Privatsektor investiert nach wie vor.

Ein Repräsentant einer großen deutschen Firma, der über langjährige Chile-Erfahrungen verfügt, sagt: „Die Wirtschaft funktioniert deshalb so gut, weil sich die Militärs nie in diese Angelegenheit eingemischt haben." So kommt es, daß die gemäßigten und konservativen Oppositionspolitiker zwar ein Ende der Militärdiktatur fordern, aber keine drastische wirtschaftliche Kehrtwendung.

EINLADUNG ZUM PORSCHEFAHREN



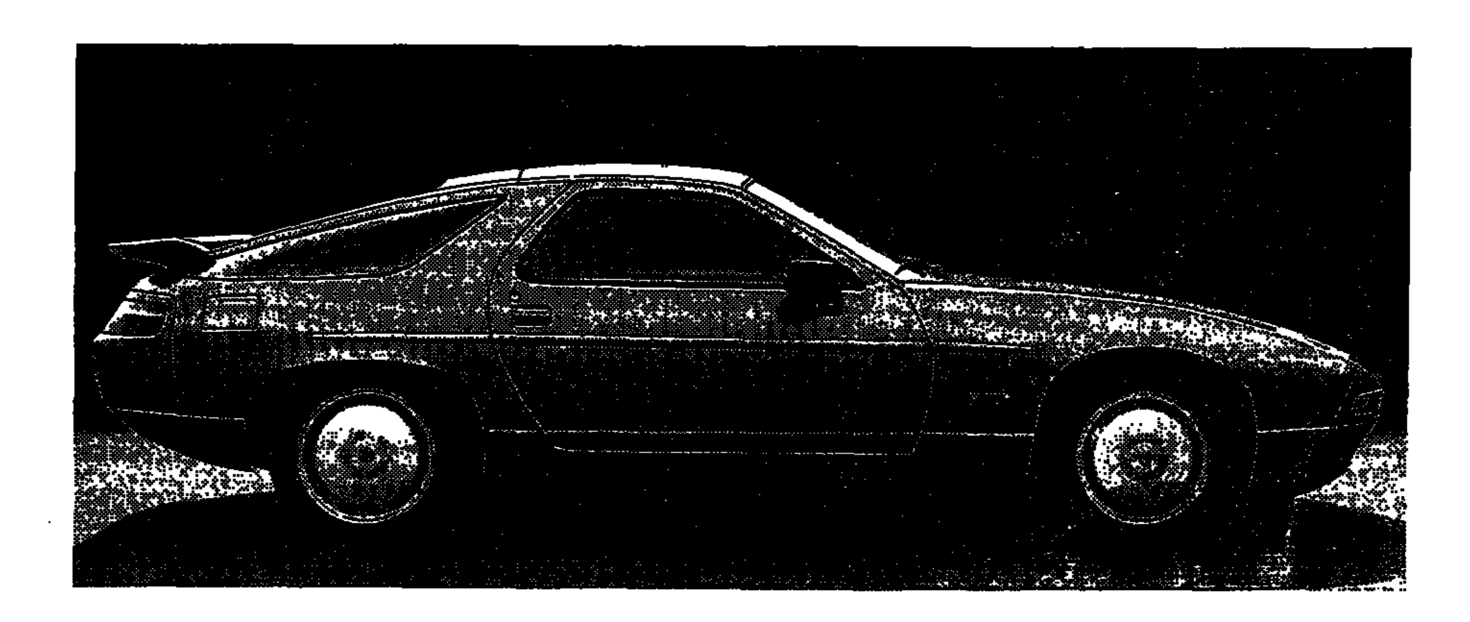


Was Sie am neuen Porsche 928 S 4 von vornherein interessieren wird.

Um in der Entwicklung vorn zu bleiben, darf man sich nie mit Erreichtem zufriedengeben. Im Fall des neuen, weiterentwickelten PORSCHE 928 S 4 fällt sofort eines ins Auge: Die neue, nach aerodynamischen Erkenntnissen optimierte Frontpartie. Sie bewirkt einen noch besseren c_W-Wert und beeinflußt die Bodenhaftung noch günstiger. Was einerseits der Wirtschaftlichkeit, andererseits der Fahrsicherheit zugute kommt.

Was Ihnen am neuen Porsche 928 S 4 im nachhinein auffallen wird.

Zur neuen Front das passende Heck. Glatter, schöner, und – wie die Frontpartie – auch wirkungsvoller. Der serienmäßige 928 S 4 erlaubt wahlweise Verwendung von verbleitem oder unverbleitem Superbenzin. Und das auf Wunsch lieferbare Katalysator-System entgiftet die Abgase – bei ausschließlichem Bleifrei-Betrieb – *ohne Leistungsverlust.* Die langjährige Erfahrung von PORSCHE mit Konzepten zur Schadstoffreduzierung kommt dem neuentwickelten V8-Motor mit 32 Ventilen auf höchst beeindruckende Art zugute: 320 PS – in ihrer sportlich-kultiviertesten Form – warten darauf, Sie den Unterschied zwischen Autofahren und Porschefahren erleben zu lassen.



Für alle Porsche-Modelle besteht seit Modelljahr '86 eine 2-Jahres-Garantie auf das gesamte Fahrzeug, eine 3-Jahres-Garantie auf die Lackierung und eine 10-Jahres-Garantie gegen das Durchrosten der Karosserie. **Rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns. Wir nennen Ihnen einen Porschehändler in Ihrer Nähe für eine Probefahrt.** Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Abt. VIOF, Porschestraße 15–19, 7140 Ludwigsburg, Telefon-Durchwahl 0 71 41/3 03-3 41, -2 09 oder -518.



FAHREN IN SEINER SCHÖNSTEN FORM



Ferngesteuertes Gehör

Die Mikroelektronik mit ihren vielfältigen Miniaturisierungsmöglichkeiten hat die Hörgeräte immer kleiner werden lassen. Je winziger jedoch die Geräte werden, um so schwieriger getaltet sich oft die Benutzung für ihre Bediener. Eine jetzt vorgestellte Ultraschall-Fernbedienung im Scheckkartenformat macht die Fingerakrobatik bei „Mini-Im-Ohr-Geräten" überflüssig. Mit zwei Tasten für „laut" und „leise" kann der gesamte Stellbereich in sechs Sekunden durchlaufen werden. Über eine dritte Taste lassen sich tiefe Frequenzen bei der Übertragung absenken, was den lästigen Störschall unterdrückt. Für Im-Ohr-Hörgeräte reicht in Zukunft somit nur noch der Einschalter. Alles andere wird über die Fernbedienung gesteuert. Sollte diese einmal nicht zur Hand sein, dann stellt sich das Gerät beim Einschalten automatisch auf einen individuell vorgegebenen Verstärkungswert ein.

Eine Unterschrift rettet Augenlicht

Deutsche Gesellschaft für Ophthalmologie beklagt fehlende Bereitschaft zur Hornhautspende

Von VERA ZYLKA

Das Sehvermögen vieler Patienten könnte verbessert und sogar vor Erblindung bewahrt werden, wenn sich mehr Menschen bereit erklärten, ihre Hornhaut nach dem Tod zu spenden. Mit diesem dringenden Aufruf anläßlich der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Augenheilkunde in Aachen wendet sich ihr Kongressvorsitzender, Prof. Martin Reim, an die Öffentlichkeit.

Bei vielen Verletzungen und Erkrankungen des Auges stellt die Hornhaut-Verpflanzung die einzige Möglichkeit dar, dem Patienten das Sehvermögen zurückzugeben. Mit über 2000 Operationen pro Jahr ist dieser Eingriff bereits zur Routine geworden. Es könnte allerdings wesentlich mehr Patienten geholfen werden, wenn genügend Hornhaut-Material zur Verfügung stehen würde. „Wir erleben es häufig", so Prof. Reim zur WELT, „daß Organspender zwar bereit sind, ihre Nieren für eine Transplantation zur Verfügung zu stellen, in ihrem Organ-Spenderausweis ist jedoch die Hornhaut nicht ausdrücklich erwähnt. Nach dem Tod verweigern die Angehörigen dann oft aus Pietät die Entnahme der Hornhaut". Interessenten finden bei allen Augenärzten Merkblätter und entsprechende Spenderausweise vor.

Das Alter des Spenders spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Auch die Hornhaut von über 70-jährigen kann durchaus zur Verpflanzung geeignet sein. Anhand mikroskopischer Untersuchungen wird sie auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft. Nach der Entnahme, die am besten innerhalb der ersten 12 Stunden nach Eintreten des Todes vorgenommen wird, kann die Hornhaut in einer mit Antibiotika angereicherten Nährlösung jetzt bis maximal 7 Tage aufbewahrt werden.

Die Hornhaut bildet das klare Fenster in dem einer Kamera ähnlichen Augapfel, durch das man ein klares Bild der Umgebung erhält. Ihre Krümmung bestimmt zu einem wesentlichen Teil das Sehvermögen. Die Hornhaut ist zu über 90 Prozent aus sehr festen bindegewebigen Fasern aufgebaut, die in ihrer Festigkeit den Sehnen des Körpers sehr ähnlich sind. Nur dem außerordentlich regelmäßigen Aufbau dieser Fasern verdankt die Hornhaut ihre Transparenz. Sie ist ein hochdifferenziertes Organ. Wegen ihrer exponierten Lage aber ist sie bevorzugter Ort vieler Erkrankungen.

Im Verlauf des Kongresses haben die Augenärzte mit Entschiedenheit zur Zurückhaltung bei der sogenannten radiären Keratotomie aufgefordert. Dieses Operationsverfahren zur Behebung der Kurzsichtigkeit, das durch die Aktivitäten des Moskauer Augenarztes Prof. Fjodorow für Schlagzeilen sorgt und ebenfalls in den USA durchgeführt wird, stößt auf immer mehr Kritik.

Der Grund dafür sind die oft erst nach Jahren auftretenden Nachwirkungen dieses Eingiffs, bei dem die Hornhaut wie eine Torte mit tiefen Schnitten durchzogen wird, um die Brechkraft des Auges zu verändern. Wie eine Langzeituntersuchung in den USA (PERK-Studie) jetzt bestätigt, müssen mehr als die Hälfte der Patienten nach dem Eingriff weiterhin eine Brille tragen, um die volle Sehschärfe zu erhalten. Als Sehhilfe bleibt ihnen nur noch die Brille übrig, da die verstümmelte Hornhaut dann nicht mehr für Kontaktlinsen geeignet ist.

Als häufigste Beschwerde wird von den Betroffenen eine starke Blendempfindlichkeit angegeben, die zwangsläufig als Folge der Narbenbildung auf der Horhaut entsteht. Anstelle der mehr oder weniger erfolgreich beseitigten Kurzsichtigkeit haben die Patienten dann Probleme beim Nahsehen, wobei die Sehschärfe im Tagesverlauf erheblich schwankt.

Dies kann sogar dazu führen, daß die Betroffenen mehrere Brillen in ständigem Wechsel gebrauchen müssen. Die Deutsche Gesellschaft für Augenheilkunde hält diesen Eingriff für eine „rein kosmetische Operation mit offenem Ende", wobei eine gesunde Hornhaut zerstört werde, nur um auf das Tragen einer Brille verzichten zu können.

NOTIZEN

Getrennter Abfall

Berlin (dpa) – Mit neuartigen Mülleimern, die für Glas, Konservenbüchsen und Küchenabfälle getrennte Behälter haben, soll in den privaten Haushalten das umweltbewußte Abfallsammeln erleichtert werden. Die Behälter lassen sich nachträglich und ohne größere Umbaumaßnahmen in viele Küchen einbauen. Mit Preisen zwischen 69 und 170 Mark und sind sie allerdings teurer als die üblichen Abfalleimer.

Aids-Test in Indien

Neu Delhi (dpa) – Ausländische Studenten, die an indischen Hochschulen studieren wollen, müssen sich künftig einem Aids-Test unterziehen, wie gestern aus Presseberichten des Erziehungsministeriums hervorging. Im Falle eines positiven Testergebnisses müssen sie mit der Ausweisung rechnen. Etwa 18 000 ausländische Studenten besuchen jährlich in Indien die Universitäten.

Nickel-Allergie

Mönchengladbach (lnw) – Das Metall Nickel, das in vielen Legierungen vorkommt, ist die häufigste Ursache für Kontaktallergien, wie der Allergiker- und Asthmatikerbund gestern in Mönchengladbach erklärte. Der Betroffene hat kaum Chancen, diesem Problem zu entgehen. So findet sich Nickel in Münzen und Puderdosen, in Türgriffen und Fahrradlenkern, selbst in Papier, Modeschmuck und Jeans.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Die Schönheit der Zahlen" – Wie Mathematiker versuchen, das Chaos zu beschreiben. Von Jörg Albrecht.

*

Ein neues Kälteverfahren zur Herstellung Technischer Gase schildert Arno Nöldechen.

*

„Urahn aus Reilingen" – Ernst Probst stellt den überraschenden Schädelfund eines Frühmenschen in Baden-Württemberg vor.

Weniger Strahlen

Berlin (DW.) – Die Zahl der Röntgenuntersuchungen hat im Zeitraum vom 1978 bis 1984 um 30 bis 50 Prozent abgenommen, wie das Bundesgesundheitsamt jetzt als Ergebnis einer zweijährigen Studie veröffentlichte. Gleichzeitig haben die Untersuchungen mit Ultraschall und Endoskopen um ein Vielfaches zugenommen. Der Umstellungsprozeß hat für den Patienten entscheidende Vorteile. Viele Krankheiten können jetzt ohne Belastung durch ionisierende Strahlen erkannt werden.

Auf der Suche nach den Ausreißern

Eine Berliner Firma entwickelte ein verbessertes Nachweisverfahren für Aids-Infektionen

Von RICHARD SCHWALBE

Ein neues Diagnoseverfahren zum Nachweis der Immunschwäche Aids hat jetzt ein Berliner Unternehmen auf der am heutigen Donnerstag zu Ende gehenden Fachmesse Biotechnika in Hannover vorgestellt. Im Gegensatz zu den gebräuchlichen Tests wird das Virus bei der neuen Methode durch künstlich hergestellte Aminosäuren nachgeahmt. Dadurch kann nach den Angaben des Herstellers die Krankheit künftig mit höherer Empfindlichkeit und zuverlässigerem Ergebnis nachgewiesen werden.

Aids wird beim Menschen vom HIV-Virus (Human Immunodeficiency Virus) ausgelöst. Bei einer Erkrankung bildet der Körper Abwehrstoffe, sogenannte Antikörper. Sie haben im Organismus die Aufgabe, den Krankheitserreger zu bekämpfen. Die Anwesenheit dieser Antikörper kann in der Diagnostik zum Nachweis der Erkrankung genutzt werden.

Nachweis ohne Viren

Wird beispielsweise in einem Reagenzglas zu einem künstlich gezüchteten Virus menschliches Blut gegeben, so reagieren in diesem Blut möglicherweise enthaltene Antikörper mit dem Virus. Diese Reaktion läßt sich mit einem Farbstoff sichtbar machen.

Diese Nachweismethode wird „Enzyme Linked Immunosorbent Assay", kurz Elisa genannt, weil die Farbstoffreaktion von einem enzymhaltigen Stoff hervorgerufen wird. Ein solcher Elisa-Test wird auch bei den Untersuchungen auf die Immunschwäche benutzt. Der Firma Biochrom gelang es jetzt, diesen Test so zu verändern, daß auf das HIV-Virus beim Nachweis ganz verzichtet werden kann. Die Wirkung des Virus auf die Antikörper wird nämlich von einigen wenigen Proteinen hervorgerufen, die sich in seiner äußeren Hülle befinden.

Die Forscher fanden heraus, daß nur ein paar der Aminosäuren, aus denen die Proteine kettenförmig zusammengesetzt sind, zum Auslösen der Antikörperreaktion ausreichen. Diese Aminosäuren lassen sich im Labor künstlich herstellen. Durch den Verzicht auf den HIV-Virus bei der Untersuchung ergeben sich eine Reihe von Vorteilen. An vorderster Stelle steht dabei die höhere Nachweisgenauigkeit.

Bisher mußten die Viren im Labor auf Nährböden gezüchtet und anschließend von diesen Nährböden getrennt werden. Dabei kann es zu Beschädigungen der Virusoberfläche oder zu Verunreinigungen mit Nährbodenresten kommen. Beschädigte Viren führen zu falsch negativen Testergebnissen, da die Antikörperreaktion ausbleiben kann. Verunreinigungen können falsch positive Ergebnisse liefern, da einige Antikörper auch auf diese Stoffe reagieren.

Synthetische Aminosäuren lassen sich weitgehend rein herstellen, besitzen diese Nachteile also nicht. Darüber hinaus können sie bei der Laborarbeit nicht zu Ansteckungen führen. In Berlin konnte man bei ersten Testuntersuchungen mit dem neuen Elisa-Verfahren eine extrem niedrige Fehlerquote beobachten. Die Forscher gehen davon aus, daß durch die Auswahl besonderer Aminosäuregruppen auch die Unterschiede im Aufbau des HIV als Auslöser für falsche Ergebnisse ausgeschaltet werden können.

Sichere Erkennung

Solche Unterschiede rühren aus abweichenden Strukturen der Viren her, die sich je nach Herkunft aus verschiedenen Erdteilen ergeben. Deshalb wurden solche Bereiche der Proteine für die Synthese ausgewählt, die einerseits eine Antikörperreaktion sicher auslösen, andererseits aber auch in der Entwicklungsgeschichte des Virus schon sehr früh vorhanden waren. Sie sind dann in allen denkbaren Abarten des HIV enthalten.

Mit synthetischen Aminosäuren wird in der Medizin bereits seit Jahren experimentiert. Die Entwicklung eines ähnlichen Tests wie bie HIV war jedoch immer gescheitert. Der HIV-Elisa-Test soll jetzt in der Bundesrepublik zur Zulassung beim Bundesamt für Sera und Impfstoffe in Frankfurt angemeldet werden. Für die Zulassung ist der Nachweis einer sicheren Diagnose in mehr als 99,5 Prozent der Fälle erforderlich. Der Vertrieb des Tests, dem Forscher der Freien Universität Berlin bahnbrechenden Erfolg bescheinigten, hat in Ländern ohne erforderliche Zulassung bereits begonnen.

Aus Fehlern gelernt?

Neuer Raketenantrieb soll Ariane 5 sicher ins All bringen

Von DIETER THIERBACH

Das Challenger-Unglück und die von der Rogers-Kommission aufgedeckten Schwächen haben – was den fehlerhaften Feststoff-Raketenmotor des Shuttle angeht – auch zu einem Umdenkprozeß in der europäischen Weltraumindustrie geführt.

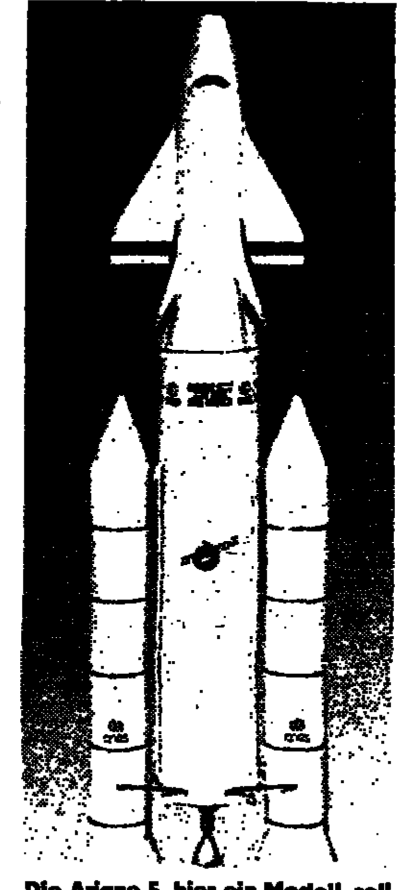
Dies gilt in besonderem Maße für die beiden Feststoff-Starttriebwerke (Booster), die für die Ariane 5 im Auftrag der französischen Raumfahrtbehörde von der Société Européenne de Propulsion (SEP) zusammen mit zahlreichen europäischen Firmen im Konsortium „Europropulsion" entwickelt werden. Mit dem Zusatztriebwerk soll Ariane 5 – ihr Erststart ist 1994 vorgesehen – den Raumgleiter Hermes in die Umlaufbahn bringen.

Jedes der Triebwerke wird einen Durchmesser von 3,1 m aufweisen, 19 m hoch sein und 183 t wiegen; davon entfallen allein 158 t auf den Treibstoff, der auf vier Segmente verteilt ist. Die Booster sind zwar kleiner als die des amerikanischen Space-Shuttle (Durchmesser 3,7 m; Höhe 45,5 m), mit ihrem variablen Schub und ihren allseitig um sechs Grad schwenkbaren Schubdüsen jedoch vielseitiger verwendbar.

Aus Zuverlässigkeitsgründen wird bei der Konstruktion auf Schweißnähte vollständig verzichtet. Vordere und hintere Endhaube werden aus Platten, bzw. gewalzten Ringen tiefgezogen, die Segemente durch „Fließdrücken" aus ebenfalls gewalzten Ringen hergestellt. Diese sollen – so die Hersteller – 100prozentig fehlerfrei ein, da sich ein etwaiger Werkstoffehler zwangsläufig bei dieser Fertigungstechnologie bemerkbar machen würde.

Zur Wärmeisolierung werden die Segmente innen mit Siliziumoxid dotiertem, thermisch hochbelastbarem Kautschuk beschichet, der an Ort und Stelle vulkanisiert wird. Die rechnergestützte Schubdüsensteuerung wird auf maximale Sicherheit und Zuverlässigkeit ausgelegt. Ein Turbopumpenaggregat, das von einem separaten Gasgenerator angetrieben wird, sorgt für die erforderliche hydraulische Energie.

Die thermisch hochbeanspruchten Teile der Schubdüse bestehen aus neuentwickelten Carbon-Verbundwerkstoffen, die leistungsfähiger und fertigungstechnisch besser beherrschbar sind als die üblicherweise verwendeten Phenolharze.



Die Ariane 5, hier ein Modell, soll ab 1994 bis zu 15 t Nutzlast in den Erdorbit bringen FOTO: DIE WELT

Heikle Rückkehr eines Berliners

Israels Botschafter Meroz legt seine Memoiren vor

Personen spielen in der politischen Entwicklung des Vorderen Orients eine größere Rolle als in Europa, Amerika oder allgemein in Demokratien. Das liegt vor allem an den Mentalitäten der Völker dieser Region und an deren Staatsformen, die, Israel und den Libanon bis 1975 ausgenommen, den Personenkult und die Konzentration der Entscheidungskompetenz auf wenige oder nur einen Kopf begünstigen. Daß diese auf den Kopf gestellte Machtpyramide auch große Gefahren der Destabilisierung birgt – im Gegensatz zu den vielen, wenn auch oft kontroversen Stimmen der israelischen Demokratie – liegt auf der Hand.

Nicht alle als große Staatsmänner gefeierten Politiker aber scheinen diesen Grundsatz der Nahostpolitik trotz jahrelanger Berührung mit der Region wirklich verstanden zu haben oder verstehen zu wollen. Das macht die Aufgabe eines israelischen Botschafters in Bonn zuweilen zu „einer schwierigen Mission".

Yohanan Meroz:
In schwieriger Mission
Ullstein Verlag, Berlin. 224 S., 38 Mark.

So nennt Yohanan Meroz auch seine Erinnerungen. Sein Buch trägt zu Recht diesen Titel. Das wird, wenn auch von Meroz gewiß nicht beabsichtigt, bereits im Geleitwort Helmut Schmidts, der in den sieben Bonner Jahren (1974 bis 1981) „sein" Kanzler war, recht deutlich. Schmidt schreibt den erstaunlichen Satz: „Frieden setzt allerdings voraus, daß alle betroffenen Völker zu Ausgleich und Kompromiß, zu Toleranz und Versöhnung bereit sind. Uns Deutschen steht es nach der Schreckensperiode des Dritten Reiches nicht zu, die Juden der Welt zur Versöhnung aufzurufen. Wohl aber durften und dürfen wir um Versöhnung bitten".

Von der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen abgesehen, muß der Altbundeskanzler sich sicher doch einmal gefragt haben, wer denn in Nahost eigentlich die Hand der Versöhnung ausschlägt. Sadat nahm die ausgestreckte Hand Begins an. Seine Vorgänger sowie die anderen arabischen Potentaten nicht – Nachfolger Mubarak und Marokkos König Hassan ausgenommen. Und Sadat selbst wurde eben wegen seiner Toleranz von seinen Glaubensbrüdern ermordet. Schmidts Geleitwort dürfte in Israel nicht nur bei Begin Anstoß erregen.

Meroz ist Berliner. Er hat sich trotz früher Auswanderung (1933, im Alter von 13 Jahren) viel vom freimütigen Wesen der Berliner bewahrt. Seine Erinnerungen sind frisch und ehrlich, *manchmal mit recht spitzer Feder* geschrieben. Das macht ihre Lektüre angenehm und interessant.

Die Ehrlichkeit des Botschafters, der seinem Land auch in Washington und Paris diente, erlaubt erhellende Einblicke in die Funktionsweise des israelischen Außenministeriums, in das Beziehungsgeflecht der deutschen Parteien, Verbände und Gewerkschaften mit Israel und in seine eigene Beurteilung von den deutschen Politikern. Schmidt bewundert er, Strauß mag er nicht, an Genscher schätzt er die „verbindliche Unverbindlichkeit", Wehner und Rau sind „Freunde Israels", bei Brandt allerdings hegt er heftige Zweifel.

Die Urteile des Botschafters sind bisweilen nicht gerade diplomatisch. Zu Strauß: „Er war und ist ein Vollblut-Opportunist." Zu Genscher:



Verständigungsakrobat auf dem Drahtseil der Geschichte: Yohanan Meroz, Israels Botschafter in der Bundesrepublik (1974 bis 1981), mit Herbert Wehner und Erik Blumenfeld FOTO: DPA

„Seine Sachkenntnis in der Nahostthematik war nicht überdurchschnittlich, aber ungewöhnliche Intelligenz und taktisches Gefühl ermöglichten es ihm, mit Hilfe eines halben Dutzend sich ständig wiederholender Formeln und Floskeln den Eindruck zu erwecken, als widme er der Region einen beträchtlichen Teil seines täglichen Denkpensums; in Wirklichkeit ist mir kein eigener neuer Anstoß bekannt, den er dem politischen Gedankengut des Nahen Ostens geliefert hätte – zumindest nicht in bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt". Zu Brandt: „Unsere Gespräche fanden fast immer unter vier Augen statt; wenn sie beendet waren, stellte ich mir manchmal die Frage, was von seiner Seite eigentlich gesagt worden war". Zu Schmidt „drängt es mich zu sagen, daß er für mich der hervorragende, vielleicht der einzige Staatsmnn der westlichen Welt in den siebziger Jahren war".

Meroz war ein parteiloser Diplomat. Er bekennt sich jedoch „im Rahmen der herkömmlichen politischen Geographie als Mitte-links". Meroz wäre aber kein First-class-Diplomat, wenn er nicht auch ein relativierendes Argument zu dem „Verdacht, daß ich parteigebunden sei" beizusteuern hätte: „Die Behauptung stimmte nur bedingt, das heißt nur insofern, als jeder Botschafter in jedem Lande besondere Aufmerksamkeit im Kontakt mit jenen schenkt, die das Staatsschiff lenken, und das war nun einmal während meiner Amtszeit die SPD – in Koalition mit der FDP."

Nachdenklich müssen Meroz' zahlreiche Einlassungen zum deutsch-israelischen Verhältnis und die eigens dieser Problematik gewidmeten Kapitel stimmen. Der Botschafter zeigt sich voller Zweifel, eher pessimistisch als optimistisch. Meroz ärgert sich nicht zuletzt über die deutsche „Unfähigkeit zu geschichtlichem Denken". Sein zum Teil quälerisches Wühlen in tiefenpsychologischen Sphären hilft aber kaum weiter. Klare Sätze über Schuld und Sühne im Zusammenhang mit Nation, Geschichte und Tradition wären für das geschichtliche Denken förderlicher gewesen. JÜRGEN LIMINSKI

Die Chimäre „Gleichgewichtspolitik"

Zur Neuausgabe eines klassischen Frühwerks von Henry Kissinger

Henry Kissingers Restaurationsgeschichte „Das Gleichgewicht der Großmächte" hat den Originaltitel „A World Restored". Das Thema seines berühmten Frühwerks wird exakt vom Untertitel der Neuausgabe beschrieben: „Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas, 1812 – 1822". Es handelt sich also um die Friedensorganisation der europäischen Staatenwelt, die der Wiener Kongreß nach den 25 umstürzenden Jahren der Französischen Revolution und ihres machtpolitischen Vollenders Napoleon zuwegebrachte.

Golo Mann merkte an, Kissinger habe zwar in „A World Restored" nicht „Vorblicke in spätere Gegenwarten, etwa in die 1950er Jahre, als das Buch geschrieben wurde", in Worte verwandelt, aber zu spüren seien sie. Andere haben die Brücke geschlagen, allerdings im Rückblick. So Michael Wolffsohn (in „Der Weg der Bundesrepublik", herausgegeben von Franz Schneider, C. H. Beck, 1985), der Andreas Hillgruber folgt, wenn er darlegt, im Gegensatz zu 1918/19 sei es den Siegermächten nach 1945 gelungen, in der europäischen Mitte einen „Puffer" zu errichten, ein Gefüge, das der Ordnung Europas in der Zeit zwischen dem Wiener Kongreß und der Gründung des Bismarck-Reiches ähnelte.

Henry A. Kissinger:
Das Gleichgewicht der Großmächte
Aus dem Amerikanischen übertragen von Horst Jordan. Manesse Verlag, Zürich. 687 S., 39,80 Mark.

Machtpolitisch sei eine modifizierte Wiederherstellung des frühneuzeitlichen Staatengefüges in Mitteleuropa angestrebt worden, als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation – „ohne machtpolitisches Eigengewicht, wohl aber als ‚Puffer' zwischen den Großmächten im Westen und Osten Europas einen wichtigen Platz eingenommen" habe (Hillgruber).

Das sind geschichtsträchtige Perspektiven. Sie rechtfertigen es, mit Golo Mann dem Gegensatz von Legitimität und Revolution nachzuspüren, stets auf der Fährte Kissingers. Mann definiert die Legitimität als wechselseitiges Einhalten der Regeln des Spiels, in dem nur Zumutbares gefordert werden darf, Sicherheit im Anerkanntwerden durch die anderen und im Anerkennen der anderen.

Ausdruck der Legitimität seien dauernde Kontakte, beständiges Verhandeln und die „Gleichheit der Sprache, die überall dasselbe meint". Die Legitimisten auf dem Wiener Kongreß, voran Talleyrand, hatten davon freilich eine weitaus weniger allgemeine Vorstellung.

Die revolutionäre Macht, referiert Golo Mann, „versteht nicht und fühlt ihrerseits sich unverstanden". Auch sie suche Sicherheit, finde sie aber nur in der Unsicherheit aller anderen. Sie könne sich vom Gefühl des Bedrohtseins nicht befreien: „Nie können Verhandlungen mit ihr etwas Besseres erreichen als ein Provisorium, einen Waffenstillstand, einen Ausgleich, an den niemand glaubt – oder glauben sollte."

Diese begriffliche Abgrenzung der Legitimität und der Revolution führt mitten in die Gegenwart. So wie Golo Mann das Grundprinzip der Legitimität deutet, paßt es haargenau auf westeuropäische Politiker vom Schlage Bundesaußenministers Genscher und dessen „ewige Reisediplomatie". Dauernde Kontakte, beständiges Verhandeln und allzeit auf der Suche nach Gleichheit der Sprache, die es leider zwischen West und Ost nicht gibt.

Und so wie Golo Mann das Grundprinzip der Revolution erklärt, paßt es haargenau auf die Sowjetunion. Seit dem XX. Parteitag 1956 verficht Moskau die „friedliche Koexistenz", die der XXII. Parteitag 1961 als „eine spezifische Form des Klassenkampfes" bezeichnet hat. Das bedeutet internationalen



Henry A. Kissinger FOTO: DPA

Klassenkampf „unter Vermeidung von Krieg" – denkt man an Afghanistan, so wird man genauer formulieren müssen: unter Vermeidung des Atomkriegs.

Zur gleichen Zeit betreibt die Sowjetunion die Auseinandersetzung mit dem Westen wesentlich als Rüstungskonkurrenz, auch weil sie auf anderen Gebieten nicht konkurrenzfähig ist. Als revolutionäre Macht ist sie im Gefühl des Bedrohtseins gefangen, und wie sehr sie ihre Sicherheit in der Unsicherheit aller anderen sucht, beweist der SS-20-Aufmarsch in Europa und Fernost.

Wenn diese Zustandsbeschreibung stimmt, dann stößt der umtriebige Versuch westeuropäischer Regierungen, gegenüber dem Osten Legitimität in dem methodischen Sinn Golo Manns zu praktizieren, in Moskau auf einen Gegenspieler, der die Voraus setzungen eines Partners der Legitimität nicht erfüllt.

Die Sowjetunion versteht unter Legitimität in Europa nicht eine Staatenwelt, die sich nach dem Prinzip der Selbstbestimmung und nach dem Völkerrecht zur Friedensordnung fügt, sondern die Anerkennung ihres revolutionären Besitzstandes durch alle anderen. Wer ihr diese Anerkennung verweigert, ist ein Revanchist, ein Konterrevolutionär. Das hat auch Gorbatschow äußerst zugespitzt formuliert: „Die sozialistische Ordnung anzugreifen oder Versuche zu unternehmen, um diese sozialistische Ordnung von außen auszuhöhlen, sowie das eine oder das andere Land aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszubrechen, bedeuten einen Anschlag nicht nur auf den Willen des jeweiligen Volkes, sondern auf die ganze Nachkriegsordnung und letztlich auf den Frieden."

Die Gorbatschow-Doktrin macht es unmöglich, von einem Zustand der Legitimität in Europa zu sprechen. So betrachtet, hat ein Wort Willy Brandts, das seine Erfahrung vom Tage des Mauerbaus als damaliger Berliner Bürgermeister auf den Punkt bringt, nichts an Aktualität verloren.

1970 sagte Brandt über den 13. August 1961: „Auch die mächtigen Vereinigten Staaten haben uns nicht helfen können, sondern wir haben zur Kenntnis nehmen müssen: Dort ist die Grenze durch die Stadt gleichbedeutend mit einer Grenze zwischen den beiden Supermächten dieser Welt." So ist es noch immer, auch nach dem fixierten Modus vivendi der Ostverträge.

Mit seiner Aussage dokumentierte Brandt die Grundhaltung der USA gegenüber der anderen Weltmacht. Sie bestand und besteht in der Eindämmung des Weltkommunismus, in der Containment-Politik, so wie es George Kennan 1947 unter diesen Begriff gebracht hat.

Seit Truman und Acheson setzen die USA der revolutionären Macht Sowjetunion ihr Containment entgegen (unterbrochen von der Ära Nixon/Kissinger). Die ideologische Verkleidung hat sich gewandelt, die machtpolitische Substanz ist geblieben. Der Zweck ist die weltweite Stabilisierung des Mächteverhältnisses.

Es charakterisiert den Zustand zwischen Legitimität und Revolution, daß die Balance der Mächte nicht auf einer fortgeschrittenen (Friedens-)Ordung der Staaten beruht, sondern auf waffenstarrenden Bündnissen. Friedenssicherung ist das oberste Gebot, doch die Entwicklung der internationalen Ordnung hinkt hinterher. Sie wird vom weltweiten Systemkonflikt überlagert, den das System gegenseitiger Abschreckung im Zaume hält.

Indessen üben sich die Europäer in der Kunst, den Gegensatz der Systeme schrittchenweise abzuarbeiten oder – je nach ideologischem Standort – die „friedliche Koexistenz" in eine „systemöffnende Koexistenz" umzudeuten. Aber diese Anstrengungen sind bestenfalls Retuschen am Bild der Nachkriegswelt. Die faschistische Revolution in Europa wurde niedergekämpft; jedoch anders als Napoleon ist Stalin als der machtpolitische Vollender der sowjetischen Revolution nicht bezwungen worden.

Dies alles Gedanken, die sich beim Wiederlesen eines so wichtigen Werkes einstellen. Aber genau deshalb hatte Kissinger keine Chance, als Staatsmann Gleiches zu vollbringen wie Metternich und Castlereagh, die Lieblingsgestalten seines historischen Interesses.

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Träume und heiliger Zorn unterm Turban

Ihr Ziel ist ein unabhängiger Staat: Michael Solkas Buch über die Sikhs und ihre Geschichte

Sie fallen auf, immer und überall, erkennbar an ihren Rauschebärten und bunten Turbanen: die Sikhs, Indiens schillerndste Minderheit, verspottet in zahllosen Witzen, respektiert als tapfere Soldaten.

Knapp 500 Jahre ist ihre Religion alt, um derentwillen sie blutige, nicht enden wollende Kämpfe austrugen. Seit einigen Jahren liefern die Extremisten unter ihnen Schlagzeilen mit ihrer Forderung nach einem unabhängigen Sikh-Staat Khalistan.

Aber was weiß man schon von ihnen wirklich? Der Autor bedient sich englischsprachiger und Sikh-Literatur, und er schöpft vor allem aus Khushwant Singhs Standardwerk über die Sikhs, um die Entstehung und Entwicklungsgeschichte dieser Religionsgemeinschaft, ihren Wandel von einer pazifistisch-humanistischen Lehre hin zur Krieger-Religion zu schildern.

Diese leidenschaftslos geschriebene historische Rückschau mit Details selbst über einzelne Schlachten führt allerdings rasch dazu, die Sikhs in der Tat nur mit Grausamkeit und Greuel zu verbinden.

Gerade weil das Wissen über die „schweigende Mehrheit" der Sikhs, die loyale Bürger des Staates sind, so dürftig ist, hätte es über eine chronologische Darstellung hinaus einer interpretativen Einordnung in die komplexe indische Welt bedurft, auch eines Porträts der Sikhs als sozialer und kultureller Gruppe. Zum Vorteil gereicht dem Buch deshalb eigentlich nur, daß es das erste zum Thema in deutscher Sprache ist.

Michael Solka:
Die Sikhs
Nymphenburger Verlagsanstalt, München. 296 S., 32 Mark.

Der Blick zurück hilft gleichwohl, das gegenwärtige Problem des pandschabischen Nationalismus zu verstehen. Nach dem Motto „Es gibt keinen Hindu, es gibt keinen Moslem" suchte im 15. Jahrhundert Nanak – später als erster Guru verehrt – eine Synthese der beiden Religionen. Er verwarf vor allem das Kastenwesen, die Polygamie, die Hegemonie der Brahmanen.

Daß sich die sozialreformerische Bewegung Nanaks später zu einer kriegerischen Gemeinschaft wandelte, ergab sich aus dem Zwang zur Selbstverteidigung gegen die mächtigen Mogul-Kaiser.

Immer wieder war sie Ziel der Invasoren aus Afghanistan und Persien. Profitierten die Sikhs unter Akbar von dessen staatsmännischer Größe und religiöser Toleranz, so wurde Gobind Singh, der zehnte und zugleich letzte Guru, von Aurangzeb mit Waffengewalt und Verrat verfolgt.

Tollkühne Tapferkeit kennzeichnete von da an die Sikhs in der Verteidigung ihres Glaubens. Weder die Moguln noch die Afghanen konnten sie bezwingen. Schließlich gehörte ihnen der Pandschab allein. Unter Ranjit Singh, der 1801 den Titel eines Maharadschas annahm, entstand der erste Sikh-Staat, bis hin nach Kaschmir und nach Peschawar. Nach Ranjits Tod zerfällt sein Reich, nach zwei Kriegen gehört es den Briten, der inzwischen dominierenden Macht auf dem Subkontinent.

Sie nutzten die soldatischen Eigenschaften der Sikhs, zunächst im Pandschab, später in den beiden Weltkriegen. Für ihre Loyalität erhofften diese nach der Unabhängigkeit von 1947 eine Belohnung: einen eigenen Staat. 1966 erhielten sie „Punjabi Suba", einen Staat mit einer Pandschabi sprechenden Mehrheit, also einer Sikh-Mehrheit.

Die jüngste extremistische Forderung nach einem unabhängigen Khalistan mußte Delhi provozieren. Es kam zum Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar, das bedeutendste Sikh-Heiligtum. Indira Gandhi starb durch die Kugeln von Sikhs – die Tat der Rächer. Die Befriedungspolitik ihres Sohnes Rajiv ist noch Stückwerk.

MARTA WEIDENHILLER

WELT-Serie Teil IV: Der DGB steigt aus / Die Landesparlamente debattieren über den Verkauf

Korruption, Profitgier, Versagen – Wie eine alte Gewerkschaftsidee stirbt

Von FRANZ KUSCH

Der DGB und seine Gewerkschaften ziehen sich mittelfristig aus ihrem unternehmerischen Engagement in der Wohnungswirtschaft zurück." Diesen Beschluß faßte der 13. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der letzten Maiwoche 1986 in Hamburg. Damit ist das Ende einer guten Idee der Arbeiterbewegung besiegelt; gescheitert an der Korruption, an der Profitgier und dem Versagen von Gewerkschaftskollegen mit Spitzeneinkommen.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts strebte die aufkommende Arbeiterbewegung neben dem Kampf um Gleichberechtigung und soziale Besserstellung auch nach menschenwürdiger Unterbringung der Arbeiterfamilien in den rasch wachsenden Städten. Wie die Menschen damals lebten, schildert ein Mitglied des Vereins „Arbeiterheime" in Bielefeld: „Zu einer der ersten Wohnungen mußten wir drei Treppen empor. Dort fanden wir drei ganz hübsche lichte Räume. Aber um die Miete zu erschwingen, mußte die Mieterin, eine Witwe, sich mit ihren fünf von 14 Kindern auf einen Raum beschränken. Den zweiten hatte ihre Schwester, ebenfalls Witwe, mit ihren zwei Kindern zur Untermiete. Im dritten hausten zwei *Schlafburschen*."

Selbsthilfeeinrichtungen wurden gegründet. 1889 gab es schon 38 Baugenossenschaften. 1914 waren es bereits 1304. Der Durchbruch wurde mit der politischen Anerkennung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik geschafft. Die zwanziger Jahre waren deshalb die Gründungszeit von Wohnungsgenossenschaften, deren Namen zum Teil heute noch existieren. *Dahinter* standen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

Sie alle wurden nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 von den Nazis übernommen. Darunter auch die „Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg mbH", der die Nazis später den Namen „*Neue Heimat*" gaben und über die der DGB und seine Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die größten Wohnungs- und Grundstücksbesitzer Westeuropas wurden.

Trotz zu geringen Eigenkapitals, aber mit über zehn Milliarden Mark Fördermitteln aus Steuergeldern baute die Neue Heimat rund eine halbe Million Wohnungen für Familien der unteren Einkommensgruppen. Sie hat damit einen anerkannten Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot in der Nachkriegszeit geleistet und „Arbeitnehmern wieder ein Dach über dem Kopf zu erschwinglichen Mieten" geschaffen, wie es durchaus zutreffend in dem Argumentationspapier des DGB zur Affäre Neue Heimat heißt. *Die* gleich folgende Behauptung jedoch, „andere waren zu solchen Bauleistungen weder in der Lage noch bereit", ist des Selbstlobes zuviel. Tatsache ist, daß der Anteil der Neuen Heimat am gesamten sozialen Wohnungsbau nur elf Prozent beträgt. Die „restlichen" 89 Prozent Bauleistung müssen dann doch wohl von anderen als vom Gewerkschaftskonzern erbracht worden sein.



Und nun kommt der Ausstieg aus einer gesellschaftspolitischen Aufgabe, die von den Urgroßvätern der heutigen Gewerkschaftsführer begonnen wurde und auf die der DGB bis vor kurzer Zeit noch besonders stolz war. Die Devise lautet: Augen zu und durch! Die etwa eine Million Menschen, die heute noch in Häusern der Neuen Heimat wohnt, wird dabei als Druckmittel gegenüber den Politikern benutzt. Wenn Länder und Kommunen nicht bereit sind, unter dem Stichwort „Regionalisierung" komplette NH-Tochtergesellschaften (einschließlich vieler leerstehender und kaum vermietbarer Wohnungen) zu übernehmen, um die Sozialbindung und das Dauerwohnrecht zu sichern, sollen sie an Wohnungsverwaltungsgesellschaften verkauft werden und damit faktisch die Sozialbindung verlieren. Auch das hat der DGB-Kongreß Ende Mai beschlossen. Die Gewerkschaften haben sich dafür bereits unter dem Dach ihrer Holding BGAG mit der nicht gemeinnützigen BG-Immobiliengesellschaft mbH (BGI) – in Frankfurt am 31. Januar 1985 unter der Nr. 25066 ins Handelsregister eingetragen – ein geeignetes Instrument geschaffen.

Nur durch die Übernahme der NH-Töchter wäre schnell an Geld zu kommen und der Konzern geräuschlos zu liquidieren. Daß der Steuerzahler dabei zum dritten Mal für die Neue Heimat zur Ader gelassen wird (zu*nächst über zehn Milliarden zum* Bau der Wohnungen, dann durch den NH-Status der Gemeinnützigkeit Verzicht auf viele Milliarden Steuern und jetzt durch Ankauf der schon einmal finanzierten Wohnungen), ist auch SPD-Politikern lästig. Aber dafür können sie sich öffentlich als Retter von einer Million Menschen aufspielen und hoffen dabei noch auf Wählerstimmen.

Verschwiegen wird jedoch, vor wem sie die NH-Mieter schützen wollen: nicht vor irgendwelchen Miethaien, sondern vor dem Grundherrn DGB, der bei der Unternehmensführung versagt hat. Das ist peinlich. Darum redet man in der SPD und bei den Gewerkschaften nur von einer „Regionalisierung", die „den veränderten Bedingungen der sozialen Wohnungswirtschaft Rechnung" *trägt (DGB-Beschluß)*.

Dieses Konzept soll nach dem Deal mit Horst Schiesser nur noch für Nordrhein-Westfalen und für Hessen gelten. Von dem größten Teil, nämlich 190 000 Wohnungen und deren Mietern, will sich der DGB unter endgültigem Verlust seiner Glaubwürdigkeit verabschieden.

Morgen lesen Sie:

Folge V: Die Wirkung der Affäre auf die Öffentlichkeit und die Gewerkschaften

Börner will weiterhin NH Südwest kaufen

dg. Frankfurt

Der hessische Finanzminister Hans Krollmann (SPD) hat bekräftigt, daß die Regierung Börner auch nach dem Verkauf des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser entschlossen sei, die Neue Heimat Südwest zu kaufen. Die Regierung wolle den 30 000 Mietern Sicherheit geben und werde keine Wohnungsbestände verkaufen. Für die Rettungsaktion müsse ein Betrag von „unter 300 Millionen Mark" *aufgewandt werden*.

Über den bevorstehenden Handel kam es im Hessischen Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen. Sämtliche Oppositionsparteien, aber auch die Grünen, kritisierten die auffällige Preisdifferenz: Während Schiesser für 200 000 Wohnungen lediglich 50 Millionen Mark zahlen müsse, wolle das Land Hessen für 25 000 Wohnungen 300 Millionen Mark hinblättern. Die „reichste Gewerkschaft der westlichen Industriewelt", so der Unionsabgeordnete Jung, handle hierbei mit der „Mentalität von Schwarzhändlern und Schiebern in der Währungsreform." Der FDP-Abgeordnete Wilke warf der Regierung vor: „Hier werden Steuermillionen verwandt, um die Verluste des DGB zu reduzieren."

Finanzminister Krollmann räumte in der Debatte ein, daß mit dem Erlös aus dem hessischen Geschäft das Angebot an Schiesser finanziert werden solle. Krollmann, der jede Kritik an den Gewerkschaften und der Neuen Heimat vermied, wörtlich: „Die realisierten Reserven gehen dorthin, wo Not ist." Allerdings müsse der Kaufpreis für das Land Hessen „deutlich unter" den von der Neuen Heimat geforderten 298 Millionen Mark liegen. Nach der gegenwärtigen Geschäftspolitik hätten liquide Mittel durch weiteren Verzicht auf Instandsetzungen und weitere Wohnungsverkäufe geschafft werden sollen. Das Land müsse diese Mittel bei einer Übernahme durch Kapitalzuführung bereitstellen. Der aufzuwendende Betrag von weniger als 300 Millionen Mark werde sich aus diesem Kapital und dem Kaufpreis zusammensetzen.

Der grüne Abgeordnete Jan Kuhnert erklärte, der „*Sommerschlußverkauf*" an Schiesser stelle „neue Fragen an den Kaufpreis in Hessen".

Kieler Regierung kündigt jetzt alle Kredite auf

geo/DW. Kiel

Auf den Verkauf der Neuen Heimat an den Berliner Unternehmer Schiesser hat die Landesregierung in Schleswig-Holstein mit der Kündigung der Darlehensverträge zwischen der Neuen Heimat und der landeseigenen Wohnungsbaukreditanstalt (WKA) reagiert.

Der Innenminister des Landes, Karl Eduard Claussen, begründete den Schritt mit der Notwendigkeit, die Sozialbindung der rund 16 000 Wohnungen, die der Neuen Heimat in Schleswig-Holstein gehören, für die nächsten 10 Jahren zu gewährleisten. Wie aus den Verträgen hervorgeht, hätte die Bindung durch eine freiwillige Rückzahlung der Gelder aufgehoben werden können. Nach Informationen aus Kiel steht die Neue Heimat beim Land mit einem Betrag von bis zu 300 Millionen Mark in der Kreide.

Die Aufkündigung der Verträge und Bewilligungsbescheide begründete der Christdemokrat mit Verstößen des gewerkschaftseigenen Konzerns. Trotz wiederholter Aufforderung der WKA an die Neue Heimat, ihr Auskünfte über die Bonität des Konzerns zu geben, habe es die „Neue Heimat nicht für nötig gehalten, diese Angaben zu machen". Für diesen Fall sähen die Verträge ein „*fristloses Kündigungsrecht*" *vor*.

Der nordrhein-westfälische Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) hält es für denkbar, daß die 43 000 Sozialwohnungen der nordrhein-westfälischen Neuen Heimat ebenfalls an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser verkauft werden könnten. Voraussetzung sei, daß sich der Privatunternehmer vertraglich zum dauerhaften Erhalt der Sozialbindung *verpflichte. Zunächst müsse* jedoch der Inhalt des Vertrages über den Kauf der NH bekanntgemacht werden, da die derzeitige Informationslage ein „verantwortliches staatliches Handeln" unmöglich mache.

Laut Zöpel hat der künftige Eigentümer des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat, Horst Schiesser, mit der Gewerkschafts-Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG *(BGAG) eine Übernahmeoption für* die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen vereinbart.



NH-Käufer Schiesser FOTO: AP

Ein früherer Reichsbahner wird Berater bei Schiesser

Gottfried Wurche will Vertrauen zur NH neu begründen

WERNER KAHL, Berlin

Aus der Kur nach Berlin zurückgekehrt, überraschten die hochschäumenden Wellen um den Verkauf der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat" den Bauexperten und langjährigen Kommunalpolitiker Gottfried Wurche. Sein gestriger Geburtstag wurde für den 57jährigen früheren Bundestagsabgeordneten zum Einstiegstag in den Stab des „Neue Heimat"-Käufers Horst Schiesser. Der *Berliner Brotfabrikant holte Wurche* als persönlichen Berater. Am 1.10. soll die „NH"-Führung vorgestellt werden.

Daß Schiesser den einstigen Bautechniker der „Deutschen Reichsbahn" zum Berater wählte, kommt nicht von ungefähr. Denn der Wahlberliner aus Essen hat in der Kommunalpolitik stets Kontakte zur „Neuen Heimat" unterhalten, nicht zuletzt deshalb, weil sich der Konzern auch das Diplomatenviertel der alten Reichshauptstadt einverleiben wollte.

Auf Kommunal-, Landes- und bundespolitischer Ebene machte der Sozialdemokrat, der die Mitgliedskarte der ersten Nachkriegsjahre besitzt, Karriere: Parlamentarier im Berliner Abgeordnetenhaus, bis 1972 Baustadtrat im Stadtbezirk Tiergarten, von *1972* bis *1975* Mitglied des Deutschen Bundestages, und von 1975 bis 1979 Bürgermeister in Berlin-Tiergarten. Dann gründete er eine „Intraplan *Unternehmensberatung GmbH*". Ihre Funktion sah Wurche beratend „bei städtebaulichen Vorhaben insbesondere in Anbetracht der Internationalen Bauausstellung (IBA) 1984, städtebaulichen Neukonzeptionen sowie Durchführung und Finanzierung von Bauvorhaben jeder Art, bei Erschließung und Baureifmachung von Grundstücken". Aus dieser Gesellschaft schied Wurche 1984 aus. *Auf die Frage der WELT, was er nun* für die „Neue Heimat" erschließen werde, sagte Wurche gestern: „Das Vertrauen zur Neuen Heimat neu begründen."

Der Berliner Bausenator Georg Wittwer erklärte ebenfalls nach einem Gespräch mit Schiesser, dieser habe „sehr ernsthafte und seriöse Absichten", den Konzern „zu sanieren und nicht zu liquidieren."

Bei der Darmstädter Staatsanwaltschaft ist bereits vor einigen Monaten eine Strafanzeige wegen Verdachts der Anstiftung zu Konkurs-, Prozeß- sowie Lebensmittelbetrug und Meineid gegen Schiesser eingegangen. Oberstaatsanwalt Fritz Vogel betonte jedoch, die Stichhaltigkeit der Vorwürfe sei noch nicht überprüft worden. Anzeigender sei laut „Stern" der Hessische Geschäftsmann Manfred Schürmeyer, der gegen Schiesser und Geschäftspartner in einem Zivilprozeß unterlegen sei.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Nicht vermißt

„Paukrac, B. Böll und der Draht nach oben": WELT vom 15. September

Es spricht für unsere Demokratie, daß der Posten „Literarisches Gewissen der Nation" zur Zeit unbesetzt ist und daß weit und breit niemand etwas in dieser Hinsicht zu vermissen scheint.

Sie erinnern an die härteren Zeiten von 1965, in denen Ludwig Erhard sich der Wahlkampfeinsätze von Hochhuth und Grass zu erwehren suchte, indem er ihren politischen Sachverstand demjenigen von „ganz kleinen Pinschern" gleichstellte. Es trifft wohl zu, daß niemand damals Erhard zu Hilfe kam; er konnte sich ganz gut selbst wehren. Das Kläffen der Pinscher hat jedenfalls nicht verhindert, daß Erhard die 1965er Wahlen bravourös gewann.

Nachträglich erhielt Erhard reichlich Zustimmung. Helmut Schelsky schrieb 1975 ein bedeutendes Buch über die Priesterherrschaft der Intellektuellen „Die Arbeit tun die anderen". Er übersandte es Erhard mit den Worten: „Man hat Ihnen den Ausdruck ‚Pinscher' für bestimmte Intellektuelle und ihre Reaktionsweise damals und bis heute stark verdacht; gewiß war das ein emotionelles Urteil, aber im Grunde genommen noch ein understatement."

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Volkhard Laitenberger, Bonn 2

Pilzsammler

„Passe für die Pilze": WELT vom 16. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus meiner langjährigen Erfahrung kann ich behaupten, daß die kleinen Familiensammler sehr wohl pfleglich mit dem Wald umgehen, besser als die professionellen Sammler, die den Markt beliefern. Abgesehen davon, beliefern die Wiederverkäufer die Geschäfte, sonst würde es wohl kaum Pilze zu kaufen geben.

Fachgerecht gepflückte Pilze (der Pilzgrund wird erhalten) schädigen weder den Wald noch die Weiterverbreitung der Pilzkulturen. Sammler gehen sehr langsam durch den Wald, beschädigen nicht die Umwelt und erschrecken niemals Tiere.

Mit freundlichen Grüßen
Axel Nowak, Hamburg 74

Idealzustand

„Chiles Tragödie": WELT vom 9. September

Freie Wahlen in Chile? Wissen wir denn, was für ein heilloses Mosaik solche Wahlen hervorbringen würden? Die Christdemokraten unter Freis Führung hatten seinerzeit Allendes Volksfront in den Sattel geholfen und eine bürgerliche Koalition abgelehnt. Sie repräsentierten deutlich eine Linkspartei, und auch die meisten Bischöfe des Landes stehen links. Und würde eine Regierung mit christdemokratischer Führung den Mut und die Energie haben, mit der revolutionären Linken fertig zu werden? Eingedenk der Worte von Engels, daß die demokratische Republik den Idealzustand für die proletarische Machtübernahme bietet, fordert auch Moskau den Demokratisierungsprozeß.

„Freie Wahlen! Demokratie!" Die großartigen Erfolge dieser Zauberformel haben wir seit 1917 in Rußland, Deutschland, Österreich, Spanien und von jeher in Lateinamerika erlebt. Dort kann ein Land glücklich sein, wenn es eine Militärdiktatur und keine totalitäre Tyrannis sein eigen nennt.

In den Jahren 1980–1981 stand Chile mit ganz großer Mehrheit hinter Pinochet. Dann kam die Weltwirtschaftskrise, und der moderne Mensch macht automatisch, mit Recht oder Unrecht, immer den Staat für die ökonomischen Nöte verantwortlich. Hoffen wir daher auf einen Wirtschaftsaufschwung. Doch auch dann wird die extreme Linke lustig weitermorden – wie ja auch in liberalen Wohlstandsdemokratien, also auch bei uns!

Erik v. Kuehnelt-Leddihn, Lans, Tirol

Auch Mehrheit

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

in Ihrem Leitartikel in der WELT vom 20. September „Der Kanzlerkandidat" wiederholen Sie – wie viele andere als Tatsache, daß seit 1949 nur Adenauer ein einziges Mal (1957) die absolute Mehrheit geschafft hat. Das ist nicht ganz richtig: Schon 1953 erreichte die CDU/CSU mit 45,2 Prozent der Stimmen 244 der 287 voll stimmberechtigten Abgeordneten, also die absolute Mehrheit für die Kanzlerwahl. Nur einschließlich der nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten verschiebt sich die Fraktionsstärke zuungunsten der CDU/CSU (Quelle: „Chronik des 20. Jahrhunderts", S. 786).

Diese Tatsache ist leider kaum bekannt. Herr Rau genügt ein 1953er Adenauer-Ergebnis auch, er benötigt nicht unbedingt die absolute Mehrheit der Stimmen, zum Beispiel bei einem Scheitern der FDP an der Fünfprozentklausel.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Kluge, Berlin 42

Busenfreunde

„Ende eines Skandals": WELT vom 13. September

Dem Wähler, der innerhalb weniger Monate womöglich zweimal an die Urne treten muß, kann die Bedenkenlosigkeit, mit der Moskau und Ost-Berlin fast im Gleichtakt ihre hiesigen Busenfreunde markieren, nur recht sein.

Mag doch Brandt sich geschmackvoller Weise in der „Prawda" zur Ostpolitik seiner heimischen Regierung ausweinen!

Und Rau sei das Asylanten-Präsent seiner Genossen herzlich gegönnt!

Vielleicht signalisieren beide Begebenheiten den lange erwarteten ersten Schritt der Annäherung unserer östlichen Nachbarn an die Politik der Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Milenz, Hamburg 60

Sprachregelung

„Was tut der Kanzler, wenn er kleckert?": WELT vom 19. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer häufiger fällt mir in letzter Zeit auf, daß sich die WELT ohne erkennbaren Grund der Formulierung „Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" bedient. Ihre Zeitung bedient sich dadurch der Sprachregelung des „Neuen Deutschland" und übernimmt die Dreistaatentheorie der „DDR" zumindest semantisch.

Wie aus dem Grundgesetz und einem Bundesverfassungsgerichtsurteil einwandfrei hervorgeht, ist Berlin (West) nach deutschem Recht Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, woran die alliierten Vorbehalte nur praktisch, nicht jedoch theoretisch etwas ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Schwander, Hollern

Menschenwürde

„Schüsse in Berlin zerstören Hoffnung": WELT vom 17. September

In der letzten Zeit häufen sich die Zwischenfälle an der deutsch-deutschen Grenze, einer Grenze mit Mauer, Stacheldraht, Wachtürmen und Minen, die von den Machthabern der DDR willkürlich errichtet wurde. Darüber hinaus wird nach wie vor der menschenverachtende Schießbefehl, vorwiegend in Berlin, durch DDR-Grenzsoldaten ausgeführt, und zwar auf wehrlose Bürger der DDR, die in den freien Westen fliehen wollen.

Die grausamen Schüsse, abgefeuert von Deutschen auf Deutsche, sie zeigen die ganze Tragödie mitten in Deutschland auf. Durch diese menschenrechtsverletzenden Aktionen wird die Menschenwürde und Freiheit mit Füßen getreten in einer zivilisierten Welt im 20. Jahrhundert.

Alois Glogger, Augsburg

Wort des Tages

„Die Einsicht in das Mögliche und Unmögliche ist es, die den Helden vom Abenteurer unterscheidet."

Theodor Mommsen, deutscher Jurist und Historiker, Nobelpreisträger (1817–1903)

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Gottfried Pagenstert** wird als neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach Malta gehen. Der Diplomat war 1959 in den Auswärtigen Dienst eingetreten, arbeitete aber nach ersten Verwendungen in Madrid und Daressalam zunächst im Bundesverteidigungsministerium und beim Bundestag. 1972 übernahm er die Leitung der Botschaft in Tegucigalpa, Honduras. 1976 wurde er Botschafter in Nikosia. Nach einer kurzen Tätigkeit in der Politischen Abteilung des AA übernahm Dr. Pagenstert 1980 als Leiter das Generalkonsulat in Sydney. Der bisherige deutsche Botschafter in Malta, Dr. **Eberhard Schmidt**, geht in Pension.

BERUFUNG

Professor Dr. **Jochen Windheuser** ist zum neuen Rektor der Katholischen Fachhochschule Norddeutschlands mit ihren Abteilungen in Vechta und Osnabrück berufen worden. Der 40jährige gebürtige Oberhausener arbeitet seit 1975 als Professor in Vechta und Osnabrück. Er löst Professor Dr. **Winfried Bach** ab, der nach seiner zweiten Amtsperiode nicht mehr für das Rektorenamt kandidierte.

GEBURTSTAG

Darauf, daß Waldschäden viele Ursachen haben können, weist er immer wieder hin. Schließlich hat er selbst schon vor 50 Jahren über ein Fichtensterben in Ostpreußen berichtet. Heute wird er – nach wie vor wissenschaftlich aktiv und publizistisch mit den Kollegen die Klinge kreuzend –, 80 Jahre alt: Professor Dr. **Dietrich Mülder**, Emeritus der Göttinger Georg-August-Universität für Waldbau und Forstwirtschaftliche Betriebswirtschaftslehre. Der in Hildesheim geborene Wissenschaftler mißt Witterungsextremen und Epidemien bei den Waldschäden nach wie vor große Bedeutung bei. Zu dieser Auffassung ist er nicht zuletzt aufgrund einer 18jährigen Forstamtsleitung und eines achtjährigen Aufenthaltes in den USA gelangt, bei dem er den Lehrstuhl für Waldbau an der Universität von Kalifornien in Berkeley inne hatte. Professor Mülder gehörte zu den Sachverständigen, die der Umweltausschuß des Deutschen Bundestages zur Anhörung über Immissionsschäden eingeladen hatte.

EHRUNGEN

„Ich drehe und quetsche die Wörter, um ihre Einmaligkeit herauszuholen", beschreibt der Lyriker **Oskar Walter Pastior** seine Werke. Pastiors Gedichte sind geprägt von Lautmalerei, die Grammatik wird



Oskar Walter Pastior

aufgehoben, der Wortsinn verdreht. Der bereits vielfach ausgezeichnete Sprachmystiker aus Siebenbürgen, der in Berlin lebt, erhält am Sonntag den mit 20 000 Mark dotierten Ernst-Meister-Preis für Literatur der Stadt Hagen. Kritiker verweisen darauf, daß man Pastiors Lyrik hörend lesen muß, „das Ohr an das Buch legend". Seine Werke sind geprägt vom Dadaismus und der Wiener Gruppe. „Was ich mache, ist ein Bürsten wider den Strich der Kausalität und Grammatik", schätzt er sich selber ein.

*

Die 44jährige Lektorin und Schriftstellerin **Anne Duden** ist die Preisträgerin des Deutschen Literaturfonds 1986, der mit 10 000 Mark dotiert ist. Die gelernte Buchhändlerin erhielt die Auszeichnung für ihre Prosawerke.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Klaus Peter Löhr** hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Informatik am Fachbereich Mathematik der Freien Universität Berlin *erhalten und angenommen*. Er arbeitete vorher als akademischer Lehrer an der Universität Bremen und an der University of California in Santa Barbara in den USA.

*

Dr. **Heinrich Betz**, Professor für Neurobiologie an der Universität Heidelberg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Molekulare Neuropharmakologie/Neurobiologie am Zentrum für Molekulare Biologie Heidelberg (ZMBH) erhalten.

VERANSTALTUNG

Einen früheren passionierten Weintrinker zitierte Bundeskanzler **Helmut Kohl** bei seiner Weineinladung im Kanzleramt. „Wer Wein säuft, sündigt, wer Wein trinkt, betet", soll Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, gesagt haben. Als der Kanzler nun persönlich 31 typische deutsche Weine aus elf deutschen Weinbauregionen vorstellte, ging es Weinfreund Kohl vor allem darum, seitens der Bundesregierung dafür zu demonstrieren, daß deutscher Wein grundsätzlich einen guten Ruf habe. Auch in der EG werde man sich dafür einsetzen, sagte der Gastgeber, „daß dem deutschen Wein Raum für seine Einzigartigkeit bleibt". Mehrere hundert Winzer und begeisterte Bonner Weintrinker kamen: Unter ihnen CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler**, Familienministerin **Rita Süssmuth**, die den trockenen Weinen zusprach, Regierungssprecher **Friedhelm Ost** und Kohls Vertrauter, Ministerialdirigent **Eduard Ackermann**. Besonders dankbar für die Kanzlerinitiative war auch der „erste Winzer" der Bundesrepublik Deutschland, Weinbaupräsident Dr. **Reinhard Muth**.

FUSSBALL-LÄNDERSPIEL / Im Trainingslager sah Beckenbauer den Vorstopper zum ersten Mal

Kohler: „Dem Herrn Vogts habe ich viel zu verdanken"

DW. **Kopenhagen**

Im Trainingslager im fernen Dänemark sah Teamchef Franz Beckenbauer den Jungen zum ersten Mal. Gardemaß (186 cm), athletischer Körperbau, dunkle, kurze Haare. Der Oberlippenflaum deutet an, daß da gerade einer im Begriff ist, den Sprung vom Jugendlichen zum Mann zu bewältigen.

Diesen Schritt zu beschleunigen, hat sich Beckenbauer offensichtlich zum Ziel gesetzt. Noch während des Trainings nahm er den jungen Jürgen Kohler beiseite und betraute ihn mit einer höchst delikaten Aufgabe. Den Weltklassestürmer Preben Elkjaer-Larsen sollte er im Spiel gegen Dänemark (das Spiel dauerte bei Redaktionsschluß noch an) ausschalten, und der Teamchef sagte: „Da kannst Du gleich beweisen, daß Du ein ganzer Kerl bist."

Für den Neuaufbau der Nationalmannschaft hatte sich Beckenbauer richtige Männer gewünscht. Ganze Kerle, die sagen: „Hier bin ich und ich bin Dein Mann." Bei Jürgen Kohler klingt das so: „Der Trainer schenkt mir sein Vertrauen. Jetzt liegt es an mir."

So gesehen also genau der richtige Mann für Beckenbauer. Der aber hatte seinen Nachwuchsmann noch in keinem Spiel beobachtet. Obwohl Jürgen Kohler mit seinen 20 Jahren bereits 70 Bundesligaspiele für Waldhof Mannheim vorzuweisen hat. Außerdem zehn Spiele in der Nachwuchsauswahl (U 18) und elf Spiele bei den Junioren (U 21).

Regelrecht hochgedient hat er sich in den Nachwuchsmannschaften. Ein wahrer Musterprofi aus dem DFB-Schnittbogen: mittlere Reife, einziger Berufswunsch Fußballspieler, schon mit 16 Jahren Wechsel vom TB Jahn Lambsheim zum SV Waldhof Mannheim, DFB-Auswahlspieler, mit 18 Jahren Profi, mit 20 Jahren Stammspieler. Und trotzdem wäre Franz Beckenbauer nicht auf die Idee gekommen, ihn zu nominieren – hätte Jürgen Kohler nicht in Berti Vogts einen einflußreichen Fürsprecher gehabt.

„Wenn jemand so stark spielt wie Jürgen zuletzt in Schottland, dann hat er den Sprung nach oben auch verdient", sagte Vogts und Jürgen Kohler bedankt sich artig: „Dem Herrn Vogts und meinem Vereinstrainer habe ich viel zu verdanken." Selbst die Reihenfolge ist richtig gewählt. Ohne Berti Vogts, den einstigen Weggefährten Beckenbauers in der Nationalmannschaft, hätte Jürgen Kohler wahrscheinlich noch lange auf eine Berufung warten können.



Technik-Training im Urlaub: Jürgen Kohler. FOTO: KÖSEGI

Denn Mannheim gehört nicht zu den von Nationaltrainern bevorzugten Vereinen. Der letzte Einsatz eines Mannheimer Spielers in der Nationalmannschaft datiert aus dem Jahr 1940. Der Verteidiger Helmut Schneider war *damals am 13:0 über Finnland* in Leipzig beteiligt. Nach 46jähriger Pause setzt Jürgen Kohler nun die kurze Reihe der wenigen Mannheimer Nationalspieler fort. So ist denn Kohler auch ein Nachfolger von Sepp Herberger, dem schon legendären Bundestrainer Sepp Herberger, der einst drei Länderspiele als Mitglied des SV Waldhof bestritt. Was denn auch ein so bedeutendes Ereignis ist, daß Kohlers Vereinstrainer Klaus Schlappner kurz entschlossen nach Kopenhagen reiste, um das Länderspiel-Debüt seines Schützlings live mitzuerleben.

„Sei fleißig und ehrgeizig wie bei uns. Dann schaffst Du es", hatte Schlappner ihm mit auf den Weg gegeben. Wie eine Mutter ihre Kinder ermahnt. Genau so überflüssig. Denn Fleiß und Ehrgeiz sind ohnehin die Haupteigenschaften des Jürgen Kohler. Ihnen allein verdankt er seine Nominierung. „Ich will immer gewinnen", sagt er. „Selbst, wenn wir im Training nur ein kleines Spielchen machen." Weil bei soviel Ehrgeiz naturgemäß die Feinheiten leiden, arbeitet Jürgen Kohler auch außerhalb des Trainings. Sogar im Urlaub gehörte ein Lederball zum Gepäck: „Auf Ischia und Capri habe ich an meiner Technik gearbeitet, denn da muß ich mich noch verbessern."

Beckenbauer und Köppel gemeinsam bis zur WM 1990?

sid, **Kopenhagen**

Franz Beckenbauer denkt noch darüber nach, hält es aber für „fast logisch", seinen 1988 auslaufenden Vertrag bis zur Fußball-Weltmeisterschaft 1990 in Italien zu verlängern. Sollte der Teamchef spätestens zum Saisonende „ja" sagen, sein Partner dürfte mit größter Wahrscheinlichkeit Horst Köppel bleiben. Auch Köppels Vertrag läuft 1988 aus, und auch seine Gedanken gehen bis 1990.

Köppel freilich hat sehr klare und konkrete Vorstellungen über seine weitere Tätigkeit. Er sagt: „Als Assistent arbeite ich nur unter Franz Beckenbauer." Aus dieser Aussage, so der DFB-Trainer, dürfe nicht die Forderung abgeleitet werden, ihn automatisch zum Bundestrainer und Chef der Nationalelf zu befördern, falls Beckenbauer doch aufhört. Köppel hat eben für sich die Entscheidung getroffen, auf die Assistentenrolle zu verzichten, falls der DFB eine andere Lösung anstrebt. Während der Weltmeisterschaft wurde schließlich schon mit den Namen Udo Lattek, Otto Rehhagel und Sepp Piontek spekuliert.

Daß Köppel so unmißverständlich Position bezog, hat ihm einen Brief von Hermann Neuberger eingebracht. Doch Fehlinterpretationen und offensichtliche Verstimmungen sollen in 14 Tagen bei einem Gespräch zwischen dem 38 Jahre alten Trainer und dem Präsidenten beseitigt werden. Köppel verdeutlicht noch einmal: „Ich arbeite da, wo es der DFB für richtig hält, möglicherweise auch wieder im Jugendbereich." Es müsse ihm persönlich aber doch zugestanden sein, nicht für jedermann und alle Zeiten den Assistentenposten auszufüllen. Bei Berti Vogts sei dies nicht anders.

Köppel betrachtet die Zusammenarbeit mit Beckenbauer nach wie vor als gut, obwohl er sich in Mexiko manchmal ausführlichere Gespräche gewünscht hätte. Ideal erscheint auch die Aufgabenteilung. Denn während Beckenbauer von Amts wegen die Gesamtverantwortung trägt, für Spieler und das gesamte Umfeld, die Medienvertreter eingeschlossen, den Fix- und Orientierungspunkt darstellt, ist Köppel in eigener Regie für das Training zuständig. Da hört auch Beckenbauer bei Lauf- und Gymnastikübungen, an denen er teilnimmt, auf das Kommando seines Partners.

Diese Partnerschaft und Kooperation war so auch vereinbart worden, als Beckenbauer 1984 Chef wurde. Köppel, seit 1. Juli 1983 in DFB-Diensten und Assistent des früheren Bundestrainers Jupp Derwall, erklärte sich mit dieser Rollenverteilung auch sofort einverstanden, obwohl einige Vertreter der deutschen Trainergilde kritisierten, es gehe nicht an, daß ein lizenzierter Mann (Köppel) einem ohne Lizenz (Beckenbauer) unterstellt würde.

Köppel hat nun Zeit, sich auf die A-Mannschaft zu konzentrieren, da er die bisher von ihm betreuten Jugend-Mannschaften abgab. Die Zeit möchte er unter anderem auch dazu nutzen, um den Kontakt zu den Vereinen – auch den ausländischen, bei denen deutsche Spieler unter Vertrag stehen – zu vertiefen. Franz Beckenbauer sagt: „Fußballerisch liegen wir auf einer Wellenlänge." Schon allein deshalb erscheint es nabeliegend, auf das Gespann bis zur WM 1990 zu setzen, wobei Berti Vogts (Beckenbauer: „Gerade in Mexiko habe ich gemerkt, daß er einen ganz klaren Kurs steuert") in der Trainer-Hierarchie eine ganz gewichtige Rolle spielt.

Die von Berti Vogts betreute Junioren-Auswahl (U 21) spielte am Dienstagabend gegen Dänemark 0:0. Trotz des dürftigen Ergebnisses sagte der Trainer: „Das Spiel gab mir die Hoffnung für einen guten Start bei der Qualifikation zur Europameisterschaft." Die Ausscheidung beginnt am 29. Oktober in Koblenz mit dem Spiel gegen Bulgarien.

STAND ● PUNKT

Zinn-Becker

Zinn, das wird jeder Chemiker gern bestätigen, ist ein interessantes Element. Es kommt recht selten vor, und dies auch nur in zumeist farblosen Verbindungen. Wird es aber entsprechend vorbereitet und von Verunreinigungen befreit, so tritt das reine Metall silberweißglänzend zutage.

Hier und da dient es zur Veredlung. Denn reines Zinn hat nicht nur ein ansprechendes Äußeres, es geht auch leicht Verbindungen ein, ist schwer angreifbar und praktisch ungiftig. Dabei ist es weich und formbar. Zum Zinnsoldaten beispielsweise, diesem bei jung und alt beliebten, standfesten, genügsamen Spielzeug, das jeder anfassen und aufstellen darf, mit dem jeder seine eigene kleine Schlacht schlagen kann.

Doch Vorsicht: Wird Zinn allzu sehr gebogen, beginnt es zu knirschen. Ein Laut, den Experten als Zinngeschrei kennen. Auch verträgt es keine abrupten Temperaturwechsel. Denn erhitzt sich seine Umgebung zu sehr, wird es spröde. Kühlt das Klima über die Maßen ab, leidet das Metall an der sogenannten Zinnpest. Es zerfällt zu grauem Pulver.

Viel zu lange hat die zinnverarbeitende Industrie versäumt, ihren Werkstoff zu nutzen. Unsere Sporthelden in Zinn, das muß doch wohl immer passen bei diesen Eigenschaften. Wie hier: Eine baden-württembergische Firma hat Boris Becker zum Partner gewonnen. So wird es endlich Wirklichkeit – unser Boris, für jedermann erschwinglich, als Becher im Schrank oder auf dem Teller an der Wand. Und sollte er wieder einmal knirschen, der Zinn-Becker, wird er eingeschmolzen.

JÖRG STRATMANN

SPORT-NACHRICHTEN

Beck gibt Posten ab

Tauberbischofsheim (dpa) – Der zum Cheftrainer beförderte Emil Beck hat seine Posten als Fecht-Bundestrainer in den Waffen Degen und Herrenflorett abgegeben. Seine Nachfolger sind Joachim Behr und Berndt Peltzer. Neuer Trainer im Damenflorett ist Paul Neckermann anstelle von Horst-Christian Tell.

Pause für Rummenigge

Mailand (dpa) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Karl-Heinz Rummenigge muß wegen einer Oberschenkelzerrung mindestens zehn Tage pausieren. Rummenigge hatte beim Spiel Inter Mailands gegen Udinese am Sonntag noch drei Treffer erzielt. – Bernd Schuster meldete beim FC Barcelona wieder Ansprüche auf einen Stammplatz an. In einem Testspiel (7:1) gegen Tarragona (dritte Division) schoß er drei Tore.

Vertrag für Berger

Maranello (dpa) – Jetzt ist es endgültig: Enzo Ferrari gab die Verpflichtung des österreichischen Formel-1-Fahrers Gerhard Berger bekannt. Berger unterschrieb einen Ein-Jahres-Vertrag mit Option.

Sperre aufgehoben

Rom (dpa) – Die italienischen Profifußball-Vereine dürfen zur nächsten Saison wieder ausländische Spieler verpflichten. Seit 1985 war ihnen das vom Verband untersagt worden.

Favoriten ausgeschieden

Barcelona (sid) – Die Endspielteilnehmer der Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften in Hamburg sind in der ersten Runde des Grand-Prix-Turniers von Barcelona ausgeschieden. Henri Leconte (Frankreich) unterlag Ronald Agenor (Haiti) 1:6, 6:4, 4:6, Miloslav Mecir (CSSR) seinem Landsmann Marian Vajda 4:6, 6:3,4:6.

Reindl verletzt

Rosenheim (dpa) – Eishockey-Bundesliga-Klub SB Rosenheim muß voraussichtlich bis Weihnachten auf Franz Reindl verzichten. Der Nationalspieler erlitt am Sonntag beim Spiel in Schwenningen einen Riß der Außenbänder im rechten Knie.

Lirung im Elite-Preis

Köln (kgö) – Hoher Favorit des Elite-Preises (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 1600 Meter) am Samstag auf der Galopprennbahn in Köln ist der Hengst Lirung aus dem Gestüt Fährhof mit Jockey Georg Bocskai. Es laufen insgesamt sieben Pferde. Für den Puma-Preis von Europa (400 000 Mark) am Sonntag sind die drei Ausländer Baby Turk (Steve Cauthen), St. Hilarion (Greville Starkey) und als Favorit Moon Madness (Pat Eddery) angekündigt.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Barcelona, 1. Runde: Keretic (Bundesrepublik Deutschland) – Goes (Brasilien) 6:2, 6:1, Agenor (Haiti) – Leconte (Frankreich) – 6:1, 4:6, 6:4, Vajda (CSSR) – Meir (CSSR) 4:6, 6:3, 6:4, Tulasne (Frankreich) – Bengoechea (Argentinien) 4:6, 6:4, 6:1, Sanchez (Spanien) – Brown (USA) 6:0, 6:1, Muster (Österreich) – Nystroem (Schweden) 6:2, 7:5.

FUSSBALL

DFB-Pokal, 1. Runde, Wiederholungsspiel: Karlsruher SC – VfL Wolfsburg 4:1. – EM-Qualifikation, U 21: Norwegen – „DDR" 0:0. – Freundschaftsspiele: VfB Lohberg – Fortuna Düsseldorf 0:5, VfR Grünstadt – 1. FC Kaiserslautern 0:4.

MOTORSPORT / Bei Formel-1-Testfahrten von Zakspeed in Estoril ein neues Talent entdeckt

Kris Nissen aus Dänemark überraschte Experten

LEO WIELAND, **Lissabon**

„In einer schwachen Stunde", so Erich Zakowski, habe er dem Dänen Kris Nissen zugesagt, einmal den Zakspeed-Formel-1-Wagen zu fahren. Bedingung: Gewinn der deutschen Formel-3-Meisterschaft. Der Nachwuchsfahrer hielt sich an diese Vorgabe, Zakowski löste sein Versprechen ein. Am Tag nach dem Grand Prix von Portugal war es soweit – mit verblüffenden Ergebnissen.

Die Zakspeed-Mannschaft war mit Jonathan Palmer und zwei Wagen in Estoril geblieben. Auf der anspruchsvollen Strecke begannen die Vorbereitungen auf das Rennen in Mexiko. Turbolader und elektronische Motorsteuerung standen bei Zakspeed im Mittelpunkt. In der Mittagspause wurden die Ergebnisse des Vormittags diskutiert. Für den Nachmittag standen Aerodynamik und Fahrwerk auf dem Programm.

Inzwischen war Kris Nissen in Begleitung seiner Freundin „Fifi" eingetroffen. Am Vortag hatte der 26 Jahre alte Maschinentechniker auf dem Nürburgring den letzten Formel-3-Meisterschaftslauf des Jahres gewonnen. Schon vor diesem Rennen hatte er als Titelträger festgestanden. Von heute auf morgen wechselte er von einem 170-PS-Saugmotor auf eine 900-PS-Turbomaschine.

„Laß es ganz langsam angehen", riet Jonathan Palmer, „ein Turbomotor ist nicht so einfach zu fahren. Vor allem beim Beschleunigen aus den langsamen Kurven mußt du höllisch aufpassen. Der Schub setzt schlagartig ein." Äußerlich ruhig und gelassen ließ sich Kris Nissen ins Cockpit geleiten. Die Mechaniker schnallten den Neuling fest, richteten nach seinen Anweisungen den Rückspiegel ein, starteten den Motor.

„Jetzt ist er allein, jetzt hilft ihm nichts und niemand mehr", meinte Patrick Tambay auf der Boxenmauer sitzend. Der Franzose, auch zu Testfahrten geblieben, war skeptisch. „Na, das wird was geben", hatte er gesagt, als er hörte, was bisher Nissens sportliche Heimat war. Doch bereits nach wenigen Runden war auch der ehemalige Ferrari- und Renault-Werksfahrer von den Fähigkeiten Nissens überzeugt.

Der Däne drehte von Anfang an zügige und gleichmäßige Runden, beschleunigte, schaltete und bremste präzise. „Der Wagen geht ja unglaublich. In weniger als 300 Metern schalte ich vom zweiten bis in den sechsten Gang", schilderte Nissen seine ersten Eindrücke. Nach 40 Runden war er zwar noch immer drei Sekunden langsamer als Jonathan Palmer, doch er hatte die Experten überrascht. „Unglaublich, er hat keinen Fehler gemacht", sagte Erich Zakowski. „Nur so geht es, man muß in der Formel 1 auf Anhieb schnell sein", lobte Patrick Tombay.

Doch sein Talent allein wird Kris Nissen nicht weiterhelfen. Wie alle jungen Nachwuchsfahrer braucht er jetzt, um ganz nach oben zu kommen, potente Sponsoren, die ihm weiterhelfen. Als Däne hat er es da unvergleichlich schwerer als andere: Das wurde schon in der Frühphase seiner Karriere deutlich. Obwohl er in Skandinavien die gesamte Konkurrenz in den Aufsteigerklassen in Grund und Boden fuhr, hatte er Probleme, Werbepartner zu finden.

Nach sieben Rennen ging ihm 1983 in der damals noch existierenden Formel-3-Europameisterschaft das Geld aus. Doch der Bitburger Formel-3-Experte Bertram Schäfer hatte Nissens Talent erkannt. Die Volkswagen Motorsport GmbH, deren Formel-3-Werksteam Schäfer betreut, nahm Nissen unter Vertrag. Nachdem er 1985 Zweiter geworden war, gewann er jetzt die deutsche Meisterschaft.

Der nächste Schritt auf dem Weg in die Formel 1 hieße Formel 3000. Sie gilt als die schwierigste, technisch anspruchsvollste und vor allem teuerste Nachwuchsklasse. Gerade bei der Finanzierung liegt das größte Problem. „Wenn Kris Nissen es nicht schafft, in ein Spitzenteam zu kommen, das ihm siegfähiges Material zur Verfügung stellt, dann wird er seinen guten Ruf ruinieren", meinte ein Motorsportexperte, „nachdem ich ihn jetzt hier im Zakspeed gesehen habe, glaube ich, daß es für ihn besser wäre, sofort in die Formel 1 zu gehen. An einen Direkteinsteiger aus der Formel 3 werden im ersten Jahr keine hohen Erwartungen gestellt, und Kris Nissen könnte in Ruhe reifen. Daß das funktioniert, dafür sind Piquet, Senna und Berger beste Beispiele."

Albrecht: Auch in den Ostblock abschieben

rtr, **Hannover**

Das Abschiebeverbot für abgewiesene Asylbewerber aus Ostblockstaaten muß nach Auffassung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) überprüft werden. Das werde er in dem heutigen Gespräch der Regierungschefs der Länder mit Bundeskanzler Kohl fordern, kündigte Albrecht gestern in Hannover an. Im übrigen sei es unerläßlich, daß in allen anderen Fällen rechtmäßig abgewiesene Asylbewerber tatsächlich abgeschoben würden.

Außerdem verlangte Albrecht eine Beschleunigung der Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten. Ein kürzeres Verfahren sei „ganz einfach menschlicher", da Asylbewerber, deren Anträge abgelehnt werden, nicht nach einer Entfremdung von der ursprünglichen Heimat ausgewiesen würden. Grundsätzlich sei zu prüfen, ob die Rechtsmittel gegen Gerichtsentscheidungen im bisherigen Umfang erhalten bleiben müßten.

‚Strahlen machen an Grenzen nicht halt'

In Wien fordert Wallmann verbindliche Vereinbarungen über die Sicherheit von Reaktoren

ULRICH REITZ, **Bonn**

Beherrschbar, verantwortbar, vor allem aber moralisch geboten – Bundesumweltminister Walter Wallmann steckte die Position der Bundesregierung zur Kernenergie ab und machte zugleich deutlich, welches Ergebnis er von der Sonderkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien erwartet. Ein Festhalten an der Atomenergie werde nur durchsetzbar sein, wenn es glaubwürdig gelingt, deutlich zu machen, daß Sicherheit vor materiellen Interessen Priorität genießt.

Indem Wallmann versuchte, für die Bundesregierung in die Atomenergie-Diskussion eine moralische Dimension zu bringen, will er den ethisch begründeten Einwänden der Kernkraftgegner die Spitze nehmen. Deshalb steht der Umweltminister, das wurde im Vorfeld des Wiener Expertentreffens deutlich, auch den Versuchen skeptisch gegenüber, einen Ausstieg oder ein Festhalten an der Atomenergie in der Bundesrepublik materiell, ökonomisch, zu begründen. Zu den von Bundeswirtschaftsminister Bangemann in Auftrag gegebenen Gutachten (vom RWI und vom Öko-Institut) hatte Wallmann lakonisch bemerkt: „Ich habe die nicht bestellt".

Wallmann baute in Wien seine Argumentation auf der Verantwortung der Industrieländer gegenüber der Dritten Welt auf. „Die friedliche Nutzung der Kernkraft kann dazu beitragen, allen Menschen auf dieser Erde ein menschenwürdiges Leben zu garantieren", und: „Es wäre ethisch nicht vertretbar, wenn die wirtschaftlich starken Nationen beim Verbrauch fossiler Energiereserven die Länder der Dritten Welt ins Abseits drängen würden".

Hauptanliegen der Konferenz ist es, „daß wir verbindliche Vereinbarungen über die Sicherheit von Kernkraftwerken erarbeiten und einhalten müssen", sagte Wallmann, denn: „Strahlen machen an den Grenzen nicht halt".

Über die bereits im Vorfeld der Konferenz erzielte Einigung auf frühzeitige Information und gegenseitige Hilfeleistung bei Unfällen hinaus schlug Wallmann vor:

– Festschreibung höchster Sicherheitsanforderungen bei allen Nuklearanlagen,

– Verpflichtung darauf, daß die Sicherheitsempfehlungen der IAEO dem neuesten Stand der Technik entsprechen und verbindlich werden,

– regelmäßige Überprüfung der Nuklearanlagen,

– ein weltweites „Nuklearhaftungssystem" („Wer den Schaden auslöst, hat dafür einzustehen").

Die größten Schwierigkeiten der von Helmut Kohl initiierten Konferenz dürften darin liegen, den Ostblock, vor allem die Sowjetunion, auf diese Forderungen zu verpflichten. Offenbar aus diesem Grund sendete Wallmann Signale nach Moskau aus und dankte der Sowjetunion für ihren „offenen" Bericht über Tschernobyl.

Kolbow muß 20 000 Mark Buße zahlen

DW. **Düsseldorf**

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat gestern das Verfahren gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Kolbow, der des Geheimnisverrats angeklagt war, wegen Geringfügigkeit vorläufig eingestellt. Damit gilt der Abgeordnete als nicht vorbestraft. Kolbow muß allerdings innerhalb von sechs Monaten eine Geldbuße von 20 000 Mark sowie die Kosten seiner Verteidiger und eines Sachverständigen bezahlen.

Kolbow war angeklagt worden, weil er Anfang Mai 1984 einen Teil des geheimen Bundeswehrplans 1985–1997 an das Fernsehmagazin „Report" weitergegeben hatte. Allerdings stellte sich jetzt heraus, daß ein gutes Dutzend Bonner Journalisten den Geheimplan vor der Weitergabe durch Kolbow bereits kannte. Die Bundesanwaltschaft: Kolbow habe in einem „Umfeld gehandelt, in dem Geheimnisverrat als sportliche Disziplin angesehen wird".

Capuccis Auftauchen in Paris sorgt für Gerüchte

Verhandelt Regierung insgeheim über Austausch Abdallahs?

PETER RUGE, **Paris**

Die Verlegung der drei bedeutendsten Terroristen Frankreichs in das Zentralgefängnis Santé mitten in Paris hat Spekulationen ausgelöst: Steht ein Austausch bevor, obwohl die französische Regierung dies mehrfach entschieden bestritten hat? Die Untersuchungsbehörden erklärten, die Zusammenlegung erleichtere die Fahndungsarbeit, da sofort auf die Häftlinge zurückgegriffen werden könne.

Dennoch scheint eine Art von Geheimdiplomatie in Gang gekommen zu sein: Es soll Kontakte der französischen Regierung über Unterhändler mit verschiedenen Hauptstädten im Nahen Osten geben. Zu dieser Annahme führt das Auftauchen des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem bei den Beisetzungsfeierlichkeiten im Pariser Invalidendom für den von Attentätern in Beirut am 18. September ermordeten französischen Militärattaché, Oberst Goutierre. Capucci, der den Palästinensern nahe steht, habe sich in letzter Zeit nicht nur zu Gesprächen mit Khomeini getroffen, sondern soll auch mehrfach mit dem syrischen Präsidenten Assad gesprochen haben.

Dieser Jerusalemer Kirchenfürst gilt als schillernde Figur im Vorderen Orient. Ihm wird von Israel Waffenschmuggel für die PLO vorgeworfen. 1978 wurde er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Seit 1979 lebt er im Exil in Rom. Dessen ungeachtet ist Capucci noch von Chiracs Vorgänger, dem früheren Premierminister Fabius, im Frühjahr zu einer Vermittlung der Geiselaffäre gebeten worden, die bis heute ungelöst ist – noch immer werden sieben Franzosen von pro-iranischen Terrorgruppen in Libanon festgehalten.

„Wäre es deshalb so abwegig, die sieben französischen Geiseln gegen die drei in Frankreich einsitzenden Terroristen auszutauschen?" fragen bereits einige Pariser Zeitungen. Das Gerücht über eine Bewegung in der Geisel-Terrorszene könnte den Schlüssel dafür abgeben, daß trotz neuer Bombendrohungen über der Stadt eine relative Ruhe liegt. Zudem soll Capucci vom französischen Innenminister Pasqua empfangen worden sein – ein weiteres Indiz dafür, daß er in einer Mission unterwegs ist.

Gegen einen Austausch der drei Terroristen, die von einem pro-syrischen „Solidaritätskomitee mit arabischen Häftlingen" aus Frankreich mit Bomben freigepreßt werden sollen, spricht, daß gegen Georges Ibrahim Abdallah ein zweites Justizverfahren eröffnet worden ist: In seinem Besitz wurde die Pistole gefunden, mit der zwei Anschläge auf einen amerikanischen Diplomaten und einen Israeli verübt wurden. Damit sind die Interessen Dritter tangiert, was die Amerikaner schon zu einem Druck auf Paris veranlaßt hatte.

Die Kurzreise des französischen Premiers Chirac nach New York, wo er vor den Vereinten Nationen über den Terrorismus und die Rolle der UNO-Sondertruppe im Libanon spricht, könnte am Rande auch zu einem Meinungsaustausch über Abdallah führen.

Bayern will beim Asyl nicht von „DDR" abhängig sein

Zimmermann nennt Zusage Ost-Berlins „wirklichkeitsfremd"

ULRICH REITZ, **Bonn**

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß wird in der für heute anberaumten gemeinsamen Besprechung der Länderchefs sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden mit dem Bundeskanzler über das Asyl-Thema eine neue Linie fahren. Bayern hält nach wie vor an seiner Forderung nach einer Grundgesetzänderung fest. Doch ist mittlerweile eine andere Begründung für dieses Ziel in den Vordergrund getreten: In erster Linie geht es der bayerischen Landesregierung offenbar nicht mehr um die Eindämmung des Asylantenstroms, sondern um die Verringerung der Abhängigkeit vom „Goodwill" der „DDR", so das bayerische Innenministerium.

Ursprünglich sollten bei der Begegnung mit dem Kanzler die Möglichkeiten weiterer Maßnahmen auf Länderebene zur Ergänzung der Asylbeschlüsse der Regierungs-Koalition zur Debatte stehen. Jetzt ist jedoch damit zu rechnen, daß es zu einer Neuauflage der Diskussion über eine Grundgesetzänderung kommt – aber unter anderen Vorzeichen.

Bayerns Innenminister Hillermeier hatte bei der Ankündigung einer Bundesratsinitiative die neue Linie mit Blick auf Ost-Berlin so begründet: Es sei „eines souveränen Staats nicht würdig, die Durchführung notwendiger Maßnahmen vom Verhalten anderer Staaten abhängig zu machen". Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) nannte die Zusage der „DDR", Ausländer ohne Anschlußvisum nicht nach West-Berlin reisen zu lassen, „wirklichkeitsfremd".

Noch vor der Bundestagswahl will Bayern über den Bundesrat eine Grundgesetzänderung erreichen. Details der Neufassung des Artikels 16 GG stehen noch nicht fest. Das Innenministerium wurde vom Ministerrat beauftragt, bis November einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Im bayerischen Innenministerium ist man bemüht, dem Eindruck entgegenzutreten, die Landesregierung wolle die Vereinbarung der Koalitionsfraktionen von Ende August unterlaufen. Die beschlossenen Maßnahmen zum Thema Asyl bewegen sich unterhalb der Ebene einer Verfassungsänderung. „Wir wollen der Bundesregierung keine Knüppel zwischen die Beine werfen", so das Innenministerium.

Bayerns Initiative im Bundesrat werden von CDU-regierten Ländern keine Chancen eingeräumt. „Bei uns findet das keine Gegenliebe", verlautete aus Regierungskreisen in Baden-Württemberg. Außerdem wird darauf verwiesen, daß München im Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit für seinen Vorstoß zusammenbringen müßte. Selbst, wenn die unionsregierten Länder auf eine Linie zu bringen wären – die SPD-Länderchefs sind zu einer Grundgesetzänderung nicht bereit.

In Stuttgarter Regierungskreisen wird die Meinung vertreten, die Initiative der Bayern diene, wie auch die Vorstöße zur Neufassung des Gotteslästerungs-Paragraphen und des Demonstrationsstrafrechts, der „Selbstdarstellung" vor der Landtagswahl am 12. Oktober.

Deutscher bei Schießerei in Lomé getötet

dpa, **Accra/Bonn**

Bei Kämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen in Lomé, der Hauptstadt von Togo, sind in der Nacht zum Mittwoch 13 Menschen, darunter ein Geschäftsmann aus Rheinland-Pfalz, ums Leben gekommen. Ein zweiter Deutscher erlitt einen Beindurchschuß. Radio Togo berichtete, ein „Kommando von Terroristen" sei von Ghana nach Togo eingesickert und habe Kasernen von Truppen des Präsidenten Eyadema mit Maschinenwaffen, Raketenwerfer und Granaten angegriffen. Bei den dreistündigen Schießereien seien sechs Zivilisten getötet worden. Von den „Terroristen" seien acht getötet und neun verletzt worden. Die togolesischen Behörden haben die Grenze zu Ghana geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt. Über den Aufenthalt des Präsidenten Eyadema, der das Land seit 1967 regiert, wurde nichts bekannt.

Das Verhältnis zwischen Togo und Ghana ist nicht ohne Spannungen, seit sich beide Länder gegenseitig beschuldigen, innenpolitischen Gegnern des jeweiligen Nachbarn Schutz zu bieten. Lomé und Dacca hatten erst im Mai und August einen Versuch gemacht, das gegenseitige Mißtrauen abzubauen und die Beziehungen zu normalisieren.

Im November vergangenen Jahres waren mehr als 9000 Bewohner Ghanas nach heftigen Stammeskämpfen ins Nachbarland Togo geflüchtet.

Arbeitslosengeld wird von Juli 87 an verlängert

HH, **Bonn**

Bereits vom 1. Juli 1987 an soll die Zahlung des Arbeitslosengeldes verlängert werden. Das ist ein Ergebnis des gestrigen Koalitionsgesprächs in Bonn. Bisher war der 1. Oktober zeitgleich mit der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für „Trümmerfrauen" vorgesehen.

Arbeitsminister Norbert Blüm machte gestern allerdings keine Angaben zum Ausmaß der Verlängerung. Er betonte jedoch, sie sei wieder „altersgestuft" mit dem „Schwerpunkt bei Älteren".

Die letzte Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes hatte die Bezugsdauer von bis dahin generell einem Jahr gestaffelt für ältere Jahrgänge auf maximal zwei Jahre erhöht. Der Arbeitsminister erinnerte an die Parallele von Lebensalter und Dauer der Arbeitslosigkeit.

Als Obergrenze der Leistungssteigerung und damit der zusätzlichen Belastung des Etats der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA) nannte der Arbeitsminister etwa drei Milliarden, für das zweite Halbjahr 1987 also 1,5 Milliarden. Die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit schätzt Blüm auf 4,6 Milliarden Ende 1986 (infolge des Beschäftigungsanstiegs eher mehr).

Für die „Trümmerfrauen" soll es schon wegen der komplizierten Vorbereitungen bei der Regelung zum 1. Oktober bleiben.

Protektionismus der Handelsriesen

Besondere Handelshemmnisse für soviel % der Einfuhren (keine Zölle)

Handelshürden der EG gegenüber: Entwicklungsländern 22% – Industrieländern 11%

Handelshürden der USA gegenüber: Entwicklungsländern 16% – Industrieländern 9%

Handelshürden Japans gegenüber: Entwicklungsländern 15% – Industrieländern 12%

Am meisten sündigt auf dem Gebiet der „Nichttarifären Handelshemmnisse" – gemeint sind vor allem mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen oder Export-Selbstbeschränkungsabkommen – die größte Handelsmacht der Welt, die EG. GRAFIK: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Bundesbank: Der Zentralbankrat wird heute unter Vorsitz von Präsident Pöhl zusammenkommen. Mit kreditpolitischen Beschlüssen wird nicht gerechnet.

Ungarn: Der Forint wurde gegenüber den westlichen Währungen um acht Prozent abgewertet. Der offizielle Kurs für 100 DM beträgt nunmehr 2300,80 Forint.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 275,36 (275,77); Chemie: 162,90 (162,66); Elektro: 328,37 (326,20); Auto: 730,25(729,89); Maschinenbau: 153,47 (153,29); Versorgung: 157,67 (156,83); Banken: 409,18 (412,57); Warenhäuser: 169,66 (173,43); Bauwirtschaft: 536,50 (533,17); Konsumgüter: 183,45 (182,69); Versicherung: 1436,99 (1447,85); Stahl: 174,98 (178,65).

Kursgewinner:	DM	+ %
Hitachi Inh.	1290,0	5,65
van Ommeren	32,50	4,84
Sears Roebuck	87,50	4,79
Asics Corp.	6,80	4,62
Komatsu Ltd.	6,80	4,62

Kursverlierer:	DM	– %
Fiat NA Vz.	14,20	5,02
Reichelbräu	506,00	4,89
Sanden Corp.	8,00	4,76
De Beers	15,30	4,38
Massa Vz.	550,00	4,35

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Porsche: Erschwerte Geschäftsbedingungen erwartet der renommierte Sportwagenbauer. (S. 14)

Kabelmetal: Aufgrund des Preisverfalls bei Kupfer wird der Hauptversammlung eine unveränderte Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Aktienkapital von 135 Mill. DM vorgeschlagen. (S. 14)

Nixdorf: Den bisher größten Einzelauftrag erhielt der Computerhersteller vom US-Handelsunternehmen Montgomery.

Maxwell: Der britische Großverleger hat für 13,5 Mill. Pfund (40,5 Mill. DM) die Hubschrauberfirma British Airways Helicopters gekauft.

Quelle: In den 30 Warenhäusern rücken die Bereiche Textil, Technik/Elektronik sowie Dienstleistungen in den Vordergrund. (S. 15)

Stihl: Der Weltmarktführer bei Motorsägen bekommt im laufenden Jahr den starken Dollarverfall zu spüren. (S. 15)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	23. 9. 86	22. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	162,50	165,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	117,00	119,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	72,50	74,50	51,00	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

OECD: Der Wirtschaftsaufschwung in den westlichen Industrieländern reicht noch nicht zu einer maßgeblichen Verringerung der Arbeitslosigkeit aus. (S. 14)

Mindestreserven: In dem Rechtsstreit zwischen der Hamburgischen Landesbank und der Bundesbank über die Einbeziehung von kurzfristigen Inhaberschuldverschreibungen in die Mindestreserveregelung ist das norddeutsche Kreditinstitut vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel vorerst unterlegen.

NAMEN



Weltbank: Der neue Präsident Barber Conable (Foto) bedauerte, daß nach der angekündigten Amtsniederlegung des IWF-Generalsekretärs, Jacques de Larosière, Weltbank und IWF gleichzeitig von Personen geleitet werden, die nicht über die Erfahrung ihrer Vorgänger verfügen. Die französische Regierung hat den Gouverneur der französischen Zentralbank, Michel Camdessus, als neuen Direktor des IWF vorgeschlagen.

Dresdner Bank: Chefsyndikus Theodor Heinsius wird heute 60 Jahre. Er trat 1956 in die Dienste der Bank. Seit 1980 hat er einen Lehrauftrag an der Frankfurter Universität. Seit 1986 ist er Honorarprofessor.

WER SAGT'S DENN?

Geld ist nicht mehr die Währung, Köpfchen ist die Währung.
Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorsitzender des Vorstandes der Veba AG

Ausstieg aus der Kernenergie auch mittelfristig nicht zu verantworten

Bundesregierung erwartet im Gegensatz zur SPD weitere Anträge für Atomkraftwerke

HEINZ HECK, Bonn

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist weder kurz- noch mittelfristig zu verantworten. Das erklärte Wirtschaftsminister Martin Bangemann nach der Verabschiedung des Energieberichts der Bundesregierung im Kabinett. Der Minister wollte sich nicht auf Zeitvorstellungen für einen möglichen Verzicht auf die Kernenergie einlassen.

Auch langfristige Prognosen seien mit so großen Unsicherheiten belastet, daß es keinen Sinn hätte, darauf schon heute wirtschaftspolitische Entscheidungen zu stützen. Die Bundesrepublik werde daher „auf weitere absehbare Zeit Kernenergie nutzen müssen". Dies sei auch mit den vorhandenen Sicherheitseinrichtungen „verantwortbar". Diese Aussage werde durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „eher noch bestätigt". Nach Prüfung der Berichte erscheine eine Wiederholung hier „völlig undenkbar". Bangemanns Fazit: „Wir können es verantworten." Der Energiebericht wird das Kabinett nächste Woche wegen der Wiener Konferenz erneut beschäftigen.

In dem als „Tischvorlage" gestern nachgereichten Berichtsteil über den „künftigen Beitrag der Kernenergie" heißt es, Kernkraftwerke produzierten besonders kostengünstig in der Grundlast, also im Betrieb rund um die Uhr. Eine insgesamt kostengünstige Elektrizitätsversorgung erfordere etwa 50 Prozent der Kraftwerksversorgung in der Grundlast und erleichtere damit auch den Einsatz heimischer Steinkohle in der Mittellast. Das in den siebziger Jahren entstandene Grundlastdefizit werde mit der Inbetriebnahme der zur Zeit noch in Bau befindlichen Kernkraftwerke in den nächsten drei Jahren „weiter vermindert". Bangemann ergänzte in der Pressekonferenz, es werde „im wesentlichen gedeckt".

Mit dem erwarteten „mäßigen Zuwachs des Stromverbrauchs" werde in den nächsten Jahren aber „ein begrenzter Bedarf an neuer Grundlast entstehen", so daß mit neuen Anträgen für einzelne Kernkraftprojekte zu rechnen sei. Diese würden „nach Recht und Gesetz" behandelt. Nicht zutreffend sei die Feststellung des „Hauff-Papiers", wonach in den nächsten zehn Jahren kein Antrag zu erwarten sei.

Auf die Übereinstimmung zwischen Energiebericht und FDP-Beschlüssen zur Kernenergie angesprochen, erklärte der Parteivorsitzende Bangemann: „Sie decken sich völlig." Zum Brüter habe die FDP beschlossen, auf kommerzielle Nutzung zu verzichten. Das stehe auch im Bericht. Dort heißt es im Kapitel über fortgeschrittene Reaktoren: „Über die Nutzung dieser Technik muß die Wirtschaft entscheiden."

Der Wirtschaftsrat der CDU hatte am Abend zuvor auf einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion die Frage erörtert: „Brauchen wir eine neue Energiepolitik?" Die sieben Teilnehmer aus Politik und Energiewirtschaft verneinten die Frage mehrheitlich. Der Wirtschaftsrat erklärt zum Energiebericht, es komme zur Vermeidung „einer tiefgreifenden Verunsicherung der Investoren darauf an, durch rationale energiepolitische Entscheidungen einen klaren Kurs und sichere Führung in der Energiepolitik zu dokumentieren".

Der Verbrauch wird auch 1987 zunehmen

dpa/VWD, München

Der private Verbrauch wird 1987 zwar an konjunktureller Schubkraft einbüßen, aber weiter maßgeblich zum Wachstum des Bruttosozialproduktes beitragen. Bei einer um drei Prozent höheren realen Kaufkraft der Verbraucher und einer etwas geringeren Sparquote von elf (1986: 11,50) Prozent geht das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, von einem realen Anstieg der Verbrauchsausgaben von 3,5 Prozent aus.

Unterstellt wird dabei, daß der Anstieg des tariflichen Lohn- und Gehaltsniveaus auf Stundenbasis ähnlich ausfällt wie im laufenden Jahr. Als Gründe für die Verbrauchskonjunktur im 1. Halbjahr nennt Ifo die günstige Entwicklung der Arbeitseinkommen und das stabile Verbraucherpreisniveau. Von dem kräftigen Kaufkraftzuwachs habe der Einzelhandel mit einem Plus von 4,5 Prozent überdurchschnittlich profitiert.

Zu den Konjunkturtests für einige Branchen der deutschen Wirtschaft im August macht Ifo unter anderem folgende Anmerkungen: Im Einzelhandel habe sich die Geschäftslage insgesamt gebessert. Die anhaltende Zuversicht in den Erwartungen spreche für eine Fortsetzung der positiven Konjunkturentwicklung in den nächsten Monaten.

Im verarbeitenden Gewerbe habe sich die Geschäftslage gehalten.

AUF EIN WORT



„Zum politischen Geschäft unserer Tage gehört auch das Klinkenputzen – und wofür sich die Ministerpräsidenten und Bürgermeister aus Bayern, Hessen und Baden-Württemberg nicht zu schade sind, dafür sollten sich auch die Amtsträger im Norden nicht zu schade sein."

Hans-Joachim Bovensiepen, Vorsitzender des Unternehmensverbandes Rendsburg/Neumünster.
FOTO: W. FRANKENHAUSEN

HWWA: Defizit schrumpft nur geringfügig

JB. Hamburg

Das Defizit in den Staatsfinanzen, das in diesem Jahr noch einmal von etwa 20 auf 18 Mrd. DM abnehmen wird, dürfte im nächsten Jahr nur noch geringfügig kleiner werden. Wie das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem jüngsten Konjunkturbericht schreibt, bleibt vor allem das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften so hoch wie 1986. Infolge der Steuerausfälle von 10 Mrd. DM sowie des leicht zurückgehenden Bundesbankgewinns geht das HWWA für 1986 von einem Fehlbetrag von 29 Mrd. DM aus. Das Defizit hatte 1982 noch 60 Mrd. DM betragen und war bis 1985 auf 26 Mrd. DM zurückgegangen.

Eine Prognose der Finanzierungsentwicklung in der Sozialversicherung ist nach Meinung des HWWA mit erheblichen Unsicherheiten belastet. So sei fraglich, ob sich der Überschuß von 1986 nochmals erhöhen werde. In diesem Jahr steigt der Überschuß von 6 auf 11 Mrd. DM, wozu vor allem die Rentenversicherung mit einer Verbesserung des Überschusses von 2 auf 7 Mrd. DM beiträgt. Dieses Plus dürfte sich 1987 verringern. In der Arbeitslosenversicherung dürfte der Überschuß, der durch die für 1987 geplante Beitragserhöhung erwartet wird, aufgrund einer vorgesehenen Finanzverschiebung beseitigt werden.

Bundesrepublik bei Löhnen an der Spitze

Nur die Eidgenossen arbeiten produktiver – Kurse verzerren die Wettbewerbssituation

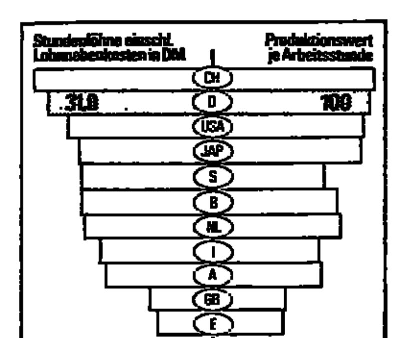
HANNO WIEDENHAUS, Bonn

Die Bundesrepublik und die Schweiz zahlen weltweit die höchsten Stundenlöhne. Beide Länder liegen mit Arbeitskosten von 31,00 DM und 32,90 DM pro Stunde (inklusive Lohnnebenkosten) vor den USA, Japan, Schweden, Belgien und den Niederlanden, wo zwischen 26 und 28 DM gezahlt werden. Erst danach folgen, wie aus den jüngsten „Wirtschaftsberichten" der Dresdner Bank hervorgeht, Italien, Österreich, Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Im Vergleich zu 1985 hat sich allerdings die Rangfolge durch die zum Teil beachtliche Verschiebung der Währungsrelationen stark verändert: Während die Arbeitskosten in den USA 1985 noch 38,50 DM pro Stunde betrugen, zahlt man heute umgerechnet zehn DM weniger. Die japanischen Stundenlöhne hingegen nähern sich – währungsbedingt – denen ihrer Hauptkonkurrenten an.

Zwar seien die Personalkosten bei weitem der größte Kostenblock in der Industrie und damit wesentlicher Faktor für die Preisgestaltung, heißt es weiter in der Studie, eine isolierte Betrachtung der Stundenlöhne könne allerdings keinen Aufschluß über die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien in den einzelnen Ländern geben. Einzubeziehen sei vielmehr auch die „Leistungskomponente".

Aber auch hinsichtlich der Wertschöpfung je Arbeitsstunde liegen, so die Banker, die Bundesrepublik und die Schweiz an der Spitze, gefolgt von den USA und Japan. Entscheidend für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sei jedoch die Relation von Kosten und Leistung. Diese Vergleichszahl ist „frei vom Einfluß der Wechselkurse und deren Veränderung". Hier zeigt sich dann auch, daß gerade bei den wichtigsten Konkurrenten, Japan und USA, der je Stunde produzierte Wert die Arbeitskosten deutlicher übertrifft als in der deutschen Industrie. Umgekehrt liegen demnach die amerikanischen und japanischen Lohnstückkosten unter denen der Bundesrepublik.



Eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit als Kriterium für die Möglichkeiten zur Erhöhung oder Verringerung von Marktanteilen hänge zwar ganz wesentlich auch von der Entwicklung der jeweiligen Wechselkurse ab, was, bezogen auf die Bundesrepublik, nach den Aufwertungen der letzten Zeit gegenüber fast allen Währungen ihr Angebot im Ausland eher verteuere. Nach Ansicht der Banker könne jedoch eine fundierte, das heißt eine von spekulativen Einflüssen freie, Postitionsverbesserung nur durch Produktivitätssteigerungen erreicht werden. Hierzu bedürfe es in erster Linie hoher Investitionen.

Allzu leichtgläubig

J. Sch. (Paris) – Die beiden französischen Stahlkonzerne Sacilor und Usinor sind seit Jahren überschuldet. Das bekommen jetzt auch die privaten Aktionäre der Ende 1981 nationalisierten Unternehmen zu spüren. Ihre Aktien waren noch am letzten Freitag mit 6,10 und 21,50 Francs das Stück notiert worden, was einem Börsenwert von 60 und 400 Mill. Francs entsprach. Inzwischen sind sie aber keinen Centime mehr wert. Denn die Regierung hat am Wochenende beschlossen, das Kapital der beiden Konzerne zur Tilgung der Verlustvorträge auf Null zusammenzustreichen.

Daran anschließend soll es zwar durch Umwandlung staatlicher Forderungen in Kapitalanteile wieder aufgestockt werden, woran auch die privaten Aktionäre im Verhältnis 1:6 und 10:42 teilnehmen können. Aber diese Bezugsrechte sind eher theoretisch, da in einer dritten Etappe dieser Akkordeon-Aktion ein weiterer kräftiger Kapitalschnitt zum Zweck der Schaffung von Reserven (für künftige Verluste) erfolgt.

Bedeutet dies eine entschädigungslose Enteignung? Unter rein aktienrechtlichen Gesichtspunkten ist diese Frage zu verneinen. Denn die Schulden der beiden Konzerne sind ganz beträchtlich über die Eigenmittel hinausgewachsen. Bei einer Liquidation wäre also ein Negativsaldo verblieben. Die Haftung der Aktionäre mit ihrer vollen Kapitaleinlage ist damit erreicht.

Immerhin aber hatte die Regierung bekundet, daß auch Sacilor und Usinor zu einem späteren (nicht genannten) Zeitpunkt reprivatisiert werden könnten. Damit hat sie eine Spekulation für an sich wertlose Aktien angeregt. Heute dagegen vertritt sie die Auffassung, daß die privaten Aktionäre bei aufmerksamen Studium der Bilanz schon längst den Nullwert ihrer Aktien hätten feststellen können. Das heißt, daß es heller Wahnsinn gewesen sei, an die Sanierung der französischen Stahlindustrie zu glauben.

Chancen am Potomac

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der heute zur Teilnahme an der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington eintrifft, hat diesmal viel Zeit für Vorgespräche eingeplant. Das ist auch gut so; denn noch vor dem Zusammentreten des Zehnerklubs am Samstag und des Interimsausschusses am Sonntag muß an der deutsch-amerikanischen Front wieder Ruhe herrschen. Es gibt Wichtigeres, als sich über fragwürdige Konjunkturrezepte zu streiten.

Stoltenberg findet einen Verbündeten im IWF, der den Gouverneuren neue Kalkulationen über die Wirksamkeit gewaltsamer Stimulantia vorlegen wird. Sie stoppen hoffentlich endgültig die Kampagne der US-Medien gegen Bonn und Frankfurt. So ergeben die Berechnungen, daß eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Deutschland und Japan um ein Prozent Amerikas Außenhandelsposition nur geringfügig verbessern würde. 1985 zum Beispiel hätte das US-Handelsdefizit statt 148,5 bestenfalls 138,5 Milliarden Dollar betragen.

Vor dem Zusammentreffen des Zehnerclubs muß an der deutsch-amerikanischen Front Ruhe herrschen. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat deshalb viel Zeit für Vorgespräche eingeplant.

Der Fonds blickt auch in die Zukunft und sagt für 1991 ein fast gleich hohes US-Leistungsbilanzdefizit wie heute voraus. Dagegen halbiert sich der japanische Überschuß, während der deutsche Aktivsaldo beinahe vollständig verschwindet. Daran läßt sich ablesen, wie sehr Amerikas Leistungsbilanzdefizit strukturell verankert und wie flexibel der Außenhandel der Bundesrepublik ist.

Aus der Sicht des IWF liegt der Hauptansatz im US-Haushaltsdefizit; die Märkte haben den Glauben an die Gramm-Rudman-Bill, mit deren Hilfe der Ausgleich in fünf Jahren geschafft werden sollte, verloren. Verschlechtert haben sich bereits die Zinserwartungen, und teureres Geld führt zwangsläufig zu einem stärkeren Dollar. Das zentrale Thema ist mithin die Konsolidierung des amerikanischen Haushalts.

In Deutschland besteht zwar auch Handlungsbedarf, aber nicht der von US-Finanzminister James Baker gewünschte kurzfristige Stoß. Gefragt sind vielmehr angebotsorientierte Maßnahmen, gekoppelt mit dem von Stoltenberg schon entwickelten Steuerprogramm. Auftreten kann die Bundesrepublik nicht als Feuerwehr; einen Beitrag muß sie jedoch leisten in der Frage, was an die Stelle der US-Defizite während des Anpassungsprozesses gesetzt werden könnte.

Verstehen müssen die USA auch, daß ihr Leistungsbilanzdefizit nicht von den Deutschen und Japanern allein abgebaut werden kann; denn der Handel ist immer multilateral. Viele Entwicklungsländer hängen sich beispielsweise an den Dollar an, um so Wettbewerbsvorteile einzuheimsen. Derweil geraten die meisten Schuldnerstaaten noch tiefer in die Kreide und fallen als Käufer aus. Aufgabe der Bundesrepublik ist es, den Arbeitsmarkt zu entzerren und die Subventionen zu drücken, damit Produktivität und Wachstum zunehmen.

In der Treasury muß Stoltenberg Überzeugungsarbeit leisten. Wenn Baker bisher mit einem noch billigeren Dollar drohte, dann signalisierte er damit, daß er dem US-Haushaltsdefizit nicht zu Leibe rücken wollte oder konnte. Aber die Märkte waren schlauer: Auf den sinkenden Dollar reagierten sie mit höheren Zinsen – in der Tat ein sinnvolles Verhalten. Finden Stoltenberg und Baker eine gemeinsame Basis, dann werden die lauten Töne schnell leiser, und an den Märkten tritt eine Beruhigung ein.

Der Zwang zu einer Einigung ist auch deshalb groß, weil es während der Jahrestagung durchaus zu einem anderen Eklat kommen kann: Wie es aussieht, werden die Geschäftsbanken ihr Kreditpaket bis Montag nicht zusammenschnüren können. Wenn aber bis dahin keine definitive Zusage der Privatinstitute vorliegt, läuft die nur prinzipielle Zustimmung der Fonds aus. In dieser Situation muß das Exekutivdirektorium entweder die Zustimmung noch einmal verlängern, oder das gesamte Mexiko-Programm des IWF, das die Schließung aller Finanzierungslücken voraussetzt, ist neu zu verhandeln.

Für den sogenannten Baker-Plan, der die Schuldenkrise durch breit unterstützte Reformen lösen will, wäre das ein schwerer Schlag. Denn Mexiko gilt als Musterbeispiel. Möglicherweise müßten die Finanzminister in Washington sofort die Schuldenstrategie korrigieren – ganz abgesehen vom gedämpfteren weltwirtschaftlichen Ausblick, der Schatten auf die Exportfähigkeit der Entwicklungsländer wirft.

Im Kern stellt sich den Ministern und Notenbankchefs am Potomac die Frage, ob das Wachstum bei den gegenwärtigen Wechselkursen zum Abbau der Ungleichgewichte ausreicht. Ist das nicht der Fall, dann muß man sich auf ein Rezept einigen. Das geht nicht gegen-, sondern nur miteinander.

Wieder 5,50 DM Dividende

Verfall der Kupferpreise belastet Kabelmetal-Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, wird für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) eine unveränderte Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie ausschütten. Jörg Stegmann, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, das nach der Neuordnung des Gutehoffnungshütte-Konzerns mehrheitlich zur MAN-Gruppe gehört, hält diesen Satz zwar nicht für befriedigend. Angesichts der Belastungen aus dem Verfall der Kupferpreise sei die Beibehaltung der Vorjahresdividende aber durchaus als Erfolg zu werten, meinte Stegmann bei der Erläuterung der vorläufigen Abschlußzahlen.

Die nach dem Niederstwertprinzip abgeschriebenen Kupfervorräte ziehen sich im Berichtsjahr wie ein roter Faden durch nahezu alle Positionen des Rechnungswerks. Stegmann wollte konkrete Zahlen dazu nicht nennen. Ergebniswirksam dürfte aber ein Betrag von deutlich über 10 Mill. DM geworden sein. Auch der Umsatz und der Auftragsbestand wurden von den gesunkenen Kupferpreisen beeinflußt. So wird der Gesamtumsatz mit 686 (681) Mill. DM ausgewiesen (plus 0,8 Prozent). Der neutralisierte Vollumsatz dagegen, also bereinigt um Preisschwankungen, erhöhte sich um 3,1 Prozent auf 643 (623) Mill. DM.

Weiter gestiegen ist der Exportanteil (39,7 nach 38,5 Prozent). Wegen der nur geringen Lieferungen in den Dollarraum ist Kabelmetal von den Währungsverschiebungen kaum betroffen. Stärker noch als beim Umsatz wirkte sich der Kupferpreis auf den Auftragseingang und den Auftragsbestand aus. Obwohl mengenmäßig für beide Positionen ein Zuwachs zu verzeichnen ist, ergab sich beim Auftragseingang im Berichtsjahr ein Minus von einem Prozent auf 672 (679) Mill. DM. Der Auftragsbestand am 30. Juni erreichte dem Wert nach nur 83 (97,5) Mill. DM; das entspricht einem Rückgang um 14,9 Prozent.

Zu den wichtigsten Ereignissen im abgelaufenen Geschäftsjahr zählt der Verkauf der 25prozentigen Beteiligung an der französischen Les Cables de Lyon. Dafür erhielt Kabelmetal nach den Worten Stegmanns von der Compagnie Générale d'Electricité einen Preis von deutlich über 100 Mill. DM. Dieser Betrag blieb in voller Höhe bei Kabelmetal. Der Verkauf des CdL-Anteils sei vor dem Hintergrund „enttäuschter Erwartungen" erfolgt.

Weder habe Kabelmetal Einfluß auf die Geschäftstätigkeit des französischen Partners nehmen können (nach französischem Recht bedeuten 25 Prozent noch keine Schachtelbeteiligung), noch hätten sich positive Effekte ergeben. Letztlich sei man in Osnabrück „bestürzt über das vorgelegte Expansionstempo" gewesen. Durch den Verkauf habe sich die Bilanzstruktur der Kabelmetal deutlich verbessert. Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1986/87 beurteilt Stegmann insgesamt zuversichtlich.

Porsche vor schwieriger Wegstrecke

Hohe Investitionen sollen die langfristige Wettbewerbsfähigkeit sichern

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Erschwerte Geschäftsbedingungen" erwartet die Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, im laufenden Geschäftsjahr 1986/87 (31. 7.), wie es in einer Pressemitteilung des Unternehmens formuliert wird. Als Grund dafür wird die unsichere Währungssituation angegeben, insbesondere die anhaltende Abwertung des US-Dollar aber auch anderer Währungen in wichtigen Absatzmärkten. Mit dieser Situation seien freilich die Hauptkonkurrenten in gleicher Weise konfrontiert.

Porsche sieht jedoch gute Voraussetzungen, „die Herausforderungen des Geschäftsjahres 1986/87 erfolgreich *zu bewältigen*". Basis für diese Zuversicht seien die derzeit gute Automobilkonjunktur, ein attraktives Modellangebot, die Qualifikation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter sowie ein solides finanzielles Fundament und das interne Rationalisierungspotential nach der zurückliegenden stürmischen Wachstumsphase. Zur Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit seien wiederum hohe Investitionen eingeplant.

Das abgelaufene Geschäftsjahr 1985/86, das für Porsche in Umsatz, Produktion und Absatz ein Rekordjahr war, verlief aus Porsche-Sicht in bezug auf die Ertragslage „zufriedenstellend", ohne daß dies freilich näher präzisiert wird. Immerhin wirkte bereits die negative Wechselkursentwicklung auf wichtigen Märkten mit hinein. Es sei – wie es weiter heißt – „mit einer angemessenen Dividende zu rechnen". Für das Geschäftsjahr 1984/85 waren 15 DM Dividende zuzüglich 2,50 DM Bonus auf 35 Mill. DM Stammaktien und 16 DM Vorzugsaktien ausgeschüttet worden. Von letzteren waren 21 Mill. DM gestreut worden.

Der Umsatz von Porsche war im Berichtsjahr 1985/86 um zwölf Prozent auf netto 3,57 (Vorjahr: 3,18) Milliarden DM angestiegen. Dabei verbesserte sich der reine Fahrzeug-Umsatz um 13,6 Prozent auf 3,20 Milliarden DM, während die übrigen Umsätze aus Ersatzteilverkäufen, Entwicklungsarbeiten und sonstigen Leistungen um drei *Prozent auf 373 Mill. DM* zunahmen.

Leicht verringert, nämlich um drei Prozent auf 780 Mill. DM, hat sich der Inlandsumsatz, während der Exportumsatz kräftig um 18 Prozent auf 2,79 Milliarden DM anzog. Dadurch vergrößerte sich die Exportquote auf 78 (75) Prozent. Produziert wurden im Berichtsjahr bei voll ausgelasteten Kapazitäten insgesamt 53 625 Fahrzeuge (plus sechs Prozent), die sich aufteilen in 21 500 Fahrzeuge (plus 13 Prozent) der *Modellreihen 911/928* und 32 125 Wagen (plus zwei Prozent) der Modellreihen 924/944 – letztere werden in Lohnauftrag bei der Audi AG im Werk Neckarsulm gebaut. Verkauft wurden 53 254 Fahrzeuge (plus acht Prozent), davon 11 340 (minus sieben Prozent) im Inland.

Der Exportabsatz erhöhte sich um 13 Prozent auf 41 914 Fahrzeuge, was einen Exportanteil von 79 (75) Prozent ergibt. In die USA wurden 15 Prozent mehr Fahrzeuge verkauft, der USA-Anteil am Gesamtabsatz stieg damit auf 54 (50) Prozent. Investiert hat Porsche 270 (291) Mill. DM, finanziert wurden die Investitionen aus eigener *Kraft. Die Zahl der Mitarbeiter* nahm um sieben Prozent auf 8458 Beschäftigte zu.

Fiat mit glänzendem Ergebnis

Ein Teil der Aktien wird international plaziert

HL. Bonn

Mit der Übernahme eines Teils des von Libyen für knapp drei Mrd. Dollar abgegebenen Fiat-Pakets (WELT vom 24. September) steigert die Familie Agnelli ihren Anteil – über die Finanzholding IFI – an Fiat von 31 Prozent auf über 40 Prozent. Aktien im Wert von gut zwei Mrd. Dollar werden von der Deutschen Bank plaziert. *Dabei sollen 205 Mill. Stammak*tien zum Kurs von 11,28 Dollar je Stück, 88 Mill. Vorzugsaktien zu 7,08 Dollar und 29 Mill. Sparaktien zu 6,75 Dollar je Stück am internationalen Kapitalmarkt offeriert werden.

Die Voraussetzungen dafür sind günstig, hat das Unternehmen doch *in letzter Zeit glänzende Zahlen vor*zulegen. So konnte der italienische Automobil- und Technologie-Konzern aus Turin in den ersten sechs Monaten 1986 seinen Weltumsatz um über zehn Prozent auf 14 318 Mrd. Lire (21 Mrd. DM) steigern. Gleichzeitig nahm der konsolidierte Gewinn vor Steuern auf 1647 (837) Mrd. Lire oder umgerechnet 2,4 Mrd. DM zu. Verantwortlich dafür war einmal das deutliche Absatzplus bei den Pkw, zum anderen die geringere Verschuldung des Unternehmens – die Netto-Verbindlichkeiten *betragen noch* 1,2 Mrd. DM gegenüber 4,6 Mrd. DM ein Jahr zuvor.

Im einzelnen konnte im Automobilsektor, der mit über 50 Prozent am Gesamtumsatz von Fiat beteiligt ist, im ersten Halbjahr der Umsatz auf 8576 Mrd. Lire oder 12,9 Mrd. DM gesteigert werden. *Auf den zweit*größten Unternehmensbereich, dem Nutzfahrzeugsektor (Iveco), entfiel ein Umsatz von 2566 Mrd. Lire (3,9 Mrd. DM). Landmaschinen (Fiat-Trattori), Erdbewegungsmaschinen (Fiat-Ellis), der Luft- und Raumfahrtbereich sowie die Telekommunikation steuerten den Rest bei.

Auch in der Bundesrepublik, dem für Fiat mit deutlichem Abstand (vor Frankreich) größten Auslandsmarkt, liegt der Konzern gut im Rennen. In den ersten acht Monaten 1986 verkaufte die Fiat AG, Heilbronn, 84 300 (i.V. 72 427) Pkw. Der Umsatz, der im vergangenen Jahr um 8,6 Prozent auf 1,48 Mrd. DM gestiegen war, soll 1986 weiter steigen und die 1,5 Mrd.-DM-Marke deutlich übertreffen.

Große Nachfrage nach TSB-Aktien

fu, London

Die Börseneinführung der britischen Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank (TSB) wird ein voller Erfolg. Davon war der TSB-Vorstand gestern morgen unmittelbar nach Ablauf der Frist zur Einreichung der Zeichnungsanträge fest überzeugt. Wie schon tags zuvor bildeten sich auch noch gestern vor den im Zeichnungsprospekt angegebenen Banken in der Londoner City mehrere hundert Meter lange Schlangen von Anlegern, die praktisch in letzter Minute ihre Anträge einreichten.

TSB-Chairman Sir John Read erklärte kurz nach Zeichnungsschluß, daß die Börseneinführung seiner Ansicht nach „erheblich überzeichnet" worden ist. Entsprechend wird es mit größter Wahrscheinlichkeit zum Losverfahren bei der Auswahl der Aktienzuteilungen kommen. Vorrang soll dabei allerdings eine möglichst weite Aktienstreuung haben. Die Ak*tienemission im Gesamtwert von 1,5* Mrd. Pfund (knapp 4,5 Mrd. DM) und zum halben Ausgabekurs von 50 Pence (weitere 50 Pence werden in einem Jahr fällig) dürfte bei ihrer Einführung mit einem erheblichen Aufschlag gehandelt werden.

Internationale Finanzen

Memorandum: Vertreter der US-Wertpapier- *und Börsenaufsichts*kommission und der Commodity Futures Trading Commission sowie der Londoner Börse haben ein „Memorandum of understanding" unterzeichnet, daß einen gemeinsamen Informationsaustausch vorsieht.

Regierungspapiere: Die französische Regierung nahm auf der wöchentlichen Auktion von Staatspapieren neue Mittel im Wert von 8,96 Mrd. Francs auf.

Neuemission: Der Dansk Eksportfinansieringsfond begibt seine erste öffentliche DM-Anleihe von über 150 Mill. DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Kupon von sechs Prozent. Die Rückzahlung erfolgt am 15. Oktober 1991 in einem Betrag. Die Einführung an der Frankfurter Börse ist vorgesehen.

Texas: Der Gouverneur des US-Bundesstaates hat ein Gesetz unterzeichnet, mit dem der Verkauf von Banken aus Texas an Institute aus anderen Staaten ermöglicht wird.

Schatzwechsel: *Das US-Finanzmini*sterium plant für kommenden Montag den Verkauf von kurzfristigen Schatzwechseln im Wert von 12,6 Mrd. und die Tilgung von Wechseln über 14,51 Mrd. Dollar.

An die Börse: Am Frankfurter Akti*enmarkt ist die Notierung der Aktien* des britischen Mischkonzerns Btr plc. aufgenommen worden.

Tokio: Die japanische Hauptstadt legt eine Euroanleihe über 200 Mill. Dollar mit einem Kupon von 8,25 Prozent, Endfälligkeit 7. November 1996, auf.

Chrysler: Die Aktie des amerikanischen Autokonzerns wird, eigenen Angaben zufolge, das dritte Quartal mit einem Gewinn von 1,45 Dollar pro Aktie abschließen.

Nordic Investment Bank: Die Bank legt eine Euroanleihe über 150 Mill. Dollar mit einem Kupon von siebeneinhalb Prozent und Endfälligkeit 30. Oktober 1991 auf.

Sumitomo Trust: Zu 101,75 Prozent mit einem Kupon von sieben-dreiviertel Prozent legt das Unternehmen aus Hong Kong eine Anleihe über 100 Mill. Dollar mit Fälligkeit 12. November 1991 auf.

Schuldscheine: Die spanische Eisenbahngesellschaft Renfe begibt *Schuldscheine über 500 Mill. Dollar* mit Endfälligkeit November 1988 zum Ausgabekurs von 100,10. Die Schuldscheine sind von der spanischen Regierung garantiert.

(lok./H.WI.)

Prognose nach unten revidiert

OECD schätzt nur deutsche Entwicklung günstiger ein

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Konjunkturaussichten bleiben „ermutigend", erklärte OECD-Generalsekretär Jean-Claude Paye vor dem Europarat in Straßburg. Aber so günstig, wie sie vor vier Monaten im letzten „Outlook" vom Sekretariat eingeschätzt worden waren, sind sie nicht mehr. Damals hatten die OECD-Experten mit einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums von drei Prozent in diesem auf 3¼ Prozent im nächsten Jahr gerechnet. Nunmehr erwartet Paye auch für 1987 nur drei Prozent. Die OECD folgt damit der Revision des IWF.

Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik schätzt der Generalsekretär aber eher etwas zuversichtlicher ein. Für sie war im Outlook mit einer Abschwächung der Wachstumsrate von 3¼ auf drei Prozent gerechnet worden. Neuere Prognosen liegen zwar noch nicht vor. Jedoch wies Paye darauf hin, daß der Verbrauch der privaten deutschen Haushalte in letzter Zeit verstärkt (real rund vier Prozent) gestiegen ist. Dagegen hat sich die Binnennachfrage in Japan abgeschwächt und in den USA war die Produktionsentwicklung in letzter Zeit mäßig gewesen.

Zu den positiven Elementen der derzeitigen Wirtschaftslage gehört nach Paye vor allem die sehr niedrige Inflationsrate. Aber er warnte vor ihrer Überschätzung, da sie zum Teil auf den Ölpreisverfall zurückzuführen ist. Die auf dessen Fortsetzung gestützte Wachstumseuphorie sei inzwischen verflogen. So könnte man auch die Vorsicht besser verstehen, *welche die Währungsbehörden* bestimmter Mitgliedsstaaten – gemeint ist die Bundesrepublik – hinsichtlich weiterer Zinssenkungen bekunden.

Auch die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen hält Paye heute für weniger verzerrt als Anfang 1985. Die damals von der OECD inoffiziell auf 30–40 Prozent bezifferte Überbewertung des Dollar (gegenüber der DM) ist inzwischen beseitigt. Damit könnte es den Vereinigten Staaten gelingen, ihr enormes Handelsbilanzdefizit abzubauen. In diesem Jahr allerdings würde laut OECD aber sowohl die japanische als auch die deutsche Handelsbilanz *neue historische Überschüsse* verbuchen. Denn es dauert längere Zeit, bis Aufwertungen den Export dämpfen. Auch die Arbeitslosigkeit lasse sich nicht entsprechend der Konjunkturbelebung verbessern, weil sie hauptsächlich struktureller Natur sei.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Zweite Zitadelle Schiffahrtsges. mbH & Co KG; **Bocholt:** Kaufhaus Hansa Gerards KG; **Bochum:** Ernst Kätker jun., Witten; **Detmold:** Gottfried Becker, Tischlermeister, Lemgo-Lieme; **Esslingen:** Metalith-Süd GmbH, Grafische Fachhandelsges. mbH, Berkheim; **Hannover:** Heimbau R. A. W. GmbH, Laatzen 3; **Heidenheim:** Facon Deutschland GmbH, Gerstetten; **Köln:** Westdeutsche Bohrges. A. Siep & Co. GmbH; **Langen:** Edwin Roth, Egelsbach; **München:** Nachl. d. Klaus Jochen Rieth; **Neuss:** Additec Chemie GmbH; **Osterholz-Scharmbeck:** VAF Verbraucher-Assekuranz- u. Finanzberatungs GmbH, Lilienthal; **Remscheid:** Manfred Schröder, Inh. d. Fa. Werbemothes; **Rendsburg:** Karl-Heinz Stender, Seefeld; **Wesel:** „Licht" Leuchtkörper-Vertriebs-GmbH, Hamminkeln; **Wolfratshausen:** Toni Gartner, Dietramszell.

Anschluß-Konkurs eröffnet: München: Wepa Ges. f. Innenausbau mbH.

Vergleich beantragt: Hildesheim: Edgar Kost GmbH u. Co. KG Stahlbau-Behälterbau; **Lübeck:** Hannelore Berger, Kauffrau.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Britisches Rekorddefizit

London (dpa/VWD) – Goßbritannien hat im August ein Rekorddefizit von 886 Mill. Pfund (2,63 Mrd DM) in der Leistungsbilanz und 1,49 Mrd. Pfund in der Handelsbilanz ausgewiesen.

Balladur vertagt

Paris (J.Sch.) – Angesichts der gegenwärtigen Franc-Schwäche hat Finanzminister Balladur die für Ende September angekündigte neue Lokkerung der *Devisenkontrolle, durch* die u.a. die Franzosen zur Einrichtung von Devisenkonten ermächtigt werden sollten, auf unbestimmte Zeit vertagt. Wie er gestern vor seiner Abreise zum IWF-Gipfel in Washington erklärte, wolle er vor weiteren Entscheidungen eine Klärung der Verhältnisse am Devisenmarkt abwarten. Wann welche Liberalisierungsmaßnahmen erfolgen, ließ der Minister offen. Wie aus seiner Umgebung verlautet, sei es sehr ungewiß, ob alle Devisenbeschränkungen spätestens zum Jahresende fallen, wie Balladur angekündigt hatte.

Wintershall und IMC

Friedrichskoog (dos) – Die zur BASF-Gruppe gehörende Wintershall AG hat von der International Minerals & Chemical Corp. deren Beteiligungen an Öl- und Gasfeldern in den USA sowie ein Pipelinenetz in Louisiana erworben. Nach Angaben des Wintershall-Vorstandsvorsitzenden Heinz Wüstefeld beträgt der Kaufpreis 72 Mill. Dollar.

Wird El-Al verkauft?

Bonn (lok) – Die staatliche israelische Luftfahrtsgesellschaft El-Al soll an einen amerikanischen Geschäftsmann verkauft werden. Das Unternehmen ist mit 340 Mill. Dollar verschuldet.

Diamalt

Berlin (tb.) – Die Diamalt AG, München, hundertprozentige Tochter der Schering AG, hat mit der Meheco - China National Medicines & Health Products Import & Export Corp. in Peking - ein langfristiges Abkommen über die Zusammenarbeit bei Feinchemikalien (einschließlich bestimmter Aminosäuren) geschlossen.

De Benedetti kauft Verlag

Paris (dpa/VWD) – Der italienische Multiunternehmer Carlo De Benedetti, Olivetti, ist nach Berichten der französischen Wirtschaftspresse beim Pariser Großverlag „Presse de la Cite" eingestiegen, dem bis zu 20 Prozent Anteil am französischen Buchmarkt nachgesagt wird. Er wird damit über einen Buchclub (France-Loisir) direkter Geschäftspartner des deutschen Medienriesen Bertelsmann. Der Umsatz des Pariser Verlagshauses belief sich 1985 auf 3,2 Mrd. Franc (rund 1,1 Mrd DM).

MicroTec

Berlin (tb.) – In Berlin ist gestern die Cosy *MicroTec GmbH* gegründet worden. Das Unternehmen wird den kompakten Elektronenspeicherring „Cosy", der in Berlin entwickelt wurde, in Exklusivlizenz herstellen und weltweit vertreiben.

Flüssiggas berücksichtigen

Bonn (lok.) – *Auf die Bedeutung* der marktwirtschaftlichen Ordnung auch in der Energiepolitik wies Hans Brand, Vorsitzender des Deutschen Verbandes Flüssiggas, hin. Dabei wandte er sich entschieden gegen die Subventionen im Energiebereich, da diese zu Wettbewerbsverzerrungen führten. Er forderte bei der Erstellung von Energieversorgungskonzepten, die Flüssiggasindustrie in Zukunft „angemessen" zu berücksichtigen.

Berliner Elektro

Berlin (tb.) – Die Berliner Elektro-Beteiligungen AG will Ende dieses Jahres über die Deutsche Bank eine Wandelanleihe mit bis zu 22 Mill. DM und einer Laufzeit von zehn Jahren begeben. Wie die Holding mitteilt, soll der Zinssatz marktgerecht sein; die Wandlungsmodalitäten werden Ende des Monats festgelegt.

Kapazitäten bei Lohmann ausgelastet

Zur Abfederung von Kursschwankungen wird in ausländische Märkte investiert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Lohmann GmbH & Co. KG, Neuwied, einer der führenden deutschen Hersteller von Verbandsstoffen, Vliesstoffen und Klebebändern, wird verstärkt in ausländische Märkte investieren. Nach dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der französischen Laboratoires Sanix S. A. und der Gründung von Tochtergesellschaften in Spanien und Großbritannien, erstand das mittelständische Familienunternehmen eine Minderheitsbeteiligung an der *italienischen* Dalma s. r. l. und gründete die Lohmann Corp. in den USA als Holding für zukünftige Aktivitäten. Hier denkt Mitinhaber/Geschäftsführer Peter M. Barth zunächst an ein Jointventure mit einem US-Partner auf dem Gebiet der Spezialvliesstoffe, an Lizenzvergaben und kleine Produktionen.

Nicht zuletzt sollen solche Aktivitäten die starken Schwankungen des Dollarkurses bei Exporten in die USA abfedern helfen. Nach den außergewöhnlich guten US-Exportzahlen des Vorjahres spürt Lohmann jetzt auch die Umkehrung des Trends.

Bei sehr hoher Auslastung der Kapazitäten steigerte Lohmann 1985 seinen Umsatz um 5,2 Prozent auf rund 280 Mill. DM, wobei das Inlandsgeschäft etwas stärker wuchs als der Export, der knapp 29 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht. Die bessere Ausnutzung der Anlagen brachte im Bereich Klebebänder Umsatzsteigerungen von 15,4 (13) Prozent, die vom Ausland stärker als vom deutschen Markt getragen wurden.

Das Vliesstoffgeschäft wuchs nur um 2,7 (13,8) Prozent, was erneut durch die technische Kapazität bestimmt wurde. Insgesamt blieben die Preise stabil, so daß die Umsatzsteigerung im Inland ausschließlich vom Geschäft mit neuen Produkten und auf neuen Märkten erzielt wurde.

Mit bedingt durch die 1984 gegründete LTS Lohmann Therapie-Systeme GmbH & Co. KG verschob sich 1985 die Gewichtsverteilung zwischen medizinischem und technischem Geschäft (37,8 Prozent). Nach Erstinvestitionen von über 23 Mill. DM spürt LTS in jüngster Zeit „eine rasch steigende Nachfrage nach Gemeinschaftsentwicklungen auf dem Gebiet transdermaler (durch die Haut wirkender) therapeutischer Systeme (Wirkstoffpflaster), aber auch nach Übernahme von Auftragsentwicklungen und nach fertig entwickelten Wirkstoffpflastern".

Insgesamt steigerte das Unternehmen die Mitarbeiterzahl 1985 um 42 auf 1390. Nach Investitionen von 8,5 Mill. DM sehen die Planungen für 1986 etwa 15 Mill. DM vor. Sie liegen erneut über den Abschreibungen. Der Jahresüberschuß lag 1985 mit 10,3 (16,2) Mill. DM unter dem Vorjahr. Nach Rücklagendotierung von 1,6 (4,6) Mill. DM gehen rund 8,7 (11,6) Mill. DM an die 60 Kommanditisten. Die Eigenmittel von 65 (62,5) Mill. DM machen 40 (37,3) Prozent der Bilanzsumme aus.

Stihl forciert den Vertrieb

Dollarverfall erschwert das Geschäft mit Motorsägen

nl. Stuttgart

Die Unternehmensgruppe Stihl, Waiblingen, der Welt größter Motorsägen-Hersteller, konstatiert, daß das Geschäft in diesem Produktbereich weltweit schwieriger geworden sei. Ein wesentlicher Grund hierfür sei nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Hans Peter Stihl, der auch Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg ist, der starke Dollarverfall seit eineinhalb Jahren. Immerhin wickelt die Stihl-Gruppe rund ein Drittel ihres Umsatzes im Dollarraum ab. Der gesamte Auslandsanteil am Umsatz lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985, in dem der Gruppenumsatz um 22 Prozent auf 1,11 Milliarden DM gestiegen war, bei 88 Prozent.

Für Stihl erweise es sich jetzt von Vorteil, schon rechtzeitig im Dollarraum, vor allem auch in den USA, rechtzeitig Produktionsbetriebe errichtet zu haben. Darüber hinaus wird das eigene Vertriebsnetz forciert ausgebaut. Eine weitere Vertriebstochter hat sich in den Niederlanden etabliert.

Im laufenden Geschäftsjahr habe Stihl in der Gruppe den Mengenabsatz gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres bisher in etwa gehalten. Wertmäßig rechnet Stihl für das ganze Jahr mit einem „währungsbedingten Umsatzrückgang, der sich aber im Rahmen hält". Diese Entwicklung nehme er, Stihl, eher hin, als daß er auf Marktanteile verzichte. Das Unternehmen will nunmehr die Produktion in den USA weiter ausbauen. Vor allem die Produktion von solchen Motorsägentypen, deren Absatz in den USA gut laufe, solle jetzt dorthin verlagert werden. Zur Zeit beschäftigt Stihl in den USA 370 Mitarbeiter bei insgesamt knapp 5500 Mitarbeitern in der Gruppe.

Stihl gibt seinen Anteil am Weltmarkt mit 26 Prozent an. Im vergangenen Jahr habe das Unternehmen seine Marktführerschaft weltweit noch einmal verstärkt, ja sogar noch weiter ausgebaut, was er auch für das laufende Jahr erwartet. Der Zugewinn von Marktanteilen sei um so höher zu bewerten, als er bei einem um vier Prozent geschrumpften Weltmarktvolumen für Motorsägen erzielt worden sei. In den USA, die rund die Hälfte des Weltmarktvolumens repräsentieren, verringerte sich der Markt sogar um neun Prozent. Die Stihl-Gruppe setzt verstärkt auf weitere Diversifikation. Ein Viertel des Absatzes entfällt bereits auf tragbare Motorgeräte (Motorsensen, Trennschleifer, Heckenscheren usw.).

Quelle verstärkt die Schlagkraft der Handelsgruppe

Umfassende Umstrukturierung und Neuorganisation angekündigt – Lebensmittelabteilungen werden vermietet

DANKWARD SEITZ, Fürth

Nach einer „langen Phase gründlicher Quellenforschung" hat der Vorstand der Gustav und Grete Schickedanz Holding KG, Fürth, sich nun zu einer umfassenden Umstrukturierung und Neuorganisation der gesamten Unternehmensgruppe entschlossen. Damit soll, wie Konzernchef Hans Dedi erläuterte, „die Schlagkraft" der einzelnen Firmen – vor allem die der Quelle-Handelsgruppe – „erheblich verstärkt" und eine entscheidende Trendwende zurück zu einer positiven Ertragslage herbeigeführt werden.

Wie dringend notwendig dies wurde, verdeutlichen die beiden letzten Geschäftsjahre: Da mußte bereits 1984/85 (31. 1.) bei einem Umsatzplus von noch 3,2 Prozent auf 10,7 Mrd. DM ein Verlust von 18 Mill. DM ausgeglichen werden, nachdem im Vorjahr das Ergebnis auf 68,5 (110,4) Mill. DM zurückgefallen war. Und für 1985/86 (Umsatz: minus 1,9 Prozent auf 10,4 Mrd. DM) mußten die Gesellschafter dann gar einen Verlust von 29 Mill. DM ausgleichen.

Am stärksten und für den Verbraucher am sichtbarsten wird sich die Umstrukturierung bei den 30 in der Bundesrepublik bestehenden Quelle-Warenhäusern auswirken. Bereits ab Anfang November werden die bisher in Eigenregie geführten 17 Lebensmittelabteilungen mit insgesamt 20 000 qm Verkaufsfläche an Edeka, Rewe, Tengelmann und Deutscher Supermarkt vermietet. Nach Angaben des stellvertretenden Quelle-Vorstandsvorsitzenden Klaus Zumwinkel, dem am 1. Februar 1987 die Leitung übertragen wird, hat man sich für vier Kooperationspartner entschieden, weil je nach Standort spezifische Lösungen und Warenangebote erforderlich seien.

Noch entscheidender aber ist, daß man sich bei Quelle entschlossen hat, Abschied vom Typ des „Universal-Warenhauses" zu nehmen. Im Laufe der nächsten drei Jahre sollen alle Quelle-Warenhäuser mit einem Investitionsaufwand von etwa 150 Mill. DM völlig umstrukturiert werden. Vorgesehen ist, wie Zumwinkel erläuterte, sich in sogenannten Fachcentern fast ausschließlich nur noch auf Technik und Elektronik (Elektro-Geräte, Unterhaltungselektronik, Computer und Foto) sowie Bekleidung zu konzentrieren. Des weiteren sollen Dienstleistungs-Counter für Quelle-Reisen, Apollo-Optik, die Noris-Verbraucher-Bank und das Versicherungsgeschäft aufgebaut werden. Ganz aus dem Sortiment der Warenhäuser herausgenommen werden Möbel, Heimtextilien, Hausrat- und Hobbyartikel. Kunden, die all diese Produkte verlangen, sollen an einen speziellen Bestell-Counter des Quelle-Versands verwiesen werden.

Auf dieses System werden als erste, so Zumwinkel, die Warenhäuser in Augsburg, Koblenz, Rottweil und Essen bis zum Frühjahr 1987 umgestellt. Abgesehen von Umsetzungen wird es zu „keinem gravierenden Personalabbau" kommen. Ebenso gebe es derzeit keine Beschlüsse, im Zuge dieser Maßnahmen irgendein Warenhaus zu schließen.

Einer, wenn auch nicht so drastischen, Umstrukturierung unterzogen werden soll auch der Quelle-Versand, der auch künftig das „Herzstück" der gesamten Handelsgruppe (Umsatz: 8,5 Mrd. DM, 31 000 Beschäftigte) bleiben wird. Auch hier will man, so Zumwinkel, eine strategische Neuausrichtung und stärkere Fokussierung auf die Belange des Versandkunden im Hinblick auf Sortiment, Werbung und Service. In erster Linie wird dies wohl auch die umsatzstarken Bereiche Bekleidung – schon im Herbst/Winter-Katalog 86 wurde dafür der Seitenumfang erheblich erweitert – sowie Möbel und Elektro betreffen.

Einhergegangen mit dieser Neukonzeption ist der Aufbau einer neuen Organisationsstruktur innerhalb der gesamten Schickedanz-Gruppe, die die „Handschrift" des ehemaligen McKinsey-Manns Zumwinkel trägt. Um zu einer klaren Trennung von Aufsichts- und operativen Funktionen zu kommen, werden künftig die Handelsgruppe, (Quelle, Apollo, Schöpflin, Möbel Hess), die Industriegruppe (Vereinigte Papierwerke, Patrizier-Bräu, Goldzack-Werke) und die Finanzgruppe (Noris-Bank, Versicherungen) als selbständige Unternehmen geführt. Zudem wird die Führung der Handelsgruppe beim Vorstand des Großversandhauses Quelle zusammengefaßt und streng nach Sparten beziehungsweise Leistungszentren gegliedert.

Daß man mit „dieser Neuausrichtung von Quelle auf dem richtigen Weg" ist, zeigt sich nach Ansicht von Dedi schon in der Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres. In den ersten acht Monaten sei es gelungen, den Umsatz um fünf Prozent zu steigern. Und „alle Signale stehen so, daß wir der weiteren Entwicklung 1986/87 durchaus mit Optimismus entgegensehen können und ein positives Ergebnis erwirtschaften werden".

BASF-Forschung: Neues Zentrum in North Carolina

adh. Frankfurt

Fragen der Biologie, der Umweltchemie, der Ökobiologie und der Pflanzenschutz-Formulierung stehen im Mittelpunkt der Aufgaben des neuen amerikanischen Agrar-Forschungszentrums der BASF AG, Ludwigshafen, in der Nähe von Raleigh in North Carolina. Entscheidend für die Standortwahl des 50 Mill. DM teuren Zentrums war neben dem Klima die Nähe von drei amerikanischen Universitäten. Außer in den USA unterhält BASF derartige Forschungszentren in Spanien, Südafrika, Taiwan, Japan und Brasilien. Die Forschungsergebnisse laufen in der bereits 1914 gegründeten landwirtschaftlichen Versuchsstation der BASF in Limburgerhof mit 800 Mitarbeitern zusammen. Pflanzenschutz gehört neben Pharma zu den forschungsintensivsten Aktivitäten der BASF. Vom Umsatz von rund zwei Mrd DM (1985) wurden zuletzt neun Prozent für die Forschung und Entwicklung aufgewendet. Rund 40 Prozent dieses Umsatzes erzielte BASF in den USA.

Röller: Zinsen werden sinken

Ergebnis der Dresdner Bank hat sich weiter verbessert

ot. Berlin

Die Zinsen werden eher noch sinken, der Dollarkurs um die Marke von zwei DM pendeln. Diese Prognose gab Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, vor Journalisten in Berlin. Zur Diskussion um die Neue Heimat und ihren Verkauf an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser verweigerte er jeden Kommentar. Eine Äußerung dazu sei nicht seriös, solange man die Verträge nicht kenne.

Röller gab seiner Meinung Ausdruck, daß eine moderate Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank zur Beruhigung der Amerikaner im Vorfeld der Währungsverhandlungen nicht geschadet hätte. Das hätte bei uns nicht das Inflationspotential angeheizt. Eine Zinssenkung hätte aber wie eine Art Schulterschluß mit den Amerikanern gewirkt. Röller plädierte dafür, die Probleme zwischen USA und Europa nicht im Konflikt zu lösen. Er sei optimistisch, daß auf der Währungskonferenz in Washington ein Kompromiß gefunden werde.

An die Adresse der USA sagte Röller, daß eine Zinssenkung in der Bundesrepublik nicht gleichbedeutend sei mit der Lösung der amerikanischen Probleme. Das Riesenloch in der US-Handelsbilanz sei nicht nur eine Frage der Währungsverhältnisse, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der US-Exportprodukte. Die Amerikaner hätten heute selbst in der Elektronik Schwierigkeiten.

Ohne Zahlen zu nennen, nannte Röller die Geschäftssituation der Dresdner Bank sehr gut. Das Ergebnis gegenüber dem guten Jahr 1985 habe sich noch verbessert, vor allem eine Folge des weiter hervorragenden Wertpapier- und Dienstleistungsgeschäfts. Zur Dividende (1985: zehn DM) verweigerte Röller jede Aussage.

Fusion bei Spirituosen

Hansen und Dethleffsen erhoffen Rationalisierung

JB. Hamburg

Das Spirituosenhaus Herm. G. Dethleffsen GmbH & Co. KG und das Rumhaus Hansen GmbH & Co. KG, beide Flensburg, fusionieren. In einem ersten Schritt übernimmt die Firma Dethleffsen, die bereits über die Dethleffsen Beteiligungs-AG AG & Co zu 35 Prozent an Hansen beteiligt ist, die ausstehenden 65 Prozent von der Firma Hansen-Rum-Kontor August Grün & Co. Das Stammkapital von Herm. G. Dethleffsen wird im gleichen Zuge von 10 auf 15 Mill. DM erhöht. Daran wiederum beteiligt sich die Hansen-Rum-Kontor mit 20 Prozent, deren Inhaber Kurt Grün ist. Die restlichen Anteile verbleiben bei der Beteiligungs-Holding.

Durch den Zusammenschluß, der vor allem im Vertrieb und Marketing Rationalisierungsfortschritte bringen soll, entsteht das vermutlich drittgrößte Spirituosenhaus in der Bundesrepublik. Dethleffsen als Marktführer bei Aquavit (Bommerlunder) bringt 130 Mill. DM Umsatz ein. Der Umsatz von Hansen als größter deutscher Rumanbieter dürfte die gleiche Größenordnung erreichen, so daß Herm. G. Dethleffsen insgesamt auf 260 Mill. DM kommt.

In der Gesamtgruppe kommt Dethleffsen nahe an die 300 Mill. DM-Umsatz-Grenze heran. Neben den Spirituosenbeteiligungen gehört zur Beteiligungs-AG die Firma Queisser GmbH & Co. oHG, Essen, die mit dem Tonikum Doppelherz und Zahnpflegemitteln mehr als 30 Mill. DM umsetzt. Bei Queisser stehen ebenfalls erhebliche Veränderungen an. Die Firma wird von Essen nach Flensburg verlegt. Sofern die 75 Mitarbeiter nicht umsiedeln, soll die Belegschaft mit Arbeitskräften aufgebaut werden, die durch die Fusion frei werden (rund 50).

Glas hält Produktionsniveau

Maschinenindustrie mit neuem Umsatzrekord

Py. Düsseldorf

Die Internationale Fachmesse Glas '86 in Düsseldorf, nach Angaben des Düsseldorfer Messedirektors Jochen Schleicher „die größte, die es je gab", steht deutlich unter einem günstigen Stern. Zwar wird die Branchenentwicklung von den Glasmaschinenherstellern mit Umsatzrekorden im letzten Jahr anders beurteilt als von den Glasherstellern und vom Glashandwerk, die noch unter den Nachwehen der Bauflaute zu leiden haben, aber Silberstreifen im Bausektor lassen die Branchensprecher auf der Glas '86 (24. bis 27. 9.) doch von „verhaltenem Optimismus" für die Bereiche Anwendung, Maschinen und Ausrüstung sprechen.

Die Produzenten von Glas und Mineralfasern schließen auf ein Wiedererreichen der Vorjahreszahlen. Der Inlandsabsatz von Flachglas werde weitgehend vom Renovierungsbedarf getragen. Die Wiederbelebung der Bautätigkeit wirke sich jedoch beim Glas noch nicht recht aus, da die Mehrzahl der Bauvorhaben erst gegen Jahresende „verglast" wird.

Die Nachfrage nach Behälterglas hat aber von der Sommerhitze profitiert. Wesentlich rauher wird das Klima bei Spezialglas eingeschätzt. Bei Kristall- und Wirtschaftsglas ist der Inlandsmarkt weiter schwach.

Die Gesamtbranche setzte 1985 rund 9,29 (8,79) Mrd. DM um, im 1. Quartal 1986 2,33 Mrd. DM. Im 1. Halbjahr 1986 wurde Glas für 1,67 (1,65) Mrd. DM ausgeführt und für 1,20 (1,23) Mrd. DM importiert.

Die deutsche Glasmaschinenindustrie setzte 1985 330 Mill. DM um, wobei die Auslandsnachfrage (plus 25 Prozent auf 267 Mill. DM) die schwache Inlandsnachfrage zu kompensieren half. Mit Abstand größter Abnehmer waren 1985 erstmals die USA.

Rentenmarkt nur wenig beachtet

Die festverzinslichen Wertpapiere wurden an der Mittwochbörse nur wenig beachtet. Entsprechend ruhig und klein waren die Umsätze in allen Marktsegmenten. Bei öffentlichen Anleihen konnte sich kein einheitlicher Trend herausbilden. Im einzelnen änderten sich die Kurse bis um 0,2 Prozentpunkte nach unten und bis um 0,15 Punkte nach oben. Noch kleiner waren die Änderungen bei den Bundesobligationen, deren durchschnittliche Laufzeit ja kürzer ist. Ihre Kurse zeigten Abweichungen bis um einen Zwanzigstelpunkt nach oben und unten.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	24.9.	23.9.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101,5G	101,5
10 dgl. 82/89	109,3G	109,3G
8 dgl. 84/91	105,5bG	105,5G
9 Air Canada 82/92	110,5G	110,6bG
7½ dgl. 85/95	106,5G	106,5G
9½ Akzo 82/89	104,5bB	104,5bB
7⅞ Allied Chem. 84/94	103,9	103,85T
8¾ AMCA Ltd. 83/91	103,25T	102,75

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Der Senior unseres Büros

Rechtsanwalt

Dr. Rudolf Pick

ist am 22. September 1986 gestorben.

Wir werden uns bemühen, das Büro in seinem Sinne weiterzuführen.

Georg Greeven
Hans-Jürgen Bornefeld
Ulrich Frenz

Am 21. September 1986 entschlief mein lieber guter Vater

Adolf Becker

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes am Bande

nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben im Alter von 95 Jahren.

In Liebe und Dankbarkeit
Ursula Becker

Hamburg 76, Erlenkamp 19 / Graumannsweg 38

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 30. September 1986, um 12 Uhr in der Kapelle 10 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Elise Lietz

geb. Napp

28. 10. 1906 19. 9. 1986

Der Testamentsvollstrecker
Jürgen Schmidt-Reißig

Hüllenkoppel 23, 2000 Hamburg 73

Trauerfeier am Donnerstag, dem 2. Oktober 1986, um 15.30 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle A

FINANZANZEIGE

KÖNIGREICH SCHWEDEN

6% Deutsche Mark-Anleihe von 1977/89
– WKN 478481/90 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 17. September 1986 für die Tilgungsrate per 1. Dezember 1986 in Anwesenheit eines Notars die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 1 – WKN 478481 –
Serie 4 – WKN 478484 –

mit den Stücknummern

1– 6000
18001–24000 zu je DM 1000.–
60001–61400
64201–65600 zu je DM 10000.–

im Nennbetrag von insgesamt DM 30067000,– ausgelost. Weitere nom. DM 179000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Dezember 1986 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel mit Zinsscheinen per 1. Dezember 1987 uff. zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und ihren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Skandinaviska Enskilda Banken
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Banque Générale du Luxembourg S.A.
Generale Bank N. V.
Schweizerische Kreditanstalt
Société Générale

Die Verzinsung der gelosten Stücke endet mit Ablauf des 30. November 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die am 1. Dezember 1986 fällig werdenden Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Stockholm, im September 1986

KÖNIGREICH SCHWEDEN
vertreten durch das Riksgäldskontoret



Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 48,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „endlich die eingefahrenen Gleise verlassen“

Von ALEXANDER KOCH

Die Marktwirtschaft hat bewiesen, wie wirksam sie ist, und daß sie Beschäftigungsprobleme zu lösen vermag. Ohne marktwirtschaftliche Instrumentarien und Wirkungen hätten wir mit Sicherheit ungleich größere Beschäftigungs-, Einkommens- und Lebensstandardprobleme. Dennoch oder gerade deshalb müssen die Arbeitslosenfrage und deren soziale Wirkungen für uns Thema Nummer eins sein. Ausufernde Sozialpolitik, laboristische Übertreibungshaltungen, Disproportionalitäten zwischen Leistung und Bezahlung, verluderte Staatsfinanzen, kurzum die Mißachtung des bewährten Hausvater-Prinzips, daß man nicht mehr ausgeben kann, als man zuvor eingenommen hat, sind die Gründe dafür.

Dies alles im Verein mit der unbestreitbaren Tatsache, daß wir seit langem einen reglementierten Arbeitsmarkt, ein gigantisches Kartell um den Faktor Arbeit praktizieren, hat uns den größten Teil der Arbeitslosigkeit eingetragen. Jeder, der dieses Geschäft kennt, weiß, daß es keine Chance für freie Marktwirksamkeit bei der Arbeit geben wird, und daß dies auch nicht zu wünschen ist. Wir haben aber einen großen Teil der Arbeitslosigkeit, weil der Arbeitsmarkt kein Markt mehr ist. Anders jedoch würden wir unserer sozialen Ordnung eine eminent wichtige und bewährte Basis, die Tarifautonomie nämlich, entziehen.

Modell „neue Arbeit“

Wenn also schon marktwirtschaftsfremde Eingriffe, künstliche Reglementierungen und mißliche Konkurrenznachteile, dann darf doch wohl auch gefragt werden, ob und wie man das Problem der Arbeitslosigkeit gerade mit den Methoden der Marktverfälschungen attackieren kann.

Die monatlich wiederkehrenden Klagelieder, Schaufensterreden und Schuldzuweisungen sind zur Routine und zum Handlungsersatz verkommen. Man richtet sich mit einem gewissen Maß an Arbeitslosigkeit ein. Nur recht wenige verantwortlich denkende Menschen tun konkret etwas.

Gerade für ältere oder wenig qualifizierte und deshalb schwer vermittelbare Arbeitnehmer sind die Beschäftigungsmöglichkeiten sehr dünn gesät. Die Arbeitsämter tun sich bei dieser Gruppe schwer mit ihrer Aufgabe. Es gibt aber eine Chance, für diese problematischste Arbeitslosengruppe Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein junger Arbeitsamtsleiter, der die Beschäftigungsfragen nicht nur mit „Amtsaugen“ sieht, hat auf Möglichkeiten hingewiesen und einen erfolgreichen Modellversuch gestartet, wie für viele hoffnungslos arbeitslose Menschen „Neue Arbeit“ geschaffen werden kann. So gab und gibt es in fast allen Industriebetrieben Aktivitäten, Produktionssparten, Zuarbeiten und Teilverrichtungen, die zwar notwendig sind, jedoch nicht so recht in rationelle, glatte Abläufe passen.

„Ungeliebte Fertigungen“ können solche Tätigkeiten treffend genannt werden. Überall sind solche Teilfunktionen und Arbeitsplätze in Gefahr, durch Rationalisierung zu verschwinden, ganz aufgegeben zu werden oder aber vom billigeren Ausland übernommen zu werden. Ausnahmslos sind dabei die Kosten, besonders die Arbeitskosten, ausschlaggebend. Wenn es gelänge, die Herstellung derartiger Produkte oder Vorprodukte oder Teile im Inland wettbewerbsfähig, das heißt billiger als im Ausland, zu ermöglichen, könnte mancher Arbeitsplatz „zurückgeholt“ werden.

Der Paragraph 98 des Arbeitsförderungsgesetzes bietet dazu die Möglichkeit. Diese gesetzliche Bestimmung sieht Lohnsubventionen vor, wenn gemeinnützige Institutionen ohne Gewinnabsicht für schwer vermittelbare Arbeitslose Beschäftigung bieten. Der Gedanke dahinter ist, daß es sicher richtiger ist, sinnvolle, wenngleich subventionierte Arbeit zu bieten, als einfach nur Arbeitslose zu alimentieren.

Es müßte vergleichsweise einfach sein, bei den Einkaufsabteilungen der Wirtschaftsunternehmen zu erfragen, welche Produkte passender Art von außen bezogen werden und zu welchen Bedingungen. Es gibt Tausende von Möglichkeiten, kleine, leicht zu startende, zu steuernde und zu verwaltende Fertigungen einzurichten, die durch die subventionierten Arbeitskosten konkurrenzlos billig sein könnten. Strukturprobleme wären kaum zu erwarten, denn „Kleinfertigungen“ solcher Art könnte man dort ansiedeln, wo die Arbeitslosen mit der benötigten oder mit fehlender Qualifikation auf Hilfe warten. Der Vorwurf der Wettbewerbsverfälschung wäre nicht zu befürchten, wenn konsequent darauf hingearbeitet wird, Beschäftigung aus dem Ausland zurückzuholen.



Alexander Koch, Vorstandsmitglied der Grundig AG FOTO: DIE WELT

Gemeinnützige Trägerinstitutionen ohne Gewinnstreben müßten für ein solches Programm zu gewinnen sein. Natürlich erhebt sich bei derartigen Plänen sofort und zu Recht die Frage, wo denn bei den Eigenheiten unseres Arbeitsmarktes, der bei hoher Arbeitslosigkeit zugleich durch dringenden Bedarf an qualifiziertem Personal, an Ingenieuren und Facharbeitern geprägt ist, die Fach- und Führungskräfte für ein solches Sonderprojekt herkommen sollen.

Diese Experten, die für die „Neue Arbeit“ gebraucht werden, könnten aber aus einem fast unerschöpflichen Reservoir kommen: Es gibt gegenwärtig ein phantastisches Potential an Können, Wissen, Erfahrung und Urteilskraft, nämlich die Frühpensionäre. Wir könnten hier eine verfehlte Pensionierungspraxis korrigieren und Fachleute von allen Ebenen, aus allen Berufen und mit viel Qualifikation reaktivieren, Menschen, die noch längst nicht auf der Parkbank oder im Rentiersessel sitzen wollen und sollen.

Was glaubt man, wird ein zu früh pensionierter Facharbeiter oder Ingenieur, ein Werksleiter, Arbeitsvorbereiter, Kalkulator, Verkaufsexperte oder Personalmann sagen, wenn man ihm anbietet, drei Stunden am Tag, zwei Tage in der Woche, eine Woche im Monat an einer reizvollen Gemeinschaftsaufgabe mitzuwirken: bezahlt und mit einem Steuervorteil!

Wer würde das nicht als reizvolle Aufgabe anfassen? Warum holen wir uns eigentlich nicht einen Kreis von Leuten aus der Praxis für solche Fragen zusammen?

Leute aus der Praxis

Keine Politiker, keine Funktionöre, keine Beamten, keine Interessenvertreter! Einfach Leute aus der Arbeitswelt, die realistische Vorschläge erarbeiten, was man tun kann. Leute, die wissen, daß unsere Gesellschaft weder das Recht auf Arbeit noch die Pflicht zur Arbeit verträgt, weil hinter beidem die Unfreiheit lauert.

Leute, die sich nicht scheuen, das Superkartell der Tarifpartner zumindest anzukratzen, zu hinterfragen, zu modifizieren. Leute, die ihren Staat anprangern, weil er mit aberwitziger Bürokratie, erstickenden Soziallasten und der weltweit höchsten Besteuerung jede unternehmerische Initiative und Aktivität verdirbt.

Leute, die noch Gespür dafür haben, was Arbeitslosigkeit für ehrlich arbeitswillige Menschen, nicht für die Drückeberger, bedeutet. Wir brauchen Menschen, die solche Aufgaben anfassen, gerade weil die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtlage besser geworden ist und dauerhaft noch besser werden soll.

Der Autor ist im Vorstand der Grundig AG zuständig für Personal- und Sozialwesen.

Rente: Zeitgewinn möglich

Wird der Rentenantrag erst kurz vor Rentenbeginn gestellt, dann kann es passieren, daß zwischen dem Ende der Erwerbstätigkeit und der laufenden Rentenzahlung eine Lücke klafft. Was viele nicht wissen: Drei Monate Zeitgewinn sind möglich.

Soll nämlich ein Beschäftigungsverhältnis zu einem Zeitpunkt enden, an den sich das Altersruhegeld



unmittelbar anschließt, dann stellt der Arbeitgeber eine Bescheinigung über die Höhe des Arbeitsentgelts aus, das in den letzten drei Monaten des Arbeitsverhältnisses voraussichtlich erzielt wird. Entsprechend früh kann der Rentner in spe den Rentenantrag einreichen. Allerdings: Die „Vorausbescheinigung“ wird von der Firma nicht automatisch ausgestellt, sie muß vom Beschäftigten angefordert werden.

Der Arbeitgeber geht in dieser Bescheinigung, für die es – zum Beispiel beim örtlichen Versicherungsamt – spezielle Formulare gibt, von dem im vergangenen halben Jahr erzielten durchschnittlichen Arbeitsentgelt aus. Die in diesen sechs Monaten gezahlten einmaligen Zuwendungen, zum Beispiel Urlaubsgeld, bleiben dabei unberücksichtigt. Sollten allerdings in den kommenden drei Monaten bis zum Beschäftigungsende einmalige Zahlungen oder Entgelterhöhungen mit Sicherheit zu erwarten sein, so werden sie mitbescheinigt.

Und was geschieht, wenn sich nach Ablauf der drei Monate herausstellt, daß das tatsächlich erzielte Entgelt niedriger war als das im voraus bescheinigte? Dann verbleibt es für die Berechnung der Rente dennoch bei dem vom Arbeitgeber angegebenen Betrag. Ist der tatsächliche Verdienst höher gewesen (etwa durch unerwartete Überstunden) als er vom Arbeitgeber angegeben war, dann bleibt's allerdings ebenso bei dem vorausbescheinigten Betrag.

Die Vorausbescheinigung des Arbeitgebers gilt für jede Art des Altersruhegeldes, ob es nun wegen Vollendung des 60., 63. oder 65. Lebensjahres beantragt wird.

WOLFGANG BÜSER

Neue Flächen für Aussteller

Mailänder Messe eröffnet Auslandsbüros

Py. Düsseldorf

Die Mailänder Messe, die über das größte Ausstellungsgelände in Europa, vielleicht sogar in der Welt, verfügt, und – bis auf die Weihnachts- und Sommerpause – fast täglich eine oder mehr Messen präsentiert, platzt von den Aussteller- und Besucherzahlen her aus allen Nähten und plant zusätzliche Flächen, die im Süden der Stadt gebaut werden sollen. Ab 1987 sollen zu den 400 000 (teilweise mehrgeschossig genutzten) Quadratmetern Messefläche im Zentrum Mailands weitere 80 000 im „Zentrum für internationalen Handel“ nahe Lacchiarella mit Hotels und Kongreßgebäude kommen.

Bei einer Präsentation in Düsseldorf betonte der Vizepräsident der Messegesellschaft, Piero Picardi, daß man sinnvolle Angebotsbündel verlagern wolle, um ein ständiges Hin und Her vom Zentrum an den Stadtrand zu vermeiden. Man habe sich zur Erweiterung entschlossen, um die wachsenden Wartelisten hinsichtlich Zuweisung oder gewünschter Erweiterung von Hallenflächen abzubauen. Dies gelte maßgeblich für ausländische Interessenten, vor allem aber auch für die rund 27 ständigen Handelsvertretungen auf der Mailänder Messe. Weitere 14 stehen noch vor der Tür.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Anstrengungen der Messe gesehen werden, ihre Anziehungskraft für ausländische Aussteller und Besucher zu stärken. Ein Dreijahres-Entwicklungsplan sieht den Aufbau eines Netzes von Auslandsbüros vor, die nicht nur als Anlaufstelle auf der Informationssuche dienen, sondern auch Messeleistungen im Ausland verkaufen sollen. Ein erstes Büro wurde in den USA eröffnet, ein weiteres arbeitet seit Anfang diese Monats in Köln.

Im Gegensatz zu deutschen Messeplätzen ist die durchschnittliche Auslandsbeteiligung gering; außerdem schwankt sie sehr stark von Veranstaltung zu Veranstaltung. Dies liegt nicht zuletzt an der Tatsache, daß von den 86 Messeveranstaltungen, die in einem Jahr ablaufen (viele von ihnen in Parallelveranstaltungen) nur 18 von der Mailänder Messe selbst organisiert werden. Die Mehrzahl wird von Industrieverbänden veranstaltet. Im letzten Jahr ist die Mailänder Messe von über sechs Millionen Menschen besucht worden.

Wisi profitiert von Satellitentechnik

MF, Stuttgart

Die Satellitenempfangstechnik hat bislang die Erwartungen des Antennenbauers Wilhelm Sihn jr. KG (Wisi) erfüllt. Mit diesem Bereich, mit Bauteilen für das Kabelfernsehen und Autoantennen konnte Wisi den Rückgang der Nachfrage für herkömmliche Radio- und Fernsehantennen mehr als kompensieren, wie geschäftsführender Gesellschafter Frank Sihn mitteilte. Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr um gut elf Prozent auf 120 (108) Mill. DM.

Während im Inland ein Plus von über 20 Prozent erzielt wurde, blieb das Auslandsgeschäft hinter den Erwartungen zurück. Hier machte sich die zurückhaltende Nachfrage aus dem Nahen und Mittleren Osten bemerkbar. Der Exportanteil fiel leicht auf knapp 20 Prozent zurück. Das Geschäftsergebnis wird von Sihn als befriedigend bezeichnet, obwohl man wegen diverser Risiken im technischen Bereich Rückstellungen gebildet habe. Bei Autoantennen konnte Wisi den angestrebten Marktanteil in der Bundesrepublik von knapp fünf Prozent erreichen und damit in rund einem Jahr verdoppeln.

Seit Anfang Juli 1986 ist die Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Versicherungswirtschaft AG (KDV), Düsseldorf, als Kommanditist mit 17 Prozent an Wisi beteiligt. Die Eigenkapitalquote konnte damit auf annähernd 35 Prozent verbessert werden.

China: „Der Honigmond ist vorüber“

Zahlreiche Joint Ventures wurden abgebrochen – Der „VW-Santana“ aber läuft

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Unter der Überschrift „Der Honigmond ist vorüber“ veröffentlichte kürzlich die „South China Morning Post“, eine der größten Zeitungen Hongkongs, eine umfassende Analyse von fast 1000 Joint Ventures.

Als die Volksrepublik China 1979 begann, sich gegenüber dem Ausland zu öffnen, setzte sie große Hoffnungen in Gemeinschaftsunternehmungen mit Firmen aus aller Welt. Fremdes Kapital und fortgeschrittenes Know-how sollten helfen, den enormen Rückstand Chinas auszugleichen, der sich durch die Kulturrevolution noch verstärkt hatte. Nach einer Phase, in der mit großen Hoffnungen zahlreiche Unternehmungen begonnen wurden, zeichnet sich im letzten Jahr eine Wende ab.

Auf Seiten der *ausländischen* Beteiligten macht sich Ernüchterung über ausbleibende Erfolge breit, auf Seiten der Chinesen Enttäuschung über ausgebliebenen Technologietransfer. Zahlreiche Projekte mußten inzwischen abgebrochen werden.

Die Analyse zeigt, daß die meisten Gemeinschaftsprojekte nur einen kleinen finanziellen Rahmen umfassen. Bei 53 Prozent betragen die Gesamtinvestitionen weniger als eine Mill. US-Dollar, bei weiteren 38 Prozent liegen sie unter zehn Mill. Dollar. Viele sind nur kurz- oder mittelfristig angelegt, ungefähr die Hälfte ist auf weniger als zehn Jahre geplant. Der Anteil am Gesamtengagement betrug in den Sektoren Leichtindustrie, Hotel- und Dienstleistungsgewerbe 62 Prozent, fünf Prozent in der Schwerindustrie und 16 Prozent im Bereich Elektronik. Die ausländischen Unternehmer halten in der Mehrzahl der Fälle nur die Anteilsminderheit.

80 Prozent aller Joint Ventures sind mit Beteiligungen aus Hongkong oder Macao zustandegekommen, sie umfassen aber nur gut 50 Prozent des Gesamtkapitals.

Viele Projekte scheiterten, dies zeigt die Untersuchung, an einer falschen Einschätzung der Strukturen und Möglichkeiten in der chinesischen Wirtschaft. So sind auf den ersten Blick die Lohnkosten verhältnismäßig gering, ein chinesischer Arbeiter verdient etwa 100 Yuan (1 Y = 0,60 DM) pro Monat. Auf der anderen Seite ist er aber weit weniger produktiv *als etwa sein Kollege in Hongkong.* Hinzu kommt, daß alle Joint Ventures gesetzlichen Reglementierungen unterliegen. Diese fordern zum Beispiel, für die Unterkunft, die Rente oder die medizinische Versorgung der Arbeiter zu sorgen.

Ein weiteres Problem stellt sich für Firmen, die Rohstoffe im Ausland kaufen müssen, ihre Produkte aber auf dem chinesischen Markt absetzen. Sie haben größte Schwierigkeiten, die Einnahmen und Ausgaben in unterschiedlicher Währung auszubalanzieren. In den meisten Fällen – nach Angaben der chinesischen Behörden in Kanton zum Beispiel 70 Prozent – erwirtschaften sie nicht ausreichend Devisen, um damit ihre Einkaufskosten – und möglicherweise Lohnkosten im Ausland – zu dekken. Die Chinesen bemühen sich zur Zeit, durch neue Regelungen dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Von chinesischer Seite ist immer wieder zu hören, daß Joint Ventures unbedingt auf gegenseitigen Respekt und Vertrauen gegründet sein sollten. Obwohl die westliche Technologie der chinesischen weit überlegen sei, sollten ausländische Partner dennoch bereit sein, die heimischen Strukturen und Besonderheiten zu respektieren.

Auf der anderen Seite müssen die Chinesen ihre Infrastruktur erheblich verbessern. Der momentane Stillstand in der Entwicklung der Joint Ventures gibt ihnen die dazu notwendige Atempause. Vor allem das rückständige Ausbildungssystem, mangelnde Erfahrungen in internationalen Geschäften, aber auch verkrustete ideologische Strukturen – bedingt nicht zuletzt durch die Kulturrevolution – müssen abgebaut werden.

Wie man die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China erfolgreich gestalten kann, zeigt das 180 Mill. Dollar Projekt der Volkswagen AG in Shanghai. Dort werden zur Zeit 10 000 „Santana“-Limousinen pro Jahr gefertigt, bis 1988 soll die Endkapazität von 30 000 Fahrzeugen im Jahr erreicht sein. Schon heute zählt in China diese Unternehmung zu den Paradebeispielen für eine gelungene Zusammenarbeit.

Im Verlauf nachgebend

Auslandsverkäufe drückten Favoriten

DW.- Nachdem die Vortagsfavoriten an der Mittwochbörse noch freundlich bis fester eingesetzt hatten, drückten Auslandsverkäufe im Verlauf die Kurse gerade diese Aktien wieder deutlich nach unten, zum Teil auch kräftig unter die Vortagsschlußnotierungen.

Daß die die Aktientendenz so negativ beeinflußt wurde, zeigt wieder einmal, wie vorsichtig die Käufer noch sind. Einmal waren es die noch nicht wieder zunehmenden Engagements, zum anderen aber versuchen die cleveren Profis am Markt ganz offensichtlich, zu noch günstigeren Kursen zum Zuge zu kommen.

Das gilt beispielsweise für die großen Chemiepapiere, die sich etwa um die Schlußnotierungen des Vortags bewegten. Einer der deutlichsten Verlierer war die Deutsche-Bank-Aktie, die am Dienstag auf erste Gerüchte, daß die Deutsche Bank das libysche Fiat-Paket übernehme, mit ihrem Kurs in die Höhe geschnellt war. Da die Bank nun das Paket lediglich teilweise zur festen Plazierung übernommen hat, wich die spekulative Luft, so daß der Kurs nach festerem Beginn um mehr als 25 DM zurückfiel. Auch die anderen Bankaktien wurden mit nach unten gezogen. Autopapiere lagen im Verlauf deutlich schwächer, Maschinenbauer uneinheitlich und Stahlwerte nur etwas leichter. Auch der Elektrobereich schwachte sich nur wenig ab. Warenhäuser tendierten ebenfalls nachgebend.

Nachbörse: schwächer

DW-Ak.Ind.: 275,56 (275,77)
DW-Ums.Ind.: 5245 (4836)
Adv.-decline-Zahl: 101 (144)
38-Tg-Linie: 277,79 (277,17)
200-Tg-Linie: 278,51 (278,33)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Der US-Dollar wurde am 24. September im Fernen Osten noch höchst mit 2,0525 bezahlt. Dieser Kurs wurde in Europa nicht mehr erreicht. Die Leitwährung lag zunächst bei 2,043 und gab in der ersten Bewegung auf 2,034 nach. Am Markt reagierte man recht verschnupft auf Äußerungen Malcolm Baldriges, daß der Dollar aus wirtschaftlichen Gründen weiter nachgeben müsse. Die Bewegung lief jedoch bald aus und es wurde anschließend bis 2,047 gehandelt. Nach der Notiz von 2,043 behauptete sich der Kurs zwischen 2,04 und 2,0425. Das Britische Pfund war mit 2,956 kaum verändert, wurde jedoch von der Bank of England gegen D-Mark und gegen Dollar gestützt. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich. US-Dollar in: Amsterdam 2,3075; Brüssel 42,285; Paris 6,685; Mailand 1410,75; Wien 14,396; Zürich 1,6529; Ir. Pfund/DM 2,745; Pfund/Dollar 1,4469; Pfund/DM 2,956.

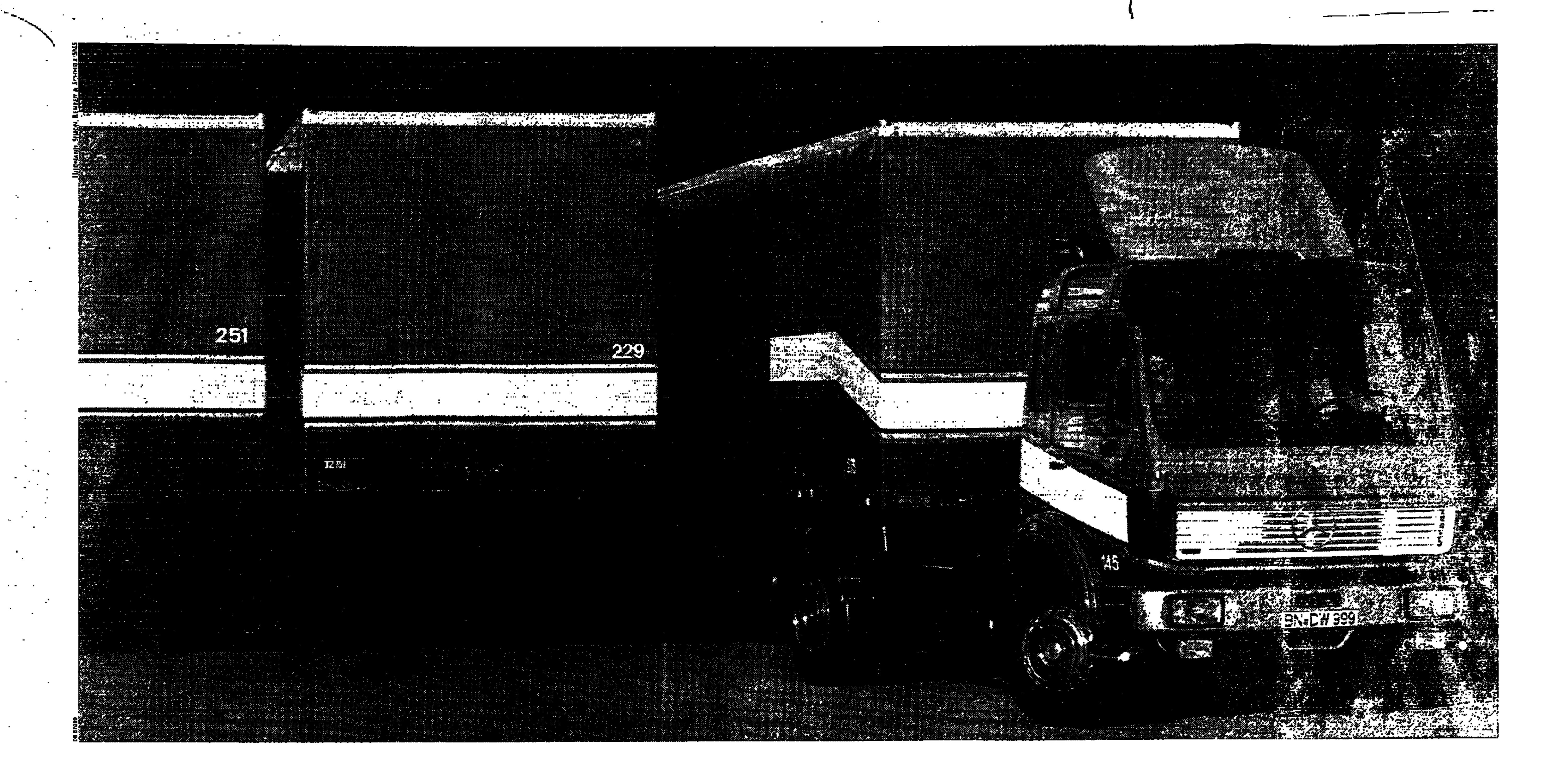
Devisen und Sorten

24.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Ank.-Kurs	Wechs.Sorten Ankauf	Verkauf
New York	5,50	2,039	2,047	2,0286	1,98	2,08
London	10,0	2,949	2,963	2,926	2,90	3,05
Dublin	16,5	2,738	2,752	2,701	2,46	2,81
Montreal	8,58	1,4697	1,4777	1,4546	1,42	1,52
Amsterd.	5,00	88,365	88,405	88,30	87,50	89,25

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2600B. Düsseldorf: Allianz Vers. 2389G, BMW 595, Goldschm. 254, IKB 280, Lennkering 215G, O & K 131. Frankfurt: Allianz Vers. 2325, BMW 600, Frankona Vz. 650, Fuchs St. 175, Fuchs Vz. 162G, Goldschm. 246, IKB 279,5, Magdeburger Feuer NA 800, Magdeburger Feuer 1250B, Maldrafit –, Mercedes 1080, Ymos Vz. 185. Hamburg: –, München: Mercedes 1075, Stumpf 1256B, VAB 2500TG.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Akzo enf., Thüga 89, VW 25,1. Frankfurt: Thüga 89, VW 25,1. München: Thüga 89, VW 25,1.



Vom Nutzen, einen Mercedes zu fahren.

Wirtschaftlich zu denken ist für Unternehmer heute wichtiger denn je.

Beim Transport von Gütern heißt das, auf dem schnellsten, sichersten und preiswertesten Weg die Ware an ihr Ziel zu bringen.

Tatsache ist, daß rund 80 Prozent aller Güter über die Straße befördert werden. Vor allem mit Nutzfahrzeugen. Und in den meisten Fällen mit Nutzfahrzeugen von Daimler-Benz.

Das liegt daran, daß sich die Unternehmer von unseren Fahrzeugen den größten Nutzen versprechen.

So haben wir die Sicherheit unserer Schwerlastwagen weiter gesteigert. Zum Beispiel durch die serienmäßige elektronisch-pneumatische Schaltung.

Ohne jeglichen Kraftaufwand kann jetzt der Fahrer, ohne vom Lenken abgelenkt zu werden, unter 16 Getriebestufen den richtigen Gang wählen, der gleichzeitig auf der Schaltanzeige sichtbar wird.

Das Antiblockiersystem (ABS) haben wir bei unseren Nutzfahrzeugen um die Antriebs-Schlupf-Regelung (ASR) erweitert.

Damit werden diese Fahrzeuge beim Anfahren, Beschleunigen und Fahren, selbst auf einseitig glatter Fahrbahn, sicher in der Spur gehalten.

Ihre Fahrsicherheit wird so weiter verbessert.

Ein neues integrales Antriebssystem macht erheblich höhere Fahrleistungen bei noch günstigerem Kraftstoffverbrauch möglich.

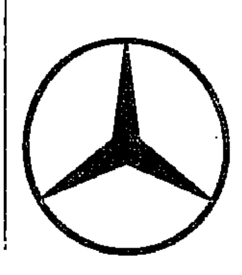
Durch die Verwendung neuer Werkstoffe konnte die Nutzlast unserer Schwerlastwagen erhöht werden.

Viele Bedienungserleichterungen und auch Verbesserungen im Servicebereich tragen zusätzlich dazu bei, die Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Lebensdauer unserer Nutzfahrzeuge noch weiter zu erhöhen.

Durch unser umfassendes Typenangebot ist dabei eine genau auf den Transportzweck abgestimmte Fahrzeugauswahl möglich.

Mit immer anspruchsvollerer Technik werden wir die Wirtschaftlichkeit, den Gebrauchsnutzen und die Qualität unserer Fahrzeuge ständig weiter verbessern.

Denn wir vergessen nie, was wir unseren Kunden schuldig sind.



Warenpreise – Termine

Mit kräftigen Einbußen schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Nach unten gerichtet war auch die Tendenz bei Silber, Kupfer und Kakao. Fester notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	23.9.	22.9.
Dez	262,50-261,75	257,50-257,00
März	257,25	253,50
Mai	243,00	240,50

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.

St L 1 CW	196,83	197,63
Am. Durum	194,61	193,41

ROGGEN Winnipeg (can $/t)

Okt	97,20	95,90
Dez	98,00	97,00
März	99,20	98,10

HAFER Winnipeg (can $/t)

Okt	78,70	78,10
Dez	77,20	77,10
März	77,80	77,50

HAFER Chicago (c/bush)

Okt	127,75	126,00
März	131,00	129,00
Mai	127,00	125,00

MAIS Chicago (c/bush)

Okt	171,00-171,50	166,00-165,50
März	181,25	177,00-177,25
Mai	187,25	183,50

GERSTE Winnipeg (can $/t)

Okt.	53,90	53,30
Dez	81,90	81,60
März	83,40-83,50	83,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	23.9.	22.9.
Dez	216,50-217,00	213,90-214,00
März	207,75	206,50-206,50
Mai	205,50-206,50	-

KAKAO New York ($/t)

	23.9.	22.9.
Dez	1986-1993	2018-2025
März	2030-2034	2064-2070
Mai	2059-2063	2126
Umsatz	5651	6379

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

23.9.	22.9.
27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

17,25	17,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Okt	14,40-14,47	14,29-14,30
Dez	14,96-15,02	14,88-14,89
Jan	15,12	15,00
März	15,40-15,45	15,28-15,30
Mai	15,60	15,50-15,55
Juli	15,80	15,70-15,75
Aug	15,80	15,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

13,50	13,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	14,00	14,00
Choise white hog 4 % fr. F	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)

top white	11,25	11,25
fancy	10,75	10,75
bleichf	10,50	10,50
yellow max 10 % fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt	53,95-53,65	54,90-54,90
Dez	53,40-53,30	54,27-54,27
Febr	53,15-53,30	52,67-52,67

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr	73,42-75,42	75,42-75,42
März	72,00-72,00	74,00
Mai	71,70-71,60	72,85-72,85

HÄUTE Chicago (c/lb)

	23.9.	22.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,50-65,00	64,50-65,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00-59,00	58,00-59,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov	488,75-488,0	486,5-486,8
Jan	496,5-496,0	494,5-495,0

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	23.9.	22.9.
Okt.	44,50	46,30
Dez	44,95-45,20	47,10
März	46,05-46,20	48,15
Mai	46,50-46,70	48,90
Juli	47,10	49,40
Okt.	47,35	50,35

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

46,75	46,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	24.9.	23.9.
Okt.	573-584	550-575
Dez.	559-565	554-565
Jan	559-565	551-564
Umsatz	2513	2502

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	24.9.	23.9.
Okt.	34,00-41,50	34,00-41,50
Dez.	-	-
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	24.9.	23.9.
Okt.	621,00-650,00	621,00-630,00
März	-	-
Mai	-	-
Umsatz	0	2

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	24.9.	23.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	24.9.	23.9.
Okt.	12000	geschl.
Nov.	12070	geschl.

KAUTSCHUK London (p/kg)

	23.9.	22.9.
spot	65,00-67,00	65,50-67,50
RSS 1 Okt.	64,00-65,00	65,00-66,00
RSS 2 Okt.	63,00-64,00	64,00-65,00
RSS 3 Okt.	62,00-63,00	63,00-64,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	24.9.	23.9.
Okt.	229,00-231,00	230,50-233,00
Nov.	230,00-232,00	231,50-234,00
Nr. 2 Okt.	228,00-229,00	228,00-229,00
Nr. 3 Okt.	224,00-225,00	224,00-225,00
Nr. 4 Okt.	219,50-220,50	219,50-220,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Für den Französischen Franc waren am 24.9.etwas höhere Deports vorhanden, da die Zinssätze anzogen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,31-0,21	0,84-0,74	1,55-1,35
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,50-1,47	3,03-2,98
Pfund/DM	2,00-0,60	4,90-3,50	8,90-7,50
FF/DM	17-1	56-20	58-42

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24.9.: Tagesgeld 4,10-4,30 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6-6¼	4½-4¾	4½-4¾
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	4½-4¾
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	4½-4¾
12 Monate	6⅛-6⅜	4½-4¾	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 24.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 24.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	205,00	262,20	36,57
20 ffr. Napoleon	5,8070	165,00	214,32	36,91
20 sfr Vreneli	5,8070	183,00	237,12	40,83
½ Sovereign (E.II)	3,6610	104,00	141,36	38,61

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,40.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 24.9.	Rendite in %
BW-Bank E.67	100,00	1.7.95	58,495	6,30
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,50	6,95
Deutsche Bk. S	287,00	25.1.95	139,00	9,19
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,53	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,13	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,01	6,55
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,20	6,59
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,56	6,59
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,56	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,08	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,07	7,00
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,94	6,90
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	24,57	7,02
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,52	6,75
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,35	6,58
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,00	6,55
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,25	6,96
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,95	7,04
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,40	4,44
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,80	5,11
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,90	5,43
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,40	5,66

Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,50	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	117,90	6,92

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Optionsanleihepreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,85	(4,82)	100,3	102,0	103,8	105,7	107,6	109,4
3	5,14	(5,14)	99,60	102,1	104,8	107,5	110,2	112,9
4	5,55	(5,55)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,84	(5,80)	96,05	100,7	104,5	108,7	112,9	117,2
6	6,04	(6,00)	94,40	99,80	104,2	109,1	114,0	118,9
7	6,27	(6,25)	92,45	98,50	103,5	109,0	114,5	120,0
8	6,55	(6,55)	90,00	96,05	102,1	108,2	114,3	120,3
9	6,78	(6,77)	87,70	94,25	101,8	107,4	113,9	120,5
10	6,81	(6,81)	86,55	93,40	101,4	107,7	114,8	121,8
15	7,05	(7,05)	80,40	89,40	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)

**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,711 (112,781)
Performance-Rentenindex: 247,457 (247,491)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	23. Sept.	5,875-5,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,80
	60-270 Tage	5,625
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,80
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,70
	2 Monate	5,70
	3 Monate	5,70
	6 Monate	5,75
	12 Monate	5,90
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,23
US-Staatsanleihen	30 Jahre	7,5
US-Diskontsatz		5,5
US-Primerate		7,5
Geldmenge M1	8. Sept.	

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Die kleine Stadt hat viele Branchen

Arbeitslosenquote liegt unter dem Landesdurchschnitt

Vorbei sind die Zeiten einer weitgehend industriellen Monokultur: Als ehemals ausgeprägte Textilstadt hat sich die im Schnittpunkt von drei Ländern gelegene Große Kreisstadt Lörrach längst ein branchenstrukturell buntgemustertes Kleid geschneidert. Zwar steht in der Beschäftigungsstatistik dieser Stadt die Gruppe der Textilbeschäftigten nach wie vor vorn – größter Arbeitgeber ist hier die zur französischen Texunion gehörende KBC Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie. AG. Ein starkes Gewicht in der Beschäftigtenskala haben inzwischen neben der Schokoladenindustrie (Suchard) auch der Maschinenbau und der Versandhandel (Schöpflin).

Wie vergleichsweise günstig die Arbeitsmarktsituation in Lörrach aussieht, veranschaulicht der jüngste Bericht des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg. Danach betrug die Arbeitslosenquote des Arbeitsamtsbezirks Lörrach im August dieses Jahres lediglich 4,8 Prozent, womit man sogar noch leicht den Landesdurchschnitt (4,9 Prozent) des im Ländervergleich so günstig abschneidenden Südwestens unterschritt. Die positive Situation wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die von Lörrach rund 20 Kilometer entfernte Stadt Freiburg beispielsweise mit einer Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent ein schlechteres „Klima" ausweist.

Über das breite Spektrum von Klein- und Mittelbetrieben Lörrachs hinaus, die der Stadt ein solides wirtschaftliches Rückgrat geben, ist nicht zuletzt die Nähe zur Schweiz und dabei vor allem zu Basel von Vorteil. Dabei verläuft die Fluktuation in der Art einer Einbahnstraße:

Rund 6000 Grenzgänger aus Lörrach und Umgebung sind es, die werktäglich zu ihrem Arbeitsplatz auf die schweizerische Seite hinüberpendeln. Ihre Zahl hat sich auf diesem hohen Niveau stabilisiert. In umgekehrter Richtung verläuft der Pendelverkehr deutlich schwächer.

Sorgenkind ist die Textilindustrie

Es sind wohl in erster Linie die etwas besseren Verdienstmöglichkeiten auf der schweizerischen Seite, die diese gewisse Anziehungskraft ausüben. Längere Arbeitszeiten bringen eben mehr Geld. Eine Konstellation, die übrigens auf das Mietpreisniveau, das etwas höher als in der Umgebung liegt, Auswirkung hatte. Arbeitskräfte-Magneten der eidgenössischen Industrieszene sind vor allem die in und um Basel ansässigen großen Chemieunternehmen wie Ciba-Geigy oder auch Lonza. Sie schätzen besonders die hohe Qualifikation deutscher Ingenieure. Trotz der relativ guten Arbeitsmarktlage ist die Stadt Lörrach in dieser Richtung nicht ganz von Sorgen frei: Hier wie anderswo wirkte sich die allgemein ungünstige Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft im Abbau von Personal aus. Auch die Textilbetriebe drücken Beschäftigungsprobleme, Rationalisierungs- und Automatisierungs-Maßnahmen hatten und haben Personaleinsparungen zur Folge.

Nachfrage übersteigt das Angebot

Suchard, ein Unternehmen des Jacobs-Konzerns, verlegte Anfang dieses Jahres seine Verwaltung nach Bremen, wovon rund 500 Mitarbeiter betroffen waren. In einem anderen Fall (Firma Raymond) konnten Ausdehnungswünsche des Unternehmens nicht erfüllt werden, denn der Stadt gelang es nicht – Bürgerinitiativen hatten Front gemacht –, entsprechendes Gelände rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Folge: Die Firma entschied sich, mit einem Großteil des Betriebes nach Weil zu gehen.

Die Bereitstellung von Gewerbeflächen stößt aufgrund der geographischen Lage der Stadt im Wiesental (durch Lörrach fließt die Wiese) an Grenzen. Gleichwohl wurde im Ortsteil Hauingen eine neues Gewerbegebiet mit einer Fläche von rund 100 000 Quadratmetern geschaffen, das auf eine starke Nachfrage stößt.

Teilweise interessieren sich einheimische Betriebe, die erweitern wollen, für eine Ansiedlung im dortigen Gelände, teils kommen von auswärts Anfragen. Die Lörracher Stadtverwaltung ist in der glücklichen Lage, auswählen zu können, denn die zur Verfügung stehende Fläche ist bereits drei- bis viermal überbucht.

Die neuesten Ansiedlungen sind beispielsweise die der Maschinen- und Apparatebaufirma Kunz oder auch die der Wurmlinger Hirschbrauerei. Mit Erweiterungsplänen tragen sich die Maschinenfabrik Kaltenbach, Spezialist für Kaltsägen, oder auch die als Herzschrittmacher-Hersteller bekannte Firma Biomedics.

Überhaupt ist es nicht nur für das produzierende Gewerbe attraktiv, bei der gegebenen günstigen Verkehrsanbindung, die durch die Nähe der Schweiz und Frankreichs bestehenden Standortvorteile zu nutzen. Handel und Dienstleistungen bietet sich gleichfalls ein einträgliches Betätigungsfeld. Auf der Einzelhandelsseite haben so große Häuser wie C & A, Hertie, Kaufring und Hettlage die Vorzüge der hohen Kaufkraft in der Region bereits entdeckt.

WERNER NEITZEL



Attraktiv auch für auswärtige Kunden: Fußgängerzone in Lörrach
FOTO: HANS VOGEL

Schon in grauer Vorzeit war die Stadt besiedelt

Die Ursprünge der im großen Bogen des Rheins gelegenen Stadt Lörrach gehen tief in die Geschichte zurück. Funde aus der Steinzeit, eine aufgedeckte römische „Villa rustica" auf der Gemarkung Lörrach-Brombach und ein großes alemannisches Gräberfeld im Herzen der Stadt beweisen, daß schon lange vor der ersten urkundlichen Nennung Lörrachs hier Menschen gelebt haben.

Im Jahre 1102/03 wurde Lörrach erstmals im Zusammenhang mit der Gründung des Cluniazenserklosters St. Alban in Basel urkundlich erwähnt. Lörrach war damals ein kleines Bauerndorf mit einer Kirche, umgeben von Äckern, Wiesen, Weinbergen und Wäldern. Die Herren von Lörrach waren ein Dienstmannengeschlecht der Freiherren von Rötteln, die in ihrer gewaltigen Burg hoch über dem Tal lebten. 1403 wurde dem Dorf das Marktrecht verliehen und das Recht erteilt, jeweils vor St. Michaelis einen Jahrmarkt zu veranstalten. Dieses Marktrecht besteht noch heute, und die drei Wochenmärkte und die zwei Jahrmärkte – einer im Frühling und einer im Herbst – erfreuen sich großer Beliebtheit der Bürger.

Im Jahre 1556 ließ Markgraf Karl II. von Baden-Durlach in Lörrach die Reformation nach der lutherischen Lehre einführen. Der Dreißigjährige Krieg nahm die Stadt und die ganze Landschaft schwer mit. 1678 brannten die Franzosen das nahegelegene Schloß Rötteln, den alten Herrschaftssitz des Markgräfler Landes, ab. 1682 wurde der Stadt das Stadtrecht verliehen und dieses 1756 bestätigt.

1753 begann mit der Gründung einer Indienne-(Baumwoll-)Manufaktur durch den Berner Johann Friedrich Küpfer die industrielle Periode der Stadt. Aus dieser ersten Gründung entwickelte sich das heute größte europäische Stoffdruckunternehmen, die Firma Koechlin, Baumgartner & Cie., die auf eine jahrhundertealte Firmentradition zurückblicken kann.

In den Jahren 1848/49 stand Lörrach im Mittelpunkt der Ereignisse der badischen Revolution. Am 21. September 1848 proklamierte Gustav

● Fortsetzung Seite 11

Heimische Industrie lotete die „richtigen" Marktnischen genau aus

Vor allem mittelständische Betriebe sorgen für gleichmäßig hohe Wachstumsraten

Auch die Wirtschaft der Region Lörrach entfaltet eine bemerkenswerte Dynamik. Die Mittellage im Herzen Europas und nicht zuletzt die optimale Verkehrsanbindung zu Wasser, zu Land und in der Luft haben den Entwicklungstrend begünstigt. Sonst vielfach bei Grenzstädten zu beobachtende, durch die Randlage bedingte negative Einflußfaktoren werden in Lörrach so gut wie nicht spürbar. Im Gegenteil: Schweizerische und französische Unternehmen siedelten sich mit Tochtergesellschaften recht gern in und um Lörrach an, investierten und schufen damit auch Arbeitsplätze.

Größter Arbeitgeber ist die KBC Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie. AG, die zugleich auch zu den größten deutschen Textilunternehmen zählt. Die Firma, eine der führenden Stoffdruckereien, wurde bereits in 1752 gegründet und gehört mehrheitlich zur französischen Texunion (Dollfus-Mieg-Gruppe). Mit ihren rund 1700 Mitarbeitern erarbeitete die KBC im vergangenen Jahr einen Umsatz von 625 Millionen Mark, das bedeutet gegenüber dem Jahr davor eine Steigerung um nicht weniger als 27 Prozent.

Schon 1984 hatte das Unternehmen mit einer Zuwachsrate von 15 Prozent beim Umsatz ein flottes Wachstumstempo vorgelegt und auch vom Ergebnis her gut gewirtschaftet. Der Exportanteil liegt bei etwa 50 Prozent und erreicht im reinen Druckstoff-Geschäft fast 60 Prozent. Die gesamte KBC-Firmengruppe kommt auf einen Umsatz von 780 Millionen Mark.

Die Lörracher Industrieszene hat auch eine betont „süße Seite": Seit 1880 gibt es in dieser Stadt die Schokolade-Fabrik des schweizerischen Unternehmens Suchard.

Nachdem Suchard und Tobler vor einigen Jahren bereits unter die Fittiche einer gemeinsamen Dachgesellschaft, nämlich der Schweizer Interfood-Gruppe, genommen worden waren, gab es in der Folge einen weiteren Besitzwechsel: Der Kaffee-„Riese" Jacobs legte sich mit der Übernahme der Interfood gewissermaßen ein „Schokoladen-Bein" zu.

Eine folgenreiche Reise nach Frankreich

Beschäftigt werden bei Suchard in Lörrach, deren Jahresumsatz zuletzt mit rund 600 Millionen Mark genannt worden war, etwa 1200 Mitarbeiter. Zu Beginn dieses Jahres war die Verwaltung der Suchard GmbH, was die Stadt ungern sah, von Lörrach nach Bremen verlagert worden. Die Produktion von Suchard, deren Hauptmarke bei der Tafelschokolade nach wie vor die „Milka" ist, läuft indessen in Lörrach weiter.

Der Ursprung des zum Schickedanz-Konzern („Quelle") gehörenden Lörracher Großversandhauses Schöpflin GmbH geht auf das Jahr 1930 zurück. Der Groß- und Einzelhändler Wilhelm Schöpflin war mit seinem Sohn nach Paris gereist, um sich dort große Kaufhäuser anzuschauen. In einem dieser Super-Geschäfte stiegen sie in einen Paternoster, der freilich bei der Fahrt in obere Stockwerke infolge Defekts auf halber Höhe steckenblieb. Von diesem „Hochstand" aus blickten dann beide auf eine kaum zu übersehende Menschenmenge.

Dies war zugleich die Geburt der Idee vom Versandhandel, eine Idee, die von der Familie Schöpflin in Haagen, heute ein Stadtteil von Lörrach, mit Gründung des Versandhauses Schöpflin Haagen, in die Tat umgesetzt worden ist. 1964 verschmolz Schöpflin mit dem Großversandhaus Quelle. Schöpflin verfügt heute über ein bundesweites Netz von mehr als 3000 Bestellagenturen. Zwar war im Geschäftsjahr 1985/86 (31. Januar) der Umsatz um 4,7 Prozent auf 539 Millionen Mark zurückgegangen.

Doch gelang es zugleich, den im Jahr davor erzielten zweistelligen Umsatzsprung (plus 17,7 Prozent) damit weitgehend zu konsolidieren. In diesem Jahr will das Großversandhaus Schöpflin mehr als drei Millionen Mark insbesondere im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und des Versands investieren. Das Unternehmen (fast 1400 Mitarbeiter) führt in seinem neuen Katalog mehr als 30 000 Artikel der Bereiche „Schöner Wohnen" und „Schöner Anziehen" auf beinahe 700 Seiten.

Mit ihrer Ausrichtung auf die Herstellung technischer Textilien, darunter beispielsweise Filtermedien für Entstaubungsanlagen, hat sich die Tuchfabrik Lörrach GmbH eine neue erfolgversprechende Basis gegeben. Das einstmals mit der Herstellung von Tuchen befaßte Unternehmen sieht gute Wachstumschancen.

Auch hat sich eine Veränderung in den Besitzverhältnissen ergeben: Die bisherige Muttergesellschaft, die französische Dollfus & Noack S. A., verkaufte die Mehrheit der Gesellschaftsanteile an eine neu gegründete Technische Textilien Beteiligungs GmbH. An dieser Holding ist wiederum mehrheitlich der Tuch-Lörrach-Alleingeschäftsführer Manfred Jaehn beteiligt.

Mit voller Kapazitätsauslastung und ungebrochener Expansionskraft wartet die Lörracher Firma A. Raymond, Spezialist für Schlüsselbefestigungselemente, auf. Die zur gleichnamigen Firmengruppe mit Stammsitz in Grenoble/Frankreich und weiteren Werken in Spanien und Italien gehörende Firma stellt vor allem Produkte her, die in der Automobil-Industrie, in der Hausgeräte-Branche und im Apparatebau verwendet werden. Derzeit entsteht im Lörracher Nachbarort Weil am Rhein ein neues Werk für die Kunststoff-Fertigung, für den Werkzeugbau und für eine Lehrwerkstatt. Der Umzug ist für Herbst 1987 vorgesehen. Später sollen auch ein Hochregallager und ein Verwaltungsgebäude gebaut werden. In den letzten fünf Jahren habe der Umsatz, wie es heißt, mehr als verdoppelt werden können. Beschäftigt werden 550 Mitarbeiter.

Mit dem zunehmenden Bewußtsein für die Zahngesundheit befindet sich auch die elmex Forschung Wybert GmbH, die aus einem vor 65 Jahren in Lörrach gegründeten Familienunternehmen hervorgegangen ist, in einer deutlichen Aufwärtsentwicklung. Seinerzeit lag der Schwerpunkt der Produktion noch auf der Herstellung von Hals-Pastillen (Marke „Wybert"), die auch heute noch im Programm sind.

Belegschaft und Vertrieb weiter ausgebaut

Inzwischen hat sich das Unternehmen (125 Mitarbeiter) zum Hersteller international anerkannter Produkte zur medizinischen Zahnpflege entwickelt. Während der gesamte Fachhandel (Apotheken, Drogerien, Drogeriemärkte) 1985 gegenüber dem Jahr davor insgesamt zehn Prozent mehr Zahnpasten verkaufte, kam das Lörracher Unternehmen (Marken „elmex" und „aronal") auf einen Zuwachs von 24 Prozent. Der Umsatz stieg um 17 Prozent auf über 30 Millionen Mark.

Die Hans Kaltenbach Maschinenfabrik GmbH & Co., Lörrach, weltweit führender Hersteller von Kreissägen für die Metallindustrie und das metallverarbeitende Handwerk, hat ihr internationales Vertriebsnetz weiter ausgebaut. Zu Beginn dieses Jahres wurden in Finnland und in Österreich Tochtergesellschaften gegründet.

Auslandsfirmen bestehen bereits in Großbritannien, Frankreich, Schweden und in den USA. Die insgesamt elf Firmen umfassende Kaltenbach-Gruppe (580 Mitarbeiter) peilt für das laufende Jahr 1986 eine Steigerung des konsolidierten Umsatzes um 14 Prozent auf 90 Millionen Mark an. Der Auftragsbestand liegt um mehr als 80 Prozent über dem des Vorjahres.

Durch Problemlösungen für die Blechbearbeitung hat sich die 1949 gegründete Maschinen- und Anlagenbau-Firma L. Boschert GmbH & Co., Lörrach-Hauingen, einen Namen gemacht. Das Unternehmen, das mit seinem Sondermaschinenbau auf dem nationalen und internationalen Markt bemerkenswerte Absatzerfolge erzielt, beschäftigt heute knapp 100 Mitarbeiter.

WERNER NEITZEL

Schon in der Steinzeit besiedelt

● Fortsetzung von Seite 1

Struve vom Lörracher Rathaus aus die Deutsche Republik. In Lörrach wurde das „Regierungsblatt No. 1" der neuen republikanischen Regierung gedruckt. Schon drei Tage später wurden die Republikaner im Gefecht von Staufen geschlagen, und der Traum von der Republik war ausgeträumt. 1849 rückten preußische Truppen in Lörrach ein.

Nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 setzte eine *starke Aufwärtsentwicklung in der* Stadt ein. Die Bevölkerungszahl stieg rapide: 1833 hatte die Stadt noch 2300 Einwohner, 1880 waren es bereits 6700 und um die Jahrhundertwende 10 000 Einwohner. 1908 wurde der Nachbarort Stetten zu Lörrach eingemeindet.

Nach dem Weltkrieg und zur Inflationszeit *wurde Lörrach* 1923 durch Arbeiterunruhen erschüttert; es gab Tote und Verletzte. 1935 kamen die beiden Nachbardörfer Tumringen und Tüllingen zu Lörrach, so daß die *Stadt vor dem Zweiten Weltkrieg* rund 20 000 Einwohner zählte. In beiden Weltkriegen blieb Lörrach – wohl durch seine Grenzlage bedingt –, von größeren Zerstörungen verschont. Nach 1945 und insbesondere nach der Währungsreform setzte eine erneute starke Aufwärtsentwicklung ein. Binnen 15 Jahren vergrößerte sich Lörrach auf 35 000 Einwohner.

Wieder entstanden neue Stadtteile im Süden und Norden. 1963 die Satellitenstadt „Salzert", in der heute über 2500 Lörracher wohnen. Neue Schu*len kamen hinzu, das Krankenhaus* wurde völlig erneuert und eine Kinderklinik gebaut, viele öffentliche Einrichtungen wie Sportstätten, Bäder, ein Wasserwerk wurden geschaffen. Einen besonders kräftigen Vorwärtsschub brachte die Landesgartenschau 1983: einen 100 Hektar großen Landschaftspark mit Rosengarten und modernen Sportstätten, ein großes Freizeitzentrum mit Eislaufhalle, Tennis-, Kegel- und Squashanlagen.

1974 und 1975 schlossen sich die *bis dahin selbständigen Gemeinden* Haagen, Brombach und Hauingen mit Lörrach zur neuen Stadt Lörrach zusammen, die heute 41 000 Einwohner zählt. WALTER JUNG

Im Wiesental: Die Ruhe genießen und vom Streß des Alltags erholen

Von Lörrach aus eine der liebenswürdigsten deutschen Landschaften „entdecken"

Zwei Gesichter hat diese Stadt: Zum einen ist sie „Residenz" des Kreises, der ein paar der liebenswürdigsten deutschen Landschaften zu*sammenhält* – das Markgräfler Land und das oder eigentlich die beiden Wiesentäler; andererseits ist Lörrach das Schlüsselloch zur Schweiz, wenn es einen nicht mehr ins Französische zieht, das auch kaum weiter entfernt und doch so ganz anders als das leicht puritanisch wirkende Basel ist.

Den Naturfreund und Wanderer wird es mehr in den Südschwarzwald und das Markgräfler Land ziehen, deren großartige Landschaft und meist kleinere Orte viel Ruhe und ebenso viele Eindrücke bietet. Und für die *„Entdeckungsreisen" bietet sich Lör*rach als „Standquartier" an.

Schauen wir ins Wiesental, das sich vom Todtnauer Land hinunter ins Rheintal schlängelt. Der Name hat nichts mit den Wiesen und Weiden zu tun, die diese Landschaft bestimmen. Er stammt von dem Fluß Wiese, der oberhalb Todtnaus entspringt und bei Lörrach in den Rhein mündet. Man sieht hier gleich den Unterschied zwischen Hoch- und Südschwarzwald: Ersterer wird von ausgedehnten Tannenwäldern geprägt, die dem ganzen Gebirge den Namen gaben, während der südliche Teil durch seine reichen Mischwälder und Grünlandschaften besticht. Der Herbst bildet mit seiner meist stabilen Wetterlage hier die schönste Jahreszeit.

Lohnender Rundgang auf dem Wochenmarkt

Ein Abstecher auf den 1414 Meter hohen Belchen gibt herrlichen Ausblick auf Rheinebene und Vogesen, im Norden auf das Feldbergmassiv mit seinen 1495 Metern, im Osten auf Hochschwarzwald und Hotzenwald und im Süden auf die Kette der *Schweizer Alpen. Der Belchen ist der* bequemste Aussichtsberg des gesamten Schwarzwaldes, dessen Kuppe von einem Rundweg umzogen ist, den man leicht in einer Dreiviertelstunde gehen kann. *Im Todtnauer Fe*rienland sind alle Möglichkeiten zu Aktivurlaub, Kneippanwendungen, Spiel und Sport.

In Neuenweg findet sich eine Besonderheit dieser Landschaft: Das Hineinwachsen Heimatvertriebener in ihre neue Umgebung. Auf dem Dachshof, einem Gasthof mit Landwirtschaft, werken ein Niederschlesier und seine Lausitzer Frau. Die Tische biegen sich unter der Last eigenerzeugter Köstlichkeiten. Und der Gast ist zu bedauern, der hier nicht mit einem mächtigen Hunger ankommt. Essen muß er in einem weg, vom Wirt immer wieder genötigt, natürlich trinken dazu, während der Hausherr emsig Geschichten erzählt. Und wenn die Sonne langsam in den Vogesen versinkt, holt er sein Jagdhorn und bläst ein Ständchen.

Rasch wächst dank reichlicher Zuflüsse die Wiese auf ihrem Lauf die Berge hinab. Vor Schönau kommt man nach Utzenfeld, wo aus den alten Gebäuden eines stillgelegten Flußspatbergwerkes ein großzügiger Reiterhof mit Restaurant wurde. Ein wenig die Wiese abwärts wirken ein bekannter Möbelrestaurateur und eine Bauernmalerin, die gerne Gäste begrüßen. Dann weitet sich das Tal zur „Schönen Aue". Man kommt nach Schönau. Eine Gemeinde mit vielen Teilorten, die alle ihren eigenen Reiz haben. Hier wurde Anfang unseres Jahrhunderts das „Münster" des Wiesentals errichtet, dessen Turm Bauteile aus dem 13. Jahrhundert aufweist. In der mächtigen Kirche sind zwei Kunstwerke aus Vorgängerbauten, ein Sakramentshäuschen aus dem 15. Jahrhundert und ein Dreiflügelschrein-Altar von 1520. In Zell, dem nächsten größeren Ort, wurde Constanze Mozart geboren. Die Zeller sind stolz auf sie.

Vor Schopfheim sollte man unbedingt einen Abstecher nach Hasel machen und die Erdmannshöhle, eine der schönsten Tropfsteinhöhlen Europas, besuchen (November bis Februar geschlossen). Bliebe noch im unteren Wiesental der herrliche Vogelpark Steinen zu erwähnen, der in Freigehegen, Volieren und einem der schönsten Tropenhäuser Europas über 300 Vogelarten beherbergt.

Von dort nach Lörrach ist es nur noch ein Katzensprung. Von weitem schon grüßt die Ruine Rötteln, Lörrachs Wahrzeichen, wo im Sommer Theater- und Konzertaufführungen stattfinden. Und hat man wirklich mal einen Regentag, so sollte man ihn sowohl zu einem Besuch der Röttelner Kirche mit ihren Markgrafen-Epitaphen wie des Museums am Burghof in der Stadt nutzen. Auch das unmittelbar vor der Stadt gelegene Wasserschloß Inzlingen sollte man sehen, das in seiner heutigen Gestalt im 16. Jahrhundert auf alten Grundmauern erbaut wurde und ein bekanntes Restaurant beherbergt. Am Dienstag, Donnerstag oder Samstag ist für jeden Besucher der Stadt ein Gang auf den Wochenmarkt Pflicht, auf dem die Bäuerinnen aus dem Markgräfler Land auch ihr selbstgebrannten Obstwässerli anbieten.

Preisgünstige Quartiere zu jeder Jahreszeit

Gibt es noch Menschen hierzulande, die das Markgräfler Land nicht kennen? Der Weinfreund schnalzt genießerisch mit der Zunge, wenn er Ortsnamen wie Müllheim, den Zentralort Hach, Auggen oder Schliengen *hört, um nur ein paar zu nennen.* Jedes Dorf hier hat seine bekannten Weinlagen, erzeugt köstliche Tropfen. Nicht nur den Gutedel, den schon die Römer anbauten. Und fast jedes Dorf hat auch eine wehrhafte Kirche, die vielfach ausgezeichnete Freskenzyklen aus dem späten Mittelalter enthalten. So die in Blansingen, Fischingen, Märkt, Mappach, Tannenkirch, Nieder-Eggenen, Wintersweiler.

Zu einem Höhepunkt jeder Reise in der Südwestecke Deutschlands gerät ein Besuch auf Schloß Bürgeln, das seine barocke Pracht auf einer Sonnenterrasse oberhalb Ober-Eggenen entfaltet und zur Besichtigung freigegeben ist. Wen aber Rheuma plagt oder der Kopf von allzu reichlicher Weinprobe *schmerzt, der ist* rasch im jungen Bad Bellingen mit seiner heilkräftigen Therme.

Daß diese Schönheit den Einheimischen nicht zu Kopfe gestiegen ist, zeigen die Preise: 16 bis 40 Mark für ein Zimmer mit Dusche oder Bad und WC für Übernachtung/Frühstück, bei Vollpension sind 65 Mark schon die oberste Grenze. PETER BORG

Auskunft: Verkehrsgemeinschaft Südlicher Schwarzwald–Wiesental–Markgräfler Land, Palmstraße 3, 7850 Lörrach.

Die zukünftigen Herausforderungen einer traditionellen Industriestadt

Von RAINER OFFERGELD

Basel, Mulhouse und Lörrach sind die großen Städte im Gebiet um das Dreiländereck Schweiz–Frankreich–Deutschland im Herzen Europas. In diesem als „Regio" bezeichneten Gebiet ist Lörrach auf deutscher Seite das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum. Mit 41 000 Einwohnern ist Lörrach der größere Partner des gemeinsamen Mittelzentrums Lörrach/Weil am Rhein. Die im Wiesental gelegene Kreisstadt ist Sitz des Landratsamtes sowie zahlreicher weiterer Behörden, sie ist Bankenplatz an der Grenze zur Schweiz und nach Frankreich, und sie ist das Einkaufs- und Dienstleistungszentrum im Markgräfler Land und im Wiesental.

Lörrach ist eine Industriestadt mit langer Tradition und allen typischen Merkmalen. An ihrem Beispiel kann der wirtschaftliche Strukturwandel seit dem Beginn der industriellen Revolution mit allen seinen dabei auftretenden Problemen nachvollzogen werden. Die Stadt hat heute mit vielen sogenannten Gemengelagen zu kämpfen, wo Konflikte zwischen industrieller und gewerblicher Nutzung einerseits und unmittelbar angrenzender Wohnnutzung andererseits auftreten. Die vor Jahrzehnten noch außerhalb der Stadt gelegenen Indu*strie- und Gewerbegebiete wurden* mit der Zeit von der sich ausdehnenden Stadt eingeholt; der aufgrund zahlreicher Zuzüge notwendige Wohnungsbau schloß noch vorhandene Lücken.

Angesichts beschränkter Flächenreserven ist die Entflechtung solch historisch gewachsener Gemengelagen oft nicht möglich. Sie scheitert teilweise auch an dem hohen finanziellen Aufwand. Durch die Lage der Stadt im Tal der Wiese sind die Flächen beschränkt, die sich für gewerbliche Nutzung eignen.

Durch die Erschließung des neuen Gewerbe- und Industriegebiets „Im Entenbad" (etwa elf Hektar) hat Lörrach in seiner Gewerbepolitik für die nächste Zeit neuen Handlungsspielraum gewonnen. Die Stadt will diesen Spielraum dazu nutzen, ortsansässigen Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten und Betrieben von außerhalb Ansiedlungsmöglichkeiten zu bieten und sichere Arbeitsplätze in Unternehmen mit Zukunft zu schaffen. Hierin sieht die Stadt eine ihrer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Mit mehr als 21 000 Arbeitsplätzen weist Lörrach bereits heute eine hohe Arbeitsplatzdichte auf.

Die Kernstadt war in den vergangenen Jahren von einem starken Wandel betroffen. Lörrach hat sich in den *letzten Jahren zu einem bedeutenden* Dienstleistungszentrum entwickelt. Das zeigt vor allem das in der Umgebung des Bahnhofs neu entstandene „Behörden-Zentrum" mit den Neubauten der Post, des Landratsamtes, des Rathauses, der Landeszentralbank, des Finanzamtes und des Arbeitsamtes. Dem Bürger wird so die *Möglichkeit geboten, Behördengänge* zeitsparend zu erledigen.

In der Innenstadt, dem Einkaufszentrum, konnte die heimelige Atmosphäre weitgehend erhalten werden, nur wenige Hochhausbauten „zieren" das gewachsene Stadtgefüge. Mit der Einrichtung einer zunächst noch bescheidenen Fußgängerzone Anfang der 80er Jahre konnte der Stadtkern erheblich aufgewertet werden. Mit dem Rathausplatz und dem neugestalteten Bahnhofsvorplatz, mit dem neuen Marktplatz und mit der Turmstraße als für die Fußgänger reservierte Zonen gewann die Innenstadt für Besucher weiter an Attraktivität. Die Fußgängerzone soll in den kommenden Jahren ausgeweitet werden, um so die Innenstadt in ihrer Funktion als Einkaufszentrum weiter zu stärken. Erste Erfahrungen mit einer autofreien Kernstadt werden gegenwärtig im Rahmen sogenannter *„Bummeltage" gesammelt.*

Entscheidende Voraussetzung für eine verkehrsberuhigte Kernstadt ist die in den 70er Jahren begonnene Innenstadtumfahrung. Außerdem muß ausreichender Parkraum in diesem Ring geschaffen werden. Die mit hohen Investitionen verbundene Innenstadtumfahrung wird voraussichtlich 1989/1990 fertiggestellt. Parkraum steht inzwischen in Tiefgaragen, Parkhäusern und auf Parkplätzen am Rande der Innenstadt ausreichend zur Verfügung.

Die Kernstadt soll als Einkaufszentrum für die gesamte Region weiter gestärkt werden. Mit dem Baubeginn von C & A in diesen Tagen wird in dieser Richtung ein weiterer wichtiger Schritt getan. Mit den Planungen zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt wurde die Stadt in das Programm „Einfache Stadterneuerung" der baden-württembergischen Landesregierung aufgenommen. Das Sanierungsgebiet „Basler Straße" in der *Innenstadt bietet der Stadt die Chan*ce, einen Teil der Kernstadt durch erhaltende Erneuerung attraktiver zu gestalten.

Was die Wohn- und Lebensqualität angeht, kann Lörrach nicht nur darauf verweisen, eine Industriestadt im Tal der Wiese in grüner Umgebung zu sein; Lörrach hat auch viel Grün in der Stadt. Ein entscheidender Durchbruch konnte dabei mit der Landesgartenschau 1983 erzielt werden.

Für Sport und Freizeit wurde das Angebot in den letzten Jahren ebenso ergänzt wie das Schulwesen ausgebaut. Die Verkehrssituation in der Stadt ist gegenwärtig noch alles andere als befriedigend. Auf diesem Felde werden in den nächsten Jahren noch größere Anstrengungen notwendig sein. Zwar konnte mit der Weiterführung der A 98 ein erheblicher Teil des Durchgangsverkehrs abgeleitet werden. Die verbleibenden Probleme sind jedoch enorm: So wartet man im Stadtteil Brombach auf die B 317 (neu) zwischen Steinen und dem Anschluß Lörrach. Ein anderes wichtiges Projekt ist die Innenstadtumfahrung bis Ende der 80er Jahre, die es ermöglichen wird, die Innenstadt verkehrsberuhigt zu gestalten.

Für die nächsten Jahre plant die Stadt noch zwei weitere große Projekte: Das Städtische Krankenhaus soll durch einen Neubau erweitert und danach der Altbau für insgesamt 40 Millionen Mark saniert werden. Mit der Festlegung des Standortes hat ein Bürgerhaus (mindestens 30 Millionen Mark) als Ersatz für die alte Stadthalle erste Konturen angenommen.

Der Haushalt der Stadt sieht für 1986 ein Volumen von rund 105 Millionen Mark vor. Angesichts einer Gesamtverschuldung von rund 110 Millionen Mark, rund 2700 Mark pro Kopf, wurden in den vergangenen Jahren äußerst sparsame Haushalte beschlossen.

Durch die vor drei Jahren eingeleitete Konsolidierung der städtischen Finanzen konnte der hohe Schuldenstand der Stadt kontinuierlich zurückgeführt werden.

Der Autor war 1972 sowie 1975 bis 1978 Parlamentarischer Staatssekretär (Wirtschaft/Finanzen), anschließend bis 1982 Entwicklungshilfeminister; seit 11. Dezember 1983 ist er Oberbürgermeister von Lörrach.

Auf einen Blick

Besiedlung und Gründung: Erste Spuren menschlicher Ansiedlungen stammen aus der Zeit um 2000 v. Chr. Von der eigentlichen Besiedlung kann man erst ab dem 5. bis 7. Jahrhundert sprechen, als Alemannen das Wiesental in Besitz nahmen. Erstmals urkundlich erwähnt wurde Lörrach 1102 als „Loracho".

Umschlag- und Gewerbeplatz an der europäischen Nord-Süd-Durchgangsstrecke von der See zu den Alpen in der Nähe der alten Metropole Basel.

Stadtrechte seit 1682. Sie waren eine späte Erfüllung der Idee des Markgrafen Rudolf III., der schon 1403 bei König Ruprecht für Lörrach die Marktrechte erwirkte.

Stadtwappen ist eine stilisierte goldene Lerche *auf rotem Grund*, entstanden vor über 300 Jahren. Von ihr soll sich auch der Name der Stadt ableiten.

Stadtteile: Lörrach besteht aus sieben Stadtteilen, nämlich dem alten Lörrach und den Stadtteilen Brombach, Haagen, Hauingen, Stetten, Tüllingen, Tumringen, Inzlingen.

Stadtgebiet ist 39,4 Quadratkilometer groß, davon 39 Prozent Wald, 30 Prozent Landwirtschaftsfläche, knapp 17 Prozent Gebäude und Freiflächen, fast acht Prozent Verkehrsfläche, fast vier Prozent Erholungsflächen und Grünanlagen.

Einwohner: fast 41 000; Ausländeranteil liegt bei zehn Prozent.

Industriezweige: Textil-, Schokoladen- und metallverarbeitende Industrie – darunter vor allem der Maschinenbau –, Versandhandel. Insgesamt gibt es in Lörrach rund 20 600 Arbeitsplätze.

Kommunale Steuersätze: Grundsteuer A und B jeweils 260 Prozent; Gewerbesteuer 325 Prozent.

Verkehrswege: Autobahn A 98, die ihrerseits Anschluß an die A 5 (Basel–Karlsruhe–Frankfurt) hat; Bundesstraßen 316 und 317. An das Eisenbahnnetz der Linie Karlsruhe–Basel ist Lörrach auf deutscher Seite und auch über Basel (Badischer Bahnhof) eingebunden; von Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Köln/Düsseldorf wird Lörrach als Station mit dem Service „Auto im Reisezug" erreicht; über öffentliche Verkehrsmittel sind Lörrach und Basel im 15-Minuten-Takt eng miteinander verbunden. Flughafen Basel/Mulhouse nur 14 Kilometer entfernt.

Schulen, Kultur: Alle Schularten, unter anderem fünf Gymnasien, Handelslehranstalten, Gewerbeschule, Tagestechnikerschulen, Berufsfachschulen, Landwirtschaftsschule, Berufsakademie, Sonderschulen, Krankenpflegeschulen, Volkshochschule, Stadtbücherei, Museum „Am Burghof".

Sozialeinrichtungen: Kindergärten und -spielplätze, Jugendherberge, zwei Krankenhäuser und Dialyse-Trainingszentrum.

Sport und Freizeit: Hallenbad, Parkschwimmbad (beheizt), Regio-Freizeit-Zentrum „Im Grütt", Reithallen, Sportplätze, Tennisplätze,



Trimm-dich- und Waldsportpfade, Campingplatz mit 160 parzellierten Stellplätzen am Rande eines Landschaftsparks, der 1983 zur Landesgartenschau geschaffen worden ist; eine Fülle von Ausflugsmöglichkeiten in die nähere und weitere Nachbarschaft der Stadt.

Partnerschaften: Seit 1966 besteht sie mit der französischen Gemeinde Sens (Departement Yonne); bis heute gab es ingesamt 558 Begegnungen. Partnerschaft wurde in diesem Jahr erweitert mit der italienischen Gemeinde Senigallia; am 27. September unterzeichnen die Oberbürgermeister Rainer Offergeld (Lörrach) und Oddo Galavotti (Senigallia) die Urkunde in Lörrach.

Auszeichnungen: Zusammen mit der Partnerstadt Sens 1979 die „Ehrenfahne des Europarats" und 1983 den Jumelage-Preis „France-Allemagne". (WR)

Die Ehre der Wirte und Köche sind die „kulinarischen Erinnerungen"

Es muß nicht immer die große Speisekarte sein – Prädikat für schöne Gaststätten

Reizvoll wie die vielgestaltige Landschaft des Kreises Lörrach kann eine kulinarische Entdeckungsreise durch diese südwestlichste Ecke Deutschlands sein, wo es vor „Kochmützen" in den einschlägigen Gastro-Führern nur so wimmelt.

Selbst wer mit hochgesteckten Erwartungen kommt, wird vor angenehmen Überraschungen nicht sicher sein. Die gastronomische Kulturlandschaft im Dreiländereck ist vorwiegend geprägt von Bodenständigem, aber auch bereichert durch die Nähe zur Schweiz und zu Frankreich.

Qualität beim Essen und Trinken ist eine Selbstverständlichkeit in allen Häusern, die nicht zu den charakterlosen Abfütterungsstätten gehören. Wirte und Köche der Region legen ihre persönliche Ehre ein, den Gästen nicht nur einen Genuß für den Augenblick, sondern kulinarische Erinnerungen mit auf den Weg zu geben – egal, ob man für Deftiges zum Vesper, für feinnuancierte Soße oder für duftige Desserts nach Großmutters Rezept schwärmt. Wird Hausgemachtes angeboten, so geht man wohl niemals ein Risiko ein.

Es muß nicht immer eine mehrseitige Speisekarte sein, die einen zum erwartungsfrohen Verweilen einlädt. Da kann man am frischgescheuerten Tisch in der gemütlichen Schwarzwald-Gaststube des Wiesentals Düfte von frischgebackenem Brot als Einladung zu einem kräftigen „Z'nüni" verstehen, zu dem Speck und Hausmacher Wurstspezialitäten sowie ein „Wässerle" gehören.

Mischtchratzerli und Buabaspitzla . . .

Viele Familien haben von alters her ein Brennrecht, und so besteht keine Gefahr, daß von den Gaben der Natur etwas ungenutzt bleibt.

Zum Vespern selbst trinkt man gewöhnlich Wein. Empfehlenswert ein Viertele Gutedel – die beliebteste und meistgetrunkene Weinsorte in diesem Landstrich. Im Rheinvorland wird er oft auch als uriger Faßwein angeboten, echt und herb, natürlich im geraden Glas. Daneben stehen in hoher Gunst edle Tropfen der Sorten Müller-Thurgau, Riesling, Ruländer oder samtig-roter Spätburgunder.

Nach dem kräftigen „Z'nüni" braucht man unbedingt „Auslauf", um wieder Hunger auf das Mittagessen zu bekommen. Will man es diesmal vornehmer haben, fällt die Wahl fast ebenso schwer. Einschlägige Fach-Führer haben so manchem Restaurant im Kreis hohe Auszeichnungen verliehen. Deren Chefs treten täglich mit Phantasie und köstlichen Kreationen den Beweis an, daß Feinschmecker in diesen Häusern „Hochkarätiges" finden zu Preisen, die dem Ambiente ebenbürtig sind.

Die sprichwörtliche alemannische *Gemütlichkeit wird man leichter* in einem der renommierten Gasthäuser verspüren, von denen viele das begehrte Prädikat „Schöne Gaststätte im Landkreis Lörrach" tragen. Die Auswahl an Spezialitäten ist ungeheuer groß. Die badische Schneckensuppe gehört dazu.

Eine Rahm-Kräutersuppe ist ein delikater Auftakt, wenn man danach Schüfele (gepökelte, geräucherte Schweineschulter, im Wasser gegart) genießen will, „Mischtchratzerli" auf Gemüsebett (junge Hähnchen) versucht oder sich Ochsenfleisch bestellt, mit frischgeriebenem Meerrettich, süßsauer eingelegtem Kürbis und Preiselbeeren.

Eine unübertroffene Köstlichkeit ist – allerdings nur im Frühsommer – der Spargel mit zerlassener Butter und Schinken oder mit „Chratzede" – ißt man im Sommer auch zu gedünsteten Früchten, im Winter zu Waldpilzen, oder, kräftiger, zu gebratenen Speckscheiben.

Zu den „einfacheren" Gerichten gehören zum Beispiel auch „Buabaspitzla" (Schupfnudeln aus geriebenem Kartoffelteig), höchst beliebt sind saure Nierle oder Leberle. Wer's auch beim Nachtisch mit Originalem hält, der versuche Hollerchüechle (in Eierteig ausgebackene frische Holunderblüten), Öpfelchüchli mit Vanillerahm und Zimt oder bestelle sich als süßen Höhepunkt einen „Schneeberg". Manch einer wählt auch ein Stück Linzertorte (zu der man hier auch Wein trinkt) und freut sich dabei schon auf den Nachmittagskaffee mit Schwarzwälder Kirschtorte, die nicht nur Kirschen, sondern auch selbstgebrannten Kirsch enthalten wird. Keiner denke, die Südbadener in dieser Gegend seien nur auf Wein eingestellt. Die Biertrinker kommen mit „ureigenen" Gerstensäften der Region ebenso abwechslungsreich auf ihre Kosten wie Enthaltsame, die sich aus natürlichen Quellen oder mit allerlei Fruchtsäften den Durst vertreiben.

Wo Obst und Gemüse in solch gesegneter Vielfalt wachsen, muß es jeden Koch, jede Köchin zu Frische-Höhenflügen reizen. Zu Fleischgerichten setzen zarte Gemüse ebenso abwechslungsreiche Tupfer der Gaumenfreude wie als Begleiter von Fischgerichten, die Forellen, Karpfen, Hechte oder Salmen kulinarische Denkmäler errichten.

Für Kinder das Betthupferl von der Kuchentheke

Wer tagsüber schon zuviel des Guten genossen hat, begnügt sich vielleicht abends mit einer Salatplatte – im Frühjahr unbedingt mit „Nüßle" (Feld- oder Ackersalat) in delikater Sauce. Oder man schafft für die neuen Viertele eine gute Unterlage beim Genuß von „Zwiebelewaie" – „Zwiebelkuchen" kann nur als Hilfsübersetzung gelten.

Deftig kann man noch mal zulangen bei Schweinsprägel oder Schinken im Brotteig (ein Hefeschnaps danach wirkt Wunder). Auf der Gesundheitswelle kann man mitschwimmen, wenn man „G'schwellti mit Bibbelischäs" (etwa Pellkartoffeln mit Frischkäse) auftragen läßt.

Und selbst Kinder werden sich vom Hauch badisch-alemannischer Küche betören lassen, wenn sie als Betthupferle etwas an der (jahreszeitlich ausgerichteten) Kuchentheke aussuchen dürfen.

Zu später Stunde könnte man sich für Unverwüstliche noch Speckpfannkuchen mit Röschti denken. Aber nur, wenn sie nicht vorher zu viel von „Trübli, Nuß und Buurebrot" genossen haben. Das gilt allerdings nur jetzt im Herbst zum neuen Wii (Wein) als „Geheimtip".

JOHANNA HÖGG

Schwyzerdütsche Laute beim Einkaufsbummel

Angebote auch auf ausländische Besucher ausgerichtet

Beim Bummel durch die schmukke Fußgängerzone Lörrachs, in der sich ein reichhaltiges Warenangebot in zahlreichen Fachgeschäften wirkungsvoll präsentiert, sind die „schwyzerdütschen" Laute nicht zu überhören. Auf Schritt und Tritt begegnet man kauflustigen Eidgenossen, die aus der benachbarten Schweiz – Basel und Lörrach grenzen direkt aneinander –, kommen und auf deutschem Boden gerne ein „Schnäppchen" machen wollen.

Immerhin hat ja der Schweizer Franken gegenüber der D-Mark in den letzten Jahren deutlich an Währungsgewicht gewonnen, was umgekehrt wieder viele Deutsche davon abhält, in der Schweiz ihrem Einkaufsvergnügen nachzugehen.

Eine zusätzliche Triebfeder für die schweizerischen Käufer ist die Rückerstattung der Mehrwertsteuer. Die Zollabfertigung verläuft recht unproblematisch. So erleben denn die Lörracher Geschäfte insbesondere an Samstagen einen gesteigerten Käuferzuspruch aus der Schweiz. Hinzu kommen auch Franzosen, denn das elsässische Mülhausen liegt nur wenige Kilometer von Lörrach am anderen Rheinufer entfernt.

Der Einzelhandel hat sich mit einer anspruchsvollen qualitativen Ausrichtung seines Warenangebots nicht zuletzt auf die Wünsche der ausländischen Kundschaft eingestellt.

Zahlreiche Bankfilialen in der Innenstadt

Überdies fällt die Dichte an Bankzweigstellen in der Innenstadt auf, die für den Geldwechsel von ausländischen Besuchern unerläßlich sind. Wie auch der Zoll und die Post mit entsprechend groß ausgebauten Anlagen im Stadtbild nicht zu übersehen sind. Das gleiche gilt für den Bahnhof und das Rathaus.

Man weiß, daß insbesondere die Schweizer oft auch des guten Essens und Trinkens wegen über die Grenze fahren. Denn das Markgräfler Land hat in puncto kulinarischer „Kultstätten" eine Vielzahl an vorzüglichen Gasthäusern und Restaurants vorzuweisen. Um so mehr verwundert es, daß gerade in der Innenstadt von Lörrach die Restaurationsbetriebe einigermaßen dünn gesät sind. Hier für etwas mehr Reichhaltigkeit zu sorgen, dahin gehen denn auch die Bemühungen der Lörracher Stadtverwaltung.

Schließlich gilt es, der Gefahr vorzubeugen, daß abends im Zentrum Leben und Treiben abrupt nachlassen. Aufgewertet wird die City auch dadurch, daß eine Innenstadtumfahrung geschaffen wird, die in zwei bis drei Jahren fertiggestellt sein soll.

Fußgängerzone soll bald vergrößert werden

In diesem Zusammenhang soll dann auch die innerstädtische Fußgängerzone wesentlich vergrößert werden. Gegenüber den Bestrebungen kapitalkräftiger Gruppen, mit großflächigen Verbrauchermärkten stärker in Lörrach Fuß zu fassen, gibt man sich im Rathaus betont zurückhaltend. Hier wie anderswo gilt die Devise, den etablierten Einzelhandel in der City zu stärken und zu stabilisieren.

Zur besseren Abrundung des Warenangebots in Lörrach würden auch noch ein oder zwei Möbelhäuser mehr ganz gut passen. Grundstücksreserven in Form nicht gerade optimal genutzter Parkflächen in der Randzone des innerstädtischen Bereichs sind vorhanden.

Um Lörrach als Einkaufsstadt ins Bewußtsein zu rücken und noch mehr bekanntzumachen, haben sich Einzelhändler der Stadt in einer Werbegemeinschaft zusammengeschlossen. Ihr gehören heute 125 Mitglieder aus Betrieben des Handels, der Gastronomie und Hotellerie, von Banken und Sparkassen an, die daran interessiert sind, das Leben in der Stadt zu fördern.

Eine noch bessere Profilierung Lörrachs auf diesem Gebiet wurde nicht zuletzt durch die scharfe Konkurrenz aus der schweizerischen Nachbarschaft herausgefordert: Basel wird immer attraktiver, und auch Schopfheim und Weil am Rhein haben nicht geschlafen.

WERNER NEITZEL

Arvo Tuominen: Erst Finne, dann Kommunist

Blöken mit einer Stimme

Warum ging ein finnischer Kommunist und hoher Funktionär der Kommunistischen Internationale (Komintern) nicht zu Stalin, wenn ein langjähriger Freund, ebenfalls Finne und Vorsitzender des Rats der Volkskommissare in der Sowjetrepublik Karelien, Opfer der Säuberung wurde? „Wenn die Diktatur absolut ist, dann hat auch ein Selbstmord keine Bedeutung mehr. Er kann nichts bewirken, sondern verschwindet wie ein Stein, den man in einen Brunnen geworfen hat."

Arvo Tuominen, Mitbegründer der finnischen Kommunistischen Partei nach dem Ersten Weltkrieg und in den dreißiger Jahren in Moskau für die Komintern führend tätig, hat die



Sowjetunion in der Stalin-Ära aus nächster Nähe und eigener Anschauung miterlebt. Er wußte, daß ein Eintreten für den 1937 verhafteten Karelien-Finnen Eduard Gylling während der „Säuberungs"-Ära dem Selbstmord gleichkam.

Seine Memoiren, von Wolfgang Leonhard jetzt in deutsch unter dem Titel „Stalins Schatten über Finnland" in der Herder-Reihe „Europäische Zeitzeugen" herausgegeben, vermitteln einen tiefen Einblick in die Strukturen der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Als ZK-Mitglied und späterer Generalsekretär der finnischen Exil-KP, Präsidiumsmitglied der Komintern, Dozent der Lenin-Schule in Moskau und enger Mitarbeiter von Stalins persönlichem Sekretär, dem Finnen Otto Wille Kuusinen, war Tuominen bis zu seinem Bruch mit Moskau 1939 selbst Angehöriger der oberen neuen Klasse im Sowjetsystem und Zeuge dramatischer Entwicklungen.

In der dialogreichen, oft berichterstatterhaften Sprache des Apparatschiks erzählt Tuominen, wie 1921 auf dem Komintern-Kongreß in Moskau unter Lenins Vorsitz noch lebendig diskutiert worden sei, mit „zündenden Reden für und wider", dagegen der letzte Kongreß 1935 (bis zur Auflösung der Komintern 1943) eine einzige maskenhafte Jubelveranstaltung für Stalin gewesen sei („Alle blöken mit einer Stimme"). Auch nach dem Eindruck der Schrecken der Stalin-Ära hält der Autor trotz seiner ex-tunc-Absage an den Kommunismus („Ich war kein Kommunist") an der Unschuld seines frührevolutionären Glaubens fest: „Wie anders hätte sich alles entwickelt, wenn Lenin der Führer gewesen wäre!"

So aber berichtet der enttäuschte Revolutionär, der nach seinem Schweden-Aufenthalt (1939–1956) wie in seiner Jugend wieder in die Sozialdemokratische Partei eintritt und Parlamentsabgeordneter in Finnland wird, von den Liquidierungen Stalins, neben denen – mit Ausnahme Hitlers – „alle verabscheuungswürdigen Verbrechen der Geschichte verblassen".

Tuominen ist Zeuge im ersten Schauprozeß 1936 gegen Sinowjew und Kamenew, berichtet von den psychischen Foltern („Deinen Verwandten geschieht nichts, wenn du gestehst"), ist dabei, wie der Kominternsekretär Manuilski den ungarischen Kommunisten Béla Kun 1937 auf einer Komintern-Präsidiumssitzung nach Art der Hexenprozesse fertig macht, bevor er später ermordet wird. Als Steuereintreiber erlebt der finnische Kommunist den Sowjet-Terror in den Kolchosen, wo die Bauern mit rabiaten Methoden gezwungen werden, ihre Überschüsse zu ausbeuterisch niedrigen Preisen an den Staat zu „verkaufen".

Der Internationalist Tuominen brach mit Stalin, als die Sowjetunion im November 1939 Finnland angriff. Tuominen lehnte es von Stockholm aus ab, Ministerpräsident von Stalins finnischer Marionetten-Regierung zu werden. Am Ende seiner bis zu diesem Zeitpunkt reichenden Memoiren, in denen er freimütig die Fehler früherer Jahre gesteht, sagt Tuominen trotz jahrelanger Gefangenschaft im „weißen" Finnland: „Mein Platz (war) an der Front neben jenen finnischen Männern und Frauen, die ihr Vaterland gegen einen Angreifer verteidigten." Der Nationsgedanke hat den Kommunismus besiegt, ein geistiger Prozeß, der sich inzwischen millionenfach bei den Untertanen der Kreml-Diktatur vollzogen hat.

HANS KRUMP

Arvo Tuominen: „Stalins Schatten über Finnland", Herder-Verlag, Freiburg i. Br., 12,90 Mark.



Angeregt von Futurismus und De Stijl: „Zwei Frauen" von Charles Eduard Jeanneret, der sich Le Corbusier nannte, aus der Ausstellung in Venedig FOTO: KATALOG

Die heimliche Liebe des Architekten zur freien Kunst: Le Corbusier als Maler

„Ich konstruiere nur, weil ich male"

Ich bin bewegt und glücklich", schrieb Le Corbusier im Januar 1923 nach der Ausstellung „Französische Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts" in Prag, bei der neben David, Ingres, Delacroix, den Impressionisten und den Kubisten auch Bilder von Charles Eduard Jeanneret bewundert wurden. Bald darauf zog sich der Schweizer Architekt, der 1930 nach zwanzig Jahren in Paris naturalisierter Franzose wurde, für lange Zeit von den Kunstausstellungen zurück. Le Corbusier, der seine Bilder stets mit seinem richtigen Namen Jeanneret und nicht mit dem berühmten Pseudonym signierte, fürchtete, sein Ruf als Architekt könne darunter leiden. Aber gemalt hat er immer. Die Malerei half ihm, während der Besetzung Frankreichs vom Verkauf seiner Bilder zu leben, und sie war auch für seine Arbeit als Architekt von großer Bedeutung: „Ich konstruiere nur, weil ich male."

Das führt jetzt die Ausstellung „Le Corbusier als Maler und Bidlhauer" mit fast 200 Arbeiten im Museo Correr in Venedig vor. Es ist eine einmalige Gelegenheit, sich mit Le Corbusiers Traum vom „Gesamtkunstwerk" vertraut zu machen. Der ruhelose Geist des rastlos reisenden jungen Charles Eduard Jeanneret, seine vermutlich auch von Futurismus und De Stijl angeregte Suche nach der Einheit der Künste, die kurze Lehrzeit im Berliner Studio des Architekten Peter Behrens, bei dem zur gleichen Zeit auch Mies van der Rohe und Gropius volontierten, ließen ihn lange zwischen seinen vielerlei Begabungen schwanken.

Als der Erfolg des Architekten seinen Weg bestimmte, blieb die bildende Kunst für ihn nicht minder wichtig, auch wenn seine frühen Bilder die Eintragung in sein Tagebuch von 1908 erklären: „Ich fühle die Form nicht, kann sie nicht bewegen, es ist eine Verzweiflung. Jetzt suche ich in der Geometrie das Prinzip des Vorbilds, die Auflösung von Licht und Schatten auf einer Kugel, einem Oval, einer Vase und anderen Objekten."

Dem Kubismus seiner Anfänge, den er später als „Deformation" ablehnt, wie den „truc misérable de la perspective", folgen – auch wenn Braque noch lange Pate steht – Stilleben, die Farbe und strenge Konstruktion zu „gemalter Architektur" machen.

Rationell und kühl sind die Kompositionen der zwanziger Jahre: Flaschen, Gläser, Karaffen, Geigen und Guitarren, Bücher, Pfeifen und Würfel. Fern dem Kanon der Futuristen und Symbolisten, der Atmosphäre, Allegorien und mythologische Metaphern suchte. Le Corbusiers „Konstruktive Farben" leuchten nie. Ocker dämpft sein Meerblau, wie das Weiß, das Gelb und das Rot. In den Bildern, wie in den fantasiereicheren Holzplastiken taucht gegen Ende der zwanziger Jahre dominierend das Thema „Frau" in Figurationen auf, die an Picasso und Léger erinnern.

„Seit 1948 bin ich besessen von dem Motiv der offenen Hand, offen zu geben und zu empfangen", schrieb der Künstler. Sie wird zum Leitmotiv in Zeichnungen, Bildern und Skulpturen und auch in seiner Architektur. Wie die Taube für Picasso ist die offene Hand für Le Corbusier Botschaft des Friedens und guten Willens. (Bis 10. Nov.; Katalog. Mondadori, 30 000 Lire)

MONIKA von ZITZEWITZ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „L '80"

Gemischte Kampftruppe

In der sonst eher quietistischen Bundesrepublik tobe derzeit, erklärte Klaus Schönhoven auf einer SPD-Geschichtstagung in Oldenburg, „ein Kampf um die Interpretationsmacht". Die Konservativen seien dabei in der Offensive. Ein Entlastungsangriff ist demnach das Gebot der Stunde. So richtete im Juli der „unnachgiebige Aufklärer" Jürgen Habermas eine etwas großspurige „Kampfansage" an einige (in Wahrheit alles andere als) „neokonservative Historiker". Nun eilt ihm in der Septembernummer von „L '80" („Geschichte als Identitätskrücke?") eine gemischte Kampfgruppe aus städtischen Kulturreferenten, Geschichtspädagogen und Universitätshistorikern zu Hilfe.

Die mit dem Untertitel „Demokratie und Sozialismus" geschmückte und von Johano Strasser redigierte Vierteljahresschrift „L '80" widmet sich vorzugsweise der ideenpolitischen Grundierung linker Tagespolitik. Sie ist dabei weder so parteigebunden, daß sie sich nicht mehr rühren kann, noch so unabhängig, daß die Autoren nur für sich sprechen.

Die „interpretationsmächtige" Offensive der „Konservativen" besteht bei näherer Betrachtung aus der in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 angekündigten Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik" in Bonn und eines „Deutschen Historischen Museums" in Berlin sowie eines seit 1984 diskutierten „Mahnmals für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft" in Bonn. Diese beunruhigende „Offensive" sei abzufangen, die Vorhaben der Regierung sollten „Investitionsruinen der konservativen Tendenzwende" (Hans Mommsen) werden.

Anstelle des rückwärtsgewandten „Mahnmals" sei ein vorwärtsgerichteter „Park der Zukunftswerkstätten" anzulegen, in dem „kirchliche, gewerkschaftliche und sonstige Initiativen zur Zukunft, Frieden, Umwelt, Dritte Welt" ihren Sitz haben und in dessen Mitte ein Hain mit Bäumen aus Dachau, Buchenwald, Auschwitz, Hiroshima, Harrisburg und Tschernobyl Staatsgästen Gelegenheit zur Kranzniederlegung bieten solle. Den Gästen sei klarzumachen, daß wir „wegen der besonderen Last unserer Geschichte" uns das gebräuchliche Ehrenmal versagen müßten. (Hilmar Hoffmann: „Akzeptanzproduktion durch Geschichte?")

So sehr die Vertreter einer „Geschichte von unten" bei der Abwehr von Denkmälern und Museen zusammenstehen, so schnell geraten sie sich gegenseitig in die Haare. Die „Strukturhistoriker" der Ära Brandt-Heinemann sind mit den „Barfußhistorikern" der „neuen Geschichtsbewegungen" über Kreuz. Diese würden bei ihren Stadtteilrundgängen, Fotobetrachtungen, Kiez-Erforschungen und Videofilmen die Großutopie der „Totalität des Menschen" (Hermann Glaser) aus den Augen verlieren, ja schlimmer noch in der Modernisierung statt der Emanzipation des Individuums nur seine Reglementierung und Zerstörung wahrnehmen – Apokalypse an der Stelle von Utopie.

Die „Barfußhistoriker" kontern damit, daß die um „Alltagsgeschichte" bemühten Strukturhistoriker sich der verschriftlichten, codierten und eingetrockneten Sprache bedienen, durch die sich die „scientific community" von der Öffentlichkeit abgrenzt. Doch gehe es „um die eigene Identitätsfindung, um die Suche nach einem historischen und geographischen Ort, der in einer unübersehbar und bedrohlich gewordenen Gesellschaft ohne Utopien so etwas wie Heimat zu geben vermag". Oder auch: „Der Ort des historischen Interesses ist nicht länger austauschbar."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Das Deutsche Literaturarchiv in Marbach a. N. hat den Nachlaß des expressionistischen Schriftstellers Franz Jung (1888–1963) erworben.

„Revierliteratur" stellt das Museum Bochum in einer Film- und Diskussionsreihe bis 25. November vor.

Ingmar Bergman ist von der Pariser Sorbonne mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden.

Joachim Schürmann hat den Gestaltungswettbewerb für den 1988 geplanten Ausbau der hessischen Landesbibliothek Fulda gewonnen.

Jürgen Lodemann wurde der mit 12 000 Mark dotierte Dramatikerpreis des „Essener Theaterrings" für sein Stück „Der Beistrich oder Katharina Boticelli in Gelsenkirchen-Bumke" zugesprochen.

Designierter ORF-Intendant Podgorski gab ein richtungweisendes Interview

Mit Sowjets statt mit ARD und ZDF

In einem Interview mit der Wiener kommunistischen Zeitung „Volksstimme" hat der designierte Generalintendant des Österreichischen Rundfunks und Fernsehens (ORF), Tadeus Podgorski, eine ideologische Kehrtwendung des wichtigsten österreichischen Mediums angekündigt. Podgorski (den Fernsehzuschauern als Wiener Verbindungsmann der Sendung „XY ungelöst" geläufig) wirft seinem Vorgänger Bacher vor, dieser habe sich zu stark an die Fernsehanstalten der Bundesrepublik Deutschland angelehnt und zu viel mit ihnen kooperiert.

Podgorski deutet an, daß er die von Bacher eingeleitete Kooperation des ORF mit dem ZDF im Satellitenprogramm „3SAT" zurückschrauben wolle. Auch die Kooperation mit der ARD will Podgorski einschränken, weil – wie er sagt – man nur noch insofern mit den deutschen Anstalten zusammenarbeiten wolle, „weil diese halt das Geld haben".

Dagegen sei er, Podgorski, aufgeschlossen, was eine Kooperation mit den sozialistischen Ländern betreffe: „Ich war unlängst zusammen mit dem sowjetischen Botschafter, und wir haben diese Möglichkeiten zwar nicht im Detail, aber doch grundsätzlich besprochen. Ich kann mir vorstellen, daß wir auch mit der Sowjetunion ganz ordentliche Sachen auf die Füße stellen können."

Zunächst will er aber einiges von den Füßen holen: Er sagt, sein Ziel sei die Abschaffung der ORF-Osteuropa-Redaktion. Es gebe ja auch keine Nord-, Süd- oder West-Redaktionen. Damit scheint Podgorski entschlossen, die Axt an eine Institution des österreichischen Fernsehens und Rundfunks zu legen, die bisher das Gesicht dieser Anstalt weitgehend mitgeprägt und dem Sender internationalen Ruf – und vor allem Aufmerksamkeit und Ansehen in Osteuropa (und zwar bei der Bevölkerung, nicht bei den Regimen) verschafft hat. Die Auflösung der Osteuropa-Redaktion – oder, wie Podgorski sich vorsichtig audrückt, ihre „Einbindung" – bedeutet, daß der ORF-Generalintendant gewillt ist, mit Rücksicht auf die Interessen der Sowjetunion auf eines der wichtigsten westlich-demokratischen Schaufenster Österreichs – und damit überhaupt auf die Schaufensterfunktion Wiens im Bereich einer freien Information zu verzichten.

Podgorski geht dann auch gegen die Journalisten im ORF los. Der als Showmaster bekannt gewordene neue Intendant kündigt an, er werde in den ORF „Köpfe" hineinbringen, die „einen Sachverhalt medial besser umsetzen können, als das bisher von reinen Journalisten geleistet wird". Schließlich leistet Podgorski der KPÖ noch ein Versprechen: Man werde in Zukunft wieder österreichische Kommunisten in Diskussionssendungen des ORF auftreten lassen.

CARL GUSTAF STRÖHM

Ein Koproduktions-Märchen mit polnischer Idylle und deutscher Technik

Schnattern Gänse am rauschenden Bach

Wie gut, daß die Menschen nie auf die Idee kommen, einen Storch zu braten." Der Langbeinige hoch oben im Nest hat gut reden – die vom Knecht gejagte Gans unten im Hof hat Todesangst. Doch letztendlich ist es nicht allein im Interesse Storches, daß er dem Brutzeln entgeht. Denn er, genannt Jacki, erzählt im ARD-Nachmittagprogramm von seinem Sitz mit Blick auf die Sägemühle die Geschichten der „Kinder vom Mühlental", die der Westdeutsche Rundfunk in zwölf Folgen sendet.

Die Mühle und das Tal existieren wirklich, ebenso wie der Vogel – in Polen, in Dabrova unweit von Lodz. Das Polnische Fernsehen POLTEL und der WDR haben die Kinderserie gemeinsam produziert, „weil beide Seiten davon profitieren konnten", sagt Dieter Saldecki von der Kölner Kinderprogramm-Redaktion. Die Deutschen hatten den Anteil an technischem Know-how und Marketing, die Polen einen Drehort und langjährige Erfahrungen in der Filmarbeit mit jungen Darstellern.

Sechs Kinder toben durch die 30minütigen Folgen: die von Müller Dendek Anja, Stanni und Bärbel, die Zwillinge vom Schmied, Jazek und Wazek, und Martha, die Enkelin des Bürgermeisters. Sie leben in einer Abenteuerwelt, studieren mit ihrer Zirkusgans Klementinchen Tricks ein, bringen Lehrerin und Schulkollegen in der Verkleidung eines Elchs das Fürchten bei und müssen selbst bibbern, als der Aufseher der Teiche sie beim Angeln erwischt.

„Wir wollen Kindern zeigen, daß Abenteuer auch im Alltag möglich sind", sagt Redakteurin Hanna Probulska. Ob die allerdings in deutschen Städten nachgelebt werden können, bleibt fraglich. „Die Kinder vom Mühlental", das ist eher ein Märchen, eine „Einladung in eine Phantasiewelt, in der Erwachsene noch Zeit

Die Kinder vom Mühlental – ARD, 16.45 Uhr

für die Kinder, und die Kinder noch Zeit für Abenteuer haben", meint Saldecki.

Für die sechs Hauptdarsteller waren zumindest die ein Jahr dauernden Dreharbeiten ein Abenteuer. Vor allem der Umgang mit den eigens für die Produktion dressierten Tieren – die Rolle von Klementinchen spielen fünf Filmgänse, dem Storch assistiert ein ausgestopfter Kollege – hat sie fasziniert. Dabei standen sie alle nicht zum ersten Mal vor der Kamera. Aus 3000 Bewerbern hat Regisseur Janusz Leski sie ausgewählt.

Zu den Dreharbeiten sagt er: „Wir haben ein Sprichwort: ‚Es gibt soviele Ärzte wie Polen'. So ist auch die Arbeit mit Kindern – wenn deren Eltern dabei sind." Es sei schon eine Kunst gewesen, die Fähigkeiten jedes einzelnen im Team herauszufinden und für die Produktion so zu nutzen, wie es in seine Vorstellung gepaßt habe. Was er wollte, war Leski klar, schließlich ist er auch Autor des Drehbuches, in dem er Erlebnisse seiner Kindheit niedergeschrieben habe.

Ursprünglich sollten nur 15 viertelstündige Folgen entstehen. Doch dann entschlossen beide Partner sich, die Serie durch neun Winter- und Frühlingsgeschichten zu erweitern. Mit dem zusätzlichen Material entstanden dann zwölf Mal dreißig Minuten, in denen immer jeweils zwei Geschichten erzählt werden.

„Die Kinder vom Mühlental" sollen eine Reise durch Europa und die Welt antreten. Im Österreichischen Fernsehen werden sie schon jetzt zu sehen sein. Die „DDR", Norwegen und Schweden haben Kaufabsichten geäußert. Interesse bekunden Franzosen, Engländer und Australier. Allerdings muß zuvor noch einiges an Synchronisationsarbeit geleistet werden. Fraglich ist, wie die sechs Hauptpersonen des Abenteuers dann auf ihre neuen Stimmen reagieren. Mit der deutschen Fassung zum Beispiel war Piotr Jankowski alias Jazek zufrieden. Tadeusz Horvath, der den Stanni spielte, befand dagegen: „Meine Stimme ist jetzt viel zu schrill."

MARTINA SCHLINGMANN

Biederneckische Traum-Arche mit Flirts in der Sonne

Die sonnige Aussteigerstory von der Fahrt der Segelyacht „Arche Noah" hat zwölf Folgen. Ausgestrahlt werden sie nachmittags, nach dem Kaffee, aber noch vor dem Abendessen. Das muß man wissen, ehe man sich den biederneckischen Liebesgeschichten, der seemännischen Betriebsamkeit, den Hafenflirts und den Molendramen zuwendet. Es ist schon wahr, diese Geschichten sind allesamt aus der Kiste, wo sich all das zu immer wieder neuen Knäueln und Knubbeln verzwirnt, was wir schon (mindestens) einmal gesehen haben.

Dennoch: Es macht Spaß, der Yacht auf ihrer Fahrt zu folgen. Schon wie sie in einer Hamburger Werft mit allerlei nautischen Hantierungen seefest gemacht wurde, war ein volles Nachmittagsprogramm. Den Rest besorgten zum einen Teil die Landschaften. Zum anderen Teil machten die Darsteller aus dem ferienhaften Geplauder so etwas wie kleine Dramchen. Es geschieht nichts, was uns das Abendbrot vergraulen könnte, aber es passiert immer etwas, was aufblicken läßt. Von der ersten gelängten Folge abgesehen, hört man durchwegs intelligente

S. Y. Arche Noah – ZDF, 17.45 Uhr

Dialoge, leichthin und gescheit. Die Probleme sind, wie halt Fernsehprobleme am späten Nachmittag sind: Ehefrauen und Freundinnen, vertauschte Mützen und daraufhin unberechtigte Eifersuchtszenen wechseln einander ab, zwei werden versehentlich eingeschlossen: Szene! Ein Paar trennt sich in Helgoland, findet sich aber in Korsika wieder an Bord der „schicksalsträchtigen" Yacht: Szene!

Helgoland ist zu sehen und Lissabon, Tanger und Gibraltar, Portofino und Korsika. Haschisch wird geschmuggelt (ohne Wissen der sauber bleibenden Schiffsleute), Millionäre feiern auf dem Schiffchen ihr Fest, Zigeuner aus der Camargue kommen ins Bild. Es gibt eigentlich nichts, was es nicht gibt auf diesem pfiffigen „Kammer-Traumschiff".

Nennen wir ein paar Namen: Jörg Pleva, Volkert Kraeft, Claudia Demarmels, Marie Charlott Schüler – für die Darsteller; Marcus Scholz und Marco Serafini für die Regie und (im Verein mit Karlheinz Freynick) die Drehbücher. Unterhaltung ist eine Frage des Handwerks und der Phantasie. Beides ist im kleinen schwieriger zu bewegen als im großen Schwung der weltbewegenden Probleme. Die brave „Arche Noah" zeigt, daß es geht, jede Woche einmal, fünfundzwanzig Minuten lang blanke Augen zu machen.

V. POLCUCH

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Fußball-Länderspiel
Dänemark – Deutschland
11.35 Gott und die Welt
Wenn die Madres kommen
12.10 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.50 Tagesschau
16.00 Ein Platz für Tiere
Reineke Fuchs und Adebar
16.45 Die Kinder vom Mühlental (1)
13teilige Fernsehserie
17.15 Kein Tag wie jeder andere
Ein Zirkus voller Abenteuer (1)
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Unter deutschen Dächern
D' Jubel-Wies'n
Ein Oktoberfest-Film von Fritz Baumann und Herbert Riehl-Heyse
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
Gäste: Chris de Burgh, Al Jarreau, Eberhard Schoener, The Williams Brothers, Falco
22.30 Tagesthemen
23.00 „Wie ist es möglich, daß wir so unmenschlich sind"
Ernst Elitz im Gespräch mit Christiaan F. Beyers Naude, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates
23.30 Das Verschwinden der Harmonie
Fernsehspiel von Roderich Feldes
Regie: Ulrich Heising
Am Ende eines rauschenden Dorffestes, das von dem Gesangverein „Harmonie" veranstaltet worden ist, überreicht der Kassierer dem Vorstand, der in der Sektbar seinen Erfolg begießt, die Vereinskasse mit 10 000 Mark. Am nächsten Tag ist das Geld verschwunden. Jeder verdächtigt nun jeden.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Der Weg in die Zukunft
Film über Jugendliche in einem New Yorker Getto
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
3. Der Ball
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Achim Reichel
17.45 S. Y. Arche Noah
Stapellauf ins Abenteuer
Regie: Marcus Scholz
19.00 heute
19.30 Günter Strack in: Hessische Geschichten
Von Michael Baier
Mit Ruth-Maria Kubitschek, Witta Pohl, Maria Körber
Regie: Alfred Vohrer
20.30 Up to date
Ein Modejournal
21.00 Aus Forschung und Technik
Von Joachim Bublath
Die durch den Reaktorunfall von Tschernobyl freigesetzten radioaktiven Substanzen belasten weiterhin unsere Umwelt.
21.45 heute-journal
22.05 Reisebilder aus der DDR
Von Günther Geisler
Der Kaiser-Wilhelm-Turm auf dem Kyffhäuser – 1945 wollten ihn die Kommunisten in die Luft sprengen, heute ist er ein beliebtes Ausflugsziel
22.35 Filmforum
Dr. Francis und Mr. Coppola
23.20 Der Schakal von Nahueltoro
Chilenischer Spielfilm (1969)
Regie: Miguel Littin
0.45 heute

III.

WEST
18.00 Sozialkunde (1)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liane, Mädchen aus dem Urwald
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Hardy Krüger
21.35 Filmtip
Zum Teufel mit den Kohlen
Film von Walter Hill
21.45 Zauberwort: Programmkino
22.15 Ruhe in Frieden, Europa!
Dokumentation von K. Karmasalo
23.55 Tips für Leser
Anne Duden: Das Judasschaf
0.05 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Evangelische Militärseelsorge
Bericht von Uwe Michelsen
19.00 Vogelparadies Texel
Film von Werner Czarnecki
20.00 Tagesschau
20.15 Lodernde Flammen
Amerikanischer Spielfilm (1942)
21.40 Berliner Ansichten
Ein Stadtjournal mit Wilfried Rott
22.50 Ich und Du
Mütter und Töchter
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.32 Fame
Das große Spiel
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.35 Mad Movies
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Der Untergang von Metropolis
Italienischer Spielfilm (1961)
21.10 Aktuell/Neues
21.15 Igel/Treffpunkt
21.55 Sport unter der Lupe
22.30 So isses
0.00 Schach-WM '86
0.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 ABC der Wirtschaft
18.45 Rundschau
19.00 Eine hübscher als die andere
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Heidi Brühl und Gustav Knuth
Regie: Axel von Ambesser
20.25 Flash Gordon (8)
20.45 Situationen des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Sperrsitz
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Als die Zeit stillstand
Italienischer Spielfilm (1959)
0.50 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Der lange Weg
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Poseidon eilt zu Hilfe
Sowjetischer Jugendfilm (1977)
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
Feuer an Bord
Anschl.: Mitsing-Songs
18.30 APF blick
18.45 Treibstoff
Das aktuelle Motormagazin
19.45 Der nackte Dschungel
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Charlton Heston
Regie: Byron Haskin
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Lektüre ist angesagt
Walter Schmidinger liest Thomas Bernhard
22.45 Mit Tennisschläger und Kanonen
Kühles Gold und heiße Liebe
23.35 Nachrichten



19.00 Topfguckers Abenteuer
Zu Gast in Nordrhein-Westfalen
19.30 Europa – Deine Weine
Mosel-Saar-Ruwer
Regie: Horst Scharfenberg
20.00 Tagesschau
20.15 Uta (1/2)
Fernsehserie in 12 Teilen
Mit Claudia Demarmels, Witta Pohl und Eva Maria Bauer
21.05 Burning Love
22.25 In die Enge getrieben
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Edward G. Robinson, Lorne Greene und Ginger Rogers
0.00 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.15 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Nachts in einem fremden Haus
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der Wildeste unter Tausend
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Paul Newman
23.20 Kennwort: Kino
23.30 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Jonny rettet Nebrador
Deutscher Spielfilm (1953)
Mit Hans Albers, Margot Hielscher
Regie: Rudolf Jugert
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye als Filmstar
22.20 Neu im Kino
22.30 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

Anarchie und Hiebe

H. Kö. – Das Parfum politisch-kulturell durchtränkter Eröffnungsreden und euphorischer Einweihungsfeiern im Berliner „Wintergarten-Ensemble" hat sich verflüchtigt. Pulverdampf weht nun durch die Fasanenstraße. In die drei mit Millionensummen restaurierten Schmuckstücke sind nicht nur die Benutzer eingezogen, sondern auch die Scharmützel des grauen Alltags.

Das ritterburgähnliche Haus Nr. 25, Sitz der Galerie Pels-Leusden, wurde zum Standort eines militanten Kunst-Korps auserkoren. Die „Villa Grisebach Auktionen" wollen nämlich den Versteigerungsmarkt der Bundesrepublik „flächendeckend" erobern.

Im Nachbarhaus Nr. 24, dem Käthe-Kollwitz-Museum, kriegten sich die Beteiligten schon gleich nach der Eröffnung in die mehr oder minder schütteren Haare. Die Kollwitz-Erbengemeinschaft fühlte sich vom Museumsvorstand unerfreulich an die Wand gedrückt und trompetete zum Rückzug.

Noch eine Nummer zurück, in der Nr. 23, wird Grabenkrieg gespielt, weil der Trägerverein „Literaturhaus Berlin" diesen Namen endgültig ganz offiziell haben möchte und die Abgeordnetenhaus-Parteien CDU, SPD, AL und FDP den Namen des Berliner Literaten Kurt Tucholsky eingefügt wissen wollen. Die kleine, aber gerne vorneweg stürmende FDP will weiterhin dem noch zauderlichen Regierenden Bürgermeister Diepgen den Tucholsky-Marsch blasen – mit dem Hans-Dampf-in-allen-Fasanenstraßen Walter Rasch als Stoßtruppführer und einem raschelnden Koalitionspapier als Wunderwaffe.

Ein Kompromißvorschlag zur Güte sei deshalb den Kampfhähnen ans Kämpferherz gelegt: Warum nicht „Erich-Mühsam-Haus"? Der alte Anarchist (auch ein Literat und Berliner dazu!) hat doch schon vor Jahr und Tag solche Unternehmungen beschrieben: „Paar urnische Männlein, paar lesbische Weiber, / paar Reimer, paar Zoter, paar Schnüffler, paar Schreiber, / Café, Zigaretten, Gefasel, Gegrein – / In Summa: ein Literaturverein."

Alle sprachen von Geld: Das „deutsch-französische Kulturforum" in Paris

Über die Mauer hinausdenken

Zahlreiche Kulturschaffende waren der Einladung der Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik zum ersten „Deutsch-französischen Kulturforum" nach Paris gefolgt. Ziel der Veranstaltung war es, Vorschläge für das am 27. und 28. Oktober in Frankfurt stattfindende deutsch-französische Gipfeltreffen zu erarbeiten, das sich seit 1981 zum ersten Mal wieder mit Fragen der Kultur beschäftigen soll.

Die Freiheit der Kunst, so sagte der baden-württembergische Kulturminister Helmut Engler in der Eröffnungsansprache, ist im Grundgesetz verankert. Das bedeute aber nicht Gleichgültigkeit des Staates gegenüber der Kunst, vielmehr sei er zur Förderung aufgefordert. Das wurde in Paris nicht anders als anderswo, wenn Künstler Vorschläge machen sollen, vor allem als eine Alimentation der Künste interpretiert. So sprach man in erster Linie über Geld.

Die Arbeit war aufgeteilt in vier verschiedene Ausschüsse: Darstellende Musik und Kunst, Bildende Kunst, Buch und Literatur, Film. Es galt das Wünschbare und das Mögliche miteinander zu konfrontieren. Dabei stellte es sich als positiv heraus, vor allem in der Filmkommission, daß auch Beamte beider Länder in ihr saßen. So erfuhren Künstler immerhin einiges über die Probleme und verschlungenen Wege der Verwaltung.

Nur nach dem Geist, nicht nach den Buchstaben

Das Ziel der Arbeit in dieser Kommission war, den gegebenen Rahmen, der durch drei Abkommen über Koproduktion, gemeinsame Finanzierung und Projektförderung gegeben ist, optimal auszufüllen. Die Frage stellte sich, ob neue Instrumente notwendig seien. Im Laufe der Diskussionen kristallisierte sich jedoch heraus, daß die bestehenden Abkommen, gemessen an der Entwicklung der Zusammenarbeit und auch der Technik, mittlerweile so veraltet sind, daß man diese nur noch dem Geiste und nicht mehr dem Buchstaben nach interpretieren kann.

Von beiden Seiten wurde deutlich gemacht, daß die Subventionen für die Koproduktionen (heute je 150 000 DM) erhöht werden müssen. Im Abkommen zwischen Frankreich und Kanada beträgt die Filmsubvention beispielsweise je 250 000 Dollar. Aber, so die Beamten, die jeweiligen Finanzministerien machen hier einen Strich durch die Rechnung. Aufgabe des Gipfels wäre also, hier ein konkretes Mandat zu geben, um die fiskalischen Widerstände zu überwinden.

Gewisse Mißverständnisse gab es vor allem in der Kommission Buch und Literatur, deren Arbeit nicht zuletzt durch die Beteiligung des Suhrkamp-Verlegers Siegfried Unseld Impulse erhielt. Das komplizierte deutsche föderative System, „ein Körper mit elf Köpfen", wie Rolf Liebermann sagte, ist vielen Franzosen einfach Hekuba, besonders bei den Kompetenzen für die Kulturförderung. Es kam u. a. heraus, daß die deutsche Übersetzungsförderung von deutschen Büchern in Frankreich durch Inter Nationes (seit 1962 immerhin 500 000 DM für 90 Übersetzungen) keine französische Entsprechung hat.

Lange wurde über die Möglichkeit von Übersetzungsstipendien und -preisen diskutiert, bis sich herausstellte, daß soeben ein solcher Preis für Übersetzungen aus dem Bereich der Essayistik und Sozialwissenschaft in Höhe von 20 000 DM von der Bosch-Stiftung begründet worden ist. Später soll ein Paul-Celan-Preis für Übersetzungen der schönen Literatur in gleicher Höhe vom Deutschen Literaturfonds gestiftet werden.

Das Grundmuster war in allen Debatten das gleiche. Mehr Austausch, mehr Zusammenarbeit, bessere Informationen. Einig war man sich darüber, daß es, statt neue Institutionen zu schaffen, sinnvoller sei, bestehende Einrichtungen besser zu nutzen. Das gilt nicht nur für die Goethe-Institute, die deutsch-französischen Zeitschriften, die nationalen Bibliotheken, sondern auch für das interessante Projekt einer deutsch-französischen Akademie. Sie ist, wie der Leiter der Abteilung für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Barthold C. Witte, formulierte, als gemeinsame Adresse für die Kulturschaffenden gedacht.

Rolf Liebermann seinerseits schlug vor, hier auch die Ostberliner Akademie einzubeziehen. So wie er überhaupt den Begriff der deutsch-französischen kulturellen Zusammenarbeit aufs Europäische ausgeweitet wissen wollte, das die Länder Osteuropas mit einbezieht. Jedes Konzert und jede Theateraufführung deutscher oder französischer Bühnen im Ostblock bedeute ein Loch in der Mauer von Berlin, sagte Liebermann. Die kulturelle Aufgabe müsse es sein, die Mauer so zu durchlöchern, daß sie wie eine Spitzenstickerei wirke.

Die große Angst vor der Kulturbürokratie

Robert Picht, der Leiter des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, stimmte dem zu. Er sieht die Gefahr eines gewissen „deutsch-französischen Kulturgettos". Man dürfe nicht das, was im Grunde Provinzialismus sei, zu einer „Scheinintimität" (François Bondy) werden lassen. Die Gefahr der Frankophilie oder Germanophilie, die da eventuell gezüchtet würde, führe dazu, daß die Wirklichkeit bald nicht mehr dem Bilde entspreche, das man sich vom anderen gemacht habe.

Zwei weitere Gefahren einer institutionalisierten deutsch-französischen Kulturarbeit wurden angesprochen: die Aufgabe nationaler kultureller Identitäten und das explosionsartige Anwachsen einer neuen Kulturbürokratie. Als gutes Gegenmittel gegen beides wurde immer wieder das Deutsch-Französische Jugendwerk genannt. Die Programme, die dort erarbeitet würden, seien stets nationale Aufträge gewesen, die sich zwar an eine national gemischte Gruppe richteten, aber vom Wesen eines Landes geprägt waren. Dies solle man als Modell für andere Bereiche nehmen. Ein zweites Modell wären die bestehenden Städte-Partnerschaften, die für den kulturellen Austausch genutzt werden können.

Das Forum in Paris hat eine ganze Reihe von Impulsen und Anregungen gegeben, um in Frankfurt zu einer brauchbaren politischen Erklärung zu gelangen. Es hat also seine Aufgabe durchaus erfüllt.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Lorca als Barfuß-Ballett: Pompea Santoro und Jorma Elo in Mats Eks Choreographie „Bernarda Albas Haus" FOTO: DPA/GIEHR

Das Cullberg-Ballett bei den Berliner Festwochen

Giselle muß ins Irrenhaus

Ideenträger des schwedischen „Cullbergbaletten" ist in direktem künstlerischem Erbgang Mats Ek. Er ist der Sohn Birgit Cullbergs, seiner Co-Choreographin. Tanz als Familienbetrieb, wie es in skandinavischen Tänzerfamilien noch üblich ist.

Mats Ek erweist sich bei dem Gastspiel in der Freien Volksbühne im Rahmen der Berliner Festwochen als der choreographisch Aufmüpfige in der Cullberg-Familie. Er hat Adolphe Adam „Giselle", das rotbäckige Altchen unter den Paradeballetten der Romantik, choreographisch neu durch die Mangel gedreht. Ob dazu ein echter Grund vorlag, steht dahin. Man instrumentiert ja auch Beethovens „Eroica" nicht neu, nur weil sich die Zeiten gewandelt haben und mit ihnen der Blick auf das Heldentum.

Ek verspricht nun freilich mit seiner Neufassung der alten Ballettlieblichkeit den Blick auf die Hauptcharaktere neu zu erschließen. Das aber gelingt ihm mitnichten. Eine Phalanx von genialen Interpreten steht ihm dabei im Wege, die Ana Laguna und Luc Bouy, von Ek in die Hauptrollen hineinkatapultiert, nicht hochkommen läßt. Fonteyn und Nurejew etwa gelang es, aus den alten Schritten das Kapital der interpretatorischen Freiheit zu schlagen. Mit ihren neuen Schritten treiben die jungen Schweden das alte Stück lediglich in den Modeschmarren.

Aus den fröhlichen Winzern sind mißmutige Landarbeiter geworden, die vor allem zeigen wollen, was eine Harke ist. Sie agieren aggressiv und finster, wie Gewerkschaftsmitglieder bei der Ankunft des Aufsichtsrats.

Giselle ist das arme Schlottermädchen des Dorfs, geistig etwas unterbelichtet, doch von der Gemeinschaft liebevoll akzeptiert. In ihre krankhafte Exzentrik unter der Baskenmütze verliebt sich ausgerechnet ein Prinz, der im weißen Frack (wie sonst nur Yuri Ahronowitsch am Opernpult in Verona) durch die Handlung springt. Auch er scheint nicht ganz bei Troste.

Kein Wunder eigentlich, daß sich die ganze Gesellschaft im zweiten Akt im Irrenhaus wiederfindet, wo es nun wirklich zugeht wie im Irrenhaus. Splitternackt, dafür aber geläutert und aus mancher Bedrängnis gerettet, findet sich am Schluß der Prinz am Dorfrand wie zu Beginn des Balletts wieder.

Ek sammelt ein paar Pluspunkte. Er reduziert die hinhaltenden Pantomimen auf Null. Die Einlage des sogenannten Bauern-pas-de-deux überträgt er dem Dorfensemble. Das ist ein Gewinn. Die flaue Partie des in Giselle verliebten Hilarion bekommt tänzerisch kräftigen Auftrieb, und Ivan Auzely profitiert deutlich davon. Selbst Albrechts unseliger Verlobten wird ein charaktervolles Solo zuteil.

Doch welche Verluste gilt es dafür hinzunehmen! Wenn man mit dem Messer die Mona Lisa durchschlitzt, öffnet man Leonardos Bild damit *noch längst nicht* der Gegenwart.

Die Hoheit ist hin wie die Holdheit, die zarte Kindlichkeit auch und die Traumnaivität. Alle Romantik ist futsch, die innere Stimmigkeit durchweg perdu. Aus einem feinen französischen Vol au Vent macht Ek ein Ragout wie aus Gartenschlauch.

Mats Ek hat seltsamerweise einen beinahe unabweisbaren Hang zum Nivellieren, zum Niedertreten und Vulgarisieren. Aus Lorcas „Bernarda Albas Haus", das die Mutter mit der Zuchtrute der Autorität regiert, diesem verzweiflungsvoll stolzen Stück von aristokratischer Haltung, machte er einen Hexentanzplatz, auf dem man Gebete plärrt und sich in den Hintern tritt.

Da die Truppe keinen Tanzdrachen für die autoritär regierende Mutter hat, besetzt Ek die herausfordernde Frauenrolle mit einem Mann. Das bringt zunächst Gewinn, zumal Luc Bouy mächtig aufzutrumpfen versteht. Verfremdung setzt ein und tut ihre Wirkung. Doch im Verlauf des Geschehens reitet sich die Travestie allmählich zu Tode und herausspringt, peinlich für Lorca, so etwas wie „Mary (oder Gordy) in Spanien, wo es am finstersten ist".

KLAUS GEITEL

Der französische Regisseur Robert Bresson wird 85

Stete Suche nach Gott

Robert Bresson ist ein autoritärer Mann. Besuchern, falls er sie vorläßt, erlaubt er in der Regel drei Fragen, und bei der vierten weist er ihnen die Tür. Gegebene Interviews zieht er gern vor der Drucklegung zurück. Kollegen kennt er nicht. Es gibt für ihn nur einen wirklichen Filmkünstler, und das ist derjenige, der heute 85 Jahre alt wird.

Mitarbeiter haben sich ihm in willfähriger Konzentration unterzuordnen. Arbeit hat nichts mit Lockerheit und nichts mit Kollektivbetrieb zu tun. Schauspieler schätzt Robert Bresson nicht. „Die sprechen falsch." Er engagiert nur Laien, junge, ja jungfräuliche. „Filme kann nur drehen, wer den Willen der Mitwirkenden übergeht." Konzessionen kennt er nicht, schon gar nicht an den Kommerz. „Beim Drehen denke ich an den Zorn Christi, als er die Händler aus dem Tempel jagte."

Kurz, wer gut Kirschen essen will, sollte dazu nicht gerade Robert Bresson einladen. Er hockt ohnehin seit bald vierzig Jahren in seiner kleinen Wohnung am Pariser Quai de Bourbon. Ohne Namensschild an der Tür, versteht sich, denn er pflegt die Menschenscheu. Freunde bescheinigen ihm Edelreife und zähen Arbeitseifer, andere aggressiven Starrsinn und ungebrochene Arroganz. Und alle reden von Askese. Das hat viel mit seinen Lebensumständen zu tun. Mehr aber noch mit Form und Gehalt seiner Filme. Beide sind stark von Verzicht geprägt.

Das beginnt mit dem Werkverzeichnis: In vierzig Jahren hat Bresson dreizehn Filme gedreht. So ein Pensum erledigt Chabrol in einem Jahr – und hat im Gegensatz zu Bresson auch mal einen Publikumserfolg.

Bresson haßt überdies etwas, das Uneingeweihte für ein Grundelement des Films halten könnten: Bewegung. „Ich will die Unbewegtheit. Die äußeren Mittel müssen auf *den Nullpunkt* reduziert werden." Deshalb auch keine Musik. Deshalb wenig Dialog, keine Schauspielerei. Deshalb die lange Abstinenz von der Farbe (bis 1969). „Durch Farbe entsteht ein falscher Realismus." Das ist das Stichwort. Bresson wehrt sich gegen naturalistische Abbildung, gegen Opulenz, Vielfalt, Melodramatik. „Die anderen reproduzieren nur die Vielfalt des Äußerlichen; es geht jedoch um das Dahinter." Das ist ein guter Satz; so ähnlich steht es nämlich auch in Platons „Staat", dort allerdings als Argument gegen jegliche Kunst.

Bresson indessen meint, die Essenz in Chiffren wenigstens andeuten zu können. „Die Schwierigkeit seiner Filme besteht darin, daß sie mehr verstecken als zeigen", schrieb sein Bewunderer François Truffaut. Und der Meister selbst notierte als Maxime: „Die Ideen verbergen; aber derart, daß sie zu finden sind; die verborgenste wird die wichtigste sein."

Die wichtigste Idee – das ist Gott. Genauer: Der „deus absconditus", der Verborgene, über dessen Unerreichbarkeit die immer suchenden Menschen verzweifeln. Dieser tiefste Gehalt in Bressons Filmen diktiert die Kargheit der Mittel. Von dort erklärt sich die Beschränkung auf das Notwendigste, die Langsamkeit, die Ruhe, die Reinheit, auch die unvergleichliche Intensität, die eine starke innere Kraft spüren läßt.

Dem ZDF sei dank: Es zeigte im vergangenen Jahr Bressons ersten („Engel der Sünde", 1943) und letzten Film („Das Geld", 1983), in diesem Jahr „Lancelot" (1974). Sehenswert sind ebenfalls „Tagebuch eines Landpfarrers" (1950), „Ein zum Tode Verurteilter ist entflohen" (1956), „Die sanfte Frau" (1969), „Vier Nächte eines Träumers" (1971). Nur kann man sie nirgends sehen.

Also warten: Entweder auf das traurige Ereignis, was zu einer Retrospektive Anlaß gibt. Oder, besser, auf jenes letzte Projekt („Schöpfung"), das Bresson angeblich in Arbeit hat.

DIETMAR BITTRICH



Sein Leben und sein Werk sind vom Verzicht geprägt: der Filmregisseur Robert Bresson FOTO: AFP

Die Eröffnungspremieren der Amsterdamer Oper

Von Ithaka in den Hades

Mit der Oper haben die Niederländer immer wenig im Sinn gehabt, aus verständlichen Gründen. Welche Nation kann schon von sich sagen, durch eine Oper die Hälfte des Staatsgebietes eingebüßt zu haben. Die Aufführung von Aubers „Stummer von Portici" am 25. August 1830 in Brüssel löste seinerzeit die Belgische Revolution aus, die schließlich mit der Ablösung Belgiens von den Niederlanden endete. Während im 19. Jahrhundert überall Opern geschrieben und Opernhäuser gebaut wurden, verhielt sich das traumatisierte Holland abstinent. Mit der Folge u. a., daß bis heute kein einziger niederländischer Opernkomponist bekannt ist. Auch ein Opernhaus hatte es bis dato nicht gegeben.

Das am Dienstag in Anwesenheit von Königin Beatrix und Prinz Claus eröffnete „Muziektheater" von Amsterdam ist das erste seiner Art auf niederländischem Boden überhaupt (s. die WELT v. 23. 9.). Diese Konstellation stachelte natürlich den Ehrgeiz aller Beteiligten mächtig an. Zum Einstand mußte als Uraufführung eine leibhaftige, original niederländische Oper her. Man beauftragte Otto Ketting, Jahrgang 1935 und nach fünf Jahren als Trompeter heute Lehrer für Komposition am Königlichen Konservatorium in Den Haag, mit der Komposition.

Nach einem Libretto des niederländischen Filmregisseurs Kees Hin, bezeichnenderweise in englischer Sprache, schrieb Ketting „Ithaka", keine Geschichte um Odysseus oder Penelope, sondern, angeregt durch den Alain-Resnais-Film „Providence", eine Reihung von Traumsequenzen aus einer einzigen Nacht in einer Bar, in denen ein Journalist, ein Dichter und ein ehemaliges Glamourgirl ihrer Vergangenheit, ihrem „Ithaka", begegnen.

Ketting, der in seinem Vaterland auch als Dirigent zeitgenössischer Musik bekannt ist, hat jede der zehn Szenen in dem einaktigen Werk nach einem anderen stilistischen Muster gestrickt. Auf klare Reihentechnik zu Beginn folgen gleitende Klangflächen, in denen Takte ja nicht wahrnehmbar sind und die sich also für das Fehlen der Zeit in Träumen anbieten. Ihnen werden später Passagen mit markanten, meist von den Holzbläsern artikulierten Rhythmen entgegengestellt, über denen sich die expressiven Kantilenen der Solisten und dreikklangfreudige Chorsätze entfalten können.

Das alles ist freilich nicht besonders aufregend, weil allzu bemüht, und auch die Darbietung war nicht erstklassig. Dabei verfügt das *Muziektheater* über eine Reihe durchaus hörenswerter Sänger, unter denen besonders der lyrische Mezzosopran der Amerikanerin Ruby Hinds auffällt. Geradezu ein Treppenwitz der neueren Theatergeschichte war aber der Regisseur der festlichen Aufführung: Es war Franz Marijnen, der Mann vom Jahrgang 1943, der in den unruhigen 70ern durch seine chaotische Experimentierbühne „Camera Obscura" von sich reden machte.

Inzwischen ist Marijnen längst zahm geworden, doch ohne dadurch sonderlich an Format gewonnen zu haben. Er begnügt sich hier weitgehend mit äußerlichen optischen Effekten. Spiegel hinter der Bar verdoppeln deren um den „Todesengel" Angel (Charlotte Margiono) gruppiertes Personal. Immer wieder erscheinen Liliputaner. In den dunklen Wänden einer Galerie darüber öffnen sich Türen, aus denen schwarze Frauengestalten à la Edvard Munch kommen. Zur Rechten schließlich gibt es ein Karussell wiederum voller Spiegel, das erinnerte Tote und Lebende hereindreht.

Immerhin, das Auge bekommt etwas zu sehen. Und die Akustik des neuen Hauses ist, entgegen allen Befürchtungen, brillant. Der Beifall für den Einakter war groß. Nach der Pause gab es dann freilich einen schrecklichen Absturz durch das, was Toer van Schayk, ein Schüler Hans van Manens, mit dem Nationalballett zeigte. „Zoals Orpheus" nennt sich seine Choreographie, die zunächst mit der schönsten Arie aus Glucks „Orfeo ed Eurydice" (Che puro ciel) und danach mit einem Sirtaki aufwartet, dann aber doch, wie auf dem Plakat versprochen, auf Strawinskys spröde „Orpheus"-Musik von 1947 zurückkommt.

Der traut van Schayk nun aber nicht. Weil ja die Toten, wie der Mythos berichtet, im Hades für im Leben begangene Untaten bestraft werden, unterbricht er Strawinskys neoklassizistische Klänge abrupt und schiebt eine klopfende und hohl hallende, zuweilen mit Schüssen durchsetzte Geräusch-Collage dazwischen, zu der im Hintergrund ein Film mit einer Vergewaltigungsszene gezeigt wird.

Es erweist sich, daß van Schayk mit Strawinskys Musik so wenig anfangen kann wie mit dem Mythos selbst. Zwei junge Männer in griechischer Uferlandschaft führt er vor, Touristen marschieren herein, deren sonnenbrillenbewehrter Reiseleiter zugleich der Tod sein soll, mit dem es in der Unterwelt zu einem wilden Kampf kommt – eigenartigerweise zu einem langsamen Satz, dessen Material unüberhörbar aus Bachs Matthäus-Passion bezogen ist.

Das alles ist Frucht der Originalitätssucht eines zweifellos begabten jungen Mannes, der glücklicherweise auf das hohe technische Niveau des Nationalballetts vertrauen konnte. Die Tänzer waren sehr gut, aber den faden Geschmack des Ganzen konnten sie nicht wegtanzen.

HORST ZIERMANN

Dissidenten: „Heilung" von D. B. Marell in Detmold

Denken ist nicht normal

Das Licht geht an, die Saaltür öffnet sich, herein schlurft, gestützt auf seine Frau, der Menschenrechtskämpfer Alexander Marejew. Mühsam setzt er sich auf eine Bank, das Licht geht aus. So beginnt das Psychodrama „Heilung" von Dieter B. Marell, das sich mit der Verfolgung von selbständig Denkenden in der Sowjetunion befaßt.

Das düstere Gegenwartsstück, 1985 in Linz uraufgeführt, wird nun vom Landestheater Detmold gezeigt. Im kleinen Saal der Studiobühne ist der Zuschauer von den Installationen des Leidensweges umgeben, den das Opfer eines Strafvollzuges beschreiten muß, der der Logik folgt: nicht normal und geistig krank ist, wer die Dinge anders beurteilt, als es den Normen entspricht, die die Partei der Gemeinschaft – angeblich zu ihrem Wohle – gegeben hat.

Diese „Behandlung" wird anschaulich an der Figur des gesunden Marejew demonstriert, der nicht übersehen will, daß sich die Mißstände der Stalinära in seine Zeit fortsetzen. Er wird zwangsweise in eine Heilanstalt eingewiesen und mit Medikamenten „ruhig gestellt". Elektroschocks brechen den letzten Widerstand. Seiner Frau Nadja gelingt es zwar, durch Anrufung der internationalen Öffentlichkeit die Entlassung aus der Klinik zu erwirken, aber ihr Mann ist völlig gebrochen.

Marell hat sein Stück in Detmold selbst inszeniert. Ihm gelingt im raschen Szenenwechsel, der auch einen Ortswechsel des Geschehens in Reichweite des Zuschauers bedeutet, eine beängstigende Unmittelbarkeit. Nur leider hebt er diese Wirkung allzu oft dadurch auf, daß er per Lautsprecher oder durch einen der Darsteller erläuternde und wertende Kommentare zur Sache einblendet.

Allein die einfühlsame Darstellung des Ehepaares Marejew durch Bodo Wieneke und Susanne Habenicht wie auch die eindrucksvolle Verkörperung schleimig-subalterner Funktionäre durch Manfred Gerling, Heinz Biernatzky, Christoph Unger können die Frage nach der künstlerischen Notwendigkeit politischer Aufklärung vergessen machen.

Marell, in den sechziger Jahren Professor für Musik in der „DDR", danach selbst in Konflikt mit der kommunistischen Staatsgewalt geraten, hat aus nächster Nähe gesehen, wie durch politischen Terror die Persönlichkeit eines Menschen zerstört oder für den Rest seines Lebens gezeichnet wird. Sein Stück versteht er als Dokumentation und Botschaft. Im Blick auf das Schicksal des Autors wird „Heilung" verständlich und zu einem bemerkenswerten Zeitdokument.

DIETER PENTZEK

Nächste Vorstellungen: 3., 25. 10.; Kartenvorbestellugen: 0 52 31/7 40 40

JOURNAL

Literaturhistoriker Pawel Negretow verhaftet

DW. Bonn

Der Literaturhistoriker Pawel Negretow wurde in Workuta verhaftet. Das hat die Menschenrechtsorganisation „Kontinent" erfahren. Negretow, 1923 geboren, verbrachte während des Zweiten Weltkrieges *zwei JAhre im besetzten Polen und* in der Tschechoslowakei. Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion 1945 wurde er verhaftet und zur Lagerhaft in Workuta verurteilt. 1955 entlassen, ließ er sich in Workuta nieder und studierte im Fernstudium an der Leningrader Universität Literaturwissenschaft. Bis zu seiner Pensionierung 1973 war Negretow wissenschaftlich tätig. 1985 erschien in den USA sein Buch „Korolenko – Revolutionsjahre", in dem viele Briefe und Tagebuchauszüge des berühmten realistischen russischen Autors Wladimir Korolenko erstmals publiziert wurden. Außerdem kam in Amerika Negretows Autobiographie „Alle Wege führen nach Workuta" heraus. Sie war jetzt wahrscheinlich Anlaß der Verhaftung wegen angeblicher „antisowjetischer Agitation und Propaganda".

Bayern stellt in Verona aus

DW. Verona

Die Rolle der Skaliger in Oberitalien und Bayern beleuchtet die Ausstellung „Aus dem adligen Leben im Spätmittelalter", die im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Bayern in Verona" bis zum 5. Oktober im Museum di Castelvecchio gezeigt wird. Sie wurde vom Haus der Bayerischen Geschichte in München zusammengestellt. Im Mittelpunkt steht der fast zehn Meter lange Wandteppich aus Regensburg (um 1400), auf dem der Kampf der Tugend mit dem Laster dargestellt ist. Außerdem werden Gegenstände des Alltags, historische Dokumente, Waffen und Kunstwerke gezeigt.

„Faust" bei den Ruhrfestspielen

dpa, Recklinghausen

Der erste Teil von Goethes „Faust" und die Komödie „Der Packesel" des zeitgenössischen britischen Autors John Arden werden als eigene Inszenierungen bei den Ruhrfestspielen 1987 in Recklinghausen gezeigt werden. Goethes Drama soll in einer Koproduktion mit den Städtischen Bühnen Essen in der Regie von Hansgünther Heyme am 9. Mai Premiere haben. Im „Packesel" karikiert Arden den Niedergang der politischen Moral in der Arbeiterbewegung. Inszeniert wird die Komödie von Karl Fruchtmann. Premiere soll in der zweiten Maihälfte sein.

„Théâtre de l'Europe" auch künftig gesichert

AFP, Paris

Das vor drei Jahren gegründete „Théâtre de L'Europe" unter der Leitung des italienischen Regisseurs Giorgio Strehler im Pariser „Théâtre de l'Odéon" wird weiter bestehen. Das hat Kulturminister *François Léotard in Übereinstimmung* mit Strehler und dem Regisseur Jean le Poulain entschieden. Die Einigung sieht vor, daß die von Le Poulain geleitete „Comédie Française" von September bis Februar, das Theater Strehlers zwischen März und Juli im Odéon spielt. Strehler und Le Poulain planen außerdem Koproduktionen.

Gemälde und Graphiken von Günther Thiersch

DW. Washington

Rund zwanzig Gemälde und ein halbes Hundert Graphiken von Günther Thiersch zeigt bis Ende Oktober die deutsche Botschaft in Washington. Die Ausstellung wird *anschließend im November noch in* der City Hall von Rockville (Maryland) zu sehen sein. Der Künstler, der in Pinneberg bei Hamburg lebt, malt und radiert technische Apparaturen scheinbar völlig realistisch, doch bei genauer Betrachtung erweisen sich diese Konstruktionen als präzise Fiktionen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Für den geschäftsreisenden Musikfreund ist dies vielleicht das unentbehrlichste Handbuch: der wieder pünktlich zum Saisonbeginn vorgelegte Konzert-Almanach 86/87, der so gut wie sämtliche Konzerte klassischer Musik bis zum nächsten Sommer auflistet. Und zwar alphabetisch nach der Stadt, darunter wiederum nach Datum. Ob Berlin oder Vaterstetten, ob München oder Badenweiler: Wer den Almanach im Gepäck hat, weiß, was ihm tönt, und noch besser: wo er Karten bekommt. Ja, dank der reproduzierten Sitzpläne der Konzertsäle kann er sich schon seinen Platz aussuchen. Noch besser freilich ist daran, wer seine Geschäftstermine auf die Konzertdaten abstimmen kann ... ebi.

Konzert-Almanach 86/76, Heel Verlag, Königswinterer Str. 528, 5300 Bonn 3; 640 S., 29,80 Mark

Stätte der Erinnerung an jüdische Künstler

Große Resonanz auf ein Museum für Judaica in Rendsburg

GEORG BAUER, Kiel

Der Direktor des Landesmuseums Schleswig-Holsteins, Professor Heinz Spielmann, gerät ins Schwärmen. Die Idee habe ein „erstaunliches Echo" ausgelöst – sowohl bei jüdischen Künstlern als auch bei ihren Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Idee meint Spielmann ein Vorhaben, das der Kultusminister des Landes, Peter Bendixen, angeregt hatte – die Einrichtung eines Museums für jüdische Kunst und Kultur in Rendsburg.

Obwohl die Idee noch nicht lange bekannt ist, wächst die Sammlung ununterbrochen. Bisher liegen 80 Arbeiten vor, darunter Werke von Künstlern mit Weltruf. So ist Max Liebermann ebenso vertreten wie Blätter von Lovis Corinth. Zeichnungen von Griesbaber, Arbeiten von Paul Wunderlich oder Jankel Adler, der in den 30er Jahren nach England emigrierte.

Wie stark die Resonanz zur Einrichtung eines solchen Museums ist, zeigen auch die Preise, zu denen das Landesmuseum die Arbeiten erwirbt. Zwar schweigt sich Spielmann über die genaue Preishöhe einzelner Werke aus, doch räumt er ein, daß sie meist weit unter dem Marktpreis liegen. Es sei schon vorgekommen, daß das Museum nur ein Achtel des Marktpreises habe zahlen müssen.

Auch die Stadt Rendsburg griff den Gedanken zur Einrichtung eines Museums mit Begeisterung auf. Schließlich kann sie sich rühmen, eine intakte Synagoge aus dem 19. Jahrhundert mit einer angegliederten Talmud- und Thoraschule ihr eigen zu nennen. Die jüdische Gemeinde in Rendsburg hatte das sogenannte Gustav-Bamberger-Haus in der Stadtmitte noch vor der Reichskristallnacht an die Stadt verkauft. Und als die Synagogen im Deutschen Reich am 9. November 1938 in Flammen aufgingen, verbot der Bürgermeister Rendsburgs die Verwüstung der Synagoge mit dem Hinweis auf die Eigentumsrechte, gestützt auf einen entsprechenden Erlaß Adolf Hitlers.

Rendsburg, das im Zuge der Restaurierung des städtischen Kerns bereits Wohnungen in dem Gebäudekomplex einrichten wollte, bot sich wegen der architektonischen Gegebenheiten an: Die Kombination von Talmudschule und Synagoge und deren Einbindung in eine Häuserzeile aus dem 18. und 19. Jahrhundert sind ideale Voraussetzungen. Mit der Restaurierung des Viertels will man das Mileu aus den vergangenen Jahrhunderten rekonstruieren.

Den ersten Schritt tat übrigens ein Däne. Bei seiner Suche nach Dokumenten jüdischer Kultur in Schleswig-Holstein legte Ole Harck, wissenschaftlicher Direktor am Institut für Ur- und Frühgeschichte an der Kieler Universität, im Verbindungstrakt von Schule und Synagoge ein Kultbad vom Schutt frei. Dort sind heute Kultgegenstände und in Vitrinen geschützte Dokumente ausgestellt.

Das Museum, das vor allem als Sammelstätte für Judaica in der Bundesrepublik Deutschland Seltenheitswert haben dürfte, soll nach den Worten Spielmanns auch die Erinnerung wachhalten an die Künstler jüdischen Glaubens, die zur Zeit der Nationalsozialisten verfolgt und ermordert wurden.

Den Vorsitz im Kuratorium hat die jüdische Gemeinde der Hansestadt Hamburg übernommen, die ebenso wie Juden aus Israel, der Schweiz oder den USA die Idee sofort aufnahm. Und dank des Echos diesseits und jenseits des großen Teichs stellt sich das Landesmuseum darauf ein, noch in diesem Jahr die erste Ausstellung zu eröffnen, auch wenn die Renovierungsarbeiten bis dahin noch nicht abgeschlossen sein werden.

LEUTE HEUTE

Eine Stadt entzweit

„Mach dir keine Sorgen, wir ziehen das Kind hoch ..." hatten am Sonntag die Neapolitaner im San-Paolo-Stadion ihrem Liebling **Diego Maradona** (Foto) zugerufen. Der Argentinier bot auf dem Rasen ein Bild des Jammers, hatte ihn doch der ganze Trubel um seine angebliche Vaterschaft schwer mitgenommen. Das eigentlich „freudige Ereignis" entzweit hingegen die Stadt: Drohbriefe machen der jungen Mutter **Cristina Sinagra** (22) und ihrer Familie Angst. Das Baby soll den Namen **Armando Diego** erhalten, „um den argentinischen Bräuchen des Vaters zu entsprechen", wie die Mutter im Fernsehen verkündete. Der WM-Star selbst, dessen Verlobte **Claudia Villafane** im März ein Kind von ihm erwartet, hat sich hinter eine Mauer des Schweigens verschanzt. „Meine Anwälte werden sprechen."



Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht mindestens ein Bergtoter gemeldet wird. Allein in den französischen Alpen kamen in diesem Sommer 70 Menschen ums Leben. Grund für die von Jahr zu Jahr steigenden tödlichen Unfälle im Gebirge: mangelnde alpine Erfahrung, Selbstüberschätzung und Wetterstürze. FOTO: DPA

Auch auf harmlosen Wiesen droht der Bergtod

Die *200-Jahr-Feier der Montblanc-Erstbesteigung* im August hat viele Millionen französischer Franc und mehr als zwei Dutzend Menschenleben gekostet. Allein in den ersten fünf Augusttagen fanden am 4810 Meter hohen Riesen aus Schnee und Eis zwölf Menschen bei Bergunfällen den Tod. Der mit Menschenleben bezahlte Run zum höchsten Berg Europas machte im Sommer 1986 immer wieder Schlagzeilen, überschattete die Jubiläumsfeierlichkeiten, ist mit einer vorläufigen Gesamtzahl von 30 Toten jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Auch in den anderen europäischen Alpenländern stieg die Zahl der Bergunfälle gegenüber 1985 und früheren Jahren merklich an; kaum ein Tag verging ohne Meldungen über Tote am Berg.

„Zu viele Bergsteiger drängen sich *auf den Moderouten*", sagte Horst Höfler vom Deutschen Alpenverein auf die Frage nach den Gründen der dramatischen Entwicklung. „Die Bergsteiger sind zu lange unterwegs und gefährden sich gegenseitig durch Steinschlag."

Steinschlag tötete am Montblanc an einem einzigen Augusttag sieben Bergsteiger; vier auf der französischen, drei auf der italienischen Seite. Schuld an der erhöhten Steinschlaggefahr im Hochgebirge war der extrem warme Frühsommer: Die Schneeschmelze an Felsen und auf Gletschern legte Steine und Geröll frei und führte zu erhöhtem Niedergang von Steinen, selbst zu üblicherweise sicheren Tageszeiten.

Beim Aufstieg zum Montblanc muß ein enges Couloir passiert werden, *in dem am späteren Vormittag* gern Steine in der Größe von Fußbällen und mittleren Bierfässern in die Tiefe donnern. Ist man mit einem Bergführer unterwegs, macht dieser vor der Gefahr aufmerksam. Sie ist in einigen hundert Metern Entfernung in der Höhe in Form von Staubwolken sichtbar. Man kann der drohenden Gefahr ausweichen: Entweder legt man die fehlenden Meter bis zum Couloir-Ende in Ruhe und Konzentration zurück, hat man die Mitte des Couloirs noch nicht erreicht, kehrt man ohne übereilte Hast in die geschützte Zone zurück.

Ohne Bergführer oft überfordert

Doch über 90 Prozent der Bergsteiger, die an einem schönen Sommertag den „Berg der Berge" erstürmen, gehen ohne Führer. Konsequenz: Niemand macht sie auf die gefährliche Stelle und damit die drohende Gefahr aufmerksam. Ein Umstand, *der sich alljährlich in den Statistiken* von Alpenvereinen und Rettungsdiensten niederschlägt.

Der *Mangel an alpiner Erfahrung*, Selbstüberschätzung und unzureichende Sicherung sind nach Ermittlungen des Deutschen Alpenvereins die Ursache von 57 Prozent aller Bergunfälle. Im Sommer 1986 machten auch Wetterstürze Schlagzeilen. Ein paar Beispiele: Am Watzmann bei Berchtesgaden stürzten vier Bergsteiger in den Tod. Sie waren bei 25 Grad im Tal aufgebrochen, wurden auf dem 2713 Meter hohen Berg aber von *Nebel, Wolken, Regen und* Schnee überrascht, verloren Orientierung und Überblick und schließlich ihr Leben. Am 4099 Meter hohen Mönch im Berner Oberland stürzten im Juli vier deutsche Bergsteiger tödlich ab. Sie hatten den Gipfel bereits bezwungen und befanden sich auf dem Abstieg in die 3650 Meter hoch gelegene Mönchsjochhütte, als Sturm und Nebel aufkamen. Auch sie waren ohne Bergführer mit den plötzlich erschwerten Bedingungen am Berg überfordert.

Leichtsinn und Selbstüberschätzung forderten wenige Tage später am Mönch erneut ein Menschenleben. Zwei Deutsche fuhren mit der Bahn zum 3454 Meter hoch gelegenen Jungfraujoch und starteten von dort über die schwierige Westflanke zum Mönch hinauf – ein Leichtsinn, den sie *teuer* bezahlen *mußten*. Sie erreichten den Gipfel erst am Abend, waren total erschöpft und beschlossen, auf dem Gipfel zu kampieren.

Im Biwak wurden sie nachts von einem schweren Gewitter überrascht. Ein Blitz schlug ein und schleuderte einen der beiden Bergsteiger in die Tiefe. Glücklicherweise war er angeseilt. Trotz schwerer Verbrennungen konnte er so mit Hilfe seines Bergkameraden wieder zum Gipfel hinaufklettern, wo der unverletzt Gebliebene beschloß, zur Hütte abzusteigen, um Hilfe zu holen. In der Dunkelheit schlug er die falsche Richtung ein und stürzte über eine 1100 Meter hohe Felswand.

Der Verletzte auf dem Gipfel bemerkte das Drama nicht. Er erfuhr es erst am nächsten Tag von den Mit*gliedern der Rettungsmannschaft*, die ihn und die Leiche seines Bergkameraden mit Hilfe eines Hubschraubers bargen. Tückisch und viel öfter Schauplatz tödlicher Stürze als senkrechte Felswände aber sind harmlose Wiesen und Geröllfelder – insbesondere bei Nässe. Jeder dritte Bergtote verliert hier sein Leben.

Zum 1000. Mal auf das Allalinhorn

Zwei Beispiele: Ein 18jähriger Student benutzte die Pfade hinauf zum Großen Mythen in der Zentralschweiz zum Lauftraining, rutschte mit seinen Joggingschuhen auf dem feuchten Gras aus und fiel in einen 260 Meter tiefen Abgrund. Zwei Tote forderten Leichtsinn und alpine Unwissenheit Ende August in den Zillertaler Alpen. Eine 41jährige Frau aus Kempten glitt auf einem schneebedeckten Stein aus, rutschte haltlos über einen glitschigen Grashang und stürzte schließlich in einen Abgrund. Ihr Ehemann lief *hinter* ihr her, glitt aus und kam ebenfalls ums Leben.

Daß das Bergsteigen jedoch nicht unbedingt *mit dem* Tod enden *muß*, zeigt sich am Beispiel von Camille Supersaxo: Der 68jährige Bergführer aus Saas-Fee bestieg Ende August das 4027 Meter hohe Allalinhorn in den Walliser Alpen zum 1000. Mal. Die restlichen 35 Viertausender der Schweiz vom Matterhorn (4478 Meter) bis zur Dufourspitze (4634 Meter) bezwang er in den letzten 50 Jahren ebenfalls mehr als 100mal.

WALTER H. RUEB

„Drogensüchtige erst in zweiter Linie Kranke"

SAD, Paris

Wesentlich *härter* als *bisher* will die französische Regierung gegen die Drogensucht vorgehen. „Drogen*süchtige* sind *in erster Linie* als Straffällige anzusehen und erst in zweiter als Kranke", sagte Justizminister Albin Chalandon, der auf einer Pressekonferenz in Paris das Drogenbekämpfungsprogramm der Regierung von Ministerpräsident Jacques Chirac erläuterte. Der Maßnahmenkatalog sieht insbesondere eine drastische Erhöhung der *Haftstrafen*, Zwangsentziehung und eine Straffreiheit bei einer Zusammenarbeit mit der Polizei vor. So soll die Höchststrafe für Drogenbenutzer auf zwei Jahre heraufgesetzt werden. Bislang wurde der Drogenkonsum mit einer Haftstrafe von zwei Monaten bis zu einem Jahr geahndet. Drogenhändlern droht *jetzt eine Höchststrafe von 40 statt* bislang 20 Jahren Haft. Die Verjährungsfrist wird von fünf auf 20 Jahre heraufgesetzt. Die Zahl der Drogensüchtigen in Frankreich wird auf mindestens 800 000 geschätzt, und viele Juristen sehen einen engen Zusammenhang zwischen der Ausbreitung von Drogen und der Verbrechenswelle in den letzten Jahren.

Rose als nationales Symbol

AFP, Washington

Die Rose wird künftig das Blumensymbol der Vereinigten Staaten. Eine entsprechende Entscheidung fällte jetzt der amerikanische Kongreß, nachdem der Senat zuvor die gleiche Wahl getroffen hatte. Die Rose wurde als „weithin anerkanntes Symbol von Liebe, Frieden, Freundschaft, Mut und Hingabe" ausgewählt. Die endgültige Entscheidung über das nationale Symbol hat jetzt US-Präsident Ronald Reagan zu treffen. Die Debatte über das *Blumensymbol gehörte* seit dem 19. Jahrhundert zu den politischen Themen in der Bundeshauptstadt Washington. In den 60er Jahren hatte es so ausgesehen, als würde die Ringelblume das Rennen machen.

Gottschalk steigt auf

dpa, München

TV-*Unterhalter* und Radio-*Moderator* Thomas Gottschalk wird beim Hörfunk des Bayerischen Rundfunks Koordinator der Welle B 3. Er werde sich in seiner neuen Funktion werktags um das „musikalische Layout" der Welle kümmern, gab der Sender bekannt.

Viren verschwunden

rtr, Washington

Mehrere Liter einer Flüssigkeit, die gefährliche Viren enthält, sind aus einem Versuchslabor der amerikanischen Streitkräfte verschwunden. Das wurde gestern aus offiziellen Dokumenten in einem Prozeß gegen das US-Verteidigungsministeriums bekannt. Die Umweltschutzgruppe, Stiftung für wirtschaftliche Trends (FET), die das Verfahren angestrengt hatte, veröffentlichte Akten des Ministeriums, wonach *1981* mehrere *Liter* des Chikungunya-Virus aus einem Laboratoriumskühlschrank in Fort *Dietrich (US-Bundesstaat Maryland)* verschwunden sind. Der Virus kann als Mittel der biologischen Kriegsführung eingesetzt werden.

Mehr Kinder-Selbstmorde

idea, Hamburg

Für „besorgniserregend" hält der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Selbstmordverhütung (DGS), Professor Klaus Böhme (Hamburg), die Zunahme von Selbstmorden bei Kindern und Jugendlichen seit den sechziger Jahren. Der Anteil junger Menschen an den mehr als 13 000 Selbstmorden betrage inzwischen etwa zehn Prozent. Als möglichen Grund dafür nennt Böhme die wachsende Anonymität in der Gesellschaft. Jedes Jahr versuchen rund 250 000 Menschen in der Bundesrepublik, sich das Leben zu nehmen.

Brand in Ford-Lagerhalle

DW. Köln

Bei einem Brand in einer angemieteten Lagerhalle der Kölner Ford-Werke ist gestern nach ersten Schätzungen ein Sachschaden in Höhe von zehn bis 18 Millionen Mark entstanden. Die Halle, in der unter anderem *Blechteile*, Filter und *Plastikteile* gelagert wurden, brannte vollständig aus. Etwa eineinhalb Stunden nach Ausbruch war der *Brand unter Kontrolle*. Der Nachschub an Ersatzteilen ist der Pressestelle zufolge vorerst sichergestellt, da in der Halle Überschuß aus dem Hauptersatzteillager aufbewahrt wurde.

Urteil zu Alkoholverbot

dpa, Kassel

Bei der Einführung eines absoluten Alkoholverbots in Unternehmen und Dienststellen hat der Betriebs- oder Personalrat ein Mitbestimmungsrecht. Das entschied jetzt grundsätzlich der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (Az.: 1 AZR 83/85).

WETTER: Heiter bis wolkig

Lage: Während ein Hoch über den Britischen Inseln die Nordhälfte Deutschlands beeinflußt, macht sich über Süddeutschland ein Tiefdrucksystem über Frankreich mit Bewölkung bemerkbar.

Vorhersage für Donnerstag: Norden: Nach Dunstauflösung heiter und trocken. Anstieg der Temperaturen von 14 auf 17 Grad. Schwacher Wind aus Nordost. Süden: Durchzug von Wolkenfeldern, jedoch niederschlagsfrei. Temperaturen 20, nachts 12 bis 8 Grad. Schwacher Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Alpenraum gelegentlich gewittriger Regen, sonst trockenes und ruhiges Hochdruckwetter.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.14 Uhr*, Untergang: 19.12 Uhr; **Mondaufgang:** 23.06 Uhr, Untergang: 16.28 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Sept., 8 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	15	be
Bielefeld	16	be
Braunlage	10	bw
Bremen	14	he
Dortmund	13	bw
Dresden	14	bd
Düsseldorf	16	be
Erfurt	14	bd
Essen	14	bw
Feldberg/S.	14	bw
Flensburg	13	he
Frankfurt/M.	18	he
Freiburg	15	bd
Garmisch	17	bw
Greifswald	13	bw
Hamburg	14	he
Hannover	15	he
Kahler Asten	13	he
Kassel	14	bw
Kempten	18	bw
Kiel	14	he
Koblenz	18	bw
Köln-Bonn	18	he
Konstanz	16	bw
Leipzig	15	bw
List/Sylt	13	he
Lübeck	13	he
Mannheim	20	bw
München	18	be
Münster	14	bw
Norderney	14	he
Nürnberg	19	be
Oberstdorf	17	bw
Passau	21	he
Saarbrücken	15	bw
Stuttgart	18	bd
Trier	17	be
Zugspitze	7	bw

Ausland:		
Algier	30	he
Amsterdam	15	he
Athen	30	he
Barcelona	26	he
Belgrad	26	he
Bordeaux	16	bd
Bozen	20	bw
Brüssel	14	bw
Budapest	22	he
Bukarest	23	he
Casablanca	25	he
Dublin	12	bd
Dubrovnik	25	be
Edinburgh	12	bw
Faro	23	he
Florenz	24	bw
Genf	14	R
Helsinki	8	bw
Hongkong	30	he
Innsbruck	17	be
Istanbul	25	he
Kairo	32	wl
Klagenfurt	19	he
Konstanza	26	he
Kopenhagen	14	he
Korfu	30	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	7	bw
Lissabon	23	he
Locarno	19	bw
London	13	bd
Los Angeles	15	bw
Luxemburg	16	bw
Madrid	17	bw
Mailand	20	bw
Malaga	28	he
Mallorca	28	he
Moskau	6	bw
Neapel	26	wl
New York	18	bw
Nizza	21	bd
Oslo	13	he
Ostende	14	bw
Palermo	25	he
Paris	15	R
Peking	25	he
Prag	16	he
Rhodos	25	bw
Rom	28	he
Salzburg	20	he
Singapur	31	bw
Split	26	bw
Stockholm	11	he
Straßburg	15	bd
Tel Aviv	29	he
Tokio	26	bw
Tunis	29	he
Valencia	28	he
Varna	28	wl
Venedig	22	bw
Warschau	12	Rs
Wien	20	he
Zürich	18	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen

„Ich wußte nicht, was ich tat"

Unteroffizier gesteht Mord an Frau des Kameraden / Verdacht auf Italiener gelenkt

E. ANTONAROS, Rom

„Ja, ich habe Ursula ermordet. Ich war total besoffen und wußte nicht, was ich tat." Nach einem 24stündigen Verhör hat der deutsche Luftwaffenunteroffizier Richard Bauer seine schreckliche Mordtat gestanden: In der Nacht zum Samstag hatte er in der Ort*schaft Sant'Andrea bei Cagliari* (Sardinien) die Offiziersfrau Ursula Moritz-Lugmair (29) bestialisch ermordet.

Der 26jährige Bayer aus Vilsech war fast zum gleichen Zeitpunkt mit Leutnant Peter Lugmair (30) vor zwei Jahren zum NATO-Stützpunkt Decimomannu in Sardinien versetzt worden. Die beiden Familien hatten sich angefreundet, noch am Abend vor dem Mord hatten sie am Strand von Sant'Andrea gemeinsam mit anderen deutschen Familien die letzten Vorbereitungen für ein Sommerfest getroffen.

Richard Bauer war an jenem Abend den anderen Deutschen dadurch unangenehm aufgefallen, daß er zu viel getrunken und einer jungen Frau vulgäre Annäherungsversuche gemacht hatte. Daraufhin war seine Frau Sylvie-Marie aufgestanden und weggegangen. Dann hatte er sein späteres Opfer belästigt.

Als Peter Lugmair gegen zehn Uhr abends die fröhliche Runde *verließ, um seinen Nachtdienst* anzutreten, blieb seine Frau zurück. Kurz nach Mitternacht ging Ursula Lugmair nach Hause zurück und brachte ihren erst 22 Monate alten Sohn ins Bett. Eine knappe Stunde später stand Richard Bauer im Rauschzustand vor der Tür. „Ich wollte mich nur für mein Verhalten entschuldigen", sagte er später. Tatsächlich soll er allerdings stundenlang versucht haben, mit ihr ins Bett zu gehen. Als die gutaussehende Offiziersfrau nicht nachgeben wollte, holte er sich ein Brotmesser aus der Küche – „aus Jux", wie er später sagte. Richard Bauer ist nicht mehr imstande, den Mord genau zu beschreiben. Der Gerichtsmediziner hat acht Messerstiche am Körper seines Opfers gezählt, das am Samstagmorgen von seinem Ehemann tot aufgefunden wurde.

Vor dem Verlassen der zweistöckigen Villa hatte der Mörder von der Tatwaffe alle Blutspuren weggewischt und sich mit Meerwasser gewaschen. Zum Verhängnis wurde ihm eine Wunde an der linken Hand und eine Blutspur, die er auf dem Weg nach Hause zurückließ. Noch am Morgen nach seiner Tat hatte er sich unter die Neugierigen vor dem Haus seines Opfers gemischt und das Gerücht gestreut, der Mörder sei „ganz bestimmt ein Italiener".



Das Ehepaar Ursula und Peter Lugmair FOTO: EPA

Geschichte mit den Fingerspitzen auf der Spur

Das Freilichtmuseum im rheinischen Kommern ist jetzt auch für Blinde und Behinderte eine Attraktion

S. HERRMANN, Kommern

Inmitten einer lieblichen Landschaft, umgeben von Laubwäldern und Wiesen, liegen die Häusergruppen aus bergischem Schiefer und Eifeler Fachwerk. Dörfer mit Schulen, Windmühlen, Kapellen und Bauernhöfen, so wie sie ursprünglich das Rheinland geprägt haben, sind auf dem Gelände des Rheinischen Freilichtmuseums in Kommern zu sehen. Aber nicht nur Gebäude, sondern auch Vieh und Pflanzen, wie sie einmal typisch für das Rheinland gewesen sind, gehören zum Bestand des 75 Hektar großen Geländes. Hier wird Geschichte hautnah miterlebt und nachvollzogen.

Dieses natürliche Schauspiel bäuerlich rheinischer Lebensweise soll in Zukunft auch von behinderten Menschen, insbesondere von Blinden erschlossen werden können. Ein neues Projekt zum Ausbau des Museums für Blinde, besonders aber für blinde Kinder, das der Museumspädagoge Michael Faber in Zusammenarbeit mit der Dürener Landesschule für Blinde entwickelt hat, wurde gestern in Kommern vorgestellt. Im Rahmen dieses Ausbaukonzeptes wurde ein Museumsführer für Blinde entwikkelt. Faber hat einfache, übersichtliche Skizzen von Aufbau und Grundriß der Landhäuser entworfen, die von Mitarbeitern der Blindenschule auf Tasttafeln übersetzt worden sind. Blinde können hierdurch taktil den Aufbau der Häuser, Dörfer und Höfe nachvollziehen. Auch an den Ausstellungsobjekten sind solche Tasttafeln angebracht. Der Blindenführer ist in einem Ringbuch untergebracht, er kann also ausgebaut werden.

Die plastische, aus Punkten zusammengesetzte Schrift und die Häuserskizzen sind auf speziell entwickelte, griffige Plastikseiten gedruckt. „Jede Seite des Buches muß einzeln und in Handarbeit erstellt werden", erklärt Werner Rasbach, Lehrer der Blindenschule. Daher gibt es auch bisher erst dreihundert Exemplare des Führers, die aber nach Bedarf neu gedruckt werden können. Da es trotz dieser hilfreichen Anleitung eine enorme Anforderung an die Phantasie der blinden Kinder stellt, den Aufbau der Häuser zu ertasten, müssen sie lange vorher im Unterricht auf einen Besuch des Museums vorbereitet werden. „Im Werkunterricht sollen sie ein Fachwerkhaus selbständig aufbauen, um daurch genauere Vorstellungen vom Aussehen eines solchen Hauses zu erlangen", sagt Horst Beune, Lehrer der Blindenschule und persönlich Betroffener, da auch er das Augenlicht verloren hat. Die Kosten für den blindengerechten Ausbau des Freilichtmuseums, die sich bislang auf 15 000 Mark belaufen, werden vom Landschaftsverband Rheinland – der auch Halter des Museums ist – getragen.

Aber nicht nur für Blinde ist ein Ausbau des Museumsareals geplant, auch für Rollstuhlfahrer soll das Gelände zugänglich gemacht werden. Rampen zur Ein- und Ausfahrt in die Gebäude werden angebracht. Die Mühlen, deren obere Stockwerke auch durch derartige Rampen nicht erschlossen werden können, sollen mit Spiegeln ausgestattet werden, um Rollstuhlfahrern vom Erdgeschoß aus Einblick in jeden Winkel zu ermöglichen.

Museumsdirektor Dieter Pesch schwebt jedoch noch etwas ganz anderes vor. Die Natur des Rheinlandes soll ebenfalls auf ihren ursprünglichen Zustand „zurückentwickelt" werden. Der Wald, der einmal ein reiner Laubwald war, soll um Fichten ärmer und um Laubbäume reicher werden. Dieses Vorhaben wird erst in etwa fünfzig Jahren vollständig ausgeführt sein. Neben der Flora findet aber auch das Landvieh „historisches" Interesse. Um das typisch rheinische Landschwein, das nicht nur rosa, sondern auch bunt war, eine lange spitze Schnauze hatte und mindestens drei Koteletts leichter war, rückzuzüchten, hat man sogar hochmoderne Methoden, wie die Reagenzglasbefruchtung angewendet. Ob es jedoch möglich ist, das rheinische Landrind, das kaum größer als ein Hund war, auf diese Weise wieder zu erschaffen, ist fraglich. Die Vertreter dieser Rasse sind wohl ausgestorben.

ZU GUTER LETZT

„Mit seinen mächtigen, beinahe geweihartig ausgebildeten Kiefern, die allerdings so fest gar nicht zupacken können, ist der Hirschkäfer mit seiner Länge von 7,5 m unsere größte heimische Käferart." Es stand in der WELT.